

Deutsche  
Bundesbank  
Monatsbericht  
November 1997

49. Jahrgang  
Nr. 11

---

Deutsche Bundesbank  
Wilhelm-Epstein-Straße 14  
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02  
60006 Frankfurt am Main

Fernruf (0 69) 95 66-1  
Durchwahlnummer (0 69) 95 66 . . .  
und anschließend die gewünschte  
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431  
Telefax (0 69) 5 60 10 71

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006

Abgeschlossen am 14. November 1997

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. 7. 1957 veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

# Inhalt

Kurzberichte	5
--------------	---

---

Monetäre Entwicklung	5
Wertpapiermärkte	8
Öffentliche Finanzen	10
Konjunkturlage	12
Zahlungsbilanz	14

Die fiskalische Belastung zukünftiger Generationen – eine Analyse mit Hilfe des Generational Accounting	17
---	----

---

Ertragslage und Finanzierungs- verhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahr 1996	31
--	----

---

Finanzbedarf des Internationalen Währungsfonds in einem veränderten Umfeld	57
--	----

---

Statistischer Teil	1*
--------------------	----

---

Wichtige Wirtschaftsdaten	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen	8*
Deutsche Bundesbank	14*
Kreditinstitute	16*
Mindestreserven	41*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen	53*
Konjunkturlage	61*
Außenwirtschaft	68*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
---	-----

---



## Kurzberichte

### Monetäre Entwicklung

---

Nach dem kräftigen Anstieg im August blieb die Geldmenge M3<sup>1)</sup> im September – saisonbereinigt und im Monatsdurchschnitt betrachtet – praktisch unverändert. Die monetäre Entwicklung wurde in diesem Monat durch eine Abschwächung der Kreditgewährung der Banken an inländische Nichtbanken und eine leichte Belebung der Geldkapitalbildung gebremst. Expansive Impulse gingen dagegen von Mittelzuflüssen im Auslandszahlungsverkehr der inländischen Nichtbanken aus. Schließlich haben die inländischen Nichtbanken in geringem Umfang Geldmarktfondsanteile verkauft. Die Geldmenge M3 übertraf ihren Durchschnittsstand vom vierten Quartal 1996 im September saisonbereinigt um 4,3 %; auf Jahresrate hochgerechnet sind dies 5,2 % nach 5,8 % im August und 5,7 % im Juli.

*Geldmenge M3*

Unter den saisonbereinigten Komponenten der Geldmenge expandierten im Verlauf des September die Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist erneut recht stark. Der Bargeldumlauf stieg ebenfalls. Die Sichteinlagen und die kürzerlaufenden Termingelder nahmen dagegen ab.

*Komponenten der Geldmenge*

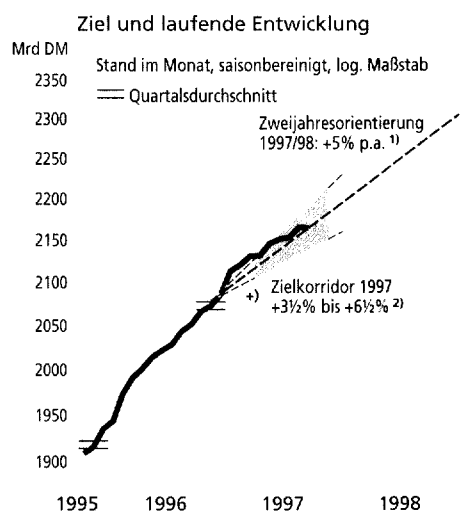
Nach Käufen in den beiden Vormonaten haben die inländischen Nichtbanken im September ihre Bestände an Geldmarktfondsanteilen wieder leicht zurückgeführt; sie verkauften solche Zertifikate für einen Betrag

*Geldmarktfonds*

---

<sup>1</sup> Bargeldumlauf sowie die von inländischen Nichtbanken – ohne den Bund – bei hiesigen Kreditinstituten gehaltenen Sichteinlagen, Termingelder unter 4 Jahren und Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist.

## Wachstum der Geldmenge M3 <sup>1)</sup>



\* Gemittelt aus fünf Bankwochenstichtagen; dabei Ultimostände jeweils zur Hälfte angerechnet. — + Der Zielkorridor wurde bis März nicht schraffiert, weil M3 um die Jahreswende i.d.R. stärkeren Zufallsschwankungen unterliegt. — 1 Vom 4. Quartal 1996 bis zum 4. Quartal 1998. — 2 Vom 4. Quartal 1996 bis zum 4. Quartal 1997.

Deutsche Bundesbank

von 0,3 Mrd DM (netto). Gleichzeitig haben die inländischen Geldmarktfonds ihre Einlagen bei den inländischen Banken um 0,7 Mrd DM und die Einlagen bei den Auslandstöchtern und Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute um 0,1 Mrd DM abgebaut.

Die Anlagen inländischer Nichtbanken in Geldmarktfonds werden nicht in der Geldmenge M3, sondern in der Geldmenge M3 erweitert<sup>2)</sup> erfaßt. Angaben für dieses Aggregat sind erst bis einschließlich August verfügbar. In diesem Monat ist die saisonbereinigte Geldmenge M3 erweitert moderat gestiegen. Im Verlauf der letzten sechs Monate (März bis August) nahm sie mit einer Jahresrate von knapp 3 1/2 % zu und damit um einen Prozentpunkt weniger als die Geldmenge M3.

Die Kreditgewährung der Banken an Unternehmen und Privatpersonen hat sich im September nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen etwas verlangsamt. Die Vergabe kurzfristiger Wirtschaftskredite, die im August deutlich gestiegen war, schwächte sich wieder ab. Ferner verminderte sich das Expansionstempo bei den längerfristigen Direktkrediten. Die Wertpapierkredite an den Unternehmenssektor wurden um 0,7 Mrd DM abgebaut. Ausschlaggebend hierfür waren Verkäufe von Aktien inländischer Unternehmen (– 5,4 Mrd DM), die teilweise von ausländischen Investoren übernommen wurden. Insgesamt wuchsen die Bankkredite an den privaten Sektor im September um 22,9 Mrd DM, verglichen mit 19,7 Mrd DM vor Jahresfrist. Im Verlauf der letzten sechs Monate nahmen sie mit einer saisonbereinigten Jahresrate von gut 6 % zu.

*Kredite an  
Unternehmen  
und Privat-  
personen*

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte bei den Banken ermäßigte sich im September um 9,6 Mrd DM, verglichen mit einem Anstieg um 11,8 Mrd DM im August und einer Abnahme um 1,1 Mrd DM vor Jahresfrist. Der Rückgang betraf ausschließlich die Bestände der Banken an Anleihen der öffentlichen Hand (–10,9 Mrd DM) und dürfte mit der starken Nachfrage ausländischer Investoren nach solchen Titeln zusammenhängen. Seine Einlagen im Bankensystem, die nicht zur Geldmenge M3 gezählt werden, hat der

*Öffentliche  
Haushalte*

2 Geldmenge M3, Bankeinlagen inländischer Nichtbanken bei Auslandstöchtern und Auslandsfilialen deutscher Banken sowie kurzfristige Bankschuldverschreibungen und Anteile an in- und ausländischen Geldmarktfonds in Händen inländischer Nichtbanken abzüglich der Bankeinlagen und kurzfristigen Bankschuldverschreibungen der inländischen Geldmarktfonds, aus zwei Monatsendständen gemittelt.

Bund im September mit 0,1 Mrd DM weniger aufgestockt als in diesem „großen“ Steuermonat üblich.

### Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang \*)

Geldkapital-  
bildung

Die Geldkapitalbildung inländischer Nichtbanken bei den Kreditinstituten, die im Vormonat zum Erliegen gekommen war, belebte sich im September wieder, blieb jedoch relativ schwach. Insgesamt kamen in diesem Monat bei den Banken längerfristige Mittel aus inländischen Quellen im Betrag von 1,1 Mrd DM auf, verglichen mit 8,1 Mrd DM vor Jahresfrist. In den vergangenen sechs Monaten weitete sich das Geldkapital bei Banken mit einer saisonbereinigten Jahresrate von gut 4 % aus. Im einzelnen flossen den Kreditinstituten aus dem Verkauf von Bankschuldverschreibungen 1,1 Mrd DM zu. Die langlaufenden Termingelder wurden lediglich um 0,1 Mrd DM aufgestockt. Die Spareinlagen mit mehr als dreimonatiger Kündigungsfrist und die Sparbriefe wurden um 1,8 Mrd DM beziehungsweise 0,4 Mrd DM abgebaut. Kapital und Rücklagen der Kreditinstitute erhöhten sich um 2,1 Mrd DM.

Netto-  
Auslands-  
forderungen

Nach dem Mittelabfluß im August strömten im September im Zahlungsverkehr der inländischen Nichtbanken mit dem Ausland wieder Gelder zu. Die Netto-Auslandsforderungen des Bankensystems, in deren Anstieg dies seinen statistischen Niederschlag findet, erhöhten sich um 11,7 Mrd DM, verglichen mit einem Rückgang um 18,1 Mrd DM im August. Zu dem Umschwung haben vermutlich – wie bereits angedeutet – umfangreiche Käufe von deutschen Staatsanleihen und Aktien durch ausländische Investoren beigetragen. Insoweit findet die Zunahme der

Mrd DM

Position	1997		Zum Vergleich: 1996
	Aug.	Sept.	Sept.
I. Kredite der Kreditinstitute an inländische Nichtbanken insgesamt 1)	+ 27,3	+ 13,3	+ 18,6
davon:			
an Unternehmen und Private	+ 15,5	+ 22,9	+ 19,7
darunter:			
kurzfristige Kredite	- 2,0	+ 11,0	+ 9,0
an öffentliche Haushalte	+ 11,8	- 9,6	- 1,1
II. Netto-Forderungen der Kreditinstitute und der Bundesbank an das Ausland	- 18,1	+ 11,7	+ 6,8
III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen insgesamt	- 1,1	+ 1,1	+ 8,1
darunter:			
Termingelder von 4 Jahren und darüber	+ 4,3	+ 0,1	+ 2,6
Spareinlagen mit Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	- 2,5	- 1,8	- 1,0
Sparbriefe	+ 0,0	- 0,4	+ 1,2
Bankschuldverschreibungen im Umlauf 2)	- 5,8	+ 1,1	+ 4,0
IV. Einlagen des Bundes im Bankensystem 3)	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4
V. Sonstige Einflüsse	+ 3,3	+ 27,6	+ 8,0
VI. Geldmenge M3 (Saldo: I + II - III - IV - V)	+ 7,0	- 3,9	+ 8,8
Bargeldumlauf	- 1,3	- 1,8	+ 0,2
Sichteinlagen	+ 1,9	+ 3,6	+ 13,3
Termingelder bis unter 4 Jahre	+ 3,5	- 6,8	- 8,9
Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist	+ 2,8	+ 1,2	+ 4,3
Saisonbereinigt: Geldmenge M3 im Monatsdurchschnitt 4)			
Jahresrate gegenüber dem 4. Vj. 1996 in %	+ 5,8	+ 5,2	.
Jahresrate in den letzten 6 Monaten in %	+ 4,3	+ 3,2	+ 6,1
Geldmenge M3 erweitert 5)			
Jahresrate in den letzten 6 Monaten in %	+ 3,3	...	+ 4,1

\* Die Ergebnisse für den neuesten Monat sind als vorläufig zu betrachten. — 1 Einschl. Schatzwechsel- und Wertpapierkredite. — 2 Ohne Bankbestände. — 3 Sichteinlagen und Termingelder bis unter 4 Jahre. — 4 Aus fünf Bankwochenstichtagen (Ultimo jeweils zur Hälfte) gerechnet. — 5 Geldmenge M3 zuzüglich Euroeinlagen, kurzfristige Bankschuldverschreibungen und Geldmarktfonds; als Mittel aus zwei Monatsendständen gerechnet.

Deutsche Bundesbank

Netto-Auslandsposition ihren Gegenposten nicht in einem Anstieg der Geldmenge, sondern einer Dämpfung der Bankkredite an inländische Nichtbanken.

## Wertpapiermärkte

### Rentenmarkt

Die Absatztätigkeit am deutschen Rentenmarkt war im September etwas lebhafter als im Vormonat. Inländische Emittenten begaben Schuldverschreibungen im Kurswert von 64,5 Mrd DM nach 56,6 Mrd DM im August; im September 1996 hatte der Brutto-Absatz 63,7 Mrd DM betragen. Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten verblieb ein Netto-Absatz von 11,9 Mrd DM, verglichen mit 13,6 Mrd DM im August und 19,4 Mrd DM vor Jahresfrist. Im Ergebnis wurden – anders als sonst üblich – ausschließlich kürzerfristige Titel (mit Laufzeiten bis einschließlich 4 Jahren) abgesetzt. Ausländische Schuldverschreibungen wurden im September für 6,5 Mrd DM (netto) im Inland verkauft; dabei handelte es sich zu etwa zwei Dritteln um Fremdwährungsanleihen (4,1 Mrd DM). Insgesamt belief sich der Absatz in- und ausländischer Rentenwerte im Berichtsmonat auf netto 18,5 Mrd DM nach 17,7 Mrd DM im August und 20,8 Mrd DM vor einem Jahr.

Das gesamte Mittelaufkommen aus der Platzierung inländischer Anleihen kam im September den Kreditinstituten zugute (13,7 Mrd DM). Dabei standen die Öffentlichen Pfand-

briefe und die Sonstigen Bankschuldverschreibungen mit netto 5,6 Mrd DM beziehungsweise 5,5 Mrd DM im Vordergrund. Der am Markt befindliche Umlauf von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute stieg um 2,4 Mrd DM. Aus dem Absatz von Hypothekendarlehen kamen per saldo 0,1 Mrd DM auf.

Die Rentenmarktverschuldung der öffentlichen Hand verringerte sich im September um 1,8 Mrd DM. Die Länder nahmen den Anleihemarkt netto mit 1,3 Mrd DM in Anspruch. Der Bund tilgte im Ergebnis für 0,8 Mrd DM Rentenmarktverbindlichkeiten. Er begab zweijährige Schatzanweisungen zu 4 % im Gesamtvolumen von 10 Mrd DM. Die im April begebene zehnjährige Anleihe mit einem Kupon von 6 % wurde um weitere 2 Mrd DM auf 21 Mrd DM aufgestockt. Dem Netto-Absatz von zweijährigen Schatzanweisungen und dreißigjährigen Bundesanleihen in Höhe von 8,3 Mrd DM beziehungsweise 1,1 Mrd DM (Nominalwerte) stand eine Verringerung des Umlaufs an Bundesobligationen (um 5,7 Mrd DM), von zehnjährigen Anleihen (um 2,9 Mrd DM) und Bundesschatzbriefen (um 0,7 Mrd DM) gegenüber. Das Bundeseisenbahnvermögen löste für 1,9 Mrd DM Rentenmarktverbindlichkeiten ab.

Am Markt für DM-Auslandsanleihen wurden im September Emissionen im Nominalwert von 10,1 Mrd DM verkauft. Nach Abzug der Tilgungen verblieb ein Netto-Absatz von 7,2 Mrd DM, verglichen mit 2,9 Mrd DM im Vormonat und 5,1 Mrd DM im September letzten Jahres. Die Papiere wurden etwa zu zwei Dritteln im Ausland untergebracht.

*Anleihen der öffentlichen Hand*

*DM-Auslandsanleihen*

*Absatz von Rentenwerten*

*Bankschuldverschreibungen*



*Erwerb von  
Rentenwerten*

Auf der Erwerberseite des deutschen Rentenmarktes engagierten sich im September wieder in großem Umfang ausländische Investoren (für netto 16,7 Mrd DM), nachdem sie sich im Vormonat weitgehend vom inländischen Anleihemarkt zurückgezogen hatten. Das Gros der Auslandskäufe entfiel mit 11,5 Mrd DM auf Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten. Der Rentenerwerb der inländischen Nichtbanken hat sich im September mit netto 4,5 Mrd DM etwas belebt (August: 0,9 Mrd DM). Der größere Teil des Nettoerwerbs entfiel mit 2,8 Mrd DM auf ausländische Rentenwerte. Inländische Titel kauften die Nichtbanken für 1,6 Mrd DM, wobei es sich im Ergebnis ausschließlich um Bankschuldverschreibungen handelte (4,5 Mrd DM). Die Anleihebestände der Kreditinstitute verringerten sich um 2,7 Mrd DM. Während die Banken ausländische Rentenwerte für 3,7 Mrd DM in ihre Portefeuilles nahmen, gingen ihre Bestände an inländischen Schuldverschreibungen um 6,4 Mrd DM zurück.

**Aktienmarkt**

*Aktienabsatz*

Am deutschen Aktienmarkt plazierten inländische Unternehmen im September junge Aktien im Kurswert von 2,0 Mrd DM gegenüber 2,7 Mrd DM im August und 1,4 Mrd DM vor Jahresfrist. Ausländische Beteiligungstitel wurden per saldo für 3,7 Mrd DM im Inland abgesetzt. Insgesamt belief sich das Mittelaufkommen am Aktienmarkt im September damit auf 5,8 Mrd DM, verglichen mit 3,5 Mrd DM im Vormonat.

*Aktienwerb*

Auf der Erwerberseite des deutschen Aktienmarktes prägten im September mit Netto-

**Absatz und Erwerb von Rentenwerten**

Position	1997		1996
	Aug.	Sept.	Sept.
<b>Absatz</b>			
Inländische Rentenwerte <sup>1)</sup>	13,6	11,9	19,4
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	12,6	13,7	21,0
Öffentliche Anleihen	1,0	- 1,8	- 1,5
Ausländische Rentenwerte <sup>2)</sup>	4,1	6,5	1,4
<b>Erwerb</b>			
Inländer	14,0	1,8	18,1
Kreditinstitute <sup>3)</sup>	13,1	- 2,7	14,6
Nichtbanken <sup>4)</sup>	0,9	4,5	3,5
darunter:			
inländische Rentenwerte	- 2,4	1,6	5,0
Ausländer <sup>2)</sup>	3,6	16,7	2,7
<b>Absatz bzw. Erwerb insgesamt</b>	<b>17,7</b>	<b>18,5</b>	<b>20,8</b>

<sup>1</sup> Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — <sup>2</sup> Transaktionswerte. — <sup>3</sup> Buchwerte, statistisch bereinigt. — <sup>4</sup> Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Käufen in Höhe von 8,4 Mrd DM ausländische Anleger das Bild. Der hohen Auslandsnachfrage standen größere Abgaben der Kreditinstitute gegenüber; ihre Aktienbestände verringerten sich um 9,4 Mrd DM. Die Aktienportefeuilles der heimischen Nichtbanken nahmen um 6,8 Mrd DM zu.

**Investmentfonds**

Die inländischen Investmentfonds erzielten im September ein Mittelaufkommen von 8,4 Mrd DM, das überwiegend den Spezialfonds zugute kam (6,2 Mrd DM). Den Gemischten Fonds und den Aktienfonds unter den Spezialfonds flossen 4,1 Mrd DM beziehungsweise 2,7 Mrd DM zu (jeweils netto). Die Geldmarktfonds und die Rentenfonds verzeichneten dagegen im Ergebnis Mittelab-

*Mittelaufkommen*

flüsse in Höhe von 0,1 Mrd DM beziehungsweise 0,6 Mrd DM. Die Publikumsfonds erlösten per saldo 2,2 Mrd DM. Dabei konzentrierte sich das Interesse der Anleger mit 1,7 Mrd DM (netto) auf die Aktienfonds. Die Rentenfonds und die Gemischten Fonds unter den Publikumsfonds konnten für 0,5 Mrd DM beziehungsweise 0,2 Mrd DM Anteilscheine absetzen. Die Geldmarktfonds mußten ebenso wie die Offenen Immobilienfonds für 0,1 Mrd DM (netto) Zertifikate zurücknehmen. Anteilscheine ausländischer Investmentfonds wurden per saldo für 2,7 Mrd DM im Inland abgesetzt. Insgesamt belief sich das Mittelaufkommen aus dem Verkauf von Investmentzertifikaten auf 11,1 Mrd DM.

Erwerb von  
Investment-  
zertifikaten

Untergebracht wurden die Investmentzertifikate im September im Ergebnis ausschließlich im Inland. Die Nichtbanken erwarben für 9,7 Mrd DM derartige Wertpapiere, wobei sie für 0,3 Mrd DM Anteile an in- und ausländischen Geldmarktfonds zurückgaben. Die Bestände der heimischen Kreditinstitute an Investmentzertifikaten stiegen um 4,3 Mrd DM. Ausländische Anleger verkauften für 2,9 Mrd DM (netto) inländische Fondsanteile.

## Öffentliche Finanzen

### Kassenentwicklung des Bundes

Im Oktober betrug das Kassendefizit des Bundes 6 Mrd DM, nachdem es sich im gleichen Vorjahrsmonat noch auf annähernd 14½ Mrd DM belaufen hatte. Zu dieser positiven Entwicklung trugen sowohl eine kräftige Zunahme der Einnahmen (+ 11,5 %) als auch

### Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts \*)

Position	Januar/Okt.		Oktober	
	1996	1997 p)	1996	1997 p)
	Mrd DM			
Kasseneinnahmen	420,18	447,48	38,70	43,17
Kassenausgaben	488,50	517,25	53,03	49,06
Kassenüberschuß (+) bzw. -defizit (-) 1)	- 68,32	- 69,78	- 14,32	- 5,90
Finanzierung				
1. Veränderung der Kassenmittel 2)	+ 4,82	- 5,15	+ 7,51	- 3,77
2. Veränderung der Geldmarkt- verschuldung	+ 10,23	+ 10,43	+ 12,73	- 1,11
3. Veränderung der Kapitalmarkt- verschuldung insgesamt	+ 62,69	+ 54,15	+ 9,07	+ 3,24
a) Unverzinsliche Schatzanweisungen	+ 19,23	+ 0,44	+ 8,44	+ 0,87
b) Finanzierungsschätze	+ 0,03	- 1,98	- 0,33	- 0,20
c) Bundesschatzanweisungen	- 2,09	+ 19,70	+ 0,39	+ 1,43
d) Bundesobligationen	- 2,25	+ 0,03	+ 1,18	- 11,67
e) Bundesschatzbriefe	+ 16,81	+ 3,49	+ 1,14	+ 0,25
f) Anleihen	+ 34,30	+ 37,98	- 1,52	+ 7,26
g) Bankkredite	- 2,49	- 0,22	- 0,22	+ 5,29
h) Darlehen von Sozialversicherungen	- 0,01	-	- 0,00	-
i) Darlehen von sonstigen Nichtbanken	- 0,83	- 5,29	- 0,00	-
j) Sonstige Schulden	- 0,01	+ 0,01	- 0,00	- 0,00
4. Einnahmen aus Münzgutschriften	0,22	0,05	0,04	- 0,01
5. Summe 1 - 2 - 3 - 4	- 68,32	- 69,78	- 14,32	- 5,90
Nachrichtlich: Zunahme bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahr in %				
Kasseneinnahmen	+ 3,7	+ 6,5	- 8,9	+ 11,5
Kassenausgaben	+ 13,1	+ 5,9	+ 17,6	- 7,5

\* Bei den hier nachgewiesenen Kasseneinnahmen und -ausgaben handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf die bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes. Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen sie vor allem deshalb ab, weil diese Transaktionen nicht zum Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern zum Zeitpunkt des effektiven Zu- bzw. Abflusses erfaßt werden und weil über die Konten des Bundes nicht im Bundeshaushalt verbuchte Transaktionen für die Europäischen Gemeinschaften abgewickelt werden. — 1 Einschl. Sondertransaktionen. — 2 Einlagen bei der Bundesbank und im Geldmarkt.

Deutsche Bundesbank

Oktober

Januar bis  
Oktober

ein Rückgang der Ausgaben (-7,5%) bei. Insgesamt ergab sich für die ersten zehn Monate des Jahres ein Kassendefizit von fast 70 Mrd DM; der vergleichbare Vorjahrsbetrag war um 1½ Mrd DM niedriger ausgefallen. Die in der Kassenrechnung erfaßten Zahlungsströme unterliegen im Zeitverlauf zum Teil erheblichen Schwankungen, die eine Hochrechnung unterjähriger Ergebnisse auf das Gesamtjahr nur sehr eingeschränkt erlauben. Die Entwicklung in den noch ausstehenden beiden Monaten des Jahres dürfte aus heutiger Sicht günstiger verlaufen als im gleichen Vorjahrszeitraum.

### Öffentliche Verschuldung

September

Im September – einem „großen Steuermonat“, in dem der öffentliche Finanzierungsbedarf gemeinhin niedrig ausfällt – griffen die Gebietskörperschaften insgesamt gesehen nicht auf die Kreditmärkte zurück. Im einzelnen war die Entwicklung allerdings unterschiedlich. Der Bund weitete seine Verschuldung um ½ Mrd DM aus. Zwar wurden auf der einen Seite umfangreiche Mittel über die Emission von Bundesschatzanweisungen (netto gut 8 Mrd DM) aufgenommen, und auch auf den Geldmarkt wurde in Höhe von knapp 1 Mrd DM zurückgegriffen; auf der anderen Seite wurde die Verschuldung in Bundesobligationen, Bundesanleihen sowie in Bundesschatzbriefen um insgesamt mehr als 8 Mrd DM zurückgeführt. Die Kreditmarktverschuldung der Länder nahm um 4½ Mrd DM ab. Im Vordergrund standen hierbei die Tilgung kurzfristiger Überbrückungskredite in Höhe von 3½ Mrd DM sowie die Rückführung von Schuldscheindarlehen um knapp

### Marktmäßige Nettokreditaufnahme

Mrd DM

Kreditnehmer	1996		1997
	insgesamt <sup>ts)</sup>	darunter: Jan./Sept.	Jan./Sept. <sup>ts)</sup>
Bund	+ 83,0	+ 51,1	+ 62,5
Länder	+ 46,7	+ 22,5	+ 20,6
Gemeinden <sup>1) ts)</sup>	+ 7,1	+ 3,0	+ 2,7
ERP-Sondervermögen	- 0,1	- 0,8	- 0,6
Fonds „Deutsche Einheit“	- 3,6	- 2,7	- 2,2
Bundeseisenbahnvermögen	- 0,6	- 1,8	+ 0,3
Erblastentilgungsfonds	- 10,1	- 6,6	- 11,6
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,1
Gebietskörperschaften, insgesamt	+ 123,3	+ 65,4	+ 71,6

1 Einschl. Zweckverbände.

Deutsche Bundesbank

2 Mrd DM; darüber hinaus wurden unverzinsliche Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von sechs Monaten in Höhe von ½ Mrd DM getilgt. Dagegen wurde der Umlauf von Landesobligationen und Schatzanweisungen um mehr als 1 Mrd DM ausgeweitet. Die Nettokreditaufnahme der Gemeinden belief sich auf schätzungsweise 1 Mrd DM, wobei auf Schuldscheindarlehen zurückgegriffen wurde. Auch die Nebenhaushalte beanspruchten die Kreditmärkte per saldo in Höhe von knapp 3 Mrd DM. Während das ERP-Sondervermögen, das Bundeseisenbahnvermögen und der Fonds „Deutsche Einheit“ zusammengenommen annähernd 1 Mrd DM tilgten, erhöhte der Erblastentilgungsfonds seine Verschuldung um 3½ Mrd DM, insbesondere in Form von Schuldscheindarlehen.

Januar bis  
September

In den ersten drei Quartalen des Jahres belief sich die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften auf insgesamt 71½ Mrd DM; sie lag damit um 6 Mrd DM über dem vergleichbaren Vorjahrswert. Während die Neuverschuldung des Bundes 62½ Mrd DM betrug und damit um 11½ Mrd DM höher ausfiel als im vorangegangenen Jahr, lag die Nettokreditaufnahme der Länder mit 20½ Mrd DM um 2 Mrd DM unter dem Vorjahrsniveau. Die Gemeinden griffen mit gut 2½ Mrd DM in ähnlichem Umfang wie ein Jahr zuvor auf die Kreditmärkte zurück. Die Sondervermögen tilgten per saldo 14 Mrd DM, gut 2½ Mrd DM mehr als vor Jahresfrist.

Oktober

Der Bund beschaffte sich im Oktober an den Kapitalmärkten (netto) gut 3 Mrd DM. Den Schwerpunkt stellten dabei die Bundesanleihen dar, deren Umlauf sich um annähernd 7½ Mrd DM erhöhte (bei einem Absatz von gut 9 Mrd DM). Auch der Rückgriff auf Schuldscheindarlehen war mit netto knapp 5½ Mrd DM beträchtlich. Bundesobligationen wurden dagegen per saldo in Höhe von gut 11½ Mrd DM getilgt, wobei dem Absatz im Rahmen der Daueremissionen von mehr als 2 Mrd DM Tilgungen in Höhe von 14 Mrd DM gegenüberstanden. Unverzinsliche Schatzanweisungen (Bubills) wurden in einem Umfang von 9½ Mrd DM emittiert; der überwiegende Teil der Mittel diente allerdings der Refinanzierung einer auslaufenden Tranche vom April, so daß sich das Nettoergebnis auf knapp 1 Mrd DM belief. Der Absatz von Bundesschatzanweisungen erbrachte netto 1½ Mrd DM. Den Geldmarkt beanspruchte der Bund in Höhe von mehr als 2½ Mrd DM. Zwar wurden Kredite in Höhe von gut 1 Mrd

DM getilgt; gleichzeitig wurden allerdings die Einlagen um annähernd 4 Mrd DM abgebaut.

## Konjunkturlage

---

### Verarbeitendes Gewerbe

Auftragseingang und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sind im September dem statistischen Ausweis nach saisonbereinigt deutlich ungünstiger gewesen als im vorangegangenen Monat. Dies dürfte jedoch nicht als Zeichen einer konjunkturellen Abschwächung zu sehen sein; vielmehr handelt es sich bei den vom Statistischen Bundesamt bisher zur Verfügung gestellten Daten um vorläufige Angaben, die sehr wahrscheinlich noch merklich korrigiert werden. Es empfiehlt sich daher eine zusammenfassende Betrachtung der Sommermonate.

*Vorläufige  
Angaben für  
September*

Die Bestellungen beim Verarbeitenden Gewerbe waren saisonbereinigt und in konstanten Preisen gerechnet im Mittel der Monate Juli bis September um 2 % höher als im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt, der seinerseits bereits eine deutliche Zunahme gebracht hatte. Den Vorjahrsstand übertrafen sie nach Ausschaltung von Kalenderunregelmäßigkeiten um 7,2 % nach 6,1 % im zweiten Quartal.

*Auftrags-  
eingang*

Maßgeblich für den kräftigen Anstieg waren die anhaltend umfangreichen Orders ausländischer Kunden. Saisonbereinigt überschritten sie das schon gute Ergebnis des Vorquartals nochmals um 5½ %. Der Zuwachs gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjah-

*Inlands- und  
Auslands-  
nachfrage*

res vergrößerte sich auf 15,5 %, verglichen mit 13,7 % zuvor. Demgegenüber hat sich die in den Frühjahrsmonaten zu verzeichnende Belegung der Nachfrage aus dem Inland nicht fortgesetzt. Saisonbereinigt gingen die Auftragseingänge im Sommer nicht über das damalige Niveau hinaus. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies gleichwohl eine Verstärkung des Anstiegs auf 2,3 % nach 1,4 % im zweiten Vierteljahr.

*Produktion*

Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes war trotz des ungünstigen vorläufigen September-Wertes im Sommerquartal insgesamt um 2 % höher als im Zeitraum April bis Juni; gegenüber 1996 stieg sie um 4,7 %.

**Bauhauptgewerbe**

*Auftragseingang*

Die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe, die gegenwärtig nicht über den August hinausgehen, sind saisonbereinigt in diesem Monat – teilweise ferienbedingt – gesunken. Auch im Mittel der Monate Juli und August reichten sie nicht ganz an den Stand des Frühjahrs heran. Hinter der entsprechenden Vorjahrszeit blieben sie in konstanten Preisen und nach Ausschaltung von Kalendereinflüssen um 8,6 % zurück; im zweiten Quartal waren es – 6,0 % gewesen.

*Produktion*

Die Bauleistungen – hier liegen bereits vorläufige Angaben für den September vor – haben sich nach Ende der sommerlichen Ferienzeit wieder erholt. Im dritten Vierteljahr insgesamt übertrafen sie den durchschnittlichen Stand der vorangegangenen drei Monate saisonbereinigt um 0,8 %. Die Erzeugung blieb damit weiterhin deutlich – nämlich um 8,9 % – hin-

**Zur Wirtschaftslage in Deutschland \*)**

saisonbereinigt

Auftragseingang (Volumen); 1991 = 100				
Verarbeitendes Gewerbe 1)				Bauhauptgewerbe
insgesamt	davon:		insgesamt	
	Inland	Ausland		
1997 1. Vj.	99,1	89,4	118,5	100,5
2. Vj.	103,0	92,9	123,6	100,4
3. Vj.	105,1	92,4	130,6	...
1997 Juni	103,8	93,5	124,8	100,8
Juli	104,8	94,4	125,5	100,3
Aug.	106,2	92,3	134,1	99,1
Sept.	104,3	90,5	132,3	...

Produktion; 1991 = 100				
Verarbeitendes Gewerbe				Bauhauptgewerbe
insgesamt	darunter:		insgesamt	
	Vorleistungsgüterproduzenten 2)	Investitionsgüterproduzenten		
1997 1. Vj.	99,2	102,9	98,4	109,6
2. Vj.	100,0	105,5	99,6	110,9
3. Vj.	101,8	108,1	101,3	111,7
1997 Juni	101,7	107,4	102,2	112,2
Juli	106,1	111,4	106,9	115,3
Aug.	100,7	107,7	100,0	107,6
Sept.	98,6	105,3	97,1	112,2

Arbeitsmarkt				
Erwerbstätige 3)	Offene Stellen	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in % 4)	
Anzahl in 1 000				
1997 1. Vj.	34 067	326	4 264	11,1
2. Vj.	34 016	331	4 330	11,3
3. Vj.	...	341	4 438	11,6
1997 Juni	33 995	336	4 384	11,4
Juli	33 989	336	4 411	11,5
Aug.	33 971	346	4 463	11,6
Sept.	...	345	4 497	11,7
Okt.	...	348	4 516	11,8

Preise; 1991 = 100				
Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 5)	Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau 6)	Preisindex für die Lebenshaltung 7)	
1997 1. Vj.	100,0	104,1	114,8	117,8
2. Vj.	100,4	104,5	114,4	118,2
3. Vj.	101,9	105,0	114,2	119,0
1997 Juni	100,6	104,7	.	118,4
Juli	101,4	104,8	.	118,8
Aug.	102,4	105,0	.	119,1
Sept.	101,9	105,1	.	119,1
Okt.	...	...	.	119,2

\* Angaben vielfach vorläufig. — 1 Ohne Ernährungs-gewerbe und Tabakverarbeitung. — 2 Ohne Energieversorgung sowie ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Inlandskonzept. — 4 Gemessen an allen Erwerbspersonen. — 5 Im Inlandsabsatz. — 6 Eigene Berechnung. Stand zur Quartalsmitte. — 7 Alle privaten Haushalte.

ter dem Vergleichsstand von 1996 zurück; im Vorquartal hatte sich ein Rückgang von 8,4 % ergeben.

### Arbeitsmarkt

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nach ist die Zahl der Erwerbstätigen im August nach Ausschaltung jahreszeitlicher Einflüsse weiter gesunken. Mit 33,97 Millionen wurde der mittlere Stand des zweiten Quartals um 45 000 Personen unterschritten; im Vergleich zum Vorjahr waren es 460 000 weniger.

Die Arbeitslosigkeit hat im Oktober saisonbereinigt auf 4,52 Millionen Betroffene zugenommen. Gegenüber dem Durchschnitt der Sommermonate Juli/September entspricht das einem nochmaligen Anstieg um 80 000, im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Zunahme um 425 000. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich bundesweit auf saisonbereinigt 11,8 % nach 11,6 % im dritten Quartal. Während in den alten Bundesländern der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbstätigen unverändert blieb, ist er in Ostdeutschland merklich gestiegen; mit 19,4 % im Oktober war er hier um fast einen Prozentpunkt höher als im Sommer.

### Preise

Der Preisauftrieb hat sich in jüngster Zeit wieder etwas abgeschwächt. So sind die Einfuhrpreise im Gefolge von Preisrückgängen auf den internationalen Rohwaren- und Energiemärkten sowie Wertgewinnen der D-Mark

gegenüber dem US-Dollar im September saisonbereinigt gefallen; die Vorjahrsrate ermäßigte sich auf 4,1 % nach 5,4 % im August. Die Abgabepreise der deutschen Industrie im Inlandsabsatz erhöhten sich im gleichen Monat nur geringfügig, der Abstand zum Vorjahr verminderte sich auf 1,4 % nach zuvor 1,5 %.

*Industrielle Erzeugerpreise*

Bei den Verbraucherpreisen ist die Vorjahrsrate im Oktober auf 1,8 % gesunken, nachdem sie im August noch 2,1 % betragen hatte. Saisonbereinigt betrug die Erhöhung des Preisindex für die Lebenshaltung in den letzten drei Monaten auf Jahresrate umgerechnet 1,4 %. Beigetragen zu der jüngsten Beruhigung hat zum einen, daß sich der Preisanstieg der gewerblichen Waren deutlich verringerte. Hier hatten zuvor insbesondere administrative Preisanhebungen zu einer kräftigen Teuerung geführt. Hinzu kam zum anderen eine Abflachung der Preisbewegungen im Bereich der Dienstleistungen, die teilweise mit Preissenkungen bei Ferienreisen und im Beherbergungsgewerbe zusammenhing.

*Verbraucherpreise*

### Zahlungsbilanz

In der deutschen Leistungsbilanz – dem zusammengefaßten Ergebnis des Außenhandels, der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie der Laufenden Übertragungen – erhöhte sich das Defizit von 0,9 Mrd DM im Juli auf 5,0 Mrd DM im August. Nach Ausschaltung der Saisoneinflüsse ergab sich jedoch ein deutlich geringerer Passivsaldo.

*Leistungsbilanz*

Außenhandel

Der deutsche Außenhandel schloß im August, nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, mit einem Überschuß von 8,6 Mrd DM ab, nach 12,9 Mrd DM im Juli dieses Jahres. Insbesondere die wertmäßigen Ausfuhren, aber auch die Einfuhren, blieben hinter ihrem jeweils hohen Vormonatsergebnis zurück. Dennoch übertrafen die Exporte mit 13 % und die Importe mit 14 ½ % den entsprechenden Vorjahrsstand sehr deutlich. In saisonbereinigter Rechnung sind die wertmäßigen Ausfuhren, im Zweimonatszeitraum Juli/August zusammengenommen, gegenüber Mai/Juni um gut 1 ½ % gestiegen. Die Einfuhren erhöhten sich in diesem Vergleichszeitraum dem Wert nach sogar um gut 3 %; allerdings war hier gleichzeitig ein merklicher Anstieg der Einfuhrpreise zu registrieren.

„Unsichtbare“  
Leistungs-  
transaktionen

Zur Passivierung der Leistungsbilanz im August hat auch beigetragen, daß die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen mit dem Ausland, der Jahreszeit entsprechend, mit einem höheren Defizit (insgesamt 13,2 Mrd DM) abgeschlossen. Vor allem der Passivsaldo im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland nahm saisonbedingt zu, und zwar auf 6,1 Mrd DM.

Im September, für den in diesem Bereich der Leistungsbilanz bereits die Ergebnisse vorliegen, hat sich das Defizit bei den Dienstleistungen nochmals leicht auf 6,3 Mrd DM erhöht, wobei sich jedoch der Passivsaldo im Auslandsreiseverkehr saisonbedingt von 6,2 Mrd DM im August auf 5,2 Mrd DM im Berichtsmontat verringerte. Die Laufenden Übertragungen schlossen im September mit einem weitgehend unveränderten Defizit ab (5,5

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Position	1996 1)		1997 1)
	Aug.	Aug.	Sep. p)
<b>Mrd DM</b>			
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel 2)			
Ausfuhr (fob)	58,4	65,9	...
Einfuhr (cif)	50,0	57,3	...
Saldo	+ 8,3	+ 8,6	...
nachrichtlich:			
Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	64,8	75,1	...
Einfuhr (cif)	56,4	65,9	...
2. Ergänzungen zum Warenverkehr 3)	- 0,7	- 0,5	...
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	12,8	12,6	10,8
Ausgaben	18,6	18,6	17,1
Saldo	- 5,8	- 6,1	- 6,3
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 1,6	- 1,5	+ 0,1
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	1,2	2,1	1,8
Eigene Leistungen	7,3	7,6	7,2
Saldo	- 6,1	- 5,6	- 5,5
Saldo der Leistungsbilanz	- 5,8	- 5,0	...
II. Vermögensübertragungen			
Fremde Leistungen	0,1	1,0	0,7
Eigene Leistungen	1,2	0,1	0,0
Saldo	- 1,1	+ 0,9	+ 0,7
III. Kapitalbilanz			
(Nettokapitalexport: -)			
Direktinvestitionen	- 3,2	- 1,8	- 3,8
Deutsche Anlagen im Ausland	- 3,3	- 2,4	- 4,7
Ausländische Anlagen im Inland	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,0
Wertpapiere 4)	+ 18,3	- 4,0	+ 9,7
Deutsche Anlagen im Ausland	- 0,5	- 8,1	- 12,2
Ausländische Anlagen im Inland	+ 18,8	+ 4,1	+ 21,9
Kreditverkehr 4)	- 0,7	+ 15,0	- 14,0
Kreditinstitute	- 11,2	+ 11,5	- 13,4
langfristig	+ 0,4	- 5,5	- 1,0
kurzfristig	- 11,6	+ 17,0	- 12,4
Unternehmen und Privatpersonen	+ 7,9	+ 1,2	+ 0,2
langfristig	+ 0,3	- 0,1	- 0,0
kurzfristig 5)	+ 7,6	+ 1,3	+ 0,2
Öffentliche Stellen	+ 2,6	+ 2,2	- 0,8
langfristig	+ 1,3	- 0,6	+ 0,3
kurzfristig	+ 1,3	+ 2,8	- 1,1
Sonstige Kapitalanlagen	- 0,2	- 0,9	- 0,1
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	+ 14,2	+ 8,3	- 8,2
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	- 6,8	- 6,5	...
V. Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank zu Transaktionswerten (Zunahme: +) 6)	+ 0,5	- 2,3	- 0,8
(I + II + III + IV)			

1 Ergebnisse durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik. — 3 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 4 Ohne Direktinvestitionen. — 5 Ohne die noch nicht bekannte Veränderung der Finanzbeziehungen zu ausländischen Nichtbanken und der Handelskredite für September 1997. — 6 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Mrd DM, nach 5,6 Mrd DM im August). Die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, deren Entwicklung von ausgeprägten monatlichen Schwankungen gekennzeichnet ist, wies dagegen im September einen geringen Überschuß von 0,1 Mrd DM auf, verglichen mit einem Minussaldo in Höhe von 1,5 Mrd DM im August.

*Kapitalverkehr*

Für den Kapitalverkehr mit dem Ausland liegen ebenfalls bereits Teilergebnisse für September vor. Im Wertpapierverkehr überwogen in diesem Monat mit 9,7 Mrd DM die Netto-Zuflüsse, nachdem im August per saldo 4,0 Mrd DM abgeflossen waren. Entscheidend waren die deutlich gestiegenen Käufe deutscher Wertpapiere durch ausländische Anleger (21,9 Mrd DM nach 4,1 Mrd DM im August). Neben inländischen Rentenwerten

(15,0 Mrd DM) waren im Ausland vor allem deutsche Aktien gefragt (8,4 Mrd DM). Gleichzeitig haben sich zwar auch die deutschen Wertpapieranlagen im Ausland erhöht; mit 12,2 Mrd DM im September, gegenüber 8,1 Mrd DM im August, war der Anstieg jedoch weniger stark. Vermehrt gekauft wurden insbesondere ausländische Dividendenwerte und DM-Auslandsanleihen, während Fremdwährungsanleihen – wie schon im August – deutlich weniger erworben wurden als in den Monaten zuvor. Durch Direktinvestitionen sind darüber hinaus per saldo 3,8 Mrd DM exportiert worden.

Die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank – zu Transaktionswerten gerechnet – haben im August um 2,3 Mrd DM und im September um weitere 0,8 Mrd DM abgenommen.

*Netto-  
Auslands-  
position der  
Bundesbank*



## Die fiskalische Belastung zukünftiger Generationen – eine Analyse mit Hilfe des Generational Accounting

Deutschland steht – wie die meisten anderen Industriestaaten – vor gravierenden demographisch bedingten Problemen. Der aufgrund niedriger Geburtenraten und steigender Lebenserwartung wachsende Anteil der älteren Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung führt bei gegebenem Leistungsrecht zu stark expandierenden Aufwendungen in der gesetzlichen Alterssicherung und in anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, deren Finanzierung die Leistungsfähigkeit der jeweils erwerbstätigen Generationen zu überfordern droht. Diese ungünstigen Perspektiven finden sowohl im akademischen Bereich als auch in der Politik – vor allem im Hinblick auf alternative Finanzierungsverfahren der Alterslasten – große Aufmerksamkeit. Langfristige Aspekte werden allerdings in der Regel nur für Teilbereiche der öffentlichen Finanzen untersucht und sind nicht eingebettet in eine umfassende Analyse der Finanzentwicklung des Staates. Im folgenden soll mit dem Generational Accounting eine Methode vorgestellt und auf die Verhältnisse in Deutschland angewendet werden, die – trotz aller noch bestehenden Unzulänglichkeiten im einzelnen – geeignet erscheint, in der Gesamtanalyse der öffentlichen Haushalte auch die langfristigen Perspektiven besser zu berücksichtigen.

## Das Konzept des Generational Accounting

*Abgrenzung  
gegenüber  
herkömmlichen  
Indikatoren*

Üblicherweise wird bei der Beurteilung des finanzpolitischen Kurses eines Landes auf den Finanzierungssaldo in seinen verschiedenen analytischen Ausprägungen sowie – ergänzend – auf den Schuldenstand des Staates abgestellt. Belastungen, die sich für die öffentlichen Finanzen (einschließlich der Sozialversicherungen) in der Zukunft abzeichnen und von finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen teilweise selbst verursacht werden, sowie langfristige Umverteilungswirkungen zwischen den Generationen können auf diese Weise aber nicht erfaßt werden. Sie können auch bei ausgeglichenem Budget eintreten, weil zukünftige Zahlungsverpflichtungen des Staates kaum in die üblichen Budgetkonzepte einbezogen sind. Würde zum Beispiel eine Ausweitung von Leistungen aus dem umlagefinanzierten Rentenversicherungssystem durch eine Anhebung der Beitragssätze finanziert, so würde das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit nicht zunehmen, obwohl damit eine Belastungsverschiebung von den gegenwärtigen zu den künftigen Generationen verbunden ist. Die bereits im Ruhestand befindlichen Generationen gelangten nämlich in den Genuß der Leistungsausweitung, würden aber an deren Finanzierung nicht mehr beteiligt. Der Schuldenstand des Staates ist als Meßgröße der tatsächlichen langfristigen Belastungen ebenfalls nur bedingt geeignet, weil er lediglich explizite, verbrieftete Schulden, nicht aber implizite Verbindlichkeiten – wie etwa zukünftige Ansprüche an die gesetzliche Alterssicherung – umfaßt.

Um diesen Mängeln der herkömmlichen finanzpolitischen Analyse abzuwehren, wurde in diesem Jahrzehnt das Konzept des Generational Accounting entwickelt.<sup>1)</sup> Als Grundlage des Konzepts dient die Zuordnung der Abgaben an den Staat einerseits und der staatlichen Leistungen andererseits auf die einzelnen Altersjahrgänge der Bevölkerung. Diese Aufteilung wird mit Hilfe der sogenannten Generationenkonto (Generational Accounts) vorgenommen, die zunächst für jeden noch lebenden Geburtsjahrgang getrennt nach Geschlecht berechnet werden. In diesen Konten werden – soweit individuell zu rechnenbar – einerseits die Steuern und Beiträge, andererseits die Transferleistungen des Staates verbucht, und zwar als Barwert aller über die restliche Lebenszeit zu erwartenden Zahlungen. Dabei wird davon ausgegangen, daß das Abgaben- und Leistungssystem des Basisjahres für alle am Ende dieses Jahres bereits geborenen Personen auch in Zukunft beibehalten wird. Dazu werden die sich im Basisjahr ergebenden altersspezifischen Pro-Kopf-Beträge der einzelnen Abgaben- und Transferarten in der Regel mit der Rate des Produktivitätswachstums fortgeschrieben.

Als Saldo ergibt sich die fiskalische Nettobelastung des „Kontoinhabers“ in dessen restlicher Lebenszeit, die – bezogen auf das künf-

*Generationen-  
konten als  
Grundlage des  
Generational  
Accounting*

<sup>1</sup> Aus der bereits umfangreichen Literatur seien hier vor allem erwähnt: Auerbach A.J., J. Gokhale und L.J. Kotlikoff, *Generational Accounts – A Meaningful Alternative to Deficit Accounting*, Cambridge 1991; dies., *Generational Accounting: A Meaningful Way to Evaluate Fiscal Policy*, *Journal of Economic Perspectives*, 8,1, S. 73–94, 1994; Boll, S., *Intergenerative Verteilungseffekte öffentlicher Haushalte – Theoretische Konzepte und empirischer Befund für die Bundesrepublik Deutschland*, Diskussionspapier 6/96, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, August 1996.

tige (ebenfalls mit dem Produktivitätswachstum fortgeschriebene) Bruttoeinkommen – als „Lebenszeitsteuersatz“ (bei dem die staatlichen Transfers bereits abgesetzt sind) interpretiert werden kann. Zu beachten ist allerdings, daß in die Generationenkonto nur die den einzelnen Altersjahren zurechenbaren Einnahmen und Ausgaben des Staates eingehen. Während dabei die zum größten Teil aus Steuern und Sozialabgaben bestehenden Einnahmen weitgehend individualisiert werden können, ist ein relativ großer Teil der Ausgaben (nämlich im wesentlichen der Staatsverbrauch der Gebietskörperschaften) kaum aufteilbar.<sup>2)</sup> Da auch diese Ausgaben Nutzen stiften, stellt die erfaßte Nettobelastung die Position des „Kontoinhabers“ gegenüber dem Staat zu ungünstig dar.

lebende Generationen auf der Grundlage des altersspezifischen Abgaben- und Transfermusters des Basisjahres (abdiskontierte) Nettobelastungen errechnet werden.<sup>3)</sup>

Diese Berechnungen unterliegen allerdings einer wichtigen restringierenden Annahme: Der Staat kann sich im Verlauf eines unendlich langen Zeithorizonts zur Realisierung eines bestimmten Ausgabenpfades lediglich vorübergehend ver- beziehungsweise entschulden, er kann jedoch letztlich keine zusätzlichen Schulden eingehen oder Vermögen bilden. Dies heißt, daß der Barwert aller zukünftigen Ausgaben dem Barwert aller zukünftigen Einnahmen zuzüglich des Nettovermögensbestandes im Basisjahr (der natürlich auch negativ sein kann) entsprechen muß. Unter Beachtung dieser „intertemporalen Budgetrestriktion des Staates“ kann die Belastung lebender und künftiger Generationen verglichen werden.

*Intertemporale  
Budget-  
restriktion*

Dieser Vergleich basiert auf der Tatsache, daß die Summe der auf den Generationenkonto verbuchten Nettobelastungen, die umgekehrt aus staatlicher Sicht die Nettoeinnahmen (Bruttoabgaben minus Transfers) darstellen, neben dem staatlichen Nettovermögen dazu dienen muß, die nicht zugerechneten Ausgaben zu finanzieren. Werden nun von der auf das Basisjahr abdiskontierten Gesamtsumme

*Indikatoren für  
das Ausmaß  
künftiger  
Belastungen*

2 Unter die nicht zugerechneten Staatsausgaben fallen beispielsweise die Ausgaben für Verwaltung und Verteidigung. Staatliche Investitionen werden dagegen nicht zu dieser Kategorie gezählt. Hier wurde unterstellt, daß der Barwert der mit ihnen verbundenen Ein- und Auszahlungen für den Staat Null ist, das heißt aus staatlicher Sicht der interne Zinsfuß der Diskontierungsrate entspricht; sie werden somit überhaupt nicht berücksichtigt.

3 Um die sehr langfristigen Auswirkungen praktisch voll zu erfassen, wurde hier ein Zeithorizont von 250 Jahren gewählt.

*Belastung  
lebender...*

Die in den Generationenkonto ausgewiesenen Belastungsgrößen können für zwei Untersuchungsziele nutzbar gemacht werden. Sie bieten zunächst Aufschlüsse darüber, inwieweit die einzelnen Altersklassen der gegenwärtig lebenden Generationen von der staatlichen Tätigkeit betroffen sind. Da allerdings davon auszugehen ist, daß der von den nicht zugerechneten Staatsausgaben ausgehende Nutzen sich nicht gleichmäßig auf die Altersklassen verteilt, können die hier gewonnenen Ergebnisse nur als grober Maßstab dienen.

*... und  
zukünftiger  
Generationen*

Im Vordergrund des Generational Accounting steht jedoch die Frage nach der fiskalischen Belastung zukünftiger Generationen. Schreibt man nämlich die Prognosen für die künftige Bevölkerungsentwicklung und deren Zusammensetzung nach Altersklassen in die ferne Zukunft fort, können auch für noch nicht

der nicht zugerechneten Ausgaben die Netto-  
steuern der lebenden Generationen sowie  
das staatliche Nettovermögen abgezogen,  
so verbleibt als Restgröße der Teil der staat-  
lichen Zahlungsverpflichtungen, der zukünf-  
tig finanziert werden muß.<sup>4)</sup>

Konkret kann der Belastungsvergleich an-  
hand zweier Indikatoren durchgeführt wer-  
den. Zum einen wird davon ausgegangen,  
daß diese Restgröße als Belastung in die Ge-  
nerationenkonten der noch nicht lebenden  
Generationen eingeht und deren Lebenszeit-  
steuersatz entsprechend erhöht. Die unter-  
schiedliche Belastung der lebenden und zu-  
künftigen Generationen kann dann ermittelt  
werden, indem der Lebenszeitsteuersatz der  
zukünftigen auf den der lebenden Generatio-  
nen bezogen wird.<sup>5)</sup> Ist diese Relation größer  
als eins, signalisiert dies eine Lastenverschie-  
bung zuungunsten der künftig geborenen  
Generationen.

Anstelle der Annahme, daß erst alle nach  
dem Basisjahr geborenen Generationen durch  
entsprechend vergrößerte Nettoszahlen an  
den Staat die Einhaltung der intertemporalen  
Budgetrestriktion sicherstellen, kann auch un-  
tersucht werden, welche Lücke sich zwischen  
dem Barwert der staatlichen Ausgaben und  
den zu ihrer Deckung zur Verfügung stehen-  
den Einnahmen und Vermögen öffnet, wenn  
die Bedingungen des Basisjahres auch für alle  
zukünftigen Generationen beibehalten wer-  
den. In diesem Fall erfolgt der rechnerische  
Ausgleich der intertemporalen Budgetrestrik-  
tion nicht mehr über eine Änderung der Net-  
tobelastung der zukünftigen Generationen,  
sondern über eine Restgröße, die als „Tragfä-

higkeitslücke“ bezeichnet werden kann. Sie  
läßt sich interpretieren als Barwert aller  
zukünftig vom Staat vorzunehmenden Ein-  
sparungen beziehungsweise Einnahmener-  
höhungen, die notwendig sind, um von der  
Finanzpolitik des Basisjahres zu einer Politik  
überzugehen, die unter den gesetzten  
Annahmen ohne weitere Änderungen die  
Budgetrestriktion erfüllt.

### Grenzen des Generational Accounting

---

Angesichts des weiten Zeithorizonts und der  
Unzulänglichkeit der zu verarbeitenden Daten  
sind stark vereinfachende Annahmen erforder-  
lich, die sich auch auf das Verhalten der wirt-  
schaftlichen Akteure erstrecken. Bei der Inter-  
pretation der empirischen Ergebnisse ist es zur  
Vermeidung von Fehlschlüssen von entschei-  
dender Bedeutung, die zugrunde liegenden  
Annahmen und die konzeptionellen Grenzen  
des Generational Accounting zu beachten.

Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß das Ge-  
nerational Accounting kein Prognoseinstru-  
ment ist, mit dem ein möglichst realistisches  
Abbild der langfristigen fiskalischen Entwick-  
lung gewonnen werden könnte. Das Konzept  
zielt vielmehr darauf ab, einen Beurteilungs-  
maßstab für die Ausrichtung der gegenwärtigen  
Finanzpolitik zu gewinnen, und zwar

*Stark vereinfachende  
Annahmen  
erforderlich*

*Kein Prognose-  
instrument*

---

4 Je höher die Nettosteuerzahlungen der lebenden Ge-  
nerationen ausfallen, desto geringer ist die Summe der  
nicht zugerechneten Ausgaben, die auf die Zukunft über-  
tragen werden muß.

5 Allerdings werden nicht alle gegenwärtigen Generatio-  
nen in die Rechnung einbezogen, sondern nur die letzte  
vollständige, also im Basisjahr geborene Generation, weil  
nur diese die gesamte, altersspezifisch aufgeteilte Netto-  
belastung „der Gegenwart“ repräsentiert.

unter Einbeziehung langfristiger Auswirkungen dieser Politik. Mit Ausnahme der Bevölkerungsprojektion werden nur Status-quo-Bedingungen verwendet, so daß ein Eindruck vom Zusammenspiel der im Basisjahr geltenden finanzpolitischen Bedingungen und der demographischen Entwicklung vermittelt wird. Die Ergebnisse geben damit einen Hinweis auf das Ausmaß der vorzunehmenden Anpassungen, ohne jedoch deren Art oder Zeitpunkt näher spezifizieren zu können.

von Vererbungsmotiven hätte erheblichen Einfluß auf die Interpretierbarkeit der Belastungsrechnungen.

Zu beachten ist darüber hinaus, daß für die einzelnen Steuer- und Transferarten zumeist sehr einfache Inzidenzannahmen getroffen werden. Üblicherweise wird unterstellt, daß keine Überwälzung stattfindet, Steuern und Beiträge also tatsächlich diejenigen belasten, die sie bezahlen, und von Transfers diejenigen profitieren, die sie empfangen. Damit wird ignoriert, daß staatliche Eingriffe sich oft nicht nur bei den wirtschaftlichen Akteuren niederschlagen, bei denen sie ansetzen, sondern sich in empirisch schwer bestimmbarer Weise auch auf deren Umfeld übertragen.

*Vereinfachende  
Inzidenz-  
annahmen*

Im Hinblick auf die Interpretation der Ergebnisse ist weiterhin zu berücksichtigen, daß der finanzpolitische Status quo zumindest in der Grundversion intergenerativer Belastungsrechnungen sehr eng definiert ist. Die Annahme einer Beibehaltung der Finanzpolitik des Basisjahres bedeutet nämlich, daß dem gegenwärtigen finanzpolitischen System immanente automatische Veränderungen ebensowenig in die Berechnungen eingehen wie bereits beschlossene, aber im Basisjahr noch nicht wirksame Änderungen der gesetzlichen Grundlagen. So wird beispielsweise im Fall Deutschlands weder berücksichtigt, daß nach derzeitiger Rechtslage der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung angehoben wird, wenn die Schwankungsreserve die Mindestgrenze von einer Monatsausgabe zu unterschreiten droht, noch daß bereits Beschränkungen beim vorzeitigen Renteneintritt beschlossen wurden.

*Keine Berücksichtigung  
beschlossener,  
aber im Basis-  
jahr noch nicht  
wirksamer  
Maßnahmen*

*Keine Einbeziehung  
gesamtwirtschaftlicher  
Rückwirkungen*

Ein wichtiger ökonomischer Einwand gegen das Konzept besteht darin, daß gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen vernachlässigt werden. Vor allem wirken sich die zur Schließung der Tragfähigkeitslücke erforderliche Anhebung der Lebenszeitsteuerlast und die dadurch ausgelösten Verhaltensänderungen auf das Wirtschaftswachstum aus, so daß nicht von einem gleichbleibenden Produktivitätswachstum und einem konstanten Diskontierungssatz ausgegangen werden kann. Hier ist ein Ansatzpunkt für weiterführende umfassendere Modellanalysen gegeben.

*Lebenszeit als  
Planungs-  
horizont*

Intergenerative Belastungsrechnungen basieren auf der Vorstellung, daß den wirtschaftlichen Akteuren ihre Einkommenssituation während der restlichen Lebensjahre zumindest annähernd bekannt ist und sie ihr wirtschaftliches Verhalten an diesem verbleibenden Lebenseinkommen ausrichten. Damit wird sowohl ein mehr an die sehr kurzfristige Einkommenssituation angepaßtes Verhalten als auch eine sehr langfristige Sichtweise, die über Vererbungen auch die Wohlfahrt nachfolgender Generationen mit einbezieht, ausgeschlossen. Vor allem die Berücksichtigung

*Wahl des  
Basisjahres*

Die Ergebnisse des Generational Accounting werden nicht zuletzt durch die Wahl des Basisjahres bestimmt. Spielen hier Sondereinflüsse eine größere Rolle, so werden diese in die Zukunft projiziert, was zu erheblichen Verzerrungen führen kann. So war die Lage der öffentlichen Finanzen im hier verwendeten Basisjahr 1996 durch die immer noch hohen Belastungen infolge der Wiedervereinigung und die schlechte Arbeitsmarkt- und Konjunkturlage ungünstig. Dies zeigt sich beispielsweise daran, daß das Defizit mit 3,5 % des BIP vergleichsweise hoch ausgefallen war.

*Unvollständige  
Datenbasis*

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß vor allem die alters- und geschlechtsspezifische Zuordnung der staatlichen Transaktionen auf eine umfangreiche Datengrundlage angewiesen ist, die für Deutschland zum größten Teil nur stichprobenweise vorliegt und im übrigen durch weitreichende Schätzungen ergänzt werden muß.

Die mit Hilfe des Generational Accounting gewonnenen Ergebnisse sind im Licht dieser Einschränkungen mit Vorsicht zu interpretieren und können nur als grobe Anhaltspunkte für die intergenerativen Verteilungswirkungen der Finanzpolitik angesehen werden.

### Die intergenerativen Verteilungswirkungen der öffentlichen Finanzen in Deutschland

#### Datengrundlage der Berechnungen

*Verwendete  
Datenquellen*

Für die im folgenden vorgestellte Anwendung des Generational Accounting auf die öffent-

lichen Finanzen in Deutschland im Basisjahr 1996 wurden neben Daten aus dem Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Statistiken der Sozialversicherungsträger vor allem die seit kurzem verfügbaren Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 des Statistischen Bundesamtes sowie der neuesten Version des vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, betreuten Sozio-ökonomischen Panels verwendet.<sup>6)</sup> Zur Fortschreibung der ermittelten altersspezifischen Pro-Kopf-Beträge der einzelnen Steuer- und Transferarten wurden in der Grundversion als gesamtwirtschaftliche Parameter ein Produktivitätswachstum in Höhe von 2 % und ein Diskontierungsfaktor von 4 % unterstellt. Diese Werte entsprechen in etwa den durchschnittlichen Größen der letzten Jahrzehnte für die Wachstumsrate der realen Pro-Kopf-Einkommen beziehungsweise für den langfristigen Realzins in Deutschland. Daneben wurden Rechnungen mit alternativen Annahmen durchgeführt. Die demographische Entwicklung ist bis zum Jahr 2040 der achten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (mittlere Variante) entnommen. Die weitere Entwicklung wurde so modelliert, daß sich die Bevölkerung in Deutschland für die Zeit nach dem Jahr 2100 bei rund 57 Millionen Personen stabilisiert. Zur Bestimmung des staatlichen Vermögensbestandes im Basisjahr wurden die finan-

---

<sup>6</sup> Die Berechnung der Ergebnisse folgt im Grundsatz der – in der Reihe der Diskussionspapiere der Volkswirtschaftlichen Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank erschienenen – Studie von Boll, S., a.a.O., die auf das Basisjahr 1994 abgestellt war. Es wurden jedoch weitreichende methodische Umstellungen erforderlich. Insbesondere erfolgte keine getrennte Behandlung der west- und ostdeutschen Daten mehr, so daß ein direkter Vergleich der Ergebnisse nicht möglich ist.

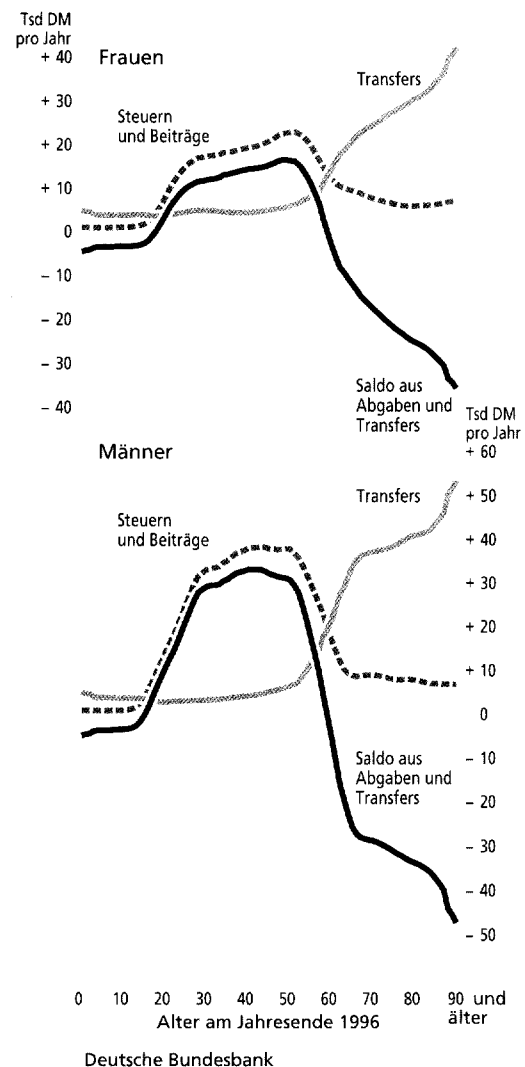
ziellen Forderungen und die Sachanlagen (zu Wiederbeschaffungswerten) mit der Verschuldung saldiert.

### Altersabhängige Belastungsprofile

*Ausgeprägt  
alters-  
abhängiges  
Muster der  
absoluten  
Zahlungsprofile*

Was zunächst die Belastung der einzelnen Altersjahrgänge im Basisjahr betrifft, so weist der Saldo zwischen den durchschnittlichen Abgaben- und Transferzahlungen ein ausgeprägt altersabhängiges Muster auf (vgl. nebenstehendes Schaubild). Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte wird somit stark durch den steigenden Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung beeinflusst. Kinder und Jugendliche erhalten in einem nicht zu vernachlässigenden Umfang Nettzahlungen vom Staat, wobei insbesondere das Kindergeld stark ins Gewicht fällt. Mit dem Eintritt in das Erwerbsleben werden die absoluten Zahlungsprofile positiv, das heißt der Staat wird zum Nettoempfänger. In den mittleren Lebensjahren folgen die Steuer- und Beitragszahlungen ebenso wie die Nettzahlungen weitgehend der Veränderung des Einkommens, wobei die jährliche Nettobelastung für Männer deutlich höher liegt als für Frauen. Die Transferzahlungen bleiben in dieser Periode ungefähr konstant. Um das sechzigste Lebensjahr ergeben sich mit dem Eintritt in die Ruhestandsphase wieder Nettzahlungen des Staates. Männer erhalten jetzt zwar höhere Nettotransfers als Frauen, aber der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist nicht so ausgeprägt wie in der mittleren Lebensphase, weil ein großer Teil der ausgezahlten Transfers auch zum Zweck der Umverteilung eingesetzt wird und nicht dem reinen Äquivalenzprinzip folgt.

### Verteilung der Abgaben und Transfers auf die einzelnen Altersjahrgänge



Aus dieser altersabhängigen Verteilung der staatlichen Abgaben und Transferleistungen errechnen sich die Generationenkonto lebender Personen, indem – wie erwähnt – für die einzelnen Altersjahrgänge die in ihrer restlichen Lebenszeit zu erwartenden Zahlungen auf das Basisjahr abdiskontiert werden (vgl. hierzu im einzelnen die Tabelle auf S. 24). Besonders aussagekräftig sind dabei die Konten der im Basisjahr Geborenen, weil

*Berechnung der  
Generationen-  
konten*

## Struktur der Generationenkonten

Alter am Jahresende 1996 1)	Tsd DM			Lebens- zeit- steuer- satz 2) %
	Abgaben	Transfers	Netto- bela- stung	
<b>Männer</b>				
0	908	491	417	28,2
5	948	488	460	.
10	996	490	506	.
15	1.062	498	564	.
20	1.096	507	590	.
25	1.026	487	540	.
30	916	477	439	.
35	811	482	330	.
40	682	487	195	.
45	546	504	42	.
50	404	535	- 131	.
55	258	555	- 297	.
60	158	558	- 401	.
65	116	511	- 395	.
70	91	427	- 336	.
75	66	338	- 272	.
80	50	294	- 244	.
85	33	221	- 188	.
90 und älter	8	65	- 58	.
Zukünftige Generationen	.	.	988	66,8
<b>Frauen</b>				
0	482	393	89	16,2
5	511	397	114	.
10	544	403	141	.
15	587	412	175	.
20	612	422	190	.
25	595	418	176	.
30	560	412	148	.
35	509	400	109	.
40	457	415	43	.
45	396	425	- 29	.
50	314	460	- 146	.
55	223	469	- 246	.
60	158	471	- 313	.
65	121	440	- 318	.
70	91	391	- 300	.
75	65	313	- 248	.
80	55	294	- 239	.
85	37	207	- 170	.
90 und älter	8	51	- 44	.
Zukünftige Generationen	.	.	211	38,3

1 Nur die Nettobelastung der im Jahr 1996 Geborenen ist mit derjenigen zukünftiger Generationen vergleichbar. — 2 Aus der Division des Lebenszeitsteuersatzes zukünftiger Generationen durch denjenigen von 1996 Geborenen ergibt sich eine Belastungsrelation in Höhe von 2,37.

Deutsche Bundesbank

nur diese den vollen Umfang der staatlichen Abgaben und Leistungen über die gesamte Lebensspanne widerspiegeln.

Im Basisjahr geborene Männer haben staatliche Abgaben in Höhe von (abdiskontiert) 908 Tsd DM zu leisten, während ihnen 491 Tsd DM an Transfers zufließen; als Nettobelastung, die zur Finanzierung der nicht zugerechneten Ausgaben herangezogen wird, verbleiben 417 Tsd DM. Bezogen auf das zu erwartende Lebenseinkommen ergibt dies einen Lebenszeitsteuersatz von 28 %. Frauen leisten Abgaben in Höhe von gut der Hälfte der von Männern abgeführten Zahlungen, sie erhalten aber Transfers in Höhe von 80 %. Ihre Nettobelastung ist somit deutlich geringer als die von Männern; ihr Lebenszeitsteuersatz liegt bei 16 %.

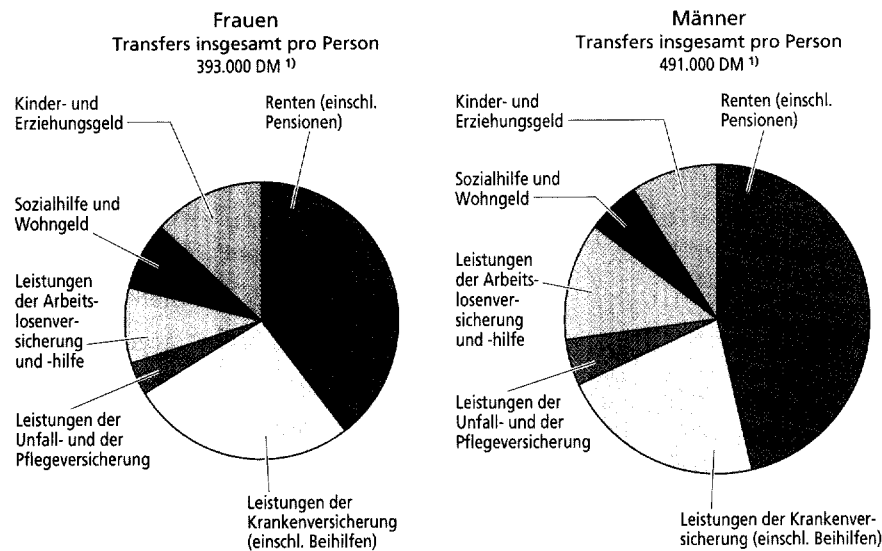
Zahlungs-  
vorgänge  
insgesamt ...

Auch die Zusammensetzung der „Soll- und Habenbeträge“ auf den Generationenkonten von 1996 Geborenen unterscheidet sich deutlich. So fallen auf der Abgabenseite bei den Männern die Sozialversicherungsbeiträge weitaus am stärksten ins Gewicht, bei den Frauen hat auch die Belastung mit indirekten Steuern einen relativ großen Anteil. Auf der Transferseite stehen zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen die Zahlungen der staatlichen Alterssicherung an erster und die Leistungen der Krankenversicherung an zweiter Stelle, die Bedeutung beider Leistungsarten ist jedoch recht unterschiedlich. Auch sind für Männer Zahlungen bei Arbeitslosigkeit von größerer Bedeutung als für Frauen, während bei letzteren die Sozialhilfe sowie das Wohngeld relativ stärker ins Gewicht fallen (vgl. dazu das Schaubild auf S. 25). In den

... und ihre  
Zusammen-  
setzung



## Transfers über die gesamte Lebenszeit an die im Jahr 1996 Geborenen



<sup>1</sup> Barwert der mit der Produktivitätswachstumsrate fortgeschriebenen Transferzahlungen.

Deutsche Bundesbank

beträchtlichen geschlechtsspezifischen Unterschieden spiegelt sich vor allem die im allgemeinen ungünstigere finanzielle Situation der Frauen wider, die auch auf die im Vergleich zu den Männern geringere Erwerbsbeteiligung zurückzuführen ist und verstärkte staatliche Transferzahlungen sowie geringere Abgaben zur Folge hat.

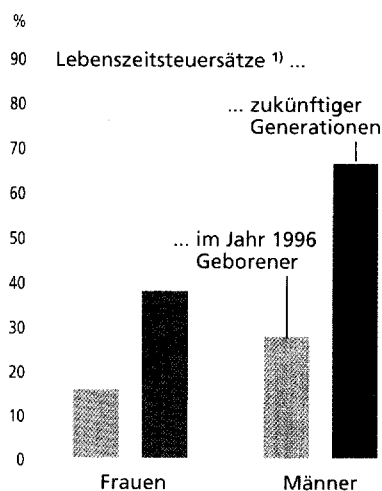
### Belastungverschiebungen zwischen lebenden und künftigen Generationen

Was die intergenerative Verteilung als eigentliches Untersuchungsziel des Generational Accounting betrifft, so bestätigen die Berechnungen die sich aus vielen Einzeluntersuchungen ergebende Vermutung, daß vor allem die demographischen Verschiebungen im Altersaufbau, aber auch die im Basiszeitraum be-

stehende ungünstige Lage des Staatshaushalts eine starke Mehrbelastung künftiger Generationen zur Folge haben. Während – wie erwähnt – eine Belastungsrelation von eins bedeuten würde, daß die gegenwärtige Finanzpolitik beibehalten werden kann, ohne Belastungen in die Zukunft zu verschieben, ergibt sich für das Basisjahr 1996 ein Wert in Höhe von 2,4. Dies bedeutet, daß unter den getroffenen Annahmen zukünftige Generationen um 140 Prozent höhere Nettosteuerzahlungen an den Staat leisten müssen als 1996 Geborene.<sup>7)</sup> Der Lebenszeitsteuersatz steigt auf 67 % für Männer und 38 % für Frauen.

<sup>7</sup> Dieser Wert ist für Männer und Frauen gleich, weil bei der Berechnung der Nettobelastung zukünftiger Generationen unterstellt wurde, daß keine Änderungen im Hinblick auf die intragenerative Umverteilung zwischen den Geschlechtern auftreten.

### Belastung von im Jahr 1996 Geborenen und zukünftigen Generationen



1 Differenz zwischen den auf das Basisjahr 1996 abdiskontierten geleisteten Abgaben und empfangenen Transfers über die gesamte Lebenszeit, bezogen auf den Barwert der Lebenseinkommen.

Deutsche Bundesbank

*Mögliche Mehrbelastung künftiger Generationen aufgrund höherer Nettoeinkommen...*

Eine maßvolle Mehrbelastung zukünftiger Generationen könnte aus dem Blickwinkel der Verteilungsgerechtigkeit mit dem Hinweis auf deren höhere Lebensnettoeinkommen gerechtfertigt werden. Höhere Nettosteuerzahlungen zukünftiger Generationen wären demnach Folge eines intertemporal progressiven Steuersystems, das dem Leistungsfähigkeitsprinzip Rechnung trägt. Insofern könnten die finanziellen Lasten der öffentlichen Haushalte verstärkt auf zukünftige Generationen „vererbt“ werden.

*... darf nicht zu deren Überforderung führen*

Allerdings trägt diese Argumentation nur dann, wenn gewährleistet wäre, daß die intertemporal stärkere Belastung auch in Zukunft eine – wenn auch verlangsamte – Erhöhung der Lebensnettoeinkommen zuläßt. Geht man davon aus, daß die zur Einhaltung

der intertemporalen Budgetrestriktion erforderlichen Mehrbelastungen von Anfang an gleichmäßig auf alle künftigen Generationen verteilt werden, könnte bei der sich ergebenden Anhebung des Lebenszeitsteuersatzes für zukünftige Generationen auf – wie erwähnt – 67 % für Männer beziehungsweise 38 % für Frauen diese Bedingung jedoch nicht eingehalten werden. Die Lebensnettoeinkommen der nächsten Generationen würden sogar zunächst erheblich zurückgehen und erst für weit in der Zukunft liegende Geburtsjahrgänge wieder das Niveau der im Jahr 1996 Geborenen erreichen (vgl. für den Fall der Männer das Schaubild auf S. 27).

Anstatt eines einheitlichen Lebenszeitsteuersatzes für alle künftigen Generationen könnte deshalb auch eine allmählich wachsende Belastung unterstellt werden, die eine konstante Zunahme des Lebensnettoeinkommens von Geburtsjahrgang zu Geburtsjahrgang sicherstellt. Auch unter dieser Annahme ist jedoch die Mehrbelastung der künftigen Generationen nicht verkraftbar, weil in diesem Fall der jährliche Zuwachs der Lebensnettoeinkommen annähernd gleich Null wäre. Der aus dem Produktivitätsfortschritt von 2 % pro Jahr resultierende Anstieg der Lebensbruttoeinkommen würde durch einen steigenden Zugriff des Staates, der zum großen Teil noch der Finanzierung von Leistungen an die gegenwärtigen Generationen zuzuschreiben ist, praktisch aufgezehrt. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß die mit der wachsenden Belastung wahrscheinlich einhergehenden Verhaltensänderungen die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen würden.

*Allmähliche Mehrbelastung tragbar?*

Hohe Trag-  
fähigkeitslücke  
erfordert ...

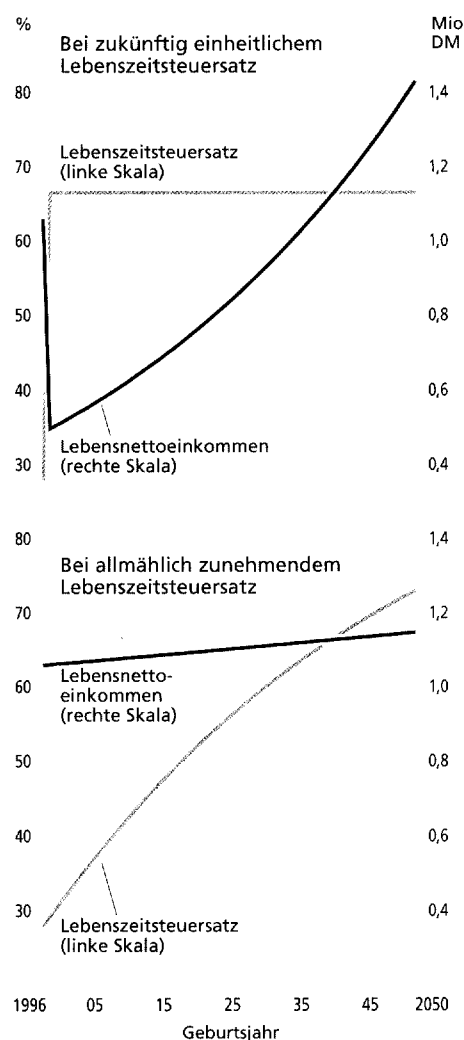
Auch die Berechnung der Tragfähigkeitslücke – des zweiten eingangs erwähnten Indikators – zeigt, daß die fiskalischen Bedingungen des Jahres 1996 angesichts der demographischen Entwicklung eine erhebliche Mehrbelastung für die Zukunft implizieren. Danach klaffte 1996 zwischen dem Barwert der Einnahmen und Ausgaben des Staates eine Lücke von 10 300 Mrd DM beziehungsweise des 2,9fachen des Bruttoinlandsprodukts.

... Einsparungen oder Mehreinnahmen in Höhe von fast 6 ½% des BIP

Rechnet man diesen Betrag in jährliche Raten um, dann erfordert die Bedienung dieser ökonomischen Schuld jährlich und dauerhaft Einsparungen oder Mehreinnahmen in Höhe von 6,3% des Bruttoinlandsprodukts (im Jahr 1996 wären dies rund 225 Mrd DM gewesen).<sup>8)</sup> Beachtet werden muß jedoch, daß dieser Wert auch von der gewählten Diskontierungsrate und dem unterstellten Produktivitätswachstum abhängig ist, wenn auch die dadurch verursachten Unterschiede nicht allzu stark ins Gewicht fallen. Beträgt letzteres beispielsweise nur 1,5% anstatt 2,0%, so sinkt der jährliche Konsolidierungsbedarf von 6,3% auf 6,1% des Bruttoinlandsprodukts, weil die Wachstumsrate der Pro-Kopf-Zahlungen entsprechend niedriger angesetzt wird (vgl. im Hinblick auf verschiedene Annahmenkombinationen die Tabelle auf S. 28).

Im Gegensatz zu den vorher dargestellten Indikatoren intergenerativer Verteilungswirkungen wird hierbei angenommen, daß eine sofortige Konsolidierung vorgenommen wird, die auch für die gegenwärtig lebenden Generationen mit einer Senkung der Lebensnettoeinkommen verbunden ist. Mit jedem Jahr, in

### Lebensnettoeinkommen der ab dem Jahr 1996 geborenen Männer



Deutsche Bundesbank

dem der errechnete Beitrag zur Schuldbegleichung nicht erbracht wird, steigt die in Annuitäten umgerechnete Tragfähigkeitslücke weiter an. Auf diese Weise wird deutlich, daß ein Verschieben von Konsolidie-

<sup>8</sup> Bezogen auf die Verhältnisse des Jahres 1996 müßte beispielsweise die Ausgabenquote von gut 50% auf 44% reduziert werden. 1989, also vor der Wiedervereinigung, hatte sie nach einer langanhaltenden Konsolidierungsphase knapp 46% betragen; der Wert von 44% wurde erstmals im Jahr 1974 überschritten.

### Auswirkungen alternativer Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung auf die intergenerative Belastungsverteilung

Zunahme der Produktivität in %	Diskontierungsfaktor in %		
	3	4	5
	Intergenerative Belastungsrelation 1)		
1,5	2,4	2,3	2,3
2,0	2,5	2,4	2,3
2,5	2,8	2,4	2,3
	Jährlicher Konsolidierungsbedarf in % des BIP		
1,5	6,6	6,1	5,7
2,0	6,9	6,3	5,9
2,5	7,4	6,6	6,1

1 Lebenszeitsteuersatz zukünftiger Generationen in Relation zu demjenigen von 1996 Geborenen.

Deutsche Bundesbank

rungsbemühungen um so stärkere Anstrengungen in späteren Jahren erfordert.<sup>9)</sup>

Welche Auswirkungen bereits beschlossene, aber 1996 noch nicht wirksame Politikänderungen auf die intergenerative Verteilung haben beziehungsweise welche konkreten Maßnahmen erforderlich wären, um eine Mehrbelastung der zukünftigen Generationen zu verhindern, soll im folgenden anhand ausgewählter Beispiele dargestellt werden. Dabei ist nochmals zu betonen, daß intergenerative Belastungsrechnungen weder Hinweise auf das Ausmaß noch auf die Ausgestaltung einer wünschenswerten Veränderung der intergenerativen Umverteilung liefern können. Hierfür müßte nicht nur eine Norm für die gewünschte Lastverteilung zwischen den Generationen vorliegen, sondern es müßten auch die ge-

samtwirtschaftlichen Rückwirkungen der jeweiligen Maßnahmen einbezogen werden. Während in intergenerativen Belastungsrechnungen aufgrund der Verwendung von Nettzahlungen unterstellt wird, daß diesbezüglich zwischen der Reduzierung von Ausgaben und der Erhöhung von Einnahmen kein Unterschied besteht, dürften die tatsächlichen Auswirkungen stark divergieren. So kann bei einer Kürzung der Transfers im Alter, die bereits frühzeitig angekündigt wird, davon ausgegangen werden, daß sich die Sparanstrengungen in jüngeren Lebensjahren vergrößern. Eine höhere Besteuerung könnte dagegen nicht nur mit einer Verminderung der Ersparnis und der Investitionen verbunden sein, sondern auch zu Ausweichreaktionen (wie einer verstärkten Abwanderung in die Schattenwirtschaft) führen.

Zunächst soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht auf dem Niveau von 1996 verharren wird, sondern bei dem geltenden Recht an die vor allem infolge der demographischen Entwicklung stark steigenden Ausgaben anzupassen ist. Unterstellt wird dabei, daß der Beitragssatz entsprechend der unteren Variante der Vorausschätzung der Prognos AG (auf der Basis des 1992 geltenden Rechts) auf 28,5 % im Jahr 2030 angehoben wird.<sup>10)</sup>

*Auswirkungen steigender Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung*

9 Würde beispielsweise die Ausgabenquote ab 1997 schrittweise um jährlich einen Prozentpunkt reduziert, wäre schließlich eine dauerhafte Kürzung um knapp sieben Prozentpunkte erforderlich.

10 Vgl.: Prognos AG: Prognos-Gutachten 1995, Frankfurt/Main 1995 (Hrsg.: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger). Das Gutachten basiert auf dem Rentenrecht von 1992, berücksichtigt also nicht die im laufenden Jahr beschlossenen Leistungsänderungen. Aus Gründen der Vereinfachung wird in unseren Berechnungen angenommen, daß der Beitragssatz von dem Niveau des Jahres 1997 ausgehend linear auf 28,5 % im Jahr 2030 ansteigt und anschließend konstant bleibt.

*Quantitative Auswirkungen ausgewählter Maßnahmen auf die intergenerative Verteilung*

Gegenüber der Grundversion führt diese Variante zu einer deutlichen Reduzierung des intergenerativen Ungleichgewichts auf eine Belastungsrelation von 1,7; die Mehrbelastung künftiger Generationen verringert sich somit um 50 %. Der Entlastung zukünftiger Generationen stehen höhere Nettoabgaben der lebenden Generationen gegenüber, wobei die zusätzliche finanzielle Belastung um so höher ausfällt, je jünger der Altersjahrgang ist. Der Lebenszeitsteuersatz 1996 geborener Männer (Frauen) steigt dementsprechend von rund 28 % (16 %) auf 34 ½ % (22 ½ %).

*Steuer-  
erhöhungen  
und Ausgaben-  
kürzungen*

Wollte man eine Gleichverteilung der Lasten zwischen den im Basisjahr Geborenen und zukünftigen Generationen durch Steuererhöhungen herbeiführen, so müßte die 1996 bestehende Steuerlast um 30 % angehoben werden, das heißt die Steuerquote müßte von gut 23 % des BIP auf 30 % des BIP ansteigen. Setzte man mit der Konsolidierung dagegen bei speziellen Ausgaben an, so wäre beispielsweise eine Reduzierung der Aufwendungen für die Alterssicherung (einschließlich der Beamtenpensionen) um annähernd 40 % erforderlich (vgl. im einzelnen die nebenstehende Tabelle). Diese Beispiele zeigen bereits, daß eine Konsolidierung dieses Ausmaßes sich nicht auf einzelne Maßnahmen beschränken könnte, sondern breit gestreut sein müßte.

## Fazit

*Sinnvolle  
Ergänzung  
herkömmlicher  
finanz-  
politischer  
Indikatoren*

Insgesamt gesehen wird mit Hilfe intergenerativer Belastungsrechnungen gegenüber den herkömmlichen finanzpolitischen Indikatoren ein zusätzlicher Informationsgewinn erzielt,

## Auswirkungen möglicher Konsolidierungsmaßnahmen auf die Nettobelastung

Tsd DM

Alter am Jahres- ende 1996	Netto- bela- stung im Basisfall	Anpas- sung der Beiträge zur Ren- tenver- siche- rung	Senkung der Lei- stungen der Alters- siche- rung um 38 % <sup>1)</sup>		Erhö- hung der Steuern um 30 % <sup>1)</sup>
<b>Männer</b>					
Differenz zum Basisfall					
0	417	94	86	138	
10	506	88	94	148	
20	590	74	104	161	
30	439	44	103	134	
40	195	22	113	104	
50	-131	7	137	69	
60	-401	0	166	34	
70	-336	0	126	21	
80	-244	0	80	11	
90 und älter	-58	0	16	1	
Zukünftige Generationen	988	-130	-485	-433	
Lebenszeit- steuersatz (%):					
1996 Geborene	28,2	34,5	34,0	37,5	
Zukünftige Generationen	66,8	58,0	34,0	37,5	
Belastungs- relation <sup>2)</sup>	2,4	1,7	1,0	1,0	
<b>Frauen</b>					
Differenz zum Basisfall					
0	89	35	59	93	
10	141	34	67	103	
20	190	29	77	114	
30	148	19	85	106	
40	43	10	94	90	
50	-146	3	116	68	
60	-313	0	134	38	
70	-300	0	107	22	
80	-239	0	73	13	
90 und älter	-44	0	12	2	
Zukünftige Generationen	211	-2	-64	-29	
Lebenszeit- steuersatz (%):					
1996 Geborene	16,2	22,6	26,8	33,0	
Zukünftige Generationen	38,4	38,0	26,8	33,0	
Belastungs- relation <sup>2)</sup>	2,4	1,7	1,0	1,0	

<sup>1)</sup> Zum Ausgleich der Belastung zwischen lebenden und zukünftigen Generationen erforderliches Ausmaß der Leistungsänderungen. — <sup>2)</sup> Lebenszeitsteuersatz zukünftiger Generationen in Relation zu demjenigen der 1996 Geborenen.

Deutsche Bundesbank

da eine Projektion der finanzpolitischen Bedingungen in die Zukunft erfolgt. Darüber hinaus kann auch ermittelt werden, wie sich die intergenerative Belastungsverteilung durch verschiedene finanzpolitische Maßnahmen beeinflussen läßt. Als Ergänzung des analytischen Instrumentariums sind diese Rechnungen daher sinnvoll, auch wenn die Ergebnisse angesichts konzeptioneller Einwände und erheblicher Erfassungs- und Schätzprobleme mit Vorsicht zu interpretieren sind. Sie dürfen insbesondere nicht als Versuch einer Prognose mißdeutet werden. Ungeachtet aller Vorbehalte im einzelnen vermitteln die hier vorgestellten intergenerativen Belastungsrechnungen jedoch eine quantitative Vorstellung von den Dimensionen der Problematik in Deutschland.

Die Aussagekraft des Generational Accounting wird künftig noch erheblich zunehmen, da mit fortlaufender Analyse vergleichbare Ergebnisse über mehrere Jahre hinweg zur Verfügung stehen und somit beurteilt werden kann, ob die Finanzpolitik einen Kurs steuert, der geeignet ist, die künftigen Belastungen abzubauen. Diese Tendenzaussagen sind unter Berücksichtigung der Sondereinflüsse des jeweiligen Basisjahres für die Analyse der Finanzpolitik wichtiger als Berechnungen der absoluten Höhe des Umverteilungsmaßes oder der Tragfähigkeitslücke.

Die hier vorgenommenen Untersuchungen zeigen unter den angeführten Vorbehalten auf, daß die Beibehaltung der finanz- und sozialpolitischen Bedingungen des Jahres 1996 zukünftigen Generationen erdrückende

Lasten aufbürden würde. Zwar sind bereits einige Maßnahmen ergriffen worden, um diese intergenerative Umverteilung zu reduzieren. So sind beispielsweise im Bereich der Rentenversicherung Leistungseinschränkungen vereinbart worden, die langfristig erheblich zu Buch schlagen. Auch strebt die Bundesregierung an, die Staatsquote bis zum Jahr 2000 wieder auf den vor der Wiedervereinigung geltenden Wert zurückzuführen.

Dennoch machen die gefundenen Ergebnisse deutlich, daß weitere Konsolidierungsanstrengungen nicht nur kurz- und mittelfristig, sondern vor allem auch unter langfristigen Aspekten dringend notwendig sind. Erschwerend kommt hinzu, daß Abgabenerhöhungen ausscheiden sollten, weil sie angesichts des bereits jetzt überhöhten Niveaus und aufgrund ihrer wachstumshemmenden Wirkungen die gesamtwirtschaftlichen und damit auch finanzpolitischen Probleme noch vergrößern würden. Eine „Umfinanzierung“ bestimmter Leistungen, die bei isolierter Betrachtung einzelner Teilbereiche der öffentlichen Finanzen gerechtfertigt sein mag, kann die öffentlichen Finanzen insgesamt gesehen offensichtlich nicht entlasten. Geboten ist somit eine nachhaltige Rückführung der Staatsquote, wobei zu berücksichtigen ist, daß jede Verzögerung die zukünftig notwendigen Einschnitte nur noch vergrößert. Die aktuelle Konsolidierung darf dabei angesichts der jetzt schon bestehenden hohen Belastungen künftiger Generationen nicht mit der Verschiebung von finanziellen Problemen in die Zukunft verbunden sein.

*... verdeutlicht  
dringenden  
finanz-  
politischen  
Reformbedarf*

*Zunehmende  
Aussagekraft  
durch fort-  
laufende  
Anwendung*

*Erhebliche  
Belastung  
zukünftiger  
Generationen ...*

## Ertragslage und Finanzierungs- verhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahr 1996

Die westdeutschen Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, des Handels und des Verkehrs mußten nach den noch vorläufigen Ergebnissen der Unternehmensbilanzstatistik der Bundesbank 1996 eine Verschlechterung ihrer Erträge hinnehmen, die vor allem mit dem schleppenden Gang der konjunkturellen Entwicklung zusammenhing. Trotz dieses ungünstigen Umfelds gelang es den Unternehmen insgesamt, ihre finanzielle Lage weitgehend zu stabilisieren. Mit der Rückkehr der Wirtschaft auf einen Pfad der gesamtwirtschaftlichen Expansion hat sich in diesem Jahr – den Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zufolge – auch eine Besserung in den Ertragsverhältnissen eingestellt, die allerdings noch nicht in der Breite angelegt ist.

Im Anhang zu diesem Aufsatz wird die Umstellung der Unternehmensbilanzstatistik auf die neue EU-weit harmonisierte Wirtschaftszweigsystematik mit Wirkung ab dem Jahr 1994 näher erläutert. Damit ist ein statistischer Bruch in den Zeitreihen verbunden, der bei längerfristig angelegten Niveauvergleichen zu berücksichtigen ist. In der Analyse wird deshalb das Jahr 1994 vielfach als Referenzperiode herangezogen.

## Konjunkturelles Umfeld

*Gesamtwirtschaftliche  
Entwicklung  
in West-  
deutschland*

Die westdeutsche Wirtschaft stand 1996 insgesamt betrachtet im Zeichen einer ausgeprägten Konjunkturflaute. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm nur um knapp 1 ½ % zu und damit sogar noch etwas weniger als im Jahr 1995, in dessen Verlauf die hartnäckige Stockungsphase eingesetzt hatte. Erst nach der Jahreswende 1996/97 belebte sich die gesamtwirtschaftliche Produktionstätigkeit wieder deutlich. Das Konjunkturbild des vergangenen Jahres wurde vor allem durch die anhaltende Schwäche der Investitionstätigkeit bestimmt, die sich auch in den Bilanzen der westdeutschen Unternehmen niedergeschlagen hat. Ein gewisses Gegengewicht hierzu bildete die Auslandsnachfrage, die im Gefolge der Normalisierung der Wechselkursverhältnisse bereits zum Jahreswechsel 1995/96 die Talsohle durchschritten hatte und in der Zeit danach mehr und mehr an Schwung gewann.

Von der Wachstumsschwäche besonders stark betroffen waren die in der Unternehmensbilanzstatistik erfaßten Wirtschaftsbereiche, also das Produzierende Gewerbe<sup>1)</sup>, der Handel und der Verkehr. Die reale Bruttowertschöpfung dieser Sektoren zusammengenommen stagnierte auf dem Niveau des Jahres 1995, wohingegen die Unternehmen in dem weniger konjunkturabhängigen Dienstleistungssektor im engeren Sinne, der im Bilanzmaterial der Bundesbank kaum vertreten ist und deshalb nicht Gegenstand dieser Untersuchung sein kann, ihre Nettoproduktion um 4 ½ % ausweiteten. Insgesamt betrachtet dürften die hier analysierten Unternehmen, was ihre Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse angeht,

1996 schlechter abgeschnitten haben als der Durchschnitt der westdeutschen Firmen.

Auch innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes entwickelte sich die Nachfrage und im Gefolge davon die Produktion 1996 in unterschiedliche Richtungen. Die stärker exportorientierten Zweige profitierten von der kräftigen Belebung der Auslandsbestellungen, während die mehr auf den Inlandmarkt ausgerichteten Branchen teilweise deutliche Orderrückgänge hinnehmen mußten. Die Erzeugung des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt nahm um knapp ½ % ab. Auf breiter Front gingen dagegen die erbrachten Bauleistungen zurück, und zwar um 7 ½ %, gemessen an der Produktion des Bauhauptgewerbes. Zum einen schränkten die öffentlichen Haushalte ihre Infrastrukturausgaben in erster Linie aufgrund der konsolidierungsbedürftigen Haushaltslage merklich ein, und im westdeutschen Wohnungsbau normalisierte sich die Neubautätigkeit nach der vorangegangenen hohen Zahl von Fertigstellungen wieder auf einem niedrigeren Niveau. Zum andern hing der Rückgang der Investitionen in gewerbliche Bauten vor allem mit den 1996 noch reichlich vorhandenen Kapazitätsreserven der Industrie zusammen, wodurch die Bereitschaft zu bauintensiven Erweiterungsinvestitionen erfahrungsgemäß gedämpft wird; hinzu kamen mancherorts Angebotsüberhänge an Büroflächen, die auf den Markt drückten.

Die Bruttowertschöpfung des westdeutschen Handels lag 1996 preisbereinigt nur ½ % höher als ein Jahr zuvor. Ausschlaggebend dafür

*Konjunkturelle  
Situation im  
Verarbeitenden  
Gewerbe und  
in der Bauwirtschaft*

*Wirtschaftliche  
Tendenzen im  
Handel und im  
Verkehr*

<sup>1</sup> Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe.



war die rückläufige Geschäftstätigkeit im Großhandel, die in der Regel recht stark mit der Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft verzahnt ist. Der Einzelhandel konnte trotz der im allgemeinen geringen Ausgabebereitschaft der Verbraucher seine Wertschöpfung um 1½ % ausweiten. Im Verkehrsbereich, und hier insbesondere im Güterverkehr, hat die schwache Industriekonjunktur ebenfalls deutliche Spuren hinterlassen.

### Jahresergebnisse

*Ertragsentwicklung insgesamt negativ*

Die Konjunkturflaute des Jahres 1996 hat erwartungsgemäß die Ertragslage der hier untersuchten Wirtschaftsbereiche stark in Mitleidenschaft gezogen. Das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern lag nach den ersten Angaben aus der Unternehmensbilanzstatistik der Bundesbank<sup>2)</sup> um 5 % unter dem Stand von 1995 und damit auch wieder unter dem Niveau von 1994.<sup>3)</sup> Gemessen am Umsatz, erreichte es nur noch 2½ %, verglichen mit einer Bruttoumsatzrendite von 3½ % im Gewinnrekordjahr 1990. Nach Berücksichtigung der ertragsteuerlichen Belastung schrumpfte das Jahresergebnis 1996 sogar um 8 %, wobei die Differenz zur entsprechenden Bruttogröße ausschließlich damit zusammenhängt, daß vor dem Hintergrund annähernd gleich hoher Aufwendungen für Ertragsteuern wie im Jahr 1995 die Bezugsgröße nach Steuern um ein Drittel niedriger war. Die Nettoumsatzrendite lag deshalb 1996 mit gut 1½ % ebenfalls unter den entsprechenden Werten von 1994 und 1995. Seit 1991, als sie bei 2 % gelegen hatte, bewegt sich die Nettoumsatzrendite im Konjunkturverlauf nur ver-

gleichsweise wenig. Ausschlaggebend dafür sind zum einen die im Steuersystem eingebauten Mechanismen, die beispielsweise in Form von Verlustvorträgen und -rückträgen zu einer gewissen Verstetigung des Ergebnisses nach Steuern beitragen. Zum anderen sind die verschiedenen, umfangreichen Änderungen im Steuerrecht mit ins Bild zu nehmen, so die Erleichterungen bei der Gewerbeertragsteuer 1993, die Reduzierung der Körperschaftsteuersätze und die Senkung des Einkommensteuer-Spitzensatzes für gewerbliche Einkünfte 1994 sowie der neue Solidaritätszuschlag, der erstmals 1995 erhoben wurde und den vorausgegangenen Entlastungseffekt bei der Körperschaftsteuer zumindest teilweise wieder kompensierte.

Vom Gewinneinbruch bei den westdeutschen Produktionsunternehmen insgesamt war vor allem die Bauwirtschaft betroffen. Dort fiel – nach den ersten verfügbaren Bilanzanga-

*Verschlechterung der Ertragslage im Baugewerbe ...*

<sup>2</sup> Die folgende Untersuchung umfaßt rund 18 500 Jahresabschlüsse und damit knapp ein Drittel des für 1996 insgesamt zu erwartenden Bilanzmaterials. Für die Analyse wurden die auf der Basis der aktualisierten Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes hochgerechneten Ergebnisse für das Jahr 1995 anhand der Entwicklung eines ebenfalls hochgerechneten vergleichbaren Kreises von Unternehmen fortgeschrieben, um mit den Vorjahrswerten vergleichbare Ergebnisse zu erhalten. Diese Berechnungsmethode spiegelt erfahrungsgemäß die wichtigen Veränderungen recht gut wider, sie kann allerdings nicht die Genauigkeit der endgültigen Hochrechnung erreichen, die auf etwa 60 000 Jahresabschlüssen basiert.

<sup>3</sup> In dieser Untersuchung für Westdeutschland wird erstmals das Jahresergebnis vor und nach Gewinnsteuern an Stelle des Jahresüberschusses in den Vordergrund gerückt. Das Jahresergebnis entspricht dem Jahresüberschuß vor Ergebnisführungen beziehungsweise -abführungen und gibt besseren Aufschluß über die erwirtschafteten Erträge der hier analysierten Unternehmen, da zahlreiche Firmen aufgrund von Gewinn- oder Teilgewinnabführungsverträgen mit nicht in der Unternehmensbilanzstatistik erfaßten Unternehmen (z.B. Beteiligungsgesellschaften) verbunden sind, an die sie ihre Gewinne abführen beziehungsweise von denen ihre Verluste übernommen werden.

ben – insbesondere aufgrund des eingangs beschriebenen erheblichen Rückgangs der Nachfrage nach Bauleistungen 1996 das Jahresergebnis vor Steuern schätzungsweise um die Hälfte und nach Steuern sogar um drei Fünftel niedriger aus als ein Jahr zuvor. Seit dem Jahr 1994 ist das Bruttoergebnis damit um zwei Drittel gesunken; gemessen am Umsatz, ging es von rund 2 ½ % auf weniger als 1 % zurück, womit das Baugewerbe 1996 unter den nach ihrer Umsatzrendite geordneten Wirtschaftssektoren den vorletzten Platz belegte. Niedriger war die Rendite zuletzt nur noch im Verkehrssektor.

Im Verarbeitenden Gewerbe, auf das allein 44 % der Gesamtumsätze in der Unternehmensbilanzstatistik entfallen, sank das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern, das sich in den beiden Vorjahren von dem rezessionsbedingten Einbruch im Jahr 1993 noch kräftig erholt hatte, 1996 um 7 ½ %. Ausschlaggebend dafür war die 1995 eingetretene und bis Ende 1996 anhaltende Wachstumsschwäche. Die Bruttoumsatzrendite fiel auf den Stand von 1994 zurück, als sie bei 3 % gelegen hatte. Dieser Wirtschaftsbereich schnitt damit zwar besser ab als die Mehrzahl der anderen Sektoren, verfehlte aber die durchschnittliche Bruttorendite des Zeitraums 1987 bis 1991 (gut 4 %) deutlich. Hinter diesen aggregierten Kennziffern verbergen sich freilich beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes. Nach den vorliegenden Angaben konnten manche Investitionsgüterproduzenten, unter anderem die Elektrotechnische Industrie, ihre Ertragslage 1996 deutlich verbessern, während baunahe Wirtschaftszweige

## Erfolgsrechnung der Unternehmen \*)

Position	1994	1995	1996	1995	1996
	Mrd DM			Veränderung gegen Vorjahr in %	
Erträge					
Umsatz	5 013,7	5 174,2	5 198	3,2	0,5
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 1)	26,8	30,4	29,5	13,3	-3
Gesamtleistung	5 040,5	5 204,6	5 227,5	3,3	0,5
Zinserträge	36,5	34,1	32	-6,6	-6
übrige Erträge	225,6	231,8	235	2,7	1,5
darunter:					
aus Beteiligungen	30,4	24,4	24,5	-19,5	0,5
aus Gewinnübernahmen und Verlustabführungen	27,7	30,1	30	8,6	-0,5
Erträge insgesamt	5 302,6	5 470,4	5 494,5	3,2	0,5
Aufwendungen					
Materialaufwand	3 106,6	3 230,0	3 251	4,0	0,5
Personalaufwand 2)	988,4	1 006,2	1 009	1,8	0,5
Abschreibungen	205,9	198,5	196,5	-3,6	-1
auf Sachanlagen	182,0	176,8	172,5	-2,8	-2,5
sonstige 3)	24,0	21,7	24	-9,3	10,5
Zinsaufwendungen	79,9	76,8	73	-3,9	-5
Steuern	151,7	164,8	168,5	8,6	2,5
vom Einkommen und Ertrag 4)	42,6	47,2	47,5	10,6	0,5
sonstige 5)	109,1	117,6	121	7,8	3
darunter					
Verbrauchssteuern	90,5	93,8	98,5	3,7	5
übrige Aufwendungen	685,2	712,7	720,5	4,0	1
darunter Gewinnabführungen und Verlustübernahmen	31,4	37,7	36	19,8	-4,5
Aufwendungen insgesamt	5 217,8	5 388,9	5 418,5	3,3	0,5
Jahresüberschuß	84,8	81,5	76	-3,9	-6,5
Nachrichtlich:					
Jahresergebnis 6)	88,5	89,1	82	0,6	-8
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 7)	131,2	136,2	129,5	3,9	-5
Nettozinsaufwand	43,4	42,7	41	-1,6	-4
	in % des Umsatzes			Veränderung gegen Vorjahr in Prozent- punkten	
Rohrertrag 8)	38,6	38,2	38	-0,4	0
Jahresergebnis 6)	1,8	1,7	1,5	-0,1	0
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 7)	2,6	2,6	2,5	0,0	0
Nettozinsaufwand	0,9	0,8	1	-0,1	0

\* Hochgerechnete Ergebnisse. 1996: Geschätzte Angaben, auf halbe und ganze Mrd DM bzw. Prozentpunkte gerundet. — 1 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 2 Löhne, Gehälter, soziale Abgaben und freiwillige soziale Aufwendungen. — 3 Überwiegend Abschreibungen auf Forderungen, Wertpapiere und Beteiligungen. — 4 Bei Personengesellschaften und Einzelkaufleuten nur Gewerbeertragsteuer. — 5 Einschl. Gewerbesteuer. — 6 Jahresüberschuß vor Gewinn- bzw. Verlustübernahmen und Gewinn- bzw. Verlustabführungen. — 7 Steuern vom Einkommen und Ertrag. — 8 Gesamtleistung abzüglich Materialaufwand.

Deutsche Bundesbank

im Sog der schlechten Baukonjunktur erhebliche Gewinneinbußen hinnehmen mußten. Dies gilt ebenso für viele Produzenten von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern; insbesondere im Textil- und Bekleidungs-gewerbe setzte sich die Talfahrt bei den Unternehmenseinträgen fort.

*Höhere Jahres-  
ergebnisse der  
Versorgungs-  
unternehmen  
und im Einzel-  
handel*

Im Gegensatz dazu konnte die westdeutsche Energie- und Wasserversorgung ihr Bruttoergebnis erneut mit einer zweistelligen Rate ausweiten; sie hielt zudem bei der Bruttoumsatzrendite (8 ½ %) den Spitzenplatz unter den hier analysierten Sektoren. Ausschlaggebend dafür war zum einen, daß der Personalaufwand aufgrund des spürbaren Abbaus von Arbeitsplätzen kaum noch wuchs. Zum anderen sind in den Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft die Pachten für Erzeugungsanlagen, die in der Auswertung durch die Bundesbank den „übrigen Aufwendungen“ zugeordnet werden, stark rückläufig gewesen, was vor allem mit sinkenden Abschreibungen auf diese Anlagen zusammenhing. Der Einzelhandel konnte bei moderatem Wachstum der Geschäftstätigkeit seine Ertrags-situation ebenfalls leicht verbessern; in Relation zum Umsatz fiel das Ergebnis im längerfristigen Vergleich gleichwohl recht schwach aus.

*Verbesserte  
Gewinn-  
situation  
bei großen  
Konzernen*

Bei der Interpretation der Jahresergebnisse der Unternehmen insgesamt ist – wie aus einer Sonderauswertung von knapp 150 Konzernabschlüssen hervorgeht – zu berücksichtigen, daß die deutschen Großunternehmen ihre Gewinnlage 1996 deutlich verbessern konnten und wieder das Ertragsniveau von Anfang der neunziger Jahre erreichten. Diese Diskrepanz zum allgemeinen Ertragstrend dürfte vor allem

darauf zurückzuführen sein, daß die Großunternehmen von der Belebung der Exportnachfrage stärker profitierten als die mehr binnenwirtschaftlich orientierten kleinen und mittelgroßen Firmen und über ihre Tochtergesellschaften im Ausland an der in manchen Regionen sehr dynamischen Wirtschaftsentwicklung in größerem Maße partizipieren konnten. Zudem scheinen die großen Unternehmen ihre Restrukturierungsprogramme früher begonnen und inzwischen weit vorangetrieben zu haben, was zu einem beträchtlichen Produktivitätsschub geführt hat.

## Erträge und Aufwendungen

Die Gesamtleistung der Unternehmen, die neben den Umsätzen noch die Bestandsveränderungen an Erzeugnissen sowie andere aktivierte Eigenleistungen umfaßt, wuchs 1996 nur noch um ½ %, nachdem sie in den beiden Vorjahren noch mit 2 % beziehungsweise 3 ½ % expandiert hatte. Hierbei ist jedoch in Rechnung zu stellen, daß im Bereich Energie- und Wasserversorgung die Erzeugerpreise (im Inlandsabsatz) um 5 ½ % niedriger waren als 1995, was in erster Linie auf Preis-senkungen infolge der Neuregelung der Steinkohlefinanzierung zum 1. Januar 1996 zurückzuführen ist und damit nicht zu Lasten der Ertragslage ging. In konstanten Preisen betrachtet, sind hier die Geschäftsaktivitäten folglich erheblich stärker gestiegen als das Umsatzergebnis (+ ½ %). Auch die Preise im Großhandel gaben in Deutschland um ½ % nach, so daß der wertmäßige Rückgang der Geschäftstätigkeit in diesem Bereich um 1% die preisbereinigte Entwicklung wahrschein-

*Gesamtleistung*

lich überzeichnet. Bei annähernd unveränderten Preisen sank die Gesamtleistung im Bau- sektor um etwa 3 %, während sie im Verar- beitenden Gewerbe um rund 1 % zunahm. Der Einzelhandel konnte zwar seinen Umsatz um 2 % ausweiten; davon ist aber die Hälfte auf Preissteigerungen zurückzuführen.

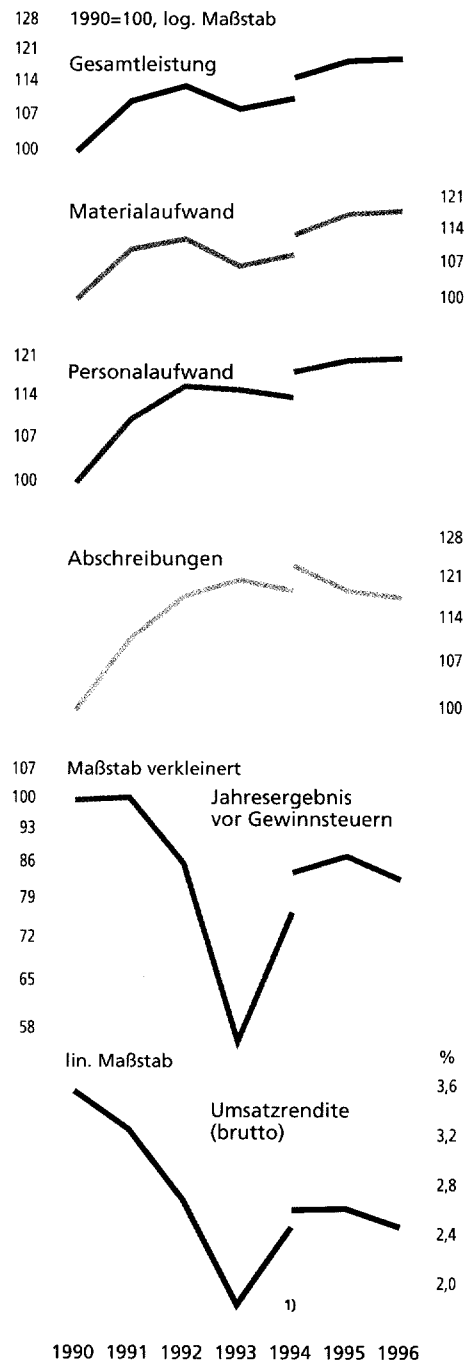
Zinserträge,  
übrige Erträge

Die Zinserträge gingen 1996 mit einem Minus von 6 % erneut stark zurück, worin sich im wesentlichen ein Rückgang des rechnerischen Durchschnittszinses um einen halben Prozent- punkt auf 4 % widerspiegelt. Dieser Zinsef- fekt wurde jedoch dadurch abgemildert, daß die zinswirksamen Forderungsbestände, ein- schließlich der Wertpapierportefeuilles, merk- lich aufgestockt wurden, und zwar im Jahres- durchschnitt um knapp 3 ½ %. Die übrigen Erträge, die vor allem Einkünfte aus Beteili- gungen, Erträge aus der Auflösung von Rück- stellungen sowie Gewinnübernahmen und Verlustabführungen umfassen, nahmen um 1 ½ % zu; dies reichte angesichts der un- terschiedlichen Größenverhältnisse aus, um die Mindereinnahmen auf dem Zinsertragskonto mehr als aufzuwiegen. Die gesamten Erträge, also die Gesamtleistung zuzüglich der Zins- erträge und der übrigen Erträge, übertrafen das Niveau von 1995 um knapp ½ %.

Gesamte Auf-  
wendungen  
und Material-  
aufwand

Die Aufwendungen stiegen alles in allem mit gut ½ % zwar nur wenig stärker als die Er- träge, wobei freilich zu bedenken ist, daß hier bereits kleine Entwicklungsunterschiede deut- lich im Saldo zu Buch schlagen und sich 1996 über diese Hebelwirkung das Jahresergebnis – wie oben dargestellt – spürbar verschlech- terte. In diesem Zusammenhang hat der um gut ½ % höhere Materialaufwand, der die

### Ausgewählte Indikatoren aus den Erfolgsrechnungen westdeutscher Unternehmen



1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996

1) Statistischer Bruch aufgrund der Umstel- lung auf die neue Wirtschaftszweigsyste- matik WZ 93.

Deutsche Bundesbank

quantitativ bei weitem wichtigste Aufwandsposition darstellt, eine bedeutende Rolle gespielt. Der Anteil des Materialaufwands an der Gesamtleistung wies schon in den beiden Vorjahren, als die Gewinne noch expandierten, eine steigende Tendenz auf. Darin spiegeln sich wohl nicht zuletzt die Bemühungen der Unternehmen wider, die Fertigungstiefe zu verringern beziehungsweise die zwischenbetriebliche Arbeitsteilung mit dem Ziel der Kostensenkung zu intensivieren.

die Anhebungen der Tarifverdienste im Handel, die nur zum Teil durch Personalanpassungen aufgefangen werden konnten, so daß die Arbeitskosten hier merklich zunahmen.

Deutlich gebremst wurde der Anstieg der gesamten Aufwendungen von den Abschreibungen, die erneut niedriger ausfielen als zuvor. Die Abschreibungen auf Sachanlagen gingen um 2 ½ % zurück. Dazu trug vor allem bei, daß sich der seit 1992 negative Trend bei den Investitionen in neue Ausrüstungen fortsetzte und damit der Abschreibungsumfang, der aufgrund der häufig angewandten degressiven Abschreibungsmethode relativ stark an die ersten Nutzungsjahre gekoppelt ist, ebenfalls zurückging. Hinzu kamen die Einschränkungen der Abschreibungen im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes von 1993, die 1996 merklich stärker zu Buchschlügen als in den drei vorangegangenen Jahren. Insbesondere der Wegfall der degressiven Abschreibungsmethode für Betriebsgebäude mit Bauantrag nach 1993 sowie die Verlängerung der Abschreibungsfrist für betrieblich genutzte Pkw von vier auf fünf Jahre ab 1993, die 1996 vier Anschaffungsjahrgänge betraf und damit erstmals ihre volle Wirkung entfaltete, dürften eine wichtige Rolle gespielt haben. Gemessen an der Gesamtleistung, war das Gewicht der Abschreibungen auf Sachanlagen mit knapp 3 ½ % so niedrig wie zuletzt Mitte der achtziger Jahre.

*Abschreibungen*

Die übrigen Abschreibungen, die hauptsächlich Forderungsverluste sowie Wertminderungen von Wertpapieren und Beteiligungen umfassen, nahmen dagegen um 10 ½ % zu; allein im Baugewerbe gab es einen kräftigen

*Moderater  
Anstieg der  
Personalkosten*

Der Personalaufwand, der im Jahr zuvor noch um knapp 2 % gestiegen war, nahm nur um knapp ½ % zu. Die Entwicklung in den meisten Wirtschaftsbereichen wich kaum von dieser durchschnittlichen Zuwachsrate ab. Eine bedeutende Ausnahme stellte allerdings die Bauwirtschaft dar, in der die Personalausgaben um etwa 4 % geringer ausfielen als 1995. Dazu hat der massive Personalabbau, der sich nach der amtlichen Statistik auf 5 ½ % der abhängig Beschäftigten im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe belief, maßgeblich beigetragen. Hinzu kam, daß die Tariflöhne angesichts des scharfen Anpassungsdrucks in diesem Sektor nur moderat angehoben wurden. Im Verarbeitenden Gewerbe hielten sich der Rückgang der Beschäftigung und der Anstieg der Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer im Hinblick auf den Personalaufwand die Waage. Vergleichsweise stark stiegen die Löhne vor allem in der Metall- und Elektroindustrie; hier wirkte die zweistufige Vereinbarung des bereits Anfang 1995 ausgehandelten Tarifvertrages nach, die im Jahresdurchschnitt 1996 zu einer weiteren deutlichen Erhöhung der Tarifverdienste auf Monatsbasis führte. Recht kräftig waren auch

Abschreibungsschub um zwei Fünftel. Angesichts des drastischen Anstiegs der Insolvenzen in West- und Ostdeutschland – insbesondere im Baugewerbe – könnten vor allem höhere Forderungsverluste diese Entwicklung geprägt haben. Dafür spricht auch, daß nach der amtlichen Insolvenzstatistik im alten Bundesgebiet 1996 im Rahmen von Konkursverfahren um 30 % höhere Forderungen angemeldet wurden als im Jahr davor. Die Wertberichtigungen auf Wertpapiere im Bestand dürften dagegen eher rückläufig gewesen sein, da im Jahresverlauf die Kurse an den nationalen und internationalen Börsen spürbar anzogen und die D-Mark gegenüber wichtigen Währungen nach einer vorangegangenen starken Aufwertung an Boden verlor.

#### Zinsaufwand

Eine von ihrem Umfang her ebenfalls beträchtliche Entlastung der Erfolgsrechnungen der Unternehmen im Produzierenden Gewerbe, im Handel und im Verkehr kam 1996 durch den erneuten Rückgang des Zinsaufwands zustande. Ausschlaggebend dafür war, daß die Zinsen über das gesamte Laufzeitspektrum im Jahresverlauf weiter nachgaben und der von den Unternehmen zu entrichtende durchschnittliche Zinssatz mit reichlich 5 ½ % um einen halben Prozentpunkt unter dem Niveau von 1995 sowie um zweieinhalb Punkte unter dem letzten Höchststand von 1992 lag. Dieser Effekt wurde durch den Anstieg des jahresdurchschnittlichen Bestands an zinswirksamen Verbindlichkeiten (2 ½ %) nur etwas abgeschwächt. Da gleichzeitig die Zinserträge dem absoluten Betrag nach weniger stark sanken als die entsprechenden Aufwendungen, unterschritt der Nettozinsaufwand seinen Vorjahrsstand um 4 %.

Die Aufwendungen der Unternehmen für Steuern nahmen 1996 um 2 ½ % zu, nachdem sie im Jahr davor noch um 8 ½ % gestiegen waren. Die Belastung durch Steuern vom Einkommen und Ertrag fiel nur um ½ % höher aus als 1995, was aber im wesentlichen mit der geschilderten Verschlechterung der Ertragslage zusammenhängen dürfte. Dazu paßt, daß diese Aufwandsposition beispielsweise im Baugewerbe um gut ein Viertel niedriger war als zuvor. Die sonstigen Abgaben, zu denen unter anderem die Gewerbesteuer, die Grundsteuer und die verschiedenen Verbrauchsteuern zählen, lagen 1996 um 3 % über dem Niveau vor Jahresfrist.

#### Steuerbelastung

#### Mittelaufkommen und Mittelverwendung

---

Die Verschlechterung der Ertragslage der westdeutschen Unternehmen im vergangenen Jahr hat sich vor allem in der Struktur der Finanzströme niedergeschlagen. Das gesamte Mittelaufkommen beziehungsweise die Mittelverwendung<sup>4)</sup> stiegen 1996 – wie oft in Phasen differenzierter Ertragsentwicklung – zwar kräftig, nämlich um 11%. Diese Expansion wurde jedoch auf der Aufkommenseite vor allem durch die starke Ausweitung der Außenfinanzierung getragen, wohingegen das aus der Innenfinanzierung stammende Finanzvolumen deutlich schrumpfte; dementsprechend verminderte sich auch deren Gewicht am gesamten Aufkommen um 14 Prozentpunkte auf 77 %.

#### Kräftige Zunahme der Finanzströme

---

<sup>4</sup> Die Angaben hierzu aus den Schätzergebnissen für die Hochrechnung sind im Vergleich zur Bilanz und zur Erfolgsrechnung mit größeren Unsicherheiten behaftet.

Innen-  
finanzierung

Der beträchtliche Rückgang der Innenfinanzierungsmittel vollzog sich dabei auf breiter Linie. Die erwirtschafteten Abschreibungen waren rückläufig, und die Zuführungen zu Rückstellungen wurden ebenfalls geringer dotiert. Am stärksten schlug hier aber zu Buch, daß per saldo Gewinnrücklagen abgebaut wurden (bzw. bei Nichtkapitalgesellschaften Entnahmen überwogen). Diese Position fiel zum Teil auch in jenen Wirtschaftszweigen schwächer aus als im Jahr davor, die ihr Jahresergebnis 1996 verbessern konnten. Möglicherweise ist dies ein Indiz dafür, daß im Rahmen einer stärker am Shareholder-Value-Gedanken orientierten Gewinnverwendung seitens der börsennotierten Gesellschaften die Thesaurierung gegenüber der Ausschüttung ganz allgemein an Bedeutung verliert.

Zuführung von  
Eigenkapital

Im Einklang damit steht, daß die externe Kapitalzuführung bei den hier analysierten Kapitalgesellschaften 1996 etwas höher ausfiel als ein Jahr zuvor. Dieser Zuwachs war zwar deutlich schwächer als der Anstieg des gesamten Absatzes junger Aktien in Deutschland (gemessen am Kurswert + 45 %), in dem zusätzlich die Kapitalerhöhungen im Dienstleistungssektor im engeren Sinne (einschl. der Finanzinstitute), der Konzern- und Holdinggesellschaften im produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Verkehr enthalten sind. Bei dem Vergleich mit dem Gesamtabsatz ist aber zu berücksichtigen, daß letzterer 1996 durch eine in der Öffentlichkeit vielbeachtete Großemission geprägt worden ist. Ohne diesen Sonderfaktor war das Emissionsvolumen deutlich niedriger als im Jahr davor.

Kredit-  
aufnahme

Besonders kräftig wurde die Neuverschuldung ausgeweitet, die 1996 sogar das Vierfache des

Mittelaufkommen und Mittelverwendung der Unternehmen \*)

Mrd DM

Position	1995	1996	Veränderung 1995/96
<b>Innenfinanzierung</b>			
Kapitalerhöhung aus Gewinnen sowie Einlagen bei Nichtkapitalgesellschaften 1)	15,2	5	- 10
Abschreibungen (insgesamt) 2)	198,5	196,5	- 2
Zuführung zu Rückstellungen 3)	14,8	12,5	- 2,5
<b>Zusammen</b>	<b>228,5</b>	<b>214</b>	<b>- 14,5</b>
<b>Außenfinanzierung</b>			
Kapitalzuführung bei Kapitalgesellschaften 4)	9,5	10,5	1
Veränderung der Verbindlichkeiten kurzfristige	13,4	54	40,5
langfristige	20,1	35,5	15,5
	- 6,7	18	24,5
<b>Zusammen</b>	<b>22,9</b>	<b>64,5</b>	<b>41,5</b>
<b>Mittelaufkommen insgesamt</b>	<b>251,4</b>	<b>278,5</b>	<b>27</b>
<b>Sachvermögensbildung (Bruttoinvestitionen)</b>			
Sachanlagenzugang (brutto) 5)	174,2	172	- 2
<b>Nachrichtlich:</b>			
Sachanlagenzugang (netto) 5)	- 2,6	- 0,5	2
Abschreibungen auf Sachanlagen	176,8	172,5	- 4,5
Vorratsveränderung 6)	20,8	6,5	- 14,5
<b>Zusammen</b>	<b>195,0</b>	<b>178,5</b>	<b>- 16,5</b>
<b>Geldvermögensbildung</b>			
Veränderung der Kassenmittel 7)	- 0,2	2,5	2,5
Veränderung der Forderungen kurzfristige	31,2	44	13
langfristige	26,6	35,5	9
	4,7	8,5	4
Erwerb von Wertpapieren	5,2	3	- 2
Erwerb von Beteiligungen	20,3	50,5	30
<b>Zusammen</b>	<b>56,5</b>	<b>100</b>	<b>43,5</b>
<b>Mittelverwendung insgesamt</b>	<b>251,4</b>	<b>278,5</b>	<b>27</b>
<b>Nachrichtlich:</b>			
Innenfinanzierung in % der Bruttoinvestitionen	117,2	120	

\* Hochgerechnete Ergebnisse. 1996: Geschätzte Angaben, auf halbe und ganze Mrd DM gerundet. — 1 Personengesellschaften, Einzelkaufleute sowie übrige Rechtsformen soweit nicht AG oder GmbH. — 2 Auf Vermögensgegenstände des Anlage- und Umlaufvermögens. — 3 Einschl. Saldo der Rechnungsabgrenzungsposten, abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagen. — 4 Erhöhung des Nominalkapitals durch Ausgabe von Aktien und GmbH-Anteilen sowie Zuführungen zur Kapitalrücklage. — 5 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände, abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagen. — 6 Einschl. Veränderung der nicht abgerechneten Leistungen. — 7 Kasse und Bankguthaben.

Deutsche Bundesbank

Vorjahrsniveaus erreichte. Für die meisten hier betrachteten Wirtschaftszweige gilt, daß in großem Umfang neue kurz- und langfristige Verbindlichkeiten zwischen verbundenen Unternehmen entstanden. Dies kann als ein Zeichen fortschreitender Konzentration sowie einer immer engeren Beteiligungsverflechtung zwischen den Unternehmen gewertet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen die finanziellen Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Betriebsmittelzuweisungen umfassen. Verbindlichkeiten (und Forderungen) aus Lieferungen und Leistungen gegenüber anderen Geschäftspartnern nahmen dagegen vergleichsweise wenig zu. Ausschlaggebend dafür war zum einen die schwache Expansion der Geschäftstätigkeit. Zum andern dürfte bei der Gewährung von Zahlungszielen das nach wie vor relativ hohe Ausfallrisiko eine Rolle gespielt haben, das in dem bereits erwähnten starken Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zum Ausdruck kommt. Vor diesem Hintergrund ist auch die vergleichsweise lebhaftere Nachfrage nach kurzfristigen Bankkrediten zu sehen. Langfristige Bankkredite wurden in erheblich größerem Umfang aufgenommen als im Jahr davor, was möglicherweise mit dem in manchen Branchen außerordentlich starken Anstieg des Beteiligungserwerbs im In- und Ausland zusammenhing, auf den im folgenden noch näher eingegangen wird. Die relativ hohe Kreditaufnahme der Bauunternehmen bei Banken dürfte dagegen eher auf zunehmende finanzielle Engpässe zurückzuführen sein.

Maßgeblich für die kräftige Ausweitung des Mittelaufkommens war die höhere Mittelbindung für den Aufbau der Finanzaktiva. Für die

Sachvermögensbildung wurden 1996 dagegen 8 ½ % weniger Mittel eingesetzt als zuvor, insbesondere weil die Vorräte bei weitem nicht mehr so stark aufgestockt wurden. Nachdem viele Läger 1995 aufgrund der schlechten Absatzlage, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, mehr oder weniger unfreiwillig ausgeweitet worden waren, haben die Industrieunternehmen im vergangenen Jahr die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie an Fertigwaren abschmelzen lassen. Der Anteil der Vorräte an der Bilanzsumme lag mit 23 ½ % wieder unter dem Wert von 1994 und erreichte damit den tiefsten Stand seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1971.<sup>5)</sup> Bei den Bruttoinvestitionen in Sachanlagen setzte sich der seit 1992 anhaltende negative Trend fort; der Rückgang (zuletzt 1 ½ %) scheint sich aber verlangsamt zu haben.

Die Geldvermögensbildung übertraf dagegen das Ergebnis des Vorjahres um knapp vier Fünftel. Vom Wertpapiererwerb abgesehen, der wohl aufgrund der relativ niedrigen Anleiherenditen weniger attraktiv war als zuvor, gab es bei allen anderen finanziellen Aktiva Zuwächse, so auch bei den Kassenmitteln. Recht kräftig wuchsen – spiegelbildlich zur Aufkommenseite – die kurz- und langfristigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Die Mittelverwendung im allgemeinen und der Aufbau finanzieller Aktiva im besonderen wurde jedoch durch die massive Ausweitung des Beteiligungserwerbs um 30 Mrd DM auf 50 ½ Mrd DM, die mehr als

*Kräftige  
Dotierung der  
finanziellen  
Aktiva*

<sup>5)</sup> Aus Anlaß der Umstellung der Statistik auf die neue Wirtschaftszweigsystematik wurden die vor allem im Baugewerbe eine Rolle spielenden „nicht abgerechneten Leistungen“, die bisher bei den kurzfristigen Forderungen ausgewiesen wurden, den Vorräten zugeschlagen.



den gesamten Zuwachs beim Mittelaufkommen ausmachte, am stärksten geprägt. Dies ist – insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden Schwäche bei den Sachanlageinvestitionen – ein weiteres Indiz für die zunehmenden Globalisierungsanstrengungen und das verstärkte „outsourcing“ der deutschen Wirtschaft, die sich nicht zuletzt darin äußern, daß der Beteiligungserwerb mehr und mehr als Alternative zu Investitionen im eigenen Unternehmen angesehen wird. Dies gilt auch für den Bereich der Energie- und Wasserversorgung, der allein die Hälfte des gesamten Aufstockungsbetrages für sich in Anspruch nahm. Offensichtlich besteht in dieser Branche, die ihre Aktivitäten lange Zeit auf den in Gebietsmonopole eingeteilten Inlandsmarkt konzentriert hatte, angesichts der bevorstehenden Öffnung des Strommarktes in der EU und der angestrebten Diversifizierung in andere Geschäftsfelder ein großer Nachholbedarf an Akquisitionen. Daneben erhöhten auch das Verarbeitende Gewerbe und der Großhandel ihre Budgets für den Beteiligungserwerb spürbar.

### Bilanzentwicklung und wichtige Bilanzrelationen

*Gewichtsverlagerung zwischen Sach- und Geldvermögen*

Die im Rahmen der Analyse von Mittelaufkommen und Mittelverwendung festgestellte deutliche Gewichtsverlagerung von den Investitionen in Sachanlagen hin zum Beteiligungserwerb kommt auch in der Entwicklung der entsprechenden Bilanzbestände und -strukturen im Jahr 1996 zum Ausdruck. Das Sachvermögen ist nämlich nur um 8 Mrd DM oder  $\frac{1}{2}$  % gewachsen, während das Forderungsvermögen um  $76\frac{1}{2}$  Mrd DM bezie-

ungsweise 5 % zunahm. Diese beträchtliche Ausweitung der finanziellen Aktiva entfiel zu mehr als der Hälfte auf die Aufstockung der Beteiligungen, und ein Drittel kam durch die Erhöhung der Forderungen aus Beteiligungsverhältnissen zustande. Seit 1994 ist der Anteil des Forderungsvermögens an der Bilanzsumme weiter gestiegen und hat zuletzt mit  $51\frac{1}{2}$  % einen neuen Höchststand erreicht. Die bereinigte Bilanzsumme<sup>6)</sup> expandierte 1996 um rund  $2\frac{1}{2}$  %, und damit merklich stärker als im Jahr davor.

Zur Finanzierung des kräftigen Wachstums der Aktiva im allgemeinen und des Forderungsvermögens im besonderen wurden der Bestand an eigenerwirtschafteten sowie von außen zugeführten Eigenmitteln und die Verbindlichkeiten etwa im Gleichschritt zueinander erhöht. Das bedeutet, daß der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme auf dem Niveau von 1995 (18 %) gehalten werden konnte, das auch fast dem Höchststand im Jahr 1992 entsprach. Bei der Kapitalausstattung sind folglich – anders als bei den Erträgen – die rezessionsbedingten Einschnitte global gesehen rasch überwunden worden. Die entsprechenden Kennziffern in den einzelnen Wirtschaftsbereichen streuen allerdings ganz erheblich um diesen Durchschnittswert. In dem hier betrachteten Berichtskreis wiesen die Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit  $26\frac{1}{2}$  % die höchste Eigenmittelquote auf, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe mit 24 %. Am unteren Ende dieser Rangordnung lag der

*Eigenmittel-  
ausstattung  
insgesamt  
und nach  
Wirtschafts-  
bereichen*

<sup>6)</sup> Im Rahmen der Auswertung der Jahresabschlüsse durch die Bundesbank werden die Eigenmittelbestände um ausstehende Einlagen, eigene Aktien im Bestand, Darlehen an Gesellschafter etc. korrigiert.

## Bilanz der Unternehmen \*)

Position	1994	1995	1996	1995	1996
	Mrd DM			Veränderung gegen Vorjahr in %	
<b>Vermögen</b>					
Sachvermögen	1 548,4	1 567,1	1 575	1,2	0,5
Sachanlagen 1)	804,3	802,1	803,5	- 0,3	0
Vorräte 2)	744,1	764,9	771,5	2,8	1
Forderungs- vermögen	1 570,2	1 604,9	1 681,5	2,2	5
Kassenmittel 3)	160,5	160,3	162,5	- 0,1	1,5
Forderungen	987,4	1 006,2	1 036,5	1,9	3
kurzfristige	911,6	925,7	947,5	1,5	2,5
langfristige	75,8	80,5	89	6,1	10,5
Wertpapiere	92,5	98,1	101	6,0	3
Beteiligungen	329,7	340,4	381,5	3,2	12
Rechnungs- abgrenzungs- posten	13,7	14,1	14	2,5	- 0,5
<b>Aktiva insgesamt = Bilanzsumme 4)</b>	<b>3 132,3</b>	<b>3 186,0</b>	<b>3 270,5</b>	<b>1,7</b>	<b>2,5</b>
<b>Kapital</b>					
Eigenmittel 4) 5)	552,0	576,7	592,5	4,5	2,5
Fremdmittel	2 568,5	2 599,0	2 666,5	1,2	2,5
Verbindlich- keiten	1 883,5	1 897,0	1 951	0,7	3
kurzfristige	1 402,6	1 422,7	1 459	1,4	2,5
langfristige	480,9	474,3	492	- 1,4	3,5
Rückstel- lungen 5)	684,9	702,0	715,5	2,5	2
darunter Pensionsrück- stellungen	273,3	278,8	290,5	2,0	4
Rechnungs- abgrenzungs- posten	11,9	10,3	11,5	- 13,1	11,5
<b>Passiva insgesamt = Bilanzsumme 4)</b>	<b>3 132,3</b>	<b>3 186,0</b>	<b>3 270,5</b>	<b>1,7</b>	<b>2,5</b>
Nachrichtlich: Umsatz desgl. in % der Bilanzsumme	5 013,7 160,1	5 174,2 162,4	5 198 159	3,2	0,5

\* Hochgerechnete Ergebnisse. 1996: Geschätzte Angaben, auf halbe und ganze Mrd DM bzw. Prozentpunkte gerundet. — 1 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 2 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 3 Kasse und Bankguthaben. — 4 Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. — 5 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.

Deutsche Bundesbank

Einzelhandel mit 2 %, und im Baugewerbe sah das Bild mit 5 ½ % nur etwas günstiger aus. Diese Unterschiede hängen mit einer ganzen Reihe von Faktoren zusammen, wobei die Kapitalintensität der jeweiligen Produktion eine wesentliche Rolle spielen dürfte. So werden in der Bauwirtschaft, gemessen an der Wertschöpfung, weniger Sachanlagen und folglich auch weniger langfristig zur Verfügung stehende eigene Mittel benötigt als etwa im Verarbeitenden Gewerbe. Kennzeichnend für den Handel ist, daß zur Finanzierung des Warenumschlages in relativ großem Umfang kurzfristige Fremdmittel erforderlich sind. Hinzu kommen nach wie vor bestehende strukturelle Schwachstellen des deutschen Kapitalmarktes.

Die horizontale Eigenmittelquote, die das Verhältnis der Eigenmittel zum Sachanlagenbestand anzeigt, erreichte mit 73 ½ % einen neuen Rekordstand. Wegen der zunehmenden Bedeutung der Beteiligungen rückt jedoch die weiter abgegrenzte Relation von langfristig zur Verfügung stehendem Kapital, das neben den Eigenmitteln die Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten sowie Sonderposten mit Rücklageanteil umfaßt, zum gesamten Anlagevermögen mehr und mehr in den Vordergrund. Diese Kennziffer ist 1996 abermals gesunken (auf 107 ½ %), vor allem weil die Beteiligungen sprunghaft zugenommen haben. In diesem Zusammenhang ist auch der Rückgang des Quotienten aus eigenerwirtschafteten Mitteln (Cash Flow) und dem Bestand an Fremdmitteln (abzüglich Kassenreserven) auf 11 ½ % im Jahr 1996 zu sehen, ohne daß daraus schon eine nachhaltige Verschlechterung der Fähigkeit, Schulden zu tilgen, abgeleitet werden kann. Die liquiden Mittel und

*Kapital-  
und Finanz-  
strukturen*

## Verhältniszahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur der Unternehmen \*)

Position	1994	1995	1996
	in % der Bilanzsumme 1)		
Sachanlagen 2)	25,7	25,2	24,5
Vorräte 3)	23,8	24,0	23,5
Kurzfristige Forderungen	29,1	29,1	29
Langfristig verfügbares Kapital 4)	42,4	42,5	43
darunter Eigenmittel 1)	17,6	18,1	18
Kurzfristige Verbindlichkeiten	44,8	44,7	44,5
	in % der Sachanlagen 2)		
Eigenmittel 1)	68,6	71,9	73,5
Langfristig verfügbares Kapital 4)	165,1	168,8	174
	in % des Anlagevermögens 5)		
Langfristig verfügbares Kapital 4)	108,2	108,7	107,5
	in % der kurzfristigen Verbindlichkeiten		
Liquide Mittel 6) und kurzfristige Forderungen	81,8	81,6	81
	in % der Fremdmittel 7)		
Eigenerwirtschaftete Mittel 8)		12,5	11,5

\* Hochgerechnete Ergebnisse. 1996: Geschätzte Angaben, auf halbe und ganze Prozentpunkte gerundet. — 1 Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. — 2 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 3 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 4 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklageanteil. — 5 Sachanlagen einschl. immaterieller Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 6 Kassenmittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 7 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil, vermindert um die Kassenmittel. — 8 Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten, abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagen.

Deutsche Bundesbank

kurzfristigen Forderungen beliefen sich im Zeitraum 1994 bis 1996 auf durchschnittlich 81½% der kurzfristigen Verbindlichkeiten; diese Relation liegt deutlich über den Angaben für die Jahre 1989 bis 1993 und kommt recht nahe an den Durchschnittswert im Zeitraum 1986 bis 1988 heran.

## Streuung zwischen ertragsschwachen und ertragsstarken Unternehmen sowie nach Größenklassen

Bei allen wichtigen Kennzahlen zu den Ertrags- und Finanzierungsverhältnissen ist eine starke Streuung zwischen ertragsschwachen und ertragsstarken Firmen sowie zwischen großen und kleinen Unternehmen festzustellen. Dies soll im folgenden exemplarisch für die Umsatzrendite und die Eigenmittelquote anhand einer Sonderauswertung des Datenmaterials nach Quartilen für das Geschäftsjahr 1995 aufgezeigt werden.<sup>7)</sup>

Ein Viertel der Unternehmen – das sind in dieser Auswertung knapp 12 000 – machte 1995 Verluste in Höhe von durchschnittlich 4% des Umsatzes, wohingegen die Unternehmen im obersten Quartil eine Umsatzrendite von brutto 10% erwirtschafteten. In den

*Streuung der Umsatzrenditen ...*

<sup>7)</sup> Im Rahmen dieser Auswertung wurden die Unternehmen – anhand von nicht hochgerechneten Einzelangaben – nach ihrer Umsatzrendite beziehungsweise Eigenmittelquote geordnet und nach Quartilen sowie Umsatzgrößenklassen gruppiert. Das im Vergleich zu den hochgerechneten Zahlen günstigere Bild bei den Unternehmen insgesamt (siehe Tabelle auf Seite 44) rührt daher, daß durch die Hochrechnung die kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die in der Regel schlechtere Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse aufweisen, ein größeres Gewicht erhalten. Das Bilanzjahr 1995 wurde gewählt, weil für die Auswertung eine deutlich breitere Datenbasis zur Verfügung stand als für 1996.

### Umsatzrendite und Eigenmittelquote im Jahr 1995 nach Quartilen <sup>1)</sup>

Quartile	Alle Unter- nehmen	davon Unternehmen mit Umsätzen ...		
		... bis unter 10 Mio DM	... von 10 Mio DM bis unter 100 Mio DM	... von 100 Mio DM und mehr
Umsatzrendite 1)				
unterstes	-4,2	-5,3	-4,3	-3,2
25 % bis unter 50 %	0,7	0,7	0,6	1,0
50 % bis unter 75 %	2,9	3,0	2,4	3,2
oberstes	10,1	11,3	9,6	10,5
alle	2,8	2,0	2,2	3,0
Nachrichtlich: hochgerechnet	2,6	.	.	.
Eigenmittelquote 2)				
unterstes	-11,3	-33,3	-6,0	2,1
25 % bis unter 50 %	4,7	1,6	6,2	13,0
50 % bis unter 75 %	14,5	10,8	14,6	24,3
oberstes	34,8	35,5	36,1	43,1
alle	23,2	5,6	14,7	25,7
Nachrichtlich: hochgerechnet	18,1	.	.	.
Anzahl der Unternehmen	47 559	23 311	20 403	3 845

\* Durchschnittswerte per Quartil. Zur Ermittlung der Quartilsgrenzen wurden die erfaßten Unternehmen für jede Größenklasse gesondert nach der Umsatzrendite bzw. Eigenmittelquote sortiert. — 1 Jahresergebnis vor Gewinnsteuern in % des Umsatzes. — 2 Eigenmittel in % der Bilanzsumme (bereinigt).

Deutsche Bundesbank

beiden mittleren Segmenten lag sie bei gut ½ % beziehungsweise 3 %. In der Betrachtung nach Größenklassen fällt auf, daß die Ertragslage der größeren Unternehmen (mit Umsätzen von 100 Millionen DM und mehr) um die Hälfte besser war als die der kleineren Firmen (mit Umsätzen bis 10 Millionen DM) und sich auch deutlich von den Verhältnissen in den mittelgroßen Unternehmen abhob.

Im Hinblick auf die Streuung der Eigenmittelausstattung ergibt sich ein noch stärkeres Gefälle. Im untersten Quartil unterschritten die werthaltigen Aktiva die Summe der Verbindlichkeiten um reichlich ein Zehntel; hier war also nach dem bilanziellen Ausweis beziehungsweise nach Abzug der Berichtigungsposten durch die Bundesbank überhaupt kein haftendes Kapital vorhanden. Dieses ausge-

sprochen schlechte Ergebnis ist allerdings zum Teil auf rechtsformabhängige Faktoren – im untersten Viertel dominieren die Einzelkaufleute und Personengesellschaften – zurückzuführen, die den gewiß vorhandenen Mangel an haftenden Mitteln größer erscheinen lassen, als er tatsächlich ist.<sup>8)</sup> Umgekehrt wiesen die Unternehmen im obersten Quartil, in dem Kapitalgesellschaften sehr stark vertreten sind, mit einer entsprechenden Quote von 35 % eine sehr solide Finanzierungsstruktur auf.

In der zusammenfassenden Rückschau betrachtet, haben sich die Finanzungsverhältnisse der westdeutschen Unternehmen – gemessen an der Ausstattung mit Eigenmitteln – im vergangenen Jahr insgesamt noch einigermaßen zufriedenstellend entwickelt, obwohl sich die Ertragslage verschlechterte. Letzteres ist im wesentlichen auf die „Erblasten“ aus dem Jahr 1995 – nämlich die starke Aufwertung der D-Mark und die überzogenen Lohnerhöhungen in wichtigen Branchen – zurückzuführen. Inzwischen haben sich hier die Verhältnisse gebessert, und seit Anfang 1997 hat sich das konjunkturelle Umfeld für die Unternehmen in Deutschland zunehmend aufgehellt. Damit ist auch eine zentrale Voraussetzung für eine durchgreifende Wende in der Ertragsentwicklung gegeben. Von der sich abzeichnenden Belebung der inländischen Nachfrage dürften nun auch die stärker am heimischen Markt ausgerichteten Unternehmen profitieren, die an dem schon seit längerem anhaltenden Exportaufschwung vielfach nicht oder nur in geringerem Umfang teilnehmen konnten.

Zusammenfassung und Ausblick

<sup>8</sup> Näheres dazu: Deutsche Bundesbank, Jahresabschlüsse mittelständischer Unternehmen unterschiedlicher Rechtsformen im Vergleich, Monatsbericht, Oktober 1993, S. 34 f.

## Anhang

---

### Methodische Erläuterungen zur Umstellung auf die neue Wirtschaftszweigsystematik

Die hier vorgelegten Ergebnisse der Unternehmensbilanzstatistik beruhen auf der neuen, EU-weit harmonisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes (WZ 93). Die neue Systematik unterscheidet sich im Aufbau und in der Abgrenzung wichtiger Sektoren und Wirtschaftszweige zum Teil erheblich von der bisherigen Gliederung, so daß vor allem die Niveauangaben der Hochrechnung insbesondere für die einzelnen Teilbereiche vielfach nicht oder nur eingeschränkt mit denen der Jahre vor 1994 verglichen werden können. Bereits der Berichtskreis der Hochrechnung insgesamt hat sich durch Einbeziehung des Verlagsgewerbes, das bislang zum Dienstleistungssektor zählte, nunmehr aber dem Verarbeitenden Gewerbe zugerechnet wird, etwas geändert. Hinzu kommen Verschiebungen zwischen den großen, in der Unternehmensbilanzstatistik enthaltenen Wirtschaftsbereichen. Die wichtigste Modifikation betrifft den Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, der aus dem Verarbeitenden Gewerbe herausgenommen und mit dem Bergbau zusammengefaßt wurde.<sup>9)</sup>

Die umfangreichsten Änderungen und Einschränkungen in der zeitlichen Vergleichbarkeit betreffen die Untergruppen des Verarbeitenden Gewerbes, die für die Zwecke der Hochrechnung größtenteils neu festgelegt werden mußten, da sich viele, für die Unternehmensbilanzstatistik wichtige Abgrenzungen innerhalb des Sektors geändert haben. Grundlage für die Neufestlegung bildeten die Abteilungen (Zweisteller) der amtlichen Wirtschaftszweigsystematik. Diese Wirtschaftszweige sind in

einigen Fällen auch breiter definiert als die bislang in der Unternehmensbilanzstatistik verwendeten, so daß einige Zweige, die einzeln oder überhaupt nicht ausgewiesen wurden, nun – freilich in meist geänderter Abgrenzung – mit anderen zusammengefaßt präsentiert werden. Beispielsweise gibt es für den Metallbereich nur noch drei Wirtschaftszweige (Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen und Maschinenbau) gegenüber sieben im bisherigen System, für die zuvor nicht durchweg Hochrechnungsergebnisse veröffentlicht werden konnten.

Der Kreis der im Tabellenanhang veröffentlichten Wirtschaftszweige wurde erheblich erweitert und umfaßt nunmehr auch die Bereiche Energie- und Wasserversorgung sowie Verkehr (ohne Eisenbahnen), so daß bis auf den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden für alle Sektoren des Berichtskreises Hochrechnungsergebnisse gezeigt werden. Aus Gründen des Vertrauensschutzes werden innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes nicht alle hochgerechneten Branchenergebnisse ausgewiesen. Dies ist dann der Fall, wenn die Verhältnisse in einer Branche von nur wenigen Großunternehmen geprägt werden. Nicht einzeln dargestellt werden auch in der Statistik vergleichsweise gering besetzte oder sehr heterogen zusammengesetzte Wirtschaftszweige, deren Hochrechnungsergebnisse für die Ermittlung des Gesamtaggregats zwar benötigt werden, aber für branchenbezogene Analysen wenig aussagekräftig

---

9 Weiterhin wird die bisher beim Verarbeitenden Gewerbe angesiedelte Reparatur von Gebrauchsgütern nunmehr zusammen mit dem Einzelhandel ausgewiesen. Erweitert wurde das Verarbeitende Gewerbe über das Verlagsgewerbe hinaus um die Bereiche Kokereien (bisher Bergbau), kommunale Schlachthöfe (bisher Gebietskörperschaften) sowie um die Herstellung bestimmter Fertigteilbauten (bisher Baugewerbe).

## Wirtschaftszweige der Unternehmensbilanzstatistik nach neuer und alter Systematik

Neue Systematik		Alte Systematik	
Bezeichnung	Umsätze 1994 1) in Mrd DM	Bezeichnung	Umsätze 1994 1) 2) in Mrd DM
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden *)	45,0	Bergbau *)	34,3
Verarbeitendes Gewerbe	2 158,5	Verarbeitendes Gewerbe	2 129,1
davon:		davon:	
Ernährungsgewerbe	265,3	Ernährungsgewerbe	247,3
Tabakverarbeitung *)	28,6	Tabakverarbeitung *)	29,5
Textilgewerbe	37,4	Textilgewerbe	35,1
Bekleidungsgewerbe	29,5	Bekleidungsgewerbe	34,3
Ledergewerbe *)	10,5	Ledererzeugung und -verarbeitung 3) *)	10,8
		Holzbearbeitung	17,0
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	46,0	Holzverarbeitung 3)	60,0
		Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- erzeugung *)	20,4
Papiergewerbe	49,4	Papier- und Pappeverarbeitung	29,6
Verlags- und Druckgewerbe 4)	98,8	Druckerei, Vervielfältigung *)	45,3
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen *)	128,5	Mineralölverarbeitung *)	120,8
Chemische Industrie	203,0	Chemische Industrie (einschl. Spalt- und Brut- stoffe)	215,0
		Herstellung von Kunststoffwaren	53,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	70,7	Gummiverarbeitung 3) *)	18,7
		Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	66,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	77,5	Feinkeramik, Herstellung und Verarbeitung von Glas *)	19,8
		NE-Metallerzeugung (einschl. -halbzeug- werke) *)	55,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	101,2	Eisenschaffende Industrie 5)	106,8
		Gießereien *)	10,5
		Stahl- und Leichtmetallbau 6)	37,3
		Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei, Schmiederei *)	16,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	162,9	Herstellung von Eisen-, Blech-, Metallwaren	66,5
Maschinenbau	250,3	Maschinenbau 3)	199,4
Herstellung von Büromaschinen, Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen *)	24,1	Herstellung von Büromaschinen, Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen *)	25,1
Elektrotechnik	154,1	Elektrotechnik 3)	227,6
		Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren 3) *)	40,0
Feinmechanik und Optik	46,9		
Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagenteilen	269,7	Straßenfahrzeugbau 3)	285,2
Sonstiger Fahrzeugbau *)	42,4	Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau *)	21,1
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling *)	61,9	Foto, Film, Verarbeitung von Formstoffen, Herstellung von Musikgeräten, Sport-, Spiel- waren und Schmuck *)	13,3
Energie- und Wasserversorgung	232,2	Energie- und Wasserversorgung	207,1
Baugewerbe	387,0	Baugewerbe	340,3
Großhandel und Handelsvermittlung	1 185,1	Großhandel und Handelsvermittlung	1 207,5
Einzelhandel (einschl. Kraftfahrzeughandel, Tankstellen) 7)	837,9	Einzelhandel	732,6
Verkehr (ohne Eisenbahnen) 8)	168,0	Verkehr (ohne Bahn und Post) *)	172,0
Alle Unternehmen	5 013,7	Alle Unternehmen	4 822,9

\* In den Anhangtabellen des Monatsberichts nicht veröf-  
fentlicht. — 1 Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik des Sta-  
tistischen Bundesamtes für das frühere Bundesgebiet  
einschl. Berlin (West). — 2 Ermittelt durch Fortschreibung  
der Angaben der Umsatzsteuerstatistik für 1992. —  
3 Einschl. Reparatur. — 4 Einschl. Vervielfältigung von be-

spielten Ton-, Bild- und Datenträgern. — 5 Einschl.  
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächen-  
veredelung und Härtung. — 6 Einschl. Schienenfahrzeug-  
bau. — 7 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von  
Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 8 Ohne Nach-  
richtenübermittlung.

sind. Gemessen an den Umsätzen der Umsatzsteuerstatistik, decken die im nachstehenden Tabellenteil für die einzelnen Wirtschaftszweige des Verar-

beitenden Gewerbes ausgewiesenen Hochrechnungsergebnisse diesen Bereich zu 86 % (bisher 79 %) ab.

Der Tabellenanhang mit Angaben für einzelne Wirtschaftszweige für die Jahre 1994 und 1995 ist auf den folgenden Seiten abgedruckt.





werbe Herstel- von	Papiergewerbe		Verlags- und Druckgewerbe 2)		Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glasgewerbe, Keramik, Ver- arbeitung von Steinen und Erden		Position	
	1995	1994	1995	1994	1995	1994	1995	1994	1995	1994		1995
	9,9 8,6	13,9 6,0	14,0 6,9	18,3 7,8	18,3 8,6	41,8 24,0	42,9 26,2	13,4 8,4	13,4 9,0	18,8 9,2	21,4 10,3	I. Bilanz Vermögen Sachanlagen 3) Vorräte 4) darunter: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unfertige Erzeugnisse fertige Erzeugnisse, Waren
	2,6 1,4 3,9	2,6 0,7 2,6	2,8 1,0 3,0	1,8 2,0 3,7	2,2 2,1 4,0	6,7 3,9 13,3	7,2 3,8 15,0	2,8 1,4 3,9	2,9 1,6 4,2	2,5 1,4 4,7	2,6 1,7 5,2	
	18,5 1,1 6,8 6,2	19,9 1,5 9,0 8,0	20,9 1,6 8,7 8,2	26,1 3,9 21,7 19,5	26,9 4,0 23,6 21,4	65,8 9,9 49,7 45,3	69,1 8,6 52,3 46,2	21,8 1,6 13,8 12,8	22,4 1,7 14,3 13,3	28,0 4,6 15,1 13,8	31,7 4,7 14,3 13,1	Sachvermögen Kassenmittel 5) Forderungen kurzfristige darunter aus Lieferungen und Leistungen langfristige Wertpapiere Beteiligungen
	4,4 0,6 0,1 0,7	4,2 0,9 0,5 4,7	4,6 0,6 0,4 3,1	10,5 2,2 0,8 5,4	11,5 2,2 1,0 5,0	18,0 4,4 8,4 59,2	17,6 6,1 7,2 71,9	7,0 0,9 0,2 4,1	7,2 1,0 0,2 4,1	6,3 1,3 0,5 9,6	6,0 1,2 0,6 9,1	
	8,8 0,1	15,6 0,1	13,8 0,1	31,8 0,3	33,6 0,3	127,3 0,3	140,0 0,2	19,7 0,1	20,4 0,1	29,9 0,1	28,7 0,1	Forderungsvermögen Rechnungsabgrenzungsposten
	27,4 3,1 21,9 13,5	35,6 8,2 21,8 12,2	34,8 7,4 21,2 12,6	58,1 7,2 37,7 24,8	60,8 8,2 39,0 27,2	193,4 77,1 54,6 42,3	209,3 84,2 59,1 46,8	41,6 9,0 24,9 17,5	42,9 9,3 26,0 18,2	58,1 14,7 30,4 21,4	60,5 15,2 31,7 21,4	Bilanzsumme 6) Kapital Eigenmittel 7) 8) Verbindlichkeiten kurzfristige darunter: gegenüber Kreditinstituten aus Lieferungen und Leistungen langfristige darunter gegenüber Kreditinstituten Rückstellungen 8) darunter Pensions- rückstellungen
	4,2 4,7 8,5	2,6 4,0 9,5	3,2 3,8 8,6	5,1 7,5 12,9	5,9 8,2 11,7	3,4 10,2 12,3	4,5 10,8 12,3	4,1 4,4 7,4	4,5 4,7 7,7	4,6 5,0 8,9	4,9 5,1 10,2	
	6,3 2,4	5,6 5,6	5,4 6,2	8,0 12,7	7,7 13,0	4,5 61,6	4,4 65,9	4,7 7,7	4,9 7,6	5,7 13,0	6,1 13,7	Rückstellungen 8) darunter Pensions- rückstellungen
	0,6	2,8	3,0	7,2	7,2	37,0	39,8	3,5	3,5	5,7	5,9	
	24,3 0,0	27,4 0,0	27,4 0,0	50,4 0,6	52,0 0,6	116,2 0,1	125,0 0,1	32,6 0,0	33,6 0,0	43,3 0,1	45,3 0,0	Fremdmittel Rechnungsabgrenzungsposten
	27,4	35,6	34,8	58,1	60,8	193,4	209,3	41,6	42,9	58,1	60,5	Bilanzsumme 6)
	47,3 0,5	49,4 0,1	55,8 0,6	98,8 0,2	103,1 0,3	203,0 0,1	214,4 0,8	70,7 0,3	75,6 0,6	77,5 0,1	78,0 1,1	II. Erfolgsrechnung Umsatz Bestandsveränderung an Erzeugnissen 9)
	47,9 0,1 1,5	49,5 0,3 2,5	56,4 0,2 2,2	99,1 0,9 6,5	103,4 0,8 6,4	203,1 2,3 15,5	215,1 2,2 15,1	71,0 0,3 3,3	76,3 0,3 3,1	77,6 0,6 5,1	79,1 0,6 4,5	Gesamtleistung Zinserträge übrige Erträge
	49,4 25,7 12,2 2,3 2,0 0,3 1,1 0,5 0,4 0,1 0,0 6,7	52,3 26,4 11,6 3,2 3,0 0,2 1,1 0,6 0,5 0,1 0,0 8,9	58,9 31,4 12,3 3,1 2,9 0,2 1,1 0,5 0,4 0,1 0,0 10,3	106,4 38,2 32,2 5,7 4,8 0,8 2,0 1,4 1,3 0,1 0,0 24,6	110,6 41,1 32,9 5,5 4,9 0,6 2,0 1,3 1,2 0,1 0,0 25,2	220,9 96,5 52,0 14,0 11,5 2,5 2,6 4,1 3,5 0,6 0,0 44,5	232,4 102,8 53,5 12,5 11,1 1,3 2,7 5,7 5,1 0,6 0,0 47,7	74,6 34,9 20,0 3,9 3,6 0,2 1,3 1,0 0,8 0,1 0,0 12,3	79,7 39,3 20,6 4,0 3,5 0,5 1,2 0,9 0,8 0,1 0,0 12,5	83,2 33,9 20,6 5,5 5,2 0,3 1,4 1,9 1,7 0,2 0,0 16,1	84,2 35,0 21,1 5,4 5,1 0,4 1,4 1,9 1,7 0,2 0,0 16,4	Erträge insgesamt Materialaufwand Personalaufwand 10) Abschreibungen auf Sachanlagen sonstige 11) Zinsaufwendungen Steuern vom Einkommen und Ertrag 12) sonstige 13) darunter Verbrauchsteuern übrige Aufwendungen
	48,4 1,0	51,8 0,5	58,6 0,3	104,0 2,4	108,0 2,6	213,7 7,2	224,9 7,6	73,3 1,3	78,5 1,2	79,4 3,8	81,1 3,1	Aufwendungen insgesamt Jahresüberschuß 14) Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 15)
	1,4	1,0	1,0	4,3	4,2	11,5	14,9	2,6	2,3	6,0	5,6	

anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 9 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 10 Löhne, Gehälter, soziale Abgaben und freiwillige soziale Aufwendungen. — 11 Abschreibungen auf Umlaufvermögen und Finanzanlagen. — 12 Bei Personengesellschaften und Einzelkaufleuten nur Gewerbeertragsteuer. — 13 Einschl.

Gewerbekapitalsteuer. — 14 Gesamte Erträge abzüglich gesamter Aufwendungen. — 15 Jahresüberschuß vor Gewinn- bzw. Verlustübernahmen und Gewinn- bzw. Verlustabführungen sowie vor Steuern vom Einkommen und Ertrag.



stellung Kraft- und wagen-	Energie- und Wasser- versorgung		Baugewerbe		Großhandel und Handels- vermittlung		Einzelhandel (einschl. Kraft- fahrzeughandel, Tankstellen) 1)		Verkehr 2) (ohne Eisen- bahnen)		Position	
	1994	1995	1994	1995	1994	1995	1994	1995	1994	1995		
	38,5 24,5	161,6 11,5	161,3 10,2	43,0 148,3	46,3 144,9	69,3 119,2	68,4 126,5	79,3 145,3	80,8 149,8	77,2 4,1	73,5 2,8	I. Bilanz Vermögen Sachanlagen 3) Vorräte 4) darunter: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unfertige Erzeugnisse fertige Erzeugnisse, Waren
	5,8 6,5 11,9	7,4 0,7 1,8	6,9 0,4 1,6	6,3 28,3 10,5	6,4 29,9 11,6	5,9 2,5 106,4	6,3 3,7 112,6	4,6 1,0 138,0	3,9 1,3 143,2	2,4 0,6 0,6	1,1 0,8 0,5	
	62,9 14,0 46,7 42,0	173,0 15,3 75,1 66,4	171,5 15,0 72,6 63,3	191,3 19,7 91,9 86,6	191,2 17,0 93,4 87,8	188,4 24,9 209,8 198,7	194,9 26,4 214,5 204,3	224,6 13,9 88,6 81,3	230,6 15,5 90,5 83,3	81,3 6,8 41,6 36,9	76,3 8,7 40,5 34,3	Sachvermögen Kassenmittel 5) Forderungen kurzfristige darunter aus Lieferungen und Leistungen langfristige Wertpapiere Beteiligungen
	12,9 4,7 6,0 32,7	26,6 8,7 34,0 49,0	26,5 9,3 38,1 46,3	54,9 5,3 8,1 6,3	55,7 5,6 7,5 6,7	123,8 11,1 4,1 29,2	127,0 10,3 4,4 26,1	44,1 7,3 1,0 12,9	44,0 7,2 0,9 15,0	19,3 4,6 0,5 7,1	18,8 6,1 0,7 8,0	
	99,4 0,4	173,4 1,1	171,9 1,4	126,1 4,1	124,5 4,1	268,1 1,4	271,4 1,4	116,4 1,5	121,8 1,6	55,9 1,3	57,9 1,3	Forderungsvermögen Rechnungsabgrenzungsposten
	162,7	347,6	344,8	321,5	319,8	458,0	467,6	342,5	354,0	138,5	135,5	Bilanzsumme 6)
	40,7 51,2 44,5	82,3 126,4 70,9	91,9 110,0 63,4	19,1 267,3 231,9	18,9 266,5 228,5	66,9 345,5 277,2	68,1 353,4 285,9	12,2 301,4 210,8	11,6 313,3 216,5	18,5 98,2 52,8	21,8 91,0 52,3	Kapital Eigenmittel 7) 8) Verbindlichkeiten kurzfristige darunter: gegenüber Kreditinstituten aus Lieferungen und Leistungen langfristige darunter gegenüber Kreditinstituten Rückstellungen 8) darunter Pensions- rückstellungen
	5,4 17,3 6,7	6,0 14,6 55,5	5,1 15,2 46,6	26,8 44,8 35,4	31,7 45,5 38,0	63,0 108,9 68,4	65,3 113,1 67,5	66,7 82,2 90,5	68,2 84,7 96,8	13,5 18,7 45,4	12,4 19,2 38,7	
	3,1 70,5	28,2 131,6	22,8 137,0	25,0 34,7	27,1 34,1	38,6 44,9	39,2 45,4	63,4 28,2	71,1 28,5	30,3 21,3	29,0 22,0	
	31,6	32,6	32,2	7,6	7,6	16,2	16,2	11,0	11,0	9,0	8,7	
	121,7 0,3	257,9 7,3	247,1 5,9	302,0 0,4	300,6 0,4	390,4 0,7	398,8 0,7	329,6 0,7	341,8 0,7	119,5 0,5	113,1 0,6	Fremdmittel Rechnungsabgrenzungsposten
	162,7	347,6	344,8	321,5	319,8	458,0	467,6	342,5	354,0	138,5	135,5	Bilanzsumme 6)
	284,0 0,9	232,2 1,5	237,1 1,3	387,0 20,5	392,8 13,5	1 185,1 0,7	1 212,9 0,7	837,9 1,2	853,2 0,5	168,0 0,3	171,2 0,4	II. Erfolgsrechnung Umsatz Bestandsveränderung an Erzeugnissen 9)
	285,0 3,0 15,2	233,7 5,0 16,7	238,4 4,8 16,6	407,5 2,3 12,0	406,3 2,1 12,1	1 185,8 5,6 32,5	1 213,6 5,3 33,1	839,1 2,6 25,1	853,7 2,5 24,3	168,3 1,0 18,6	171,5 1,2 17,4	Gesamtleistung Zinserträge übrige Erträge
	303,1 177,0 68,1 14,8 13,1 1,7 1,9 2,3 1,8 0,5 0,0 36,2	255,3 147,6 34,0 22,8 22,0 0,8 4,4 7,2 5,7 1,5 0,5 32,8	259,8 148,4 35,1 22,0 21,6 0,5 3,8 9,2 7,7 1,5 0,5 35,6	421,7 201,5 139,5 15,7 13,5 2,3 6,5 4,1 3,3 0,8 0,0 48,2	420,6 203,3 139,0 15,3 12,8 2,5 6,8 3,4 2,6 0,8 0,0 49,3	1 223,9 953,1 99,7 20,8 16,1 4,7 14,7 21,5 6,9 14,6 11,1 100,3	1 252,0 977,6 103,9 20,0 15,3 4,7 14,2 21,1 6,9 14,2 10,3 101,5	866,8 594,5 112,2 18,4 16,7 1,8 15,9 7,7 3,3 4,5 3,7 105,6	880,5 607,8 113,5 18,9 17,0 1,9 15,6 7,1 3,0 4,1 3,3 107,7	187,9 69,3 49,9 17,5 16,7 0,8 5,1 2,3 1,1 1,2 0,0 40,2	190,1 72,5 49,8 16,8 16,0 0,8 4,6 2,3 1,2 1,1 0,0 40,9	Erträge insgesamt Materialaufwand Personalaufwand 10) Abschreibungen auf Sachanlagen sonstige 11) Zinsaufwendungen Steuern vom Einkommen und Ertrag 12) sonstige 13) darunter Verbrauchsteuern übrige Aufwendungen
	300,3 2,9 7,4	248,8 6,5 14,8	254,1 5,7 17,3	415,5 6,2 9,6	417,1 3,5 6,2	1 210,2 13,7 22,7	1 238,4 13,6 22,4	854,4 12,4 15,6	870,5 10,0 13,3	184,3 3,6 0,6	186,9 3,2 0,0	Aufwendungen insgesamt Jahresüberschuß 14) Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 15)

9 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 10 Löhne, Gehälter, soziale Abgaben und freiwillige soziale Aufwendungen. — 11 Abschreibungen auf Umlaufvermögen und Finanzanlagen. — 12 Bei Personengesellschaften und Einzelkaufleuten nur Gewerbe-

ertragsteuer. — 13 Einschl. Gewerbesteuer. — 14 Gesamte Erträge abzüglich gesamter Aufwendungen. — 15 Jahresüberschuß vor Gewinn- bzw. Verlustübernahmen und Gewinn- bzw. Verlustabführungen sowie vor Steuern vom Einkommen und Ertrag.







lung Kraft- und wagen-	Energie- und Wasser- versorgung		Baugewerbe		Großhandel und Handels- vermittlung		Einzelhandel (einschl. Kraftfahrzeug- handel, Tankstellen) 1)		Verkehr 2) (ohne Eisenbahnen)		Position
	1995	1994	1995	1994	1995	1994	1995	1994	1995	1994	
% der Bilanzsumme (bereinigt)											I. Bilanzstrukturzahlen
											Vermögen
23,6	46,5	46,8	13,4	14,5	15,1	14,6	23,1	22,8	55,7	54,2	Sachanlagen 3)
15,0	3,3	3,0	46,1	45,3	26,0	27,0	42,4	42,3	2,9	2,1	Vorräte 4)
8,6	4,4	4,3	6,1	5,3	5,4	5,6	4,1	4,4	4,9	6,5	Kassenmittel 5)
28,7	21,6	21,0	28,6	29,2	45,8	45,9	25,9	25,6	30,0	29,9	Forderungen
25,8	19,1	18,4	26,9	27,5	43,4	43,7	23,7	23,5	26,7	25,4	kurzfristige
2,9	2,5	2,7	1,7	1,8	2,4	2,2	2,1	2,0	3,3	4,5	langfristige
3,7	9,8	11,0	2,5	2,3	0,9	0,9	0,3	0,2	0,4	0,5	Wertpapiere
20,1	14,1	13,4	2,0	2,1	6,4	5,6	3,8	4,2	5,1	5,9	Beteiligungen
											Kapital
25,0	23,7	26,6	5,9	5,9	14,6	14,6	3,6	3,3	13,3	16,1	Eigenmittel (berichtigt) 6)
31,5	36,4	31,9	83,1	83,3	75,4	75,6	88,0	88,5	70,9	67,2	Verbindlichkeiten
27,4	20,4	18,4	72,1	71,4	60,5	61,1	61,6	61,2	38,1	38,6	kurzfristige
4,1	16,0	13,5	11,0	11,9	14,9	14,4	26,4	27,3	32,8	28,6	langfristige
43,3	37,9	39,7	10,8	10,7	9,8	9,7	8,2	8,0	15,4	16,3	Rückstellungen 6)
19,4	9,4	9,3	2,4	2,4	3,5	3,5	3,2	3,1	6,5	6,4	darunter Pensionsrückstellungen
174,6	66,8	68,8	120,4	122,8	258,7	259,4	244,7	241,0	121,2	126,4	Nachrichtlich: Umsatz
% der Gesamtleistung											II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung
99,7	99,4	99,5	95,0	96,7	99,9	99,9	99,9	99,9	99,8	99,8	Umsatz
0,3	0,6	0,5	5,0	3,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	Bestandsveränderung an Erzeugnissen 7)
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	Gesamtleistung
1,0	2,1	2,0	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,6	0,7	Zinserträge
5,3	7,1	7,0	2,9	3,0	2,7	2,7	3,0	2,8	11,1	10,1	übrige Erträge
106,4	109,3	109,0	103,5	103,5	103,2	103,2	103,3	103,1	111,7	110,8	Erträge insgesamt
62,1	63,2	62,2	49,4	50,0	80,4	80,6	70,8	71,2	41,2	42,3	Materialaufwand
23,9	14,6	14,7	34,2	34,2	8,4	8,6	13,4	13,3	29,6	29,0	Personalaufwand 8)
4,6	9,4	9,0	3,3	3,1	1,4	1,3	2,0	2,0	9,9	9,3	Abschreibungen auf Sachanlagen
0,6	0,3	0,2	0,6	0,6	0,4	0,4	0,2	0,2	0,5	0,5	sonstige Abschreibungen 9)
0,7	1,9	1,6	1,6	1,7	1,2	1,2	1,9	1,8	3,0	2,7	Zinsaufwendungen
0,8	3,1	3,8	1,0	0,8	1,8	1,7	0,9	0,8	1,4	1,4	Steuern
0,6	2,5	3,2	0,8	0,6	0,6	0,6	0,4	0,4	0,6	0,7	Einkommen- und Ertragsteuern 10)
12,7	14,0	14,9	11,8	12,1	8,5	8,4	12,6	12,6	23,9	23,8	übrige Aufwendungen
105,4	106,5	106,6	102,0	102,6	102,1	102,0	101,8	102,0	109,5	109,0	Aufwendungen insgesamt
1,0	2,8	2,4	1,5	0,9	1,2	1,1	1,5	1,2	2,2	1,9	Jahresüberschuß
% des Umsatzes											Jahresergebnis 11)
2,0	3,9	4,1	1,6	0,9	1,3	1,3	1,5	1,2	-0,3	-0,7	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 12)
2,6	6,4	7,3	2,5	1,6	1,9	1,8	1,9	1,6	0,4	0,0	Eigenerwirtschaftete Mittel 13)
8,1		15,9		4,6		3,0		3,4		9,9	
% des Umsatzes											III. Sonstige Verhältniszahlen
8,6	4,9	4,3	38,3	36,9	10,1	10,4	17,3	17,6	2,4	1,6	Vorräte
14,8	28,6	26,7	22,4	22,4	16,8	16,8	9,7	9,8	22,0	20,1	Kurzfristige Forderungen
% der Sachanlagen											Eigenmittel (berichtigt)
105,8	50,9	57,0	44,4	40,9	96,6	99,6	15,4	14,4	23,9	29,6	Langfristig verfügbares Kapital 14)
208,1	108,0	109,7	145,9	141,0	221,0	224,1	145,2	149,2	97,3	97,8	
% des Anlagevermögens 15)											Langfristig verfügbares Kapital 14)
102,0	76,5	77,4	112,0	108,9	137,2	143,2	115,1	116,6	84,4	82,0	
% der kurzfristigen Verbindlichkeiten											Liquide Mittel 16) und kurzfristige Forderungen
133,4	151,0	164,6	48,7	48,5	81,5	81,4	45,3	45,8	83,7	83,6	Liquide Mittel 16), kurzfristige Forderungen und Vorräte
188,4	167,2	180,6	112,7	112,0	124,5	125,6	114,3	115,0	91,4	88,9	
% der Fremdmittel 17) abzüglich Kassenmittel											Eigenerwirtschaftete Mittel 13)
21,2		16,2		6,4		9,7		9,0		16,3	
% der Bilanzsumme (bereinigt)											Jahresergebnis 11) und Zinsaufwendungen
4,6	3,9	3,9	4,0	3,2	6,6	6,4	8,3	7,3	3,3	2,5	

ergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten, abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagen. — 14 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklageanteil. — 15 Sachanlagen (einschl. im-

materieller Vermögensgegenstände), Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 16 Kassenmittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 17 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.





## Finanzbedarf des Internationalen Währungsfonds in einem veränderten Umfeld

Auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank Ende September dieses Jahres in Hongkong wurden die Weichen für eine kräftige Kapitalaufstockung des IWF gestellt. Bereits zu Jahresbeginn hatten sich wichtige Gläubigerländer darauf verständigt, die seit langem bestehenden „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“ (AKV) durch „Neue Kreditvereinbarungen“ (NKV) zu ergänzen und damit auch eine zusätzliche Refinanzierungslinie des IWF für Krisenfälle zu schaffen. Weiterhin offen bleibt dagegen zunächst die Frage, wie die sogenannte Enhanced Structural Adjustment Facility (ESAF) des IWF und die von ihm in Aussicht gestellten Schuldenerleichterungen für hochverschuldete arme Entwicklungsländer finanziert werden könnten.

Im folgenden wird dargestellt, wie sich der Finanzbedarf des IWF vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre entwickelt hat und wie die in die Wege geleiteten Maßnahmen zur Verbreiterung seiner finanziellen Basis zu beurteilen sind. Abschließend werden die Motive für die kürzlich beschlossene „Gerechtigkeitszuteilung“ von Sonderziehungsrechten (SZR) erläutert.

### Elfte Allgemeine Quotenüberprüfung

---

Der IWF ist nach seinen Statuten gehalten, seinen Mitgliedsländern im Fall von Zahlungsbi-

*Quoten als  
Finanzierungs-  
quelle*

lanzproblemen temporäre Liquiditätshilfen zu gewähren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muß er über ausreichende Finanzmittel verfügen. Wichtigste Quelle sind die Einzahlungen seiner Mitgliedsländer in Höhe ihrer Quoten (Kapitalanteile). Gegenwärtig beläuft sich die Quotensumme auf rund 145 Mrd SZR beziehungsweise fast 200 Mrd US-\$. Die Angemessenheit der Quoten ist gemäß IWF-Übereinkommen in Abständen von längstens fünf Jahren zu überprüfen. Als Basis für die Überprüfung dienen bestimmte volkswirtschaftliche Schlüsselgrößen der Mitgliedstaaten wie das Bruttoinlandsprodukt, das Niveau der außenwirtschaftlichen Leistungstransaktionen, die Exportschwankungen sowie die Höhe der Währungsreserven. Da über die Berechnung der Schlüsselgrößen und die Methode der Anteilsermittlung mit jeder Überprüfung neu zu entscheiden ist, gestaltet sich das Verfahren im einzelnen oft kompliziert und langwierig (vgl. Übersicht auf S. 59). Dies trifft auch auf die nunmehr praktisch abgeschlossene Elfte Allgemeine Quotenüberprüfung zu, bei der sowohl der Gesamtbetrag der Erhöhung als auch dessen Aufteilung auf die einzelnen Mitgliedsländer lange Zeit umstritten waren. Nach der im Exekutivdirektorium sowie im Interimsausschuß in Hongkong erzielten Einigung ist nun davon auszugehen, daß die Quoten um insgesamt 45 % erhöht werden.

*Volumen der  
Quoten-  
aufstockung*

Für den Umfang der jetzt vom IWF-Exekutivdirektorium vorgeschlagenen und vom Interimsausschuß des Gouverneursrats befürworteten Quotenerhöhung war zunächst von Bedeutung, daß die derzeit geltenden Quoten noch auf der im Juni 1990 abgeschlossenen und Ende 1992 in Kraft getretenen

Neunten Allgemeinen Überprüfung basieren. Die Zehnte Überprüfung von 1994/95 hatte nämlich zu keinem Erhöhungsvorschlag geführt, da der Fonds so kurz nach der vorangegangenen Quotenaufstockung noch über ausreichende Finanzmittel verfügte. Mittlerweile bestand zwar weitgehend Einigkeit, daß die weltwirtschaftliche Expansion seit der letzten Quotenanhebung für eine weitere substantielle Erhöhung sprach (vgl. hierzu die Tabelle auf S. 60). Gleichwohl klafften die Vorstellungen über den Umfang der Aufstockung anfangs weit auseinander.

Zugunsten einer kräftigen Erhöhung (teilweise war von einer Verdoppelung die Rede) wurden verschiedene Argumente angeführt: die Erfahrung, daß mit dem Wachstum der Weltwirtschaft in der Regel auch die Zahlungsbilanzungleichgewichte größer werden; der Umstand, daß viele der neuen Mitgliedsländer des IWF eher auf der Kreditnehmerseite stehen; der anhaltend hohe Bedarf der traditionellen Entwicklungsländer; das verstärkte Engagement des Fonds in Programmen, die der Beseitigung von Strukturschwächen dienen und die dafür aufgewendeten Finanzmittel relativ lange binden; und schließlich die Befürchtung einer höheren Störanfälligkeit der Weltwirtschaft und die damit einhergehende Notwendigkeit, krisenbedingte Liquiditätsempässe zu finanzieren.

*Argumente  
für kräftige  
Erhöhung*

Demgegenüber wurde für eine relativ mäßige Quotenaufstockung nicht nur die anhaltend gute Liquiditätslage des Fonds, sondern auch die Forderung geltend gemacht, daß sich der IWF bei solchen Kredithilfen zurückhalten sollte, die eher der Entwicklungsfinanzierung

*Argumente  
für gemäßigte  
Erhöhung*

zuzurechnen sind und damit Aufgabe der Weltbank-Gruppe oder der regionalen Entwicklungsbanken bleiben sollten. Außerdem gebe es für systembedrohende Krisen mit einer Reihe von finanzkräftigen Gläubigerländern spezielle Refinanzierungs-Vereinbarungen, die zusätzlich als Rückhalt dienen (vgl. hierzu S. 61 f.). Im übrigen wirke eine zu große Finanzierungsbereitschaft des IWF kontraproduktiv, da sie destabilisierenden Wirtschaftspolitikern Vorschub leiste und riskante Engagements an den Finanzmärkten fördere. Vor allem aber wurde darauf hingewiesen, daß in einer Zeit hochliquider und leistungsfähiger Weltfinanzmärkte vertretbarer Finanzierungsbedarf normalerweise außerhalb des IWF befriedigt werden kann und sollte.

#### *Quotenanteile*

Die Verhandlungen wurden zudem dadurch erschwert, daß einige Mitgliedsländer bestrebt sind, ihr internationales finanzielles Engagement im Rahmen des IWF zu begrenzen. Unterschiedliche Vorstellungen zeigten sich auch bei der Verteilung der Quotenaufstokkung auf die einzelnen Mitgliedsländer. Die meisten Länder streben nämlich hohe Quotenanteile an, um damit über möglichst viele Stimmrechte zu verfügen und sich im Bedarfsfall einen entsprechend hohen Zugang zu den Finanzhilfen des Fonds zu sichern.

#### *Fortschritte in Hongkong*

Unmittelbar vor der Jahresversammlung von IWF und Weltbank kam es in Hongkong in der Quotenfrage nach langwierigen Beratungen zu einem wichtigen Schritt vorwärts. Das Exekutivdirektorium des IWF einigte sich auf die Erhöhungsmodalitäten, und der Interimsausschuß befürwortete eine entsprechende Vorlage für den Gouverneursrat. Demnach

## IWF-Quoten und ihre Überprüfung

Vor Beitritt zum IWF wird mit jedem Mitgliedsland eine Quote vereinbart. Diese bestimmt die Höhe seiner Einzahlungsverpflichtungen, das relative Stimmgewicht, die Höhe des Zugangs zu den Finanzhilfen des Fonds und seinen Anteil an eventuellen SZR-Zuteilungen. Ein Viertel ihrer Quote müssen die Mitgliedsländer in der Regel in Sonderziehungsrechten (SZR) oder in harter Währung einzahlen, der Rest wird in Landeswährung geleistet.

Bei den periodischen allgemeinen Überprüfungen der Quoten wird ein mehrstufiges Verfahren angewendet. Zunächst werden für die Mitgliedsländer anhand von Formeln, die das Bruttoinlandsprodukt, die Leistungstransaktionen mit dem Ausland, die Exportschwankungen sowie die Währungsreserven als Variable enthalten, sogenannte kalkulierte Quoten ermittelt. Die sich hieraus ergebenden Quotenanteile sollen die relative wirtschaftliche Stärke und außenwirtschaftliche Verflechtung der Mitgliedsländer widerspiegeln. In einem weiteren Schritt wird der Gesamtbetrag der Quotenerhöhung festgelegt. Dieser Gesamtbetrag wird den einzelnen Mitgliedsländern nach folgendem Verfahren zugerechnet:

1. Eine in der Regel relativ große Betragskomponente wird proportional zu den bestehenden Quoten aufgeteilt. Auf diese Weise soll ein hohes Maß an Kontinuität in der Quotenstruktur gewahrt werden.
2. Eine weitere Betragskomponente wird „selektiv“ aufgeteilt. Maßgebend dafür ist der Anteil eines Mitgliedslandes an den kalkulierten Quoten. (Bei überdurchschnittlich dynamischen Ländern ist dieser Anteil größer als ihr bisheriger Quotenanteil.)
3. Zuweilen gibt es noch eine dritte Komponente, die mit einem „ad hoc-Ansatz“ ausgewählten Ländern zugeteilt wird, deren kalkulierter Quotenanteil besonders stark über ihrem bisherigen Quotenanteil liegt.

Wichtig bei dem Verfahren ist, daß es keine „Automatik“ gibt. Vielmehr hängen sowohl der Gesamtbetrag der Quotenerhöhung als auch das Verteilungsverfahren von den politisch motivierten Entscheidungen der Mitgliedsländer ab. Kompromißlösungen sind die Regel.

Deutsche Bundesbank

## Internationaler Währungsfonds (IWF) Quoten und Kredite im Vergleich

Stand zum Ende des Kalenderjahres

Jahr	Anzahl der IWF-Mitglieder	Konten des IWF:				Zum Vergleich:	
		Quoten im IWF		Ausstehende Kredite des IWF 1)		Welt-handel 2)	Internatio-nales Bank-geschäft 3)
		Mrd SZR	Mrd US-\$	Mrd SZR	Mrd US-\$		
1970	117	28,4	28,4	3,2	3,2	306	170
1975	128	29,2	34,2	7,4	8,7	856	582
1980	141	59,6	76,0	11,1	14,2	1 961	1 853
1985	149	89,3	98,1	37,7	41,4	1 893	2 997
1990	154	91,1	129,6	23,3	33,1	3 422	6 966
1992	175	142,0	195,3	27,8	38,2	3 796	6 884
1994	179	144,9	211,5	30,3	44,2	4 276	7 998
1995	181	145,3	216,0	41,6	61,8	5 113	8 900
1996	181	145,3	208,9	42,1	60,5	5 310	9 150
1997 4)	181	145,3	198,4	42,1	57,5	5 450	...
1998	...	5) 209,5	6) 286,0	...	...	...	...

Quellen: IWF, IFS sowie eigene Berechnungen. — 1 Umfaßt IWF-Kredite aus Allgemeinen Quotenmitteln sowie SAF-, ESAF- und Trust Fund-Darlehen. — 2 Durchschnitt aus Weltexporten und -importen (International Financial Statistics sowie World Economic Outlook des IWF). — 3 Durchschnitt aus Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten aller Banken (lt. IFS-Tabelle „Deposit Bank's

Foreign Assets and Liabilities“); 1995 und 1996 auf der Basis von BIZ-Angaben teilweise geschätzt. — 4 Für IWF-Konten: Stand Ende September 1997. — 5 Geplante Quotensumme gemäß IWF-Direktoriumsbeschuß vom 20. September 1997. — 6 In US-\$ umgerechnet zum Tageskurs vom 30. September 1997.

Deutsche Bundesbank

sollen die Quoten um insgesamt 45 % aufgestockt werden – das heißt um 65 Mrd SZR auf 210 Mrd SZR beziehungsweise um fast 90 Mrd US-\$ auf 286 Mrd US-\$.

Aus deutscher Sicht erscheint diese Anhebung angemessen. Einerseits trägt sie der gewachsenen Weltwirtschaft Rechnung. Andererseits dürften damit zugleich „moral-hazard“-Gefahren, die von einer zu großzügigen Finanzausstattung des IWF auf Regierungen und Marktteilnehmer ausgehen könnten, in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Auch die neue Verteilung der Quoten ist als Kompromiß akzeptabel. Vom gesamten Aufstockungsvolumen werden 75 % für einen proportionalen Anstieg (auf Basis der bisherigen Quoten) verwendet. Weitere 15 % werden nach Maßgabe der sogenannten kalku-

lierten Quotenanteile verteilt, also unter Berücksichtigung des aktuellen weltwirtschaftlichen Gewichts der einzelnen Mitgliedsländer. Die restlichen 10 % sollen der zusätzlichen Korrektur von Verzerrungen in der derzeitigen Quotenstruktur dienen: 9 % gehen an Länder, deren kalkulierter Quotenanteil über ihrem aktuellen liegt, und 1 % soll darüber hinaus an fünf Länder verteilt werden, deren kalkulierter Quotenanteil besonders stark den aktuellen Anteil übersteigt.

Als Folge dieser Korrekturen wird es zu durchaus merklichen Anteilsverschiebungen kommen. Deutschland wird künftig – auch wegen des zum erstenmal berücksichtigten wirtschaftlichen Gewichts Ostdeutschlands – einen Quotenanteil von voraussichtlich etwa 6,2 % haben (bisher waren es 5,7 %). Andere

Anteils-  
verschiebungen

Einigung  
akzeptabel

EU-Länder erhöhen ihre Anteile ebenfalls, so daß der gesamte Quotenanteil der EU-Länder um über einen Prozentpunkt ansteigen wird (bisher lag er bei 29,4%). Weitere Anteilsgewinner werden insbesondere Japan und andere asiatische Länder sein. Der Anteil der USA hingegen (bisher 18,2%) wird etwas zurückgehen – ebenso wie der vieler Entwicklungsländer. In der Rangfolge der Anteile wird Deutschland künftig – nach den USA und Japan – an dritter Stelle stehen.

*Weitere Schritte  
zur Durch-  
führung*

Die Einigung auf die neuen Quoten muß noch vom Gouverneursrat des IWF mit einer Mehrheit von 85% der Stimmen gebilligt werden. Anschließend werden die Mitgliedsländer aufgefordert, ihre individuelle Quotenerhöhung offiziell anzunehmen. Die dafür maßgebenden Zustimmungsverfahren variieren von Land zu Land. Mit Inkrafttreten der Erhöhung wird die deutsche Quote um 4,8 Mrd SZR auf etwa 13 Mrd SZR beziehungsweise um 11½ Mrd DM auf gut 31 Mrd DM ansteigen. Es ist zu erwarten, daß – wie bei der letzten Quotenerhöhung – wiederum 25% in SZR (oder harter Währung) und 75% in D-Mark eingezahlt werden. Die Zahlung erfolgt durch die Bundesbank, die auch die deutschen Anteile im IWF hält. Die deutschen Währungsreserven bleiben durch die Quotenaufstockung insgesamt unverändert, da die mit der Subskriptionszahlung verbundene Abnahme des SZR-Bestandes der Erhöhung der deutschen Reserveposition im IWF entspricht.

### **Neue Kreditvereinbarungen (NKV)**

Die inzwischen beschlossenen, aber wegen der ausstehenden Ratifizierung in einigen

Ländern noch nicht in Kraft getretenen sogenannten Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) sind – wie bisher schon die Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) – ein zusätzlicher Rückhalt des IWF, falls seine Quotenmittel zur Abwehr systembedrohender Krisen nicht ausreichen. Das Exekutivdirektorium hat den zwischen den beteiligten Ländern – den sogenannten G10-Ländern und anderen finanzstarken IWF-Mitgliedern – ausgehandelten NKV („New Arrangements to Borrow“ – NAB) im Januar 1997 zugestimmt. Der maximal verfügbare NKV-Kreditrahmen soll sich demnach auf 34 Mrd SZR oder fast 50 Mrd US-\$ belaufen. Die AKV bleiben mit ihrem Volumen von 17 Mrd SZR erhalten; ihre Inanspruchnahme wird jedoch auf die NKV angerechnet. Die Auffüllung des „Reservetanks“ des IWF auf 34 Mrd SZR folgt in etwa der längerfristigen Entwicklung der Größe des Fonds und der Expansion des Welthandels.

*Erhöhung des  
„Reservetanks“  
des IWF*

Ziel der NKV – wie schon der AKV – ist es, im Bedarfsfall die Quotenmittel des IWF zu ergänzen, sofern dies erforderlich ist, um eine Störung des internationalen Währungssystems zu verhindern oder angemessen auf eine krisenhafte Situation zu reagieren, die die Stabilität des internationalen Währungssystems bedroht. Die NKV sind also ein Instrument, das ausdrücklich für Notfälle und nicht zur Deckung des normalen Finanzbedarfs des IWF bestimmt ist. Sie dürfen von den Marktteilnehmern deshalb nicht als Signal für eine generell größere Finanzierungsbereitschaft des IWF mißverstanden werden.

*Rückhalt für  
Notfälle*

## Finanzierungsanteile in AKV \*) und NKV o)

Teilnehmer	AKV		NKV	
	Mio SZR	%	Mio SZR	%
USA	4 250,0	25,0	6 712	19,7
Deutsche Bundesbank	2 380,0	14,0	3 557	10,5
Japan	2 125,0	12,5	3 557	10,5
Frankreich	1 700,0	10,0	2 577	7,6
Großbritannien	1 700,0	10,0	2 577	7,6
Italien	1 105,0	6,5	1 772	5,2
Kanada	892,5	5,3	1 396	4,1
Niederlande	850,0	5,0	1 316	3,9
Belgien	595,0	3,5	967	2,8
Schwedische Reichsbank	382,5	2,2	859	2,5
Schweizerische Nationalbank	1 020,0	6,0	1 557	4,6
G10-Länder, zusammen	17 000,0	100	26 847	79,0
Saudi-Arabien	2) 1 500,0	100	1 780	5,2
Australien	—	—	810	2,4
Österreich	—	—	412	1,2
Dänemark	—	—	371	1,1
Finnland	—	—	340	1,0
Hong Kong, Monetary Authority	—	—	340	1,0
Korea	—	—	340	1,0
Kuwait	—	—	345	1,0
Luxemburg	—	—	340	1,0
Malaysia	—	—	340	1,0
Norwegen	—	—	383	1,1
Singapur	—	—	340	1,0
Spanien	—	—	672	2,0
Thailand	—	—	340	1,0
Nicht-G10-Länder, zusammen	1 500,0	100	7 153	21,0
Alle Teilnehmer, insgesamt	17 000,0	100	34 000	100
Assoziiertes Abkommen	1 500,0	100		

Quelle: IWF. — \* Allgemeine Kreditvereinbarungen. — o Neue Kreditvereinbarungen. — 1 1 SZR = 2,41 DM (30. September 1997). — 2 Assoziiertes Abkommen.

Deutsche Bundesbank

Die insgesamt 25 NKV-Teilnehmer sind derzeit aufgerufen, die NKV zu ratifizieren und dem IWF anschließend ihre Teilnahme zu notifizieren (zur Aufteilung der Beträge vgl. die nebenstehende Tabelle). Die NKV treten in Kraft, sobald mindestens 85 % des gesamten Kreditvolumens von 34 Mrd SZR gezeichnet worden sind und zugleich die fünf größten Kreditgeber (USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien) zugestimmt haben. Bis Anfang November hatten 16 Teilnehmer zugestimmt, darunter eine Reihe der G10-Länder, also der traditionellen AKV-Teilnehmer. Wie schon bei den AKV ist auch bei den NKV die Bundesbank unmittelbar Vertragspartei. Sie müßte also bei einer Aktivierung der Kreditlinien den deutschen Finanzierungsbeitrag leisten.

Weiteres  
Vorgehen

## ESAF-Finanzierung

In der seit längerem erörterten Frage der weiteren Finanzierung der ursprünglich zeitlich begrenzten ESAF (Enhanced Structural Adjustment Facility) sind zuletzt wenig Fortschritte erzielt worden. Über diese Fazilität vergibt der Fonds spezielle längerfristige und stark zinsverbilligte Kredite mit entwicklungshilfeähnlichem Charakter. Da diese Aktivität nicht dem eigentlichen Auftrag des IWF entspricht, wurden für die Finanzierung der ESAF in der Vergangenheit keine Eigenmittel des Fonds herangezogen, sondern externe Finanzierungsquellen in Form bilateraler Beiträge mobilisiert (vielfach Haushaltsmittel). Sie werden auch getrennt von den regulären Finanzierungsmitteln des Fonds im Rahmen eines Treuhandkontos verwaltet. Diese Trennung

Konzept der  
ESAF-  
Finanzierung

sollte nach deutscher Auffassung beibehalten werden. Damit bleiben auch die oben beschriebenen Beschlüsse zur Aufstockung der regulären IWF-Ressourcen für die Frage der ESAF-Finanzierung ohne Auswirkungen.

Insgesamt werden Zuschüsse von etwa 2,8 Mrd SZR benötigt. Deutschland hat dem IWF bereits eine substantielle Beteiligung angekündigt. Ungeklärt ist bisher allerdings, was geschehen soll, wenn die benötigten Finanzmittel nicht vollständig aufgebracht werden können. Der in diesem Zusammenhang erörterte Verkauf von Teilen der IWF-Goldreserven wird von Deutschland aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt.

*Benötigte  
Finanzmittel*

*Problematische  
Zwischen-  
finanzierung*

Im Jahr 2000 werden die derzeit vorhandenen ESAF-Mittel nach Einschätzung des IWF vollständig durch Kreditzusagen „verbraucht“ sein. Für die Jahre von 2001 bis 2004 – danach werden sich die ESAF-Ausleihungen aus den Rückflüssen früherer konzessionärer Kreditgewährungen selbst finanzieren – sucht der IWF deshalb nach einer Interims-Finanzierung. Dabei geht es vor allem um die Aufbringung der mit den ESAF-Krediten verbundenen Zinssubventionen.

#### **Längerfristige Entwicklung des Finanzbedarfs des IWF**

---

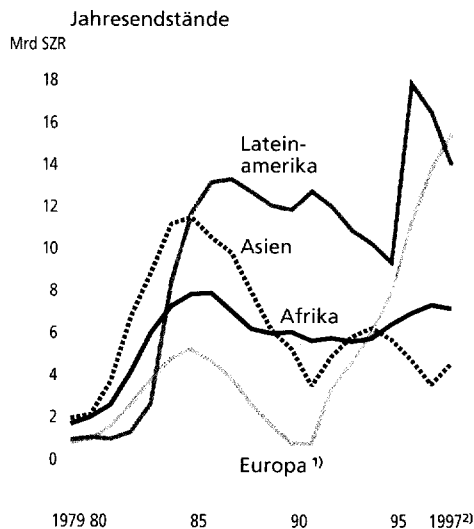
Angesichts der vielfältigen Veränderungen des weltwirtschaftlichen Umfelds ist es schwierig, den künftigen Finanzbedarf des Fonds zuverlässig abzuschätzen. Dies gilt nicht zuletzt für den Kreditbedarf der neuen Mitgliedsländer, vor allem der sogenannten Transformationsländer der ehemaligen Sowjetunion und Mitteleuropas. Zu Beginn des Transformationsprozesses haben diese Länder bei ihren Anstrengungen, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren, erhebliche finanzielle Hilfen der internationalen Gemeinschaft benötigt. Auch der Fonds hat diesem Bedarf Rechnung getragen und mit der Finanzierung von Anpassungsprogrammen vor allem den makroökonomischen Stabilisierungsprozeß in den Transformationsländern unterstützt. Die ausstehenden Fonds-Kredite an die Transformationsländer beliefen sich am Ende des letzten IWF-Geschäftsjahres (Ende April 1997) auf mehr als 14 Mrd SZR. Der überwiegende Teil davon (gut 9 Mrd SZR) entfällt auf Rußland, gefolgt von der Ukraine (1,6 Mrd SZR) und Bulgarien (0,5 Mrd SZR).

*Kreditbedarf  
der neuen Mit-  
gliedsländer*

*HIPC-Initiative*

Mit den ESAF-Operationen verknüpft ist die sogenannte HIPC-Initiative (HIPC = Heavily Indebted Poor Countries). Mit dieser 1996 gestarteten Initiative wollen die multilateralen Finanzierungsinstitute – neben den bilateralen Gläubigern – hoch verschuldeten armen Ländern unter bestimmten Voraussetzungen Schuldenerleichterungen gewähren, damit diese auf mittlere Frist eine durchhaltbare Schuldensituation erreichen können. Da der IWF als Gläubiger zu den Schuldenerleichterungen über spezielle ESAF-Operationen beitragen wird, benötigt er entsprechende Finanzierungsmittel. Der Fonds hat seine Mitgliedsländer deshalb aufgefordert, durch Einzahlungen auf das Anfang dieses Jahres errichtete ESAF-HIPC-Treuhandkonto bilaterale Sonderleistungen zur Finanzierung zur Verfügung zu stellen.

### Ausstehende IWF-Kredite an die Entwicklungsländer \*)



Deutsche Bundesbank

Inzwischen sind die meisten Transformationsländer beim Übergang vom planwirtschaftlichen System auf marktwirtschaftliche Strukturen deutlich fortgeschritten. Der Kreditbedarf dieser Länder sollte sich deshalb künftig verringern. Dies betrifft insbesondere die Nachfrage nach IWF-Krediten, weil die verbleibenden Reformfordernisse in den Transformationsländern hauptsächlich die Beseitigung struktureller Schwächen betreffen, deren Finanzierung vor allem Aufgabe anderer multilateraler Institutionen wie der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ist.

Relativ schwierig abzuschätzen ist, wie sich längerfristig der Wandel an den internationalen Kapitalmärkten auf den Finanzbedarf des Fonds auswirken wird. Diese Märkte haben in

den letzten Jahren bei zunehmender Verflechtung und Flexibilität sowie weltweit wachsendem Sparaufkommen eine immer wichtigere Rolle bei der Finanzierung von Zahlungsbilanzsalden übernommen. Dies gilt auch für die Entwicklungsländer. Während 1990 noch weniger als die Hälfte der langfristigen Netto-Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer aus privaten Quellen stammte, waren dies 1996 nach Schätzungen der Weltbank bereits über vier Fünftel.

Zu dieser Entwicklung hat vor allem beigetragen, daß viele Länder – auch unter dem Einfluß des IWF – zunehmend eine marktwirtschaftliche und stabilitätsbewußte Wirtschaftspolitik verfolgen und damit das Vertrauen privater ausländischer Kapitalanleger gewonnen haben. Dadurch dürfte der IWF künftig tendenziell entlastet werden. Allerdings konzentrieren sich die privaten Kapitalzuflüsse derzeit erst auf eine relativ kleine Gruppe von Ländern. Außerdem zeigt gerade die jüngste Entwicklung in Südostasien, daß die privaten Kapitalzuflüsse, insbesondere wenn sie kurzfristiger Natur sind, bei unangemessener Wirtschaftspolitik in den Empfängerländern ins Stocken geraten oder sich gar umkehren können. In diesem Fall besteht die Gefahr krisenhafter Zuspitzungen, die auch auf andere Länder ausstrahlen können mit möglichen negativen Rückwirkungen auf das gesamte internationale Währungssystem.

Private Finanzierungsmittel

Der Fonds ist in solchen Fällen aufgerufen, möglichst schon vor krisenartigen Zuspitzungen die betroffenen Länder zu den erforderlichen Anpassungsmaßnahmen zu veranlassen. Bei praktisch allen Währungskrisen der

Marktrisiken



letzten Jahre spielte nämlich wirtschaftspolitisches Fehlverhalten eine bedeutsame Rolle. Dabei muß der IWF auch dem Eindruck entgegenwirken, daß er bereit ist, durch umfangreiche Kredite für die Risiken aufzukommen, die für Gläubiger und Schuldner mit grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen verbunden sind. Andernfalls würde er „moral-hazard“-Tendenzen fördern, die den Marktmechanismus und damit letztlich das Funktionieren des internationalen Währungssystems untergraben würden.

*Fortschreitende  
Liberalisierung  
des Kapital-  
verkehrs*

Für die Frage, wie sich die Integration der internationalen Finanzmärkte auf die künftigen Finanzierungsanforderungen an den IWF auswirken wird, spielen außerdem die gegenwärtigen Bestrebungen eine Rolle, dem IWF größere Einflußmöglichkeiten bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs einzuräumen. Durch eine Änderung des IWF-Übereinkommens soll dem Fonds die Zuständigkeit beziehungsweise Jurisdiktion übertragen werden, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs voranzutreiben und die Einführung von Kapitalverkehrsbeschränkungen seiner Kontrolle zu unterwerfen. Die Bundesregierung und die Bundesbank unterstützen grundsätzlich diese Bestrebungen, weil damit längerfristig die internationale Kapitalallokation verbessert wird und somit weltweite Wohlfahrtsgewinne erzielt werden können.

*Rolle der  
Bankenaufsicht*

Nach deutscher Auffassung dürfen intensivierte Liberalisierungsbestrebungen insgesamt nicht zu zusätzlichen Finanzierungsansprüchen an den IWF führen. Wichtig ist dabei, daß die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in geordneter Weise und mit angemessener

Vorsicht erfolgt, das heißt, daß weitere Liberalisierungsschritte erst dann getan werden, wenn die betreffenden Länder die hierfür notwendigen Voraussetzungen geschaffen haben. Dazu gehören vor allem eine solide Wirtschaftspolitik, ein stabiles Finanzsystem und eine wirkungsvolle Aufsicht über die Finanzmärkte. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß krisenhafte wirtschaftliche Entwicklungen fast immer durch Schwächen im Finanzsystem der betroffenen Länder begleitet, verstärkt oder ausgelöst werden, kommt einer effizienten Bankenaufsicht besondere Bedeutung zu. Die von den G10-Ländern in Zusammenarbeit mit anderen Staaten für die weltweite Anwendung vorgeschlagenen Aufsichtsregeln, insbesondere die jetzt veröffentlichten „Kernprinzipien“ einer wirkungsvollen Bankenaufsicht („Core Principles for Effective Banking Supervision“) sowie die vom IWF bekräftigte Bereitschaft, bei der Umsetzung dieser Prinzipien Hilfe zu leisten, sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung.<sup>1)</sup>

Sind die genannten Voraussetzungen erfüllt, dann sind von einer Ausweitung der internationalen Kapitalströme keine systemgefährdenden Risiken und damit kein zusätzlicher Bedarf an IWF-Krediten zu erwarten. Vielmehr sollten private Kapitalbewegungen eher ausgleichend wirken und öffentliche Hilfen überflüssig machen. Beleg für diese Erwartung sind die Erfahrungen der fortgeschrittenen Industrieländer, die ihren Kapitalverkehr seit einiger Zeit vollständig liberalisiert haben, ohne deshalb Zahlungsbilanzhilfen des IWF in Anspruch nehmen zu müssen.

*Begrenzung der  
IWF-Mittel*

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch die veröffentlichte IWF-Studie „Toward a Framework for Financial Stability“.

## Wechselkursregelungen der IWF-Mitglieder

Anzahl der Währungen

Art des Wechselkursregimes	Dez. 1987	April 1997
Währungen mit Bindung <sup>1)</sup>	92	67
an eine einzelne Währung	57	45
davon:		
US-Dollar	38	21
Französischer Franc	14	15
Sonstige Währungen	5	9
an das SZR	8	2
an einen sonstigen Währungskorb	27	20
Währungen mit begrenzter Flexibilität <sup>2)</sup>	12	16
gegenüber dem US-Dollar	4	4
gemeinschaftliche Wechselkursregelungen <sup>3)</sup>	8	12
Währungen mit größerer Flexibilität	46	98
sonstiges kontrolliertes Floating <sup>4)</sup>	28	47
unabhängiges Floating <sup>5)</sup>	18	51
Insgesamt	150	181

Quelle: IWF. — 1 Bei Bindung an eine einzelne Währung keine Wechselkursschwankungen, bei Bindung an SZR oder einen sonstigen Währungskorb nur sehr begrenzte Schwankungen. — 2 Meist auf Bandbreite beschränkt. — 3 EWS-Teilnehmer. — 4 Regelmäßige (meist tägliche oder wöchentliche) Neufestlegung von Interventionskursen. — 5 Keine Eingriffe durch die Währungsbehörden (allenfalls Kursglättung).

Deutsche Bundesbank

Umstritten ist, wie sich längerfristig der anhaltende Trend zu flexiblen Wechselkursen auf den Bedarf an IWF-Krediten auswirkt. Prinzipiell ist davon auszugehen, daß variable Wechselkurse Defizite in den Zahlungsbilanzen vermeiden helfen und damit auch den Fonds als Finanzier entlasten. Die praktischen Erfahrungen des IWF in den letzten Jahren zeigen allerdings häufig ein anderes Bild. Dies liegt einmal daran, daß viele Länder mit formal beweglichen Wechselkursen in der Praxis versuchen, ihre Wechselkurse durch Interventionen zu stabilisieren. Dabei nehmen diese Länder zur Abstützung ihrer Wirtschaftspolitik häufig auch IWF-Kredite auf. Daneben haben viele Mitgliedsländer auch ohne unmittelbaren Zahlungsbilanzbedarf Fonds-Hilfen in Anspruch genommen, um damit gesamt-

wirtschaftliche Umstrukturierungsprogramme zu finanzieren.

Im Ergebnis ist deshalb kein klarer Zusammenhang zwischen Finanzierungsansprüchen und Wechselkursregime zu erkennen. Recht deutlich sind dagegen in jüngster Zeit die Risiken eines zu langen Festhaltens an nicht mehr angemessenen Wechselkursen zu Tage getreten. Einige Länder haben versucht, Wechselkurse zu verteidigen, die wegen offenkundiger wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen nicht mehr den wirtschaftlichen Grundgegebenheiten entsprachen. Dies führte wiederum zu Vertrauensschwund, Kapitalabzügen und Reserveverlusten, die dann teilweise vom IWF ausgeglichen wurden.

Insgesamt hat sich das wirtschaftliche Umfeld für den Fonds seit Ende der achtziger Jahre aus den verschiedensten Gründen merklich verändert, und weitere Änderungen sind wahrscheinlich. Eindeutige Schlußfolgerungen für den Finanzbedarf des Fonds können unter diesen Umständen nur schwer gezogen werden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß der weltweite Trend zu wirtschaftlicher Integration und zur Globalisierung der Märkte auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien die Notwendigkeit von Eingriffen des IWF und anderer internationaler offizieller Stellen tendenziell verringert. Der globale Integrationsprozeß dürfte aber angesichts auch in Zukunft nicht auszuschließender wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen in einzelnen Ländern und wegen der Unvollkommenheiten der Märkte häufig nicht spannungsfrei und manchmal sogar mit erheblichen Verwerfungen verlaufen. Um so wichti-

*Fehlentwicklungen*

*Längerfristiger Finanzbedarf insgesamt unbestimmt*

*Trend zu flexiblen Wechselkursen*

## SZR-„Gerechtigkeitszuteilung“

Ländergruppe/Land	Bisherige kumulative SZR-Zuteilung	SZR-„Gerechtigkeits-Zuteilung“	Neue kumulative SZR-Zuteilung 1)
	in % der Quote	Mio SZR	
Industrieländer 2)	17,0	10 600	25 195
darunter:			
Deutschland	14,7	1 205	2 416
Frankreich	14,6	1 094	2 174
Italien	15,3	643	1 346
Großbritannien	25,8	261	2 174
übrige EG	15,5	2 081	4 404
USA	18,5	2 877	7 777
Japan	10,8	1 524	2 416
Neue Mitglieder (38)	–	3 828	3 828
darunter:			
Schweiz	–	724	724
Rußland	–	1 264	1 264
Übrige Länder	14,5	7 005	13 843
darunter:			
Saudi-Arabien	3,8	1 309	1 504
China	7,0	756	992
Mitgliedsländer insgesamt	14,7	21 433	42 866

Quellen: IWF und eigene Berechnungen. — 1 Einheitlich für alle Länder rd. 29,32% der Quoten (auf Basis der Neunten Allgemeinen Quotenüberprüfung). — 2 Ohne die Schweiz und San Marino, die hier in der Gruppe „Neue Mitglieder“ enthalten sind.

Deutsche Bundesbank

ger ist es, daß der IWF einerseits bei Finanzhilfen zurückhaltend agiert und andererseits ausreichende Liquiditätsreserven hält. Die jetzt in die Wege geleitete Quotenaufstokung und die Neuen Kreditvereinbarungen sollten den Finanzbedarf des IWF auf absehbare Zeit decken.

## SZR-„Gerechtigkeitszuteilung“

*Eingliederung neuer Mitgliedsländer in das SZR-System*

Wie eingangs erwähnt, wurde auf der Jahrestagung des IWF in Hongkong auch beschlossen, neue Sonderziehungsrechte zuzuteilen. SZR-Zuteilungen haben keine unmittelbare Bedeutung für die Deckung des Finanzbedarfs des Fonds. Sie erhöhen allerdings die Währungsreserven der Mitgliedsländer und verringern damit tendenziell ihren Kreditbe-

darf. Die Forderung nach einer sogenannten „Gerechtigkeitszuteilung“ war dadurch ausgelöst worden, daß es nach dem IWF-Beitritt der Staaten der ehemaligen Sowjetunion schließlich 38 Mitgliedsländer gab, die noch keine SZR-Zuteilung erhalten hatten. Diese Länder sollten am SZR-System angemessen beteiligt werden.

Da ein globaler Mangel an Währungsreserven („long-term global need“) derzeit nicht gegeben ist – er allein hätte eine reguläre SZR-Zuteilung durch Beschluß des IWF-Gouverneursrates rechtfertigen können –, kam nur eine einmalige Sonderzuteilung mit Hilfe einer Änderung des IWF-Übereinkommens in Frage. Auf eine solche einmalige Zuteilung einigte sich das Exekutivdirektorium des IWF nunmehr nach längeren Kontroversen; sie wurde vom Interimsausschuß befürwortet und schließlich vom Gouverneursrat gebilligt. Die Summe aller bisher zugeteilten SZR (21,4 Mrd) soll verdoppelt, und die neuen SZR sollen in der Weise verteilt werden, daß die kumulative Zuteilung jedes Landes auf 29,32 % seiner IWF-Quote angehoben wird (vgl. im einzelnen die nebenstehende Tabelle). Damit sollte sich die Frage weiterer SZR-Zuteilungen auf längere Zeit nicht mehr stellen.

*Einmalige Sonderzuteilung*

### Anmerkung

Informationen zur Entwicklung der Weltwirtschaft sowie zur Geschäftspolitik und finanziellen Lage des IWF sind in den Jahresberichten des IWF enthalten. Der Jahresbericht 1997 wurde im September veröffentlicht und ist in englisch und deutsch verfügbar. Im Internet ist er unter: <http://www.imf.org> zugänglich. Die deutschsprachige Ausgabe ist auch über die web-site der Bundesbank abrufbar (<http://www.bundesbank.de>).



# Statistischer Teil

# Inhalt

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten

---

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze	6*
2. Öffentliche Finanzen	6*
3. Außenwirtschaft	6*
4. Auftragseingang und Produktion	7*
5. Arbeitsmarkt	7*
6. Preise	7*

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen

---

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	8*
2. Konsolidierte Bilanz des Bankensystems	10*
3. Zentralbankgeldbedarf der Banken und liquiditätspolitische Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	12*

## III. Deutsche Bundesbank

---

1. Aktiva	14*
2. Passiva	14*

## IV. Kreditinstitute

---

1. Aktiva	16*
2. Passiva	18*
3. Wichtige Aktiva und Passiva nach Bankengruppen	20*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Inland	22*
5. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland	24*
6. Kredite an inländische Nichtbanken	26*
7. Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	28*

8. Kredite an inländische öffentliche Haushalte	30*
9. Wertpapierbestände	31*
10. Bestände an Schatzwechseln und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen	31*
11. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken	32*
12. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	34*
13. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	34*
14. Spareinlagen und an Nichtbanken abgegebene Sparbriefe	36*
15. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere	36*
16. Kreditzusagen an inländische Unternehmen und Privatpersonen	37*
17. Bilanzunwirksame Geschäfte der inländischen Kreditinstitute, ihrer Auslandsfilialen und Auslands-töchter	37*
18. Aktiva und Passiva der Auslands-filialen und Auslandstöchter in-ländischer Kreditinstitute	38*
19. Bausparkassen	40*

#### V. Mindestreserven

1. Reservesätze	41*
2. Reservehaltung	41*

#### VI. Zinssätze

1. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls	43*
2. Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit Rückkaufsvereinbarung über Wert-papiere	43*
3. Sätze der Deutschen Bundesbank bei kurzfristigen Operationen am Geldmarkt	44*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	44*
5. Soll- und Habenzinsen	45*
6. Ausgewählte Notenbankzinsen im Ausland	47*
7. Geldmarktsätze im Ausland	47*

#### VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	48*
2. Absatz von festverzinslichen Wert-papieren	49*
3. Umlauf von festverzinslichen Wert-papieren	50*
4. Veränderung des Aktienumlaufs	50*
5. Renditen und Indizes inländischer Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Investment-zertifikaten	51*
7. Geldmittel und Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	52*

### VIII. Öffentliche Finanzen

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	53*
2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	53*
3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	54*
4. Steuereinnahmen der Körperschaften	54*
5. Steuereinnahmen nach Arten	55*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	55*
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	56*
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	58*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	58*
10. Verschuldung des Bundes	59*
11. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	59*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherungen	60*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Bundesanstalt für Arbeit	60*

### IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	62*

3. Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	64*
5. Einzelhandelsumsätze	64*
6. Arbeitsmarkt	65*
7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarif- und Effektivverdienste	67*

### X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz	68*
2. Außenhandel (Spezialhandel) nach Ländergruppen und Ländern	69*
3. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
4. Laufende Übertragungen an das bzw. vom Ausland	70*
5. Vermögensübertragungen	70*
6. Kapitalverkehr mit dem Ausland	71*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
8. Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Unternehmen gegenüber dem Ausland	73*
9. Entwicklung des Außenwerts der D-Mark und fremder Währungen	74*
10. Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse sowie Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	76*



## Abkürzungen und Zeichen

---

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten  
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1  
in der letzten besetzten Stelle,  
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden  
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen, saisonbereinigt 1)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung, saisonbereinigt 1) 2)			Zinssätze			
	M3 im Monatsdurchschnitt	M3 erweitert 3)	M2 2)	M1 2)	Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen 4)	Geldkapitalbildung		Tagesgeld	Kontokorrentkredite 5)	Umlaufrendite börsennotierter Bundeswertpapiere	
	Veränderung im Jahresdurchschnitt, in %							% p. a. im Jahresdurchschnitt			
1991	-	-	-	-	-	-	-	8,8	10,9	8,6	
1992	8,1	9,3	11,7	6,6	11,3	8,0	9,4	12,0	8,0		
1993	7,8	10,2	8,5	9,3	8,7	4,0	7,5	11,1	6,3		
1994	8,9	9,8	6,8	9,8	9,2	6,0	5,3	9,6	6,7		
1995	0,6	1,7	- 5,0	5,0	7,6	9,1	4,5	8,8	6,5		
1996	7,5	5,7	1,3	10,3	7,2	5,5	3,3	7,9	5,6		
	Veränderung gegen 4. Vj. des Vorjahrs, Jahresrate in %	Veränderung in den jeweils letzten 6 Monaten, auf Jahresrate umgerechnet in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
1996 Okt.	8,3	6,6	3,5	2,7	10,4	5,6	5,1	3,1	7,8	5,3	
Nov.	7,9	5,9	3,4	0,2	6,1	5,8	5,0	3,1	8,0	5,3	
Dez.	7,9	6,4	4,6	4,1	10,9	7,9	4,8	3,1	7,8	5,2	
1997 Jan.	11,7	8,6	6,3	5,2	10,9	7,6	4,3	3,1	7,8	5,1	
Febr.	9,1	7,7	6,9	5,2	11,0	8,2	5,0	3,1	7,8	4,9	
März	8,3	7,9	7,2	5,9	12,5	8,3	4,4	3,2	7,7	5,1	
April	6,7	6,4	6,9	3,8	7,9	8,5	4,4	3,1	7,8	5,2	
Mai	7,0	7,2	6,4	7,5	12,4	8,7	4,0	3,0	7,8	5,1	
Juni	6,4	6,4	4,9	2,6	6,8	7,2	4,3	3,1	7,7	5,0	
Juli	5,7	3,8	3,6	2,5	8,0	7,0	5,4	3,1	7,7	4,9	
Aug.	5,8	4,3	3,3	2,0	6,6	6,3	4,1	3,2	7,7	5,1	
Sept.	p)	5,2	p)	3,2	p)	0,5	p)	3,6	p)	6,2	
Okt.	...	...	...	...	...	...	...	3,4	7,7	5,2	

1 Ab Januar 1991 einschl. Ostdeutschland. Statistisch bedingte Veränderungen sind ausgeschaltet. — 2 Stand am Monatsende. — 3 Monatsdurchschnitt, gemittelt aus Monatsendständen; ab August 1994 einschl. Geldmarkt-

fonds. — 4 Ohne Bundesbank, einschl. Kredite in Form von Wertpapieren. — 5 Von 1 Mio DM bis unter 5 Mio DM.

2. Öffentliche Finanzen \*)

3. Außenwirtschaft

Zeit	Gebietskörperschaften				Sozialversicherungen	Zahlungsbilanz			Wechselkurse 1)	
	Einnahmen	Ausgaben	Finanzierungs-saldo	Schuldenstand	Finanzierungs-saldo	Leistungs-bilanz 2)	Kapitalbilanz		Dollarkurs	Entwicklung des Außenwerts der D-Mark 4)
	Veränderung gegen Vorjahr in %					Mrd DM			DM/US-\$	Ende 1972 = 100
1991	-	-	- 121,8	1 173,9	13,1	- 30,0	- 20,8	52,0	1,66	183,1
1992	12,8	10,0	- 110,4	1 345,2	7,9	- 30,2	31,3	66,7	1,56	188,7
1993	3,1	4,8	- 132,0	1 509,1	2,8	- 23,6	174,9	- 187,9	1,65	193,4
1994	7,0	3,8	- 106,1	1 662,1	0,9	- 33,4	- 59,6	105,0	1,62	193,4
1995	ts) - 2,9	ts) - 3,2	ts) - 113,0	1 996,0	ts) - 10,5	- 33,8	50,1	2,3	1,43	203,9
1996	ts) - 2,2	ts) - 1,2	ts) - 121,5	2 129,3	ts) - 13,0	- 19,7	47,4	- 29,3	1,50	199,3
1995 2.Vj.	- 3,6	3,9	- 17,7	1 875,5	7,4	- 4,2	18,5	- 6,4	1,40	205,3
3.Vj.	7,1	6,7	- 25,0	1 935,8	6,9	- 7,3	16,6	0,9	1,43	203,4
4.Vj.	8,5	3,9	- 42,9	1 996,0	5,1	- 12,4	2,0	7,0	1,42	205,0
1996 1.Vj.	- 0,4	- 0,4	- 24,2	2 013,6	6,5	- 5,7	4,9	- 3,5	1,47	202,4
2.Vj.	0,7	0,4	- 16,9	2 027,4	5,9	- 6,8	14,1	- 10,2	1,52	198,4
3.Vj.	- 3,8	- 1,6	- 30,0	2 061,0	6,6	- 3,8	26,9	- 13,4	1,50	199,5
4.Vj.	- 4,6	- 2,3	- 48,8	2 129,3	5,9	- 4,3	1,5	- 2,2	1,53	197,0
1997 1.Vj.	- 1,7	1,4	- 32,0	2 159,9	2,3	- 11,5	- 8,6	15,0	1,66	193,0
2.Vj.	p) - 0,0	p) - 0,0	p) - 16,9	2 178,3	p) - 0,3	2,6	- 16,3	10,5	1,71	190,3
3.Vj.	...	...	...	...	...	...	p) - 15,9	...	1,81	185,8
1997 Mai	...	...	...	...	...	...	- 8,0	11,6	1,70	190,6
Juni	...	...	...	...	...	...	2,7	- 8,7	1,73	188,6
Juli	...	...	...	...	...	...	- 8,1	5,0	1,79	185,4
Aug.	...	...	...	...	...	...	- 12,9	p) 14,7	1,84	184,8
Sept.	...	...	...	...	...	...	p) 5,1	...	1,79	187,1
Okt.	...	...	...	...	...	...	...	...	1,76	188,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen. — \* Ab 1. Vj. 1991 einschl. Ostdeutschland.

1 Monats- bzw. Vierteljahres- und Jahresdurchschnitte. — 2 Vierteljahresangaben saisonbereinigt; Ergebnisse ab 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 3 Einschl. Restposten. — 4 Gewogener Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern.

















III. Deutsche Bundesbank

1. Aktiva

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende bzw. Ausweis- stichtag	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva 1) 2)												Kredite an inländische	
	Aktiva insgesamt	Währungsreserven										Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland	insgesamt	im Offen- marktge- schäft mit Rück- nahme- vereinba- rung an- gekaufte Wert- papiere
		insgesamt	zusammen	Gold	Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte			Forde- rungen an das Euro- päische Währungs- institut 3)	nach- richtlich: Forde- rungen an das Euro- päische Währungs- institut (brutto) 3)	Devisen und Sorten				
					Ziehungs- rechte in der Reserve- tranche	Kredite aufgrund besonder- er Kre- ditverein- barungen	Sonder- ziehungs- rechte							
1992	368,3	144,0	12)	141,4	13,7	6,8	-	1,4	33,6	41,7	85,8	2,6	188,9	124,1
1993	405,6	122,8		120,1	13,7	6,8	-	1,7	36,2	48,0	61,8	2,6	257,5	184,5
1994	356,5	116,0	13)	113,6	13,7	6,2	-	1,7	31,7	44,4	60,2	2,4	217,7	146,3
1995	354,4	123,3	14)	121,3	13,7	7,5	-	2,9	28,8	38,4	68,5	2,0	213,1	145,8
1996	366,4	121,0		119,5	13,7	8,5	-	3,0	22,0	33,2	72,4	1,4	226,2	161,6
1997 Jan.	349,1	120,7		119,2	13,7	8,3	-	3,0	21,6	32,7	72,8	1,4	211,8	147,4
Febr.	351,7	119,9		118,8	13,7	8,2	-	3,0	21,6	32,7	72,3	1,2	215,8	150,0
März	356,0	119,1		118,0	13,7	8,1	-	3,0	21,6	32,7	71,7	1,2	221,2	156,0
April	342,2	118,9		117,7	13,7	8,0	-	3,0	21,3	34,2	71,7	1,2	207,8	143,5
Mai	346,2	119,7		118,5	13,7	8,0	-	3,0	21,3	34,2	72,5	1,2	211,0	146,3
Juni	364,2	119,1		117,9	13,7	8,0	-	3,0	21,3	34,2	71,9	1,2	229,5	150,6
Juli	352,4	116,6		115,5	13,7	8,1	-	3,0	21,4	34,6	69,4	1,2	220,1	151,6
Aug.	350,6	115,0		114,1	13,7	8,2	-	3,0	21,4	34,6	67,8	0,9	219,9	154,5
1997 Sept. 7.	349,4	115,0		114,1	13,7	8,2	-	3,0	21,4	34,6	67,9	0,9	218,7	154,6
15.	349,4	114,8		113,8	13,7	8,2	-	3,0	21,4	34,6	67,6	0,9	218,9	154,8
23.	349,2	115,2		114,3	13,7	8,2	-	3,0	21,4	34,6	68,1	0,9	218,2	154,5
30.	348,4	114,5		113,5	13,7	8,2	-	3,0	21,4	34,6	67,3	0,9	218,2	154,2
Okt. 7.	348,3	114,5		113,6	13,7	8,2	-	3,0	21,4	34,6	67,4	0,9	218,0	154,5
15.	349,4	114,3		113,3	13,7	8,2	-	3,0	20,4	33,4	68,1	0,9	219,4	156,0
23.	348,9	114,1		113,2	13,7	8,2	-	3,0	20,4	33,4	67,9	0,9	219,0	155,1
31.	354,2	114,1		113,2	13,7	8,2	-	3,0	20,4	33,4	67,9	0,9	224,1	157,2

2. Passiva

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende bzw. Ausweis- stichtag	Einlagen										
	Passiva insgesamt	Banknoten- umlauf	inländische Kredit- institute	inländische öffentliche Haushalte					inländische Unternehmen und Privat- personen	ausländische Einleger 1)	
				zusammen	Bund	Sonder- vermögen des Bundes	Länder	andere öffentliche Einleger 9)			
1992	368,3	213,4	88,9	0,4	0,1	0,0	0,3	0,0	0,8	24,6	
1993	405,6	224,3	73,4	13,5	13,0	0,0	0,4	0,1	0,8	22,0	
1994	356,5	236,2	56,2	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,7	18,5	
1995	354,4	248,4	49,7	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,7	14,8	
1996	366,4	260,4	51,9	0,5	0,1	0,0	0,2	0,1	1,2	13,0	
1997 Jan.	349,1	250,4	43,6	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5	13,1	
Febr.	351,7	251,0	43,9	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,6	13,1	
März	356,0	255,7	43,4	0,3	0,1	0,0	0,1	0,1	0,5	12,2	
April	342,2	253,5	39,9	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,8	12,2	
Mai	346,2	254,0	42,9	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,6	12,2	
Juni	364,2	253,6	57,3	0,3	0,1	0,0	0,0	0,1	0,8	12,2	
Juli	352,4	254,5	45,5	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,5	12,2	
Aug.	350,6	253,2	43,4	0,2	0,1	0,0	0,0	0,1	0,5	12,3	
1997 Sept. 7.	349,4	255,3	39,8	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5	12,2	
15.	349,4	253,1	40,3	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,6	12,3	
23.	349,2	250,6	43,0	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,6	12,2	
30.	348,4	251,5	41,2	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,8	12,3	
Okt. 7.	348,3	254,1	39,9	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,6	12,3	
15.	349,4	252,0	41,4	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,6	12,3	
23.	348,9	250,7	42,0	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5	12,3	
31.	354,2	251,9	45,5	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,6	12,4	

1 Die auf Fremdwährung, ECU und SZR lautenden Auslandspositionen der Deutschen Bundesbank werden zu Bilanzkursen ausgewiesen. — 2 Weitere Aufgliederung s. Tab.X, 7 sowie Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht, Tab.II, 6. — 3 Bis 31. Dezember 1993 Forderungen an den EFWZ im Rahmen des Europäischen Währungssystems. — 4 Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 5 Die Bundesbank darf mit Inkrafttreten der zweiten Stufe der

Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1994 keine direkten Kredite an öffentliche Stellen mehr gewähren. — 6 Aus der Währungsumstellung von 1948, einschl. unverzinslicher Schuldverschreibungen wegen Geldumstellung in Berlin (West); einschl. der in Schatzwechsel und U-Schätze umgetauschten und abgegebenen Beträge, siehe auch Position „Verbindlichkeiten aus abgegebenen Liquiditätspapieren“. — 7 Ab Januar 1995 sind Anleihen

III. Deutsche Bundesbank

Kreditinstitute				Kredite und Forderungen an inländische öffentliche Haushalte					Wertpapiere			Stand am Jahres- bzw. Monatsende bzw. Ausweistag
Inlandswechsel	Auslandswechsel	Lombardforderungen	nachrichtlich: Kredite an inländische Kreditinstitute ohne angekaufte Geldmarktwechsel	insgesamt	Bund 4) 5)		Länder 5)	Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen von Post, Telekom 7)	Sonstige Aktivpositionen 8)		
					Buchkredite	Ausgleichsforderungen 6)						
50,0	13,2	1,6	188,9	13,2	4,4	8,7	0,2	5,7	0,3	16,2	1992	
47,6	10,5	14,8	257,5	8,7	—	8,7	—	4,4	0,3	11,9	1993	
52,1	9,5	9,8	217,7	8,7	—	8,7	—	2,9	0,3	11,0	1994	
52,2	9,6	5,5	213,1	8,7	—	8,7	—	0,8	0,1	8,5	1995	
52,3	9,0	3,3	226,2	8,7	—	8,7	—	—	—	10,6	1996	
54,9	8,8	0,8	211,8	8,7	—	8,7	—	—	—	7,9	1997 Jan.	
54,9	9,1	1,9	215,8	8,7	—	8,7	—	—	—	7,3	Febr.	
55,5	9,2	0,5	221,2	8,7	—	8,7	—	—	—	7,0	März	
55,5	8,7	0,1	207,8	8,7	—	8,7	—	—	—	6,8	April	
55,9	8,6	0,2	211,0	8,7	—	8,7	—	—	—	6,8	Mai	
55,8	8,4	14,6	229,5	8,7	—	8,7	—	—	—	7,0	Juni	
56,0	7,9	4,5	220,1	8,7	—	8,7	—	—	—	7,0	Juli	
56,3	7,9	1,2	219,9	8,7	—	8,7	—	—	—	7,0	Aug.	
56,4	7,8	0,0	218,7	8,7	—	8,7	—	—	—	7,0	1997 Sept. 7.	
56,3	7,8	0,1	218,9	8,7	—	8,7	—	—	—	7,0	15.	
55,9	7,8	0,0	218,2	8,7	—	8,7	—	—	—	7,0	23.	
55,5	8,2	0,4	218,2	8,7	—	8,7	—	—	—	7,1	30.	
55,7	7,8	0,1	218,0	8,7	—	8,7	—	—	—	7,1	Okt. 7.	
55,5	7,9	0,0	219,4	8,7	—	8,7	—	—	—	7,1	15.	
55,7	8,1	0,1	219,0	8,7	—	8,7	—	—	—	7,1	23.	
56,0	8,1	2,8	224,1	8,7	—	8,7	—	—	—	7,4	31.	

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus abgebenen Liquiditätspapieren 10)	Verbindlichkeiten gegenüber dem Europäischen Währungsinstitut 1)	Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte 1)	Rückstellungen	Grundkapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen	Nachrichtlich:			Stand am Jahres- bzw. Monatsende bzw. Ausweistag
							Bargeldumlauf		Festgesetzte Rediskontkontingente 11)	
							insgesamt	darunter Scheidemünzen		
—	2,0	—	2,7	9,2	9,6	16,8	227,3	13,9	64,4	1992
—	26,2	—	2,9	9,8	11,2	21,4	238,6	14,3	65,3	1993
—	6,0	—	2,7	11,3	11,8	12,8	250,9	14,7	65,6	1994
—	1,6	—	2,6	10,0	12,4	14,2	263,5	15,1	65,6	1995
—	2,6	—	2,7	10,1	13,0	11,1	275,7	15,4	65,9	1996
—	2,6	—	2,7	10,1	13,0	12,9	265,5	15,2	65,9	1997 Jan.
—	3,1	—	2,7	10,1	13,0	14,0	266,2	15,2	65,9	Febr.
—	3,3	—	2,7	10,1	13,0	15,0	271,0	15,3	65,8	März
—	3,3	—	2,7	11,0	13,6	5,0	268,9	15,3	65,8	April
—	3,5	—	2,7	11,0	13,6	5,6	269,4	15,4	65,8	Mai
—	3,7	—	2,7	11,0	13,6	9,0	269,0	15,4	65,8	Juni
—	3,8	—	2,7	11,0	13,6	8,4	269,9	15,4	65,8	Juli
—	3,8	—	2,7	11,0	13,6	9,9	268,6	15,4	65,8	Aug.
—	3,8	—	2,7	11,0	13,6	10,3	270,7	15,4	65,8	1997 Sept. 7.
—	3,8	—	2,7	11,0	13,6	11,8	268,5	15,4	65,8	15.
—	3,9	—	2,7	11,0	13,6	11,5	266,0	15,4	65,8	23.
—	3,9	—	2,7	11,0	13,6	11,1	267,0	15,4	65,8	30.
—	4,0	—	2,7	11,0	13,6	10,0	269,5	15,4	65,8	Okt. 7.
—	4,0	—	2,7	11,0	13,6	11,5	267,4	15,4	65,8	15.
—	4,0	—	2,7	11,0	13,6	11,9	266,2	15,4	65,8	23.
—	3,9	—	2,7	11,0	13,6	12,3	267,3	15,4	65,8	31.

und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundeseisenbahnvermögens den öffentlichen Haushalten (Sondervermögen des Bundes) zugeordnet. — 8 Enthält u.a. die Ausweispositionen „Deutsche Scheidemünzen“ und „Sonstige Aktiva“; bis einschl. März 1995 auch „Postgiroguthaben“. — 9 Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Sozialversicherung. — 10 Bis Oktober 1992 Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 11 Ohne Sonder-

rediskontlinie zur Finanzierung von Exportaufträgen (vgl. Kreditpolitische Regelungen der Deutschen Bundesbank). Von Juli 1990 bis Oktober 1992 einschl. der für ostdeutsche Kreditinstitute festgesetzten Refinanzierungskontingente. — 12 Abgang in Höhe von 4,4 Mrd DM durch Neubewertung. — 13 Abgang in Höhe von 2,7 Mrd DM durch Neubewertung. — 14 Abgang in Höhe von 2,5 Mrd DM durch Neubewertung.













IV. Kreditinstitute

Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen)	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung von			Spareinlagen							
					1 Monat bis unter 3 Monate	3 Monaten bis unter 4 Jahren	4 Jahren und darüber								
<b>Alle Bankengruppen</b>															
2 413,4	608,2	1 671,3	3 541,3	665,7	310,5	125,4	940,3	1 171,3	907,3	239,2	1 959,2	363,0	478,6	1997 Juli	
2 438,0	609,9	1 693,8	3 545,3	664,1	311,6	125,1	944,4	1 171,7	910,1	239,2	1 969,3	365,9	481,6	Aug.	
2 414,9	600,8	1 681,7	3 538,4	667,5	303,3	124,5	943,9	1 171,0	911,3	238,9	1 979,2	368,5	509,7	Sept.	
<b>Kreditbanken</b>															
850,9	281,8	528,2	768,2	246,8	117,4	45,2	171,2	150,2	110,9	28,1	267,7	129,5	211,7	1997 Juli	
839,3	273,4	524,9	761,5	241,9	115,7	44,5	172,0	150,0	110,7	28,0	267,6	131,8	213,3	Aug.	
818,4	274,3	503,8	758,6	248,3	109,5	43,1	171,4	149,1	109,9	27,8	269,5	133,2	220,9	Sept.	
<b>Großbanken <sup>1)</sup></b>															
311,8	118,5	179,2	368,8	123,1	63,8	26,1	57,7	83,5	57,8	10,1	48,3	60,5	83,5	1997 Juli	
308,3	119,9	174,4	362,3	118,6	63,0	25,3	57,9	82,9	57,1	10,1	48,1	62,7	82,4	Aug.	
301,3	116,0	171,3	362,1	123,0	59,7	25,6	56,7	82,5	56,6	10,2	50,5	63,0	84,0	Sept.	
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken <sup>2)</sup></b>															
401,8	128,8	251,6	357,5	103,2	45,7	15,7	109,4	62,9	50,0	16,1	217,7	63,5	110,7	1997 Juli	
393,3	117,9	254,1	358,4	103,8	44,9	15,7	110,0	63,3	50,6	16,0	217,7	63,6	112,7	Aug.	
385,9	125,3	239,9	354,9	105,1	42,3	14,2	109,9	62,9	50,2	15,8	217,2	64,6	118,6	Sept.	
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>															
125,7	31,4	91,0	10,9	5,7	1,3	1,1	2,4	0,0	0,0	0,1	0,9	2,2	14,9	1997 Juli	
125,9	32,8	89,8	10,3	5,2	1,2	1,2	2,4	0,0	0,0	0,1	0,9	2,3	15,5	Aug.	
119,1	29,3	86,4	10,9	5,3	0,9	1,2	3,1	0,0	0,0	0,1	0,9	2,3	15,6	Sept.	
<b>Privatbankiers <sup>3)</sup></b>															
11,6	3,0	6,4	31,0	14,8	6,6	2,3	1,6	3,8	3,0	1,8	0,9	3,3	2,6	1997 Juli	
11,7	2,9	6,5	30,5	14,3	6,6	2,3	1,6	3,8	3,0	1,8	0,9	3,3	2,7	Aug.	
12,1	3,6	6,2	30,8	14,9	6,6	2,1	1,6	3,8	3,0	1,7	1,0	3,3	2,7	Sept.	
<b>Girozentralen (einschl. Deutsche Girozentrale)</b>															
586,1	161,3	413,4	343,2	32,8	10,8	12,9	216,5	20,4	19,2	1,1	560,3	54,4	46,9	1997 Juli	
602,0	163,2	427,2	344,4	32,3	10,6	12,6	218,5	20,4	19,2	1,1	561,1	54,7	43,7	Aug.	
585,9	152,8	421,9	343,6	32,8	8,5	12,4	219,5	20,4	19,1	1,0	559,5	55,1	48,9	Sept.	
<b>Sparkassen</b>															
315,6	41,0	250,8	1 083,1	215,9	93,0	22,1	14,0	597,8	450,1	138,4	96,6	66,9	70,5	1997 Juli	
320,7	43,6	253,3	1 089,8	219,3	94,8	23,2	14,0	598,0	452,1	138,7	96,5	67,0	71,4	Aug.	
325,1	47,0	254,9	1 086,3	216,6	93,7	23,5	13,9	598,0	453,4	138,8	97,1	67,2	77,4	Sept.	
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken (einschl. Deutsche Genossenschaftsbank)</b>															
201,3	68,2	125,6	28,9	5,2	1,4	3,9	18,3	0,0	0,0	0,1	56,2	12,6	16,1	1997 Juli	
206,7	71,0	128,1	28,4	4,6	1,7	3,5	18,5	0,0	0,0	0,1	56,8	12,6	15,9	Aug.	
205,4	66,1	131,6	29,3	5,2	2,3	3,1	18,6	0,0	0,0	0,1	56,5	12,7	17,0	Sept.	
<b>Kreditgenossenschaften</b>															
124,4	11,2	96,8	691,7	132,0	82,4	35,1	30,2	343,5	277,1	67,8	48,8	46,1	31,3	1997 Juli	
125,3	11,1	97,8	694,3	133,9	83,1	35,1	30,3	343,7	277,9	67,7	49,1	46,3	31,3	Aug.	
126,7	11,8	98,7	692,2	132,6	82,1	35,1	30,4	343,9	278,5	67,4	49,0	46,4	33,8	Sept.	
<b>Realkreditinstitute</b>															
143,5	19,1	121,4	298,8	2,8	1,1	1,3	289,5	0,3	0,2	0,3	724,8	28,5	39,5	1997 Juli	
147,5	21,8	122,7	299,0	2,7	1,1	1,3	289,8	0,3	0,2	0,3	731,7	28,5	42,5	Aug.	
152,1	21,9	127,1	299,8	3,1	1,0	1,4	290,2	0,3	0,2	0,3	738,5	28,9	46,0	Sept.	
<b>Kreditinstitute mit Sonderaufgaben <sup>4)</sup></b>															
191,6	25,5	135,1	327,4	30,1	4,4	4,9	200,6	59,1	49,7	3,4	204,9	25,0	62,6	1997 Juli	
196,5	25,6	139,9	327,8	29,4	4,6	4,9	201,4	59,3	50,0	3,5	206,4	25,0	63,5	Aug.	
201,4	26,9	143,7	328,6	28,9	6,1	6,0	200,0	59,3	50,1	3,5	209,2	25,0	65,7	Sept.	
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken <sup>5)</sup></b>															
235,5	74,3	149,9	87,1	32,4	9,6	5,2	17,7	13,7	8,2	5,4	20,6	15,5	41,4	1997 Aug.	
228,4	71,8	145,6	88,4	34,6	9,1	4,7	18,0	13,6	8,1	5,4	20,5	15,5	41,9	Sept.	
<b>darunter Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken <sup>6)</sup></b>															
109,6	41,5	60,0	76,8	27,2	8,4	4,0	15,3	13,7	8,2	5,3	19,7	13,2	25,9	1997 Aug.	
109,4	42,5	59,2	77,5	29,3	8,2	3,6	14,8	13,6	8,1	5,3	19,7	13,3	26,3	Sept.	

gesellschaft haben. — 3 Nur Kreditinstitute in der Rechtsform des Einzelkaufmanns oder der Personenhandels-gesellschaft; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Deutsche Postbank AG. — 5 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe

(rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“, „Privatbankiers“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.













IV. Kreditinstitute

7. Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche \*)

Mrd DM

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände)

Zeit	darunter: Kredite für den Wohnungsbau				Kredite an Unternehmen und Selbständige								Verkehr und Nach- richtenübermittlung		Finanz- instituten 3) und Versiche- rungs- gewerbe														
	insgesamt	zusammen	Hypo- thekar- kredite auf Wohn- grund- stücke	sonstige Kredite für den Wohn- ungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohn- ungsbau	Verarbei- tendes Gewerbe	Energie- und Wasser- versor- gung, Berg- bau 1)	Bau- gewerbe	Handel 2)	Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei und Fischzucht	zusammen	darunter Deutsche Bahn, Post, Telekom																
<b>Kredite insgesamt</b>															<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>														
1994	3 007,3	1 201,4	727,1	474,3	1 884,6	462,6	315,3	54,2	106,8	291,9	55,3	93,9	38,1	78,1															
1995	3 175,9	1 303,8	807,8	496,0	1 965,3	481,8	316,9	61,9	117,2	310,6	56,9	76,1	14,1	87,5															
1996 Sept.	3 309,2	1 376,6	857,1	519,5	2 044,0	508,9	322,8	62,7	121,6	317,5	58,6	73,8	11,5	95,9															
Dez.	3 417,4	1 433,7	887,1	546,5	2 111,1	534,7	320,6	64,1	121,0	323,2	58,9	75,4	10,6	101,8															
1997 März	3 435,0	1 449,1	900,0	549,2	2 122,0	540,1	322,0	64,1	122,7	322,3	58,8	76,6	10,2	103,4															
Juni	3 493,0	1 474,5	919,7	554,8	2 156,7	548,4	322,5	65,2	124,5	324,0	59,7	77,5	10,3	110,8															
Sept.	3 532,2	1 503,1	943,8	559,3	2 170,9	557,9	317,4	65,3	124,8	326,9	60,7	76,3	8,7	109,6															
<b>Kurzfristige Kredite</b>																													
1994	548,6	29,1	-	29,1	463,6	20,9	112,8	4,5	34,5	119,0	9,5	10,0	0,5	17,3															
1995	583,3	33,4	-	33,4	495,3	24,4	116,9	5,7	39,6	122,3	9,1	12,7	1,9	17,6															
1996 Sept.	593,7	32,4	-	32,4	507,6	23,9	119,2	5,7	41,6	123,5	9,4	12,1	1,4	21,5															
Dez.	616,2	35,9	-	35,9	524,5	26,8	116,2	6,5	38,7	126,1	9,2	11,7	0,4	23,3															
1997 März	606,7	34,7	-	34,7	520,9	26,4	120,4	6,8	40,6	124,5	8,9	13,0	0,8	23,6															
Juni	621,4	34,9	-	34,9	533,0	26,5	121,0	6,8	41,0	125,2	9,3	12,4	0,7	28,2															
Sept.	611,7	34,7	-	34,7	522,6	26,4	115,9	6,2	40,5	125,7	9,3	12,1	0,9	24,8															
<b>Mittelfristige Kredite</b>																													
1994	228,3	46,0	-	46,0	150,3	24,9	19,6	1,9	11,3	17,4	4,4	11,9	5,6	13,3															
1995	214,1	39,7	-	39,7	135,2	16,6	18,4	2,2	11,3	18,0	4,4	8,1	1,3	15,3															
1996 Sept.	215,2	39,9	-	39,9	135,2	16,4	18,8	2,0	10,9	17,9	4,7	7,9	0,7	15,7															
Dez.	215,8	41,5	-	41,5	135,6	17,3	18,4	1,8	10,5	17,4	4,7	8,0	0,6	15,8															
1997 März	212,1	40,6	-	40,6	133,2	16,7	18,2	1,7	10,2	17,0	4,6	7,9	0,5	15,8															
Juni	213,5	40,9	-	40,9	134,0	16,8	18,2	1,7	10,2	16,8	4,7	8,0	0,4	16,1															
Sept.	215,1	41,5	-	41,5	135,8	17,2	17,9	1,7	10,0	17,1	4,7	8,1	0,3	16,4															
<b>Langfristige Kredite</b>																													
1994	2 230,3	1 126,4	727,1	399,3	1 270,7	416,8	182,9	47,8	61,1	155,5	41,5	72,0	32,0	47,5															
1995	2 378,5	1 230,7	807,8	422,9	1 334,8	440,7	181,6	54,0	66,2	170,3	43,3	55,2	11,0	54,6															
1996 Sept.	2 500,3	1 304,3	857,1	447,1	1 401,2	468,6	184,7	54,9	69,1	176,1	44,5	53,8	9,4	58,7															
Dez.	2 585,5	1 356,3	887,1	469,1	1 451,1	490,7	186,0	55,8	71,7	179,6	45,1	55,6	9,7	62,7															
1997 März	2 616,2	1 373,8	900,0	473,9	1 467,9	497,0	183,4	55,6	71,9	180,8	45,3	55,7	8,9	64,0															
Juni	2 658,1	1 398,7	919,7	479,1	1 489,8	505,0	183,3	56,7	73,3	182,1	45,8	57,0	9,3	66,5															
Sept.	2 705,3	1 426,8	943,8	483,0	1 512,6	514,2	183,6	57,4	74,4	184,1	46,7	56,1	7,5	68,3															
<b>Kredite insgesamt</b>															<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														
1996 4.Vj.	+ 104,3	+ 55,1	+ 29,4	+ 25,7	+ 63,2	+ 24,1	- 1,9	+ 1,4	- 0,5	+ 5,9	+ 0,3	+ 1,6	- 0,7	+ 5,9															
1997 1.Vj.	+ 17,4	+ 16,5	+ 13,6	+ 2,9	+ 10,3	+ 6,3	+ 3,1	- 0,0	+ 2,4	- 1,0	- 0,1	+ 1,2	- 0,5	+ 1,6															
2.Vj.	+ 56,7	+ 25,4	+ 19,5	+ 5,9	+ 34,3	+ 9,0	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,3	- 0,2	+ 6,9															
3.Vj.	+ 39,5	+ 27,0	+ 21,4	+ 5,7	+ 16,4	+ 9,2	- 5,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 3,2	+ 1,0	- 0,7	- 1,2	- 1,2															
<b>Kurzfristige Kredite</b>																													
1996 4.Vj.	+ 22,9	+ 3,5	-	+ 3,5	+ 17,3	+ 3,0	- 2,9	+ 0,8	- 2,7	+ 2,8	- 0,2	- 0,4	- 1,0	+ 1,8															
1997 1.Vj.	- 10,3	- 1,4	-	- 1,4	- 4,5	- 0,7	+ 4,2	+ 0,3	+ 1,8	- 1,6	- 0,3	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,2															
2.Vj.	+ 13,7	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 11,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	- 0,6	- 0,1	+ 4,6															
3.Vj.	- 9,7	- 0,1	-	- 0,1	- 10,3	- 0,0	- 5,0	- 0,7	- 0,5	+ 0,8	- 0,0	- 0,3	+ 0,2	- 3,4															
<b>Mittelfristige Kredite</b>																													
1996 4.Vj.	+ 0,7	+ 1,5	-	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1															
1997 1.Vj.	- 3,7	- 0,9	-	- 0,9	- 2,4	- 0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,0															
2.Vj.	+ 1,4	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	- 0,2	+ 0,3															
3.Vj.	+ 1,6	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,4	- 0,3	- 0,0	- 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4															
<b>Langfristige Kredite</b>																													
1996 4.Vj.	+ 80,8	+ 50,0	+ 29,4	+ 20,6	+ 45,5	+ 20,2	+ 1,4	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,5	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,4	+ 4,0															
1997 1.Vj.	+ 31,3	+ 18,7	+ 13,6	+ 5,1	+ 17,1	+ 7,5	- 0,9	- 0,3	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,8	+ 1,4															
2.Vj.	+ 41,6	+ 24,9	+ 19,5	+ 5,5	+ 22,4	+ 8,8	- 0,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,1	+ 2,0															
3.Vj.	+ 47,7	+ 26,5	+ 21,4	+ 5,2	+ 24,8	+ 8,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 2,2	+ 0,9	- 0,6	- 1,3	+ 1,8															

\* Ohne Kredite der Auslandsfilialen sowie der Bausparkassen; einschl. Kredite an Bausparkassen. Ab Juni 1990 einschl. Kredite der ostdeutschen Kreditinstitute. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Ab März 1995 werden die Daten auf der Grundlage der „Klassifikation der Wirtschaftszweige“ des Statistischen Bundesamtes, Aus-

gabe 1993 (WZ 93) erhoben und veröffentlicht. Der Übergang von der „alten“ zur „neuen“ Klassifikation hatte eine Vielzahl von Umsetzungen zwischen den einzelnen Bereichen und Branchen zur Folge. Die daraus resultierenden Brüche konnten nur teilweise in den Veränderungen statistisch bereinigt werden. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als







IV. Kreditinstitute

9. Wertpapierbestände \*)

Mrd DM

Zeit	Inländische Wertpapiere							Ausländische Wertpapiere					
	Wertpapierbestände insgesamt	zusammen	Bank-schuld-ver-schrei-bungen 1)	Anleihen der öffent-lichen Haus-halte 2)	Anleihen von Unter-nehmen 3)	Aktien	Invest-ment-zerti-fikate	sonstige Wert-papiere	zusammen	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Schuld-ver-schrei-bungen von Nicht-banken	Aktien und Invest-ment-zerti-fikate	sonstige Wert-papiere
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
1994	1 037,6	947,3	506,2	230,5	128,5	28,8	49,9	3,4	90,3	22,7	60,5	6,2	0,9
1995	1 094,5	989,2	553,8	234,4	94,8	39,5	61,6	5,1	105,4	25,2	73,4	6,3	0,5
1996	1 229,8	1 094,4	646,2	231,3	82,3	48,6	77,0	9,1	135,4	30,6	94,7	9,2	0,9
1997 April	1 358,4	1 200,9	692,6	258,6	82,1	71,0	85,4	11,3	157,4	31,4	111,5	13,5	1,0
Mai	1 369,8	1 213,0	699,2	261,5	83,6	73,2	86,6	9,1	156,7	33,8	109,2	12,6	1,1
Juni	1 380,6	1 215,8	710,2	260,0	82,4	62,0	92,9	8,3	164,8	34,5	116,6	12,2	1,5
Juli	1 415,6	1 240,0	726,7	263,0	84,1	61,7	95,6	9,0	175,6	35,8	125,5	12,2	2,1
Aug.	1 428,5	1 253,4	735,5	268,0	82,1	61,1	97,4	9,3	175,2	37,0	123,9	12,7	1,6
Sept.	1 420,9	1 244,3	739,9	257,1	82,6	53,9	101,6	9,2	176,6	38,4	125,4	11,3	1,5
<b>Veränderungen *)</b>													
1995	+ 76,2	+ 57,2	+ 53,6	- 0,4	- 20,1	+ 10,7	+ 11,6	+ 1,7	+ 19,0	+ 3,5	+ 15,7	+ 0,2	- 0,4
1996	+ 133,1	+ 106,5	+ 92,9	- 3,3	- 12,5	+ 9,1	+ 16,4	+ 3,9	+ 26,6	+ 4,9	+ 19,5	+ 1,9	+ 0,4
1997 April	+ 17,0	+ 12,0	+ 6,0	- 1,5	+ 0,1	+ 6,5	+ 2,3	- 1,5	+ 5,1	- 0,8	+ 4,2	+ 1,7	+ 0,1
Mai	+ 11,2	+ 12,5	+ 6,7	+ 2,9	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,4	- 1,4	+ 2,3	- 2,5	- 0,9	- 0,3
Juni	+ 9,4	+ 2,8	+ 11,0	- 1,4	- 1,2	- 11,2	+ 6,3	- 0,8	+ 6,6	+ 0,3	+ 6,5	- 0,5	+ 0,4
Juli	+ 33,1	+ 24,2	+ 16,5	+ 3,0	+ 1,6	- 0,3	+ 2,7	+ 0,7	+ 8,9	+ 0,8	+ 7,6	- 0,1	+ 0,6
Aug.	+ 14,1	+ 13,3	+ 8,8	+ 5,0	- 2,0	- 0,6	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,5	- 0,8	+ 0,5	- 0,5
Sept.	- 6,7	- 9,0	+ 4,5	- 10,9	+ 0,5	- 7,3	+ 4,1	- 0,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,0	- 1,4	- 0,1

\* Ohne Wertpapierbestände der Bausparkassen, ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen (s. a. Tab. IV. 1, Anm. 8) und ohne Geldmarktpapiere. Einschl. im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmeverpflichtung an die Bundesbank verkaufter Wertpapiere. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsber-

richt erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne eigene Emissionen, ohne Namensschuldverschreibungen. — 2 Ab 1995 einschl. Emissionen der Bundesbahn und Reichsbahn. — 3 Einschl. Emissionen der Deutschen Bahn AG, Deutschen Post AG und Deutschen Telekom AG sowie der früheren Emissionen der Bundespost und Treuhandanstalt; bis 1994 auch einschl. Emissionen der Bundesbahn und Reichsbahn (s. a. Anm. 2).

10. Bestände an Schatzwechseln und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen \*)

Mrd DM

Zeit	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen (ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere)					Anleihen und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen					
	insgesamt	öffentliche Haushalte				insgesamt	öffentliche Haushalte				Deutsche Bahn, Post, Telekom; Treuhandanstalt 2)
		zusammen	darunter:		Deutsche Bahn, Post, Telekom; Treuhandanstalt 2)		zusammen	darunter:		Gemeinden und Gemeindeverbände	
			Bund und seine Sondervermögen 1)	Länder				Bund und seine Sondervermögen 1)	Länder		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>											
1994	1,8	1,8	1,6	0,2	0,0	357,6	230,5	149,5	80,6	0,5	127,1
1995	0,8	0,8	0,4	0,4	0,0	327,9	234,4	147,1	86,3	1,1	93,4
1996	4,9	4,9	4,5	0,4	0,0	312,5	231,3	142,1	88,1	1,1	81,2
1997 April	3,1	3,1	2,5	0,5	-	339,6	258,6	172,9	84,3	1,4	81,0
Mai	2,6	2,6	2,0	0,5	-	344,1	261,5	175,7	84,3	1,4	82,6
Juni	2,5	2,5	1,9	0,5	-	341,4	260,0	174,7	84,0	1,4	81,4
Juli	2,5	2,5	2,0	0,3	-	346,0	263,0	176,6	84,9	1,5	83,0
Aug.	1,8	1,7	1,2	0,3	0,1	348,8	268,0	182,0	84,4	1,5	80,8
Sept.	1,2	1,2	0,9	0,2	0,0	338,3	257,1	170,8	84,7	1,6	81,2
<b>Veränderungen *)</b>											
1995	- 1,0	- 1,0	- 1,2	+ 0,2	+ 0,0	- 20,5	- 0,4	- 9,0	+ 8,0	+ 0,6	- 20,1
1996	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,1	+ 0,2	± 0,0	- 15,6	- 3,3	- 5,0	+ 1,6	+ 0,1	- 12,3
1997 April	- 1,4	- 1,4	- 1,1	+ 0,1	- 0,0	- 1,4	- 1,5	- 0,5	- 1,2	+ 0,2	+ 0,1
Mai	- 0,5	- 0,5	- 0,5	+ 0,0	-	+ 4,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,6
Juni	- 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	-	- 2,6	- 1,4	- 1,0	- 0,4	+ 0,0	- 1,2
Juli	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	-	+ 4,6	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,6
Aug.	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,1	+ 2,8	+ 5,0	+ 5,4	- 0,5	+ 0,0	- 2,2
Sept.	- 0,6	- 0,6	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 10,5	- 10,9	- 11,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,4

Anmerkung \* s. Tab. IV. 1. — 1 Bundesbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“. Ab 1995 einschl. Emissionen der früheren Bundesbahn und Reichs-

bahn. — 2 Bis Ende 1994 einschl. Emissionen der früheren Bundesbahn und Reichsbahn (s. a. Anm. 1).





#### IV. Kreditinstitute

### 12. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck \*)

Mrd DM

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					nach Befristung		insgesamt	nach Gläubigergruppen		
			zu-	Selb-	inländische Privatpersonen		inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	täglich fällig	bis unter 1 Monat		zu-	Selb-	wirtschaftlich Unselbständige
					stämme	ständige							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1994	1 850,5	333,2	315,0	65,5	210,2	39,3	18,2	329,0	4,1	405,8	361,0	97,4	210,8
1995	1 908,6	352,0	335,4	66,9	226,2	42,3	16,7	348,0	4,0	331,7	296,1	83,4	170,7
1996	1 993,5	393,8	376,1	78,7	248,5	48,9	17,7	389,0	4,7	285,0	252,8	75,2	137,6
1997 April	1 993,7	387,0	370,2	75,7	246,0	48,4	16,8	383,1	3,8	281,7	249,9	75,4	135,2
Mai	1 997,5	392,6	376,5	76,8	250,2	49,5	16,1	388,9	3,7	280,3	248,1	74,8	134,2
Juni	1 997,3	399,3	382,3	75,9	255,9	50,4	17,0	395,6	3,7	275,6	244,0	73,0	132,5
Juli	1 995,9	401,0	384,4	79,1	254,7	50,6	16,6	397,2	3,8	274,4	243,5	73,3	131,9
Aug.	2 000,9	405,7	389,6	79,1	259,3	51,2	16,0	402,0	3,6	274,9	243,3	73,3	131,6
Sept.	1 992,2	402,4	385,9	77,4	257,2	51,2	16,5	399,0	3,3	271,0	240,2	72,4	129,9
Veränderungen *)													
1995	+ 59,1	+ 19,1	+ 20,4	+ 1,4	+ 15,8	+ 3,1	- 1,3	+ 19,2	- 0,1	- 68,3	- 60,1	- 13,8	- 36,8
1996	+ 85,9	+ 41,8	+ 40,8	+ 11,9	+ 22,8	+ 6,1	+ 1,0	+ 41,1	+ 0,7	- 46,0	- 43,1	- 8,0	- 28,4
1997 April	- 4,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 3,2	- 2,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,2	- 3,1	- 1,9	- 0,3	- 1,2
Mai	+ 3,8	+ 5,6	+ 6,4	+ 1,1	+ 4,2	+ 1,1	- 0,8	+ 5,8	- 0,1	- 1,3	- 1,9	- 0,6	- 1,0
Juni	- 0,2	+ 6,6	+ 5,7	- 0,8	+ 5,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 6,7	- 0,0	- 4,7	- 4,0	- 1,7	- 1,8
Juli	- 1,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,2	- 1,2	+ 0,2	- 0,4	+ 1,6	+ 0,2	- 1,2	- 0,5	+ 0,3	- 0,5
Aug.	+ 5,0	+ 4,6	+ 5,2	- 0,0	+ 4,6	+ 0,6	- 0,5	+ 4,9	- 0,2	+ 0,5	- 0,2	+ 0,0	- 0,2
Sept.	- 8,6	- 3,3	- 3,7	- 1,8	- 2,1	+ 0,1	+ 0,4	- 3,0	- 0,3	- 3,9	- 3,1	- 0,9	- 1,7

\* Ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Auslandsfilialen (s. Tab. IV. 18) sowie der Bausparkassen (s. Tab. IV. 19). Ab Juni 1990 einschl. Verbindlichkeiten der ostdeutschen Kreditinstitute. Statistisch bedingte Verän-

derungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht

### 13. Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen \*)

Mrd DM

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zu-	Sicht-	Termineinlagen			Treuhand- kredite 3)	zu-	Sicht-	Termineinlagen			Treuhand- kredite 3)
				stämme	einlagen	unter 4 Jahre				4 Jahre und darüber	Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	stämme	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1994	285,5	107,3	4,4	2,9	77,3	0,0	22,7	79,0	5,6	1,9	24,3	0,1	47,1
1995	278,6	111,0	4,4	2,7	81,1	0,1	22,8	79,3	5,6	1,4	23,7	0,1	48,6
1996	280,5	114,6	5,1	4,5	80,3	0,1	24,6	82,4	6,1	1,3	25,1	0,1	49,7
1997 April	264,4	108,6	1,5	3,9	79,7	0,1	23,4	80,1	3,1	1,3	25,1	0,1	50,4
Mai	271,6	108,0	1,0	3,9	79,9	0,1	23,2	81,0	3,6	1,2	25,5	0,2	50,5
Juni	268,2	108,8	2,5	4,4	78,7	0,1	23,1	79,9	3,1	1,3	25,3	0,1	50,1
Juli	264,3	106,6	0,9	3,6	78,9	0,1	23,1	80,3	3,3	1,4	25,4	0,1	50,1
Aug.	268,2	106,6	0,9	3,5	79,2	0,1	23,0	80,2	2,6	1,2	25,8	0,1	50,4
Sept.	265,3	106,3	1,2	3,7	78,4	0,1	23,0	81,9	3,6	2,1	25,7	0,1	50,4
Veränderungen *)													
1995	- 2,2	+ 4,0	+ 0,2	- 0,0	+ 3,8	+ 0,0	+ 0,1	+ 3,8	- 0,0	- 0,5	- 0,6	+ 0,0	+ 4,9
1996	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,7	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	+ 4,3	+ 0,5	- 0,1	+ 1,5	+ 0,0	+ 2,4
1997 April	- 1,7	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,5	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2
Mai	+ 7,2	- 0,6	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,9	+ 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,1
Juni	- 3,0	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,5	- 1,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1
Juli	- 4,0	- 2,2	- 1,6	- 0,8	+ 0,2	-	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Aug.	+ 3,9	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,3
Sept.	- 2,9	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,8	+ 0,0	- 0,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,9	- 0,1	+ 0,0	- 0,0

\* Ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die un-

ter Unternehmen erfaßt sind. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden

IV. Kreditinstitute

		nach Befristung					Spareinlagen					Nachrichtlich: nachrangige Verbindlich- keiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 4)	Zeit
		1 Monat bis unter 4 Jahre				4 Jahre und darüber	insgesamt	inlän- dische Privat- personen	inlän- dische Orga- nisationen ohne Erwerb- zweck	Spar- briefe 2)	Treuhand- kredite 3)		
sonstige Privat- personen	inlän- dische Orga- nisationen ohne Erwerb- zweck	zu- sammen	1 Monat bis unter 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis unter 4 Jahre								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
52,9	44,8	352,0	267,0	81,5	3,5	53,9	930,6	915,7	14,8	179,9	1,0	6,7	1994
42,0	35,6	285,8	215,8	65,2	4,8	45,9	1 033,7	1 018,7	15,0	190,1	1,1	10,2	1995
39,9	32,2	239,6	186,9	47,5	5,1	45,5	1 129,0	1 112,1	16,8	184,9	0,8	13,2	1996
39,3	31,8	236,2	185,3	45,8	5,0	45,5	1 138,6	1 121,0	17,6	185,7	0,7	16,1	1997 April
39,0	32,3	234,9	184,6	45,3	5,0	45,5	1 137,9	1 120,2	17,7	185,9	0,7	16,5	Mai
38,5	31,6	230,3	179,6	45,7	5,0	45,3	1 135,5	1 117,7	17,8	186,3	0,7	16,8	Juni
38,3	30,9	229,1	178,9	45,2	5,1	45,3	1 133,5	1 115,5	18,0	186,3	0,7	17,0	Juli
38,4	31,5	229,6	179,5	45,1	5,0	45,2	1 133,7	1 115,6	18,1	186,0	0,7	17,0	Aug.
37,9	30,8	225,9	176,6	44,2	5,1	45,1	1 132,9	1 114,9	17,9	185,4	0,7	17,0	Sept.
Veränderungen *)													
- 9,5	- 8,2	- 65,8	- 50,8	- 16,3	+ 1,3	- 2,5	+ 103,1	+ 102,9	+ 0,2	+ 4,8	+ 0,4	+ 3,7	1995
- 6,7	- 2,9	- 46,3	- 28,9	- 17,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 95,3	+ 93,4	+ 1,8	- 4,9	- 0,2	+ 3,1	1996
- 0,4	- 1,2	- 2,6	- 1,7	- 1,0	- 0,0	- 0,4	- 2,8	- 2,8	- 0,0	+ 0,2	-	+ 0,8	1997 April
- 0,2	+ 0,5	- 1,3	- 0,7	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 0,4	Mai
- 0,5	- 0,7	- 4,5	- 5,0	+ 0,4	+ 0,0	- 0,2	- 2,4	- 2,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	Juni
- 0,3	- 0,7	- 1,2	- 0,8	- 0,5	+ 0,0	- 0,0	- 1,9	- 2,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	Juli
+ 0,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	Aug.
- 0,5	- 0,8	- 3,8	- 2,9	- 0,9	+ 0,0	- 0,1	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	- 0,0	Sept.

erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuld-

verschreibungen. — 3 Bis November 1993: durchlaufende Kredite. — 4 Erst ab Dezember 1993 gesondert erfragt.

Gemeinden und Gemeindeverbände			Kommunale Zweckverbände mit hoheitlichen Aufgaben					Sozialversicherung					Zeit		
zu- sammen	Sicht- ein- lagen	Termineinlagen 4)		Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	zu- sammen	Sicht- ein- lagen	Termineinlagen 4)		Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	zu- sammen	Sicht- ein- lagen	Termineinlagen 4)			
		unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber 4)				unter 4 Jahre	4 Jahre und darüber 4)				unter 4 Jahre		4 Jahre und darüber 4)	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
36,0	13,7	17,6	0,9	3,7	4,7	1,7	2,3	0,3	0,4	58,6	7,7	31,7	14,9	4,2	1994
34,5	13,2	16,2	0,9	4,3	4,0	1,5	1,9	0,2	0,4	49,8	6,7	22,8	15,6	4,7	1995
35,5	14,2	14,6	1,5	5,2	3,9	1,4	1,8	0,3	0,4	44,1	9,5	13,9	15,8	4,9	1996
31,8	10,3	14,7	1,4	5,4	3,7	1,1	1,9	0,2	0,4	40,2	7,7	10,5	16,6	5,4	1997 April
35,8	12,0	17,0	1,4	5,4	3,8	1,2	2,0	0,2	0,4	43,0	6,9	13,6	16,6	5,9	Mai
32,7	10,4	15,4	1,4	5,4	3,6	1,2	1,8	0,2	0,4	43,1	8,3	12,5	16,5	5,9	Juni
32,3	10,3	15,0	1,5	5,5	3,6	1,1	1,8	0,2	0,5	41,5	7,1	12,0	16,3	6,0	Juli
35,8	12,2	16,6	1,5	5,5	3,7	1,2	1,9	0,2	0,4	41,9	6,5	12,9	16,3	6,1	Aug.
32,7	9,8	15,9	1,5	5,5	3,6	1,1	1,9	0,2	0,4	40,8	6,5	11,8	16,4	6,1	Sept.
Veränderungen *)															
- 1,4	- 0,6	- 1,4	+ 0,1	+ 0,4	- 0,7	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,0	- 7,9	- 1,0	- 8,6	+ 1,5	+ 0,2	1995
+ 1,0	+ 1,0	- 1,6	+ 0,6	+ 0,9	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 5,7	+ 2,8	- 8,9	+ 0,2	+ 0,2	1996
+ 0,0	+ 0,7	- 0,7	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 1,5	+ 0,6	- 2,3	+ 0,1	+ 0,1	1997 April
+ 4,0	+ 1,7	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 2,8	- 0,8	+ 3,1	- 0,0	+ 0,5	Mai
- 3,1	- 1,6	- 1,5	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,4	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	Juni
- 0,5	- 0,1	- 0,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 1,7	- 1,2	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	Juli
+ 3,6	+ 1,9	+ 1,6	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,4	- 0,6	+ 0,9	- 0,0	+ 0,0	Aug.
- 3,1	- 2,4	- 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 1,1	+ 0,0	- 1,1	+ 0,0	- 0,0	Sept.

nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastenteilungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus

nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Bis November 1993: durchlaufende Kredite. — 4 Einschl. Treuhandkredite (bzw. bis November 1993 durchlaufender Kredite).





IV. Kreditinstitute

16. Kreditzusagen an inländische Unternehmen und Privatpersonen \*)

Mrd DM

Zeit	Zusagen für mittel- und langfristige Darlehen mit festem Betrag und fester Laufzeit					Nachrichtlich: Zusagen für den Wohnungsbau (reduzierter Berichtskreis 1))							
	Stand der Zusagen am Anfang des Zeitraumes	erteilte Zusagen	durch Auszahlung erledigte Zusagen	Stornierung von Zusagen	Stand der am Ende des Zeitraumes noch erledigten Zusagen	Stand der Zusagen am Anfang des Zeitraumes	erteilte Zusagen				durch Auszahlung erledigte Zusagen	Stornierungen u.ä. 5)	Stand der am Ende des Zeitraumes noch erledigten Zusagen
							zusammen	für Neubau 2)	für Modernisierung, Kauf und Erwerb 3)	für Ablösungen 4)			
im Zeitraum					im Zeitraum								
1994	177,4	668,2	601,7	53,1	190,8	46,7	158,3	68,5	81,2	8,5	148,5	3,3	53,1
1995	6) 190,8	599,4	556,3	46,9	185,2	7) 53,1	139,9	57,0	74,7	8,3	136,7	3,9	7) 50,8
1996	8) 185,2	654,3	610,3	49,5	177,7	9) 52,2	162,3	64,4	87,4	10,6	157,6	3,5	9) 53,4
1997 Jan.	177,7	48,7	45,9	5,9	174,6	10) 51,4	11,5	4,4	6,5	0,7	11,5	0,6	10) 50,9
Febr.	174,6	44,5	40,0	3,0	176,2	50,9	10,9	4,1	6,0	0,9	10,4	0,5	51,0
März	11) 175,7	53,3	43,6	3,5	181,9	51,0	13,6	4,9	7,4	1,3	10,5	-	0,4
April	181,9	59,1	52,6	4,1	184,3	54,4	15,0	5,5	8,3	1,2	13,1	0,4	56,0
Mai	184,3	45,1	40,6	3,8	185,0	56,0	11,6	4,4	6,2	1,0	10,5	0,3	56,7
Juni	185,0	54,2	49,0	4,0	186,2	56,7	13,5	4,5	7,8	1,1	12,9	0,1	57,2
Juli	186,2	56,4	55,6	4,1	183,0	57,2	13,7	4,9	7,8	1,0	13,7	0,4	56,8
Aug.	183,0	50,7	44,8	3,6	185,3	56,8	12,7	4,3	7,4	1,0	11,8	0,1	57,7
Sept.	185,3	53,2	49,0	3,3	186,1	...	...	...	...	...	...	...	...

\* Einschl. Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Quelle: Statistik des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau; nur den folgenden Verbänden angeschlossene Institute: Deutscher Sparkassen- und Giroverband (ohne Landesbausparkassen; ab Januar 1996 einschl. Sparkassen in Ostdeutschland), Verband deutscher Hypothekenbanken, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (ohne Wohnungsbauförderungsanstalten). —

2 Schaffung von neuem Wohnraum. — 3 Einschl. Zusagen für Instandsetzungen. — 4 Ablösungen von Wohnungsbaukrediten bei anderen Kreditinstituten. — 5 Als Differenz ermittelt. — 6 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 1,7 Mrd DM. — 7 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 1,7 Mrd DM. — 8 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 1,9 Mrd DM. — 9 Statistisch bedingte Zunahme in Höhe von 1,4 Mrd DM durch Einbeziehung der ostdeutschen Sparkassen. — 10 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 2,0 Mrd DM. — 11 Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von 0,5 Mrd DM.

17. Bilanzunwirksame Geschäfte der inländischen Kreditinstitute, ihrer Auslandsfilialen und Auslandstöchter \*)

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Zins- und Währungsswaps 2)			Verbindlichkeiten aus Devisentermingeschäften 3)			Verbindlichkeiten aus Termingeschäften mit festverzinslichen Wertpapieren 3)		
	insgesamt	Zinsswaps	Währungsswaps	Abnahmeverpflichtungen	Lieferverpflichtungen	Abnahmeverpflichtungen	Lieferverpflichtungen		
<b>Inländische Kreditinstitute</b>									
1994	0,2	2 007,9	1 792,0	52,3	163,6	1 123,5	1 125,8	4,1	8,2
1995	0,2	2 769,5	2 496,8	59,9	212,9	967,8	978,8	4,9	7,8
1996	0,1	4 400,3	4 020,0	72,9	307,4	1 194,0	1 198,4	4,3	5,9
1997 Juni	2,6	5 600,0	5 134,5	75,0	390,5	1 452,2	1 424,2	7,5	8,9
Juli	0,2	5 838,9	5 331,4	84,6	422,9	1 528,2	1 505,2	9,0	9,6
Aug.	0,3	6 079,8	5 562,7	85,1	432,0	1 546,0	1 517,7	6,8	11,1
Sept.	0,5	6 298,5	5 770,9	88,8	438,8	1 545,1	1 515,0	6,0	8,1
<b>Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute</b>									
1994	3,1	494,4	425,1	40,7	28,6	515,9	533,4	0,2	0,2
1995	2,9	663,0	591,2	31,7	40,1	774,3	774,3	0,3	0,3
1996	4,6	1 423,5	1 326,1	23,2	74,1	1 129,2	1 120,6	0,5	0,8
1997 Mai	5,7	1 937,1	1 828,8	21,0	87,4	1 466,7	1 461,0	1,1	1,4
Juni	6,5	2 010,1	1 898,1	20,2	91,8	1 473,6	1 461,6	2,9	2,4
Juli	6,4	2 208,1	2 082,7	20,3	105,2	1 578,7	1 569,9	2,3	2,0
Aug.	7,0	2 244,5	2 111,4	18,7	114,3	1 550,7	1 545,2	3,3	2,7
<b>Auslandstöchter inländischer Kreditinstitute</b>									
1994	.	315,8	286,6	19,1	10,0	.	.	.	.
1995	.	472,1	431,1	29,3	11,7	.	.	.	.
1996	.	581,8	550,7	22,3	8,8	.	.	.	.
1997 Mai	.	729,9	691,8	25,3	12,9	.	.	.	.
Juni	.	734,7	671,5	29,1	34,0	.	.	.	.
Juli	.	746,1	680,9	31,7	33,5	.	.	.	.
Aug.	.	820,8	755,5	31,6	33,7	.	.	.	.

\* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Übernahmeverpflichtungen im üblichen Konsortialgeschäft.

Ab Dezember 1993 um in Anspruch genommene Verpflichtungen gekürzt. Ab Dezember 1993 für Auslandsstöchter nicht mehr erfragt. — 2 Angegeben sind jeweils die Kapitalbeträge. — 3 Für Auslandsstöchter nicht erfragt.



IV. Kreditinstitute

Einlagen und aufgenommene Kredite 7) 8)											Geld- markt papiere und Schuld- verschrei- bungen im Umlauf 10)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passiv- posi- tionen 11)	Zeit	
von Kreditinstituten				von Nichtbanken											
insgesamt	zu- sammen	inlän- dische 4)	aus- ländische	insgesamt	inländische Nichtbanken 9)				auslän- dische Nicht- banken						
					zu- sammen	kurzfristig		mittel- und langfristig							
						zu- sammen	darunter Unter- nehmen und Privat- personen	zu- sammen		darunter Unter- nehmen und Privat- personen					
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														<b>Auslandsfilialen</b>	
769,7	480,6	167,3	313,3	289,1	176,9	174,8	155,9	2,2	1,8	112,1	76,6	9,5	23,0	1994	
958,0	651,2	197,3	453,9	306,7	169,6	166,1	140,9	3,5	3,2	137,1	109,6	10,9	31,5	1995	
1 091,2	718,1	203,1	515,0	373,1	163,3	159,7	135,4	3,6	3,5	209,8	156,1	13,5	44,8	1996	
1 158,5	740,5	185,7	554,9	417,9	189,1	185,5	160,6	3,5	3,5	228,8	167,3	13,6	48,8	1997 Jan.	
1 216,9	774,6	180,1	594,5	442,4	188,5	185,0	160,1	3,5	3,5	253,9	177,0	13,8	65,4	Febr.	
1 214,4	775,0	190,5	584,5	439,3	184,4	181,0	155,9	3,4	3,4	255,0	178,0	13,8	60,7	März	
1 267,6	814,1	196,4	617,7	453,5	186,9	183,4	160,2	3,5	3,5	266,6	183,3	14,0	68,7	April	
1 278,8	809,8	189,4	620,4	469,0	182,2	179,0	153,9	3,2	3,2	286,7	182,6	16,9	80,3	Mai	
1 285,7	829,1	199,1	630,0	456,6	177,0	173,4	148,1	3,6	3,6	279,6	189,1	17,1	79,5	Juni	
1 392,0	891,1	197,7	693,4	500,9	183,6	180,0	153,2	3,7	3,6	317,3	188,3	17,2	92,2	Juli	
1 357,0	862,2	193,6	668,6	494,7	178,9	175,3	150,4	3,6	3,5	315,8	185,1	17,1	85,5	Aug.	
<b>Veränderungen *)</b>															
+ 205,9	+ 181,3	+ 30,3	+ 151,0	+ 24,6	- 6,7	- 8,0	- 14,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 31,3	+ 33,1	+ 1,4	+ 17,2	1995	
+ 95,1	+ 42,0	+ 5,1	+ 36,9	+ 53,1	- 7,0	- 7,1	- 6,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 60,1	+ 46,5	+ 2,6	+ 3,8	1996	
+ 50,4	+ 10,6	- 17,7	+ 28,3	+ 39,9	+ 25,5	+ 25,5	+ 24,9	- 0,0	- 0,0	+ 14,4	+ 11,2	+ 0,1	- 0,2	1997 Jan.	
+ 38,5	+ 21,3	- 5,9	+ 27,1	+ 17,3	- 1,0	- 0,9	- 0,9	- 0,0	- 0,0	+ 18,2	+ 9,7	+ 0,2	+ 9,9	Febr.	
+ 3,5	+ 4,6	+ 10,5	- 5,9	- 1,0	- 2,0	- 3,9	- 4,0	- 0,1	- 0,1	+ 3,0	+ 1,0	- 0,0	- 1,6	März	
+ 37,9	+ 29,2	+ 5,7	+ 23,5	+ 8,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,4	+ 5,3	+ 0,2	+ 4,4	April	
+ 14,4	- 2,6	- 6,9	+ 4,3	+ 16,9	- 4,7	- 4,4	- 6,3	- 0,3	- 0,3	+ 21,6	- 0,8	+ 2,9	+ 7,7	Mai	
- 13,4	+ 6,4	+ 9,4	- 3,0	- 19,8	- 5,6	- 5,9	- 6,2	+ 0,4	+ 0,4	- 14,2	+ 6,5	+ 0,2	- 8,5	Juni	
+ 79,0	+ 44,5	- 1,9	+ 46,3	+ 34,6	+ 6,1	+ 6,0	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 28,5	- 0,7	+ 0,1	+ 6,1	Juli	
- 18,4	- 18,4	- 3,9	- 14,5	+ 0,0	- 4,4	- 4,4	- 2,5	- 0,1	- 0,1	+ 4,5	- 3,2	- 0,1	- 1,2	Aug.	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														<b>Auslandstöchter</b>	
412,5	258,2	33,8	224,4	154,3	65,4	62,4	59,5	3,1	3,1	88,8	48,2	16,7	27,9	1994	
463,5	301,0	43,2	257,8	162,5	61,6	56,5	53,3	5,1	5,1	100,8	58,9	20,4	34,0	1995	
540,3	349,2	48,9	300,3	191,1	59,6	52,1	48,9	7,6	7,4	131,4	74,0	22,6	36,9	1996	
567,2	371,9	46,8	325,1	195,4	58,4	51,4	49,3	7,0	7,0	136,9	75,8	23,6	38,4	1997 Jan.	
577,9	374,4	53,1	321,3	203,5	58,4	51,4	49,1	7,0	7,0	145,2	73,8	23,8	45,0	Febr.	
578,5	374,2	53,2	321,1	204,3	59,0	51,9	49,5	7,2	7,2	145,2	74,9	24,0	44,9	März	
589,2	378,5	53,5	325,0	210,7	56,2	49,1	47,2	7,1	7,1	154,5	77,8	24,8	47,4	April	
601,4	390,0	48,2	341,8	211,4	56,2	49,2	47,1	7,0	7,0	155,2	79,3	25,1	46,3	Mai	
610,8	398,1	54,3	343,7	212,7	54,1	47,2	45,1	6,9	6,8	158,7	80,1	25,8	48,5	Juni	
631,3	416,9	54,3	362,5	214,4	56,3	49,5	47,4	6,8	6,8	158,1	81,3	26,5	54,5	Juli	
617,6	406,5	52,9	353,6	211,2	53,6	46,8	44,9	6,9	6,9	157,5	78,9	26,7	51,8	Aug.	
<b>Veränderungen *)</b>															
+ 60,8	+ 58,0	+ 10,9	+ 47,1	+ 2,8	- 3,5	- 5,5	- 5,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 6,3	+ 10,8	+ 3,8	+ 9,5	1995	
+ 58,8	+ 37,0	+ 5,0	+ 31,9	+ 21,8	- 2,5	- 4,9	- 4,9	+ 2,4	+ 2,3	+ 24,3	+ 15,1	+ 2,2	- 1,4	1996	
+ 21,8	+ 18,9	- 2,4	+ 21,3	+ 2,9	- 1,5	- 0,9	+ 0,1	- 0,5	- 0,4	+ 4,4	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,7	1997 Jan.	
+ 3,9	- 1,8	+ 6,1	- 7,9	+ 5,7	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,1	+ 6,0	- 2,1	+ 0,3	+ 5,3	Febr.	
+ 2,4	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,3	März	
+ 5,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,7	+ 4,5	- 3,0	- 2,9	- 2,5	- 0,1	- 0,1	+ 7,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 1,6	April	
+ 14,0	+ 12,8	- 5,3	+ 18,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,4	- 1,2	Mai	
+ 1,8	+ 3,3	+ 5,9	- 2,7	- 1,4	- 2,3	- 2,2	- 2,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,2	Juni	
+ 11,3	+ 12,5	- 0,3	+ 12,9	- 1,3	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	- 0,1	- 0,1	- 3,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 4,9	Juli	
- 8,3	- 6,9	- 1,3	- 5,6	- 1,3	- 2,5	- 2,6	- 2,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,2	- 2,5	+ 0,2	- 2,1	Aug.	

sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 6 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 7 Einschl. Verbindlichkeiten aus Treuhandkrediten. — 8 Bis November 1993 einschl. Certificates of Deposit, ab Dezember 1993 einschl. Namensgeldmarktpapiere. —

9 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. — 10 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 11 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

IV. Kreditinstitute

19. Bausparkassen \*)  
Zwischenbilanzen

Mrd DM

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Kreditinstitute			Kredite an Nichtbanken				Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (ein- schl. offener Rück- lagen) 8)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Verträge 9)	
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bungen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (ein- schl. Schatz- wechsel und U- Schätze) 5)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 7)				
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen 4)									
<b>Alle Bausparkassen</b>																	
1996	34	244,9	21,5	0,5	18,2	99,6	68,3	18,1	12,7	2,3	39,2	165,2	5,4	3,1	11,4	170,0	
1997 Juli	34	250,0	22,6	0,5	18,0	98,7	72,6	18,4	14,5	2,5	40,0	167,4	5,4	3,2	12,0	12,5	
Aug.	34	251,0	23,2	0,5	18,3	98,3	73,0	18,4	14,5	2,5	40,7	167,5	5,4	3,3	12,0	11,4	
Sept.	34	253,7	25,3	0,5	18,0	98,3	73,9	18,5	14,2	2,6	42,3	168,0	5,4	3,2	12,0	12,4	
<b>Private Bausparkassen</b>																	
1997 Juli	21	176,5	16,3	0,3	11,2	67,4	48,5	17,3	12,1	1,8	30,4	115,4	5,3	3,2	7,7	8,7	
Aug.	21	177,2	16,6	0,3	11,5	67,1	48,7	17,4	12,2	1,8	30,8	115,4	5,3	3,3	7,7	7,9	
Sept.	21	179,2	18,4	0,3	11,1	67,0	49,5	17,4	11,9	1,9	31,9	115,9	5,3	3,2	7,7	8,4	
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																	
1997 Juli	13	73,5	6,3	0,2	6,7	31,4	24,1	1,0	2,4	0,7	9,7	52,0	0,0	-	4,3	3,8	
Aug.	13	73,8	6,6	0,2	6,8	31,2	24,3	1,1	2,4	0,7	9,9	52,1	0,0	-	4,3	3,5	
Sept.	13	74,4	7,0	0,2	6,8	31,3	24,4	1,1	2,4	0,7	10,4	52,1	0,0	-	4,3	4,0	

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd DM

Zeit	Umsätze im Sparverkehr 10)			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Baudarlehen 11)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prämien 13)	
	eingezahlte Bauspar- beträge 10)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 12)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal			
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen								
<b>Alle Bausparkassen</b>																
1996	43,9	4,6	6,4	84,8	55,1	81,0	30,7	8,9	22,2	7,4	28,1	15,5	10,7	30,1	24,3	0,3
1997 Juli	3,7	0,1	0,6	8,6	5,7	8,1	3,1	0,9	2,1	0,7	2,9	18,2	12,2	2,5		0,0
Aug.	3,4	0,1	0,6	7,5	5,0	6,9	2,7	0,9	1,8	0,7	2,4	18,6	12,5	2,4		0,0
Sept.	3,9	0,1	0,7	7,3	4,6	7,5	2,9	0,8	2,0	0,7	2,7	18,0	12,1	2,6	...	0,0
<b>Private Bausparkassen</b>																
1997 Juli	2,7	0,0	0,4	6,6	4,2	6,0	2,2	0,7	1,5	0,5	2,2	10,5	6,1	1,7		0,0
Aug.	2,4	0,0	0,4	5,4	3,5	5,0	1,9	0,7	1,3	0,5	1,8	10,6	6,2	1,7		0,0
Sept.	2,8	0,0	0,4	4,9	2,8	5,1	1,9	0,6	1,3	0,4	2,0	10,2	5,8	1,8	...	0,0
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
1997 Juli	1,1	0,0	0,2	2,0	1,4	2,2	0,9	0,2	0,6	0,1	0,7	7,7	6,1	0,7		0,0
Aug.	1,0	0,0	0,2	2,1	1,5	1,9	0,8	0,2	0,5	0,1	0,6	7,9	6,3	0,7		0,0
Sept.	1,2	0,0	0,2	2,4	1,8	2,4	1,0	0,3	0,7	0,2	0,7	7,9	6,3	0,8	...	0,0

\* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Ab August 1990 einschl. Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte mit Bausparern im Gebiet der ehemaligen DDR. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere. — 4 Einschl. Treuhandkredite. — 5 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 7 Einschl. geringer Beträge von Sparein-

lagen. — 8 Einschl. Genußrechtskapital; ab Dezember 1993 einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 9 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlußgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 10 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 11 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 12 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 13 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Baudarlehen“ enthalten.



V. Mindestreserven

noch: 2. Reservehaltung  
Aufgliederung nach Bankengruppen

Durchschnitt im Monat 1)	Zahl der reserve- pflichtigen Institute	Reserve- pflichtige Verbind- lichkeiten Mio DM	Reserve- Soll 4)	Durchschnittlicher Reservesatz 12) für Verbindlichkeiten gegenüber			Nachrichtlich:	
				Gebiets- ansässigen und Gebiets- fremden insgesamt	Gebiets- ansässigen	Gebiets- fremden	Ist-Reserve 7)	Über- schuß- reserven
<b>Alle Bankengruppen 11)</b>								
1997 Aug.	3 456	2 270 891	39 844	1,8	1,7	1,9	40 200	357
Sept.	3 449	2 270 835	39 842	1,8	1,7	1,9	40 199	357
<b>Kreditbanken</b>								
1997 Aug.	311	590 608	11 115	1,9	1,9	2,0	11 238	123
Sept.	313	584 004	10 985	1,9	1,9	2,0	11 146	161
<b>Großbanken</b>								
1997 Aug.	3	320 221	6 024	1,9	1,9	2,0	6 038	14
Sept.	3	314 198	5 906	1,9	1,9	2,0	5 938	31
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken 13)</b>								
1997 Aug.	182	230 559	4 313	1,9	1,9	2,0	4 390	77
Sept.	184	230 018	4 301	1,9	1,9	2,0	4 398	98
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>								
1997 Aug.	73	14 025	280	2,0	2,0	2,0	304	24
Sept.	73	14 225	284	2,0	2,0	2,0	311	27
<b>Privatbankiers 14)</b>								
1997 Aug.	53	25 803	498	1,9	1,9	2,0	506	8
Sept.	53	25 563	493	1,9	1,9	2,0	499	6
<b>Girozentralen</b>								
1997 Aug.	13	69 585	1 294	1,9	1,8	2,0	1 303	9
Sept.	13	71 741	1 337	1,9	1,8	2,0	1 366	29
<b>Sparkassen</b>								
1997 Aug.	598	903 709	15 206	1,7	1,7	1,7	15 319	113
Sept.	598	908 593	15 303	1,7	1,7	1,7	15 371	69
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken</b>								
1997 Aug.	4	17 341	347	2,0	2,0	2,0	348	1
Sept.	4	16 432	329	2,0	2,0	2,0	331	2
<b>Kreditgenossenschaften</b>								
1997 Aug.	2 448	585 216	10 082	1,7	1,7	1,7	10 176	94
Sept.	2 438	585 744	10 092	1,7	1,7	1,7	10 170	78
<b>Realkreditinstitute</b>								
1997 Aug.	33	9 590	190	2,0	2,0	2,0	199	8
Sept.	34	9 349	186	2,0	2,0	2,0	194	8
<b>Kreditinstitute mit Sonderaufgaben 11)</b>								
1997 Aug.	15	93 502	1 585	1,7	1,7	1,9	1 590	5
Sept.	15	93 625	1 586	1,7	1,7	1,9	1 591	5
<b>Bausparkassen</b>								
1997 Aug.	34	1 338	25	1,9	1,9	1,9	29	4
Sept.	34	1 347	25	1,9	1,9	1,9	30	5

\* Ab August 1990 einschl. Reservehaltung der ostdeutschen Kreditinstitute. — 1 Gemäß §§ 5 bis 7 der AMR. — 2 Einschließlich Verbindlichkeiten aus im Erstsatz an Gebietsfremde verkauften Inhaberschuldverschreibungen und Orderschuldverschreibungen, die Teile einer Gesamtemission sind. — 3 Von August bis Dezember 1990 einschl. Verbindlichkeiten auf „Spargiro- und Sparbuchkonten“ in Ostdeutschland; ab Januar 1991 nur noch einschl. Verbindlichkeiten auf „Sparbuchkonten“ in Ostdeutschland, sofern sie auf die seinerzeitigen Sparverkehrsvorschriften des KWG umgestellt wurden. — 4 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservepflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs.1 AMR). Die Kontinuität der Reihe ist durch die ab März 1978 eingeführte Anrechnung der Kassenbestände bei kompensierender Heraufsetzung der Reservesätze nicht gegeben. — 5 Durchschnittlicher Bestand der Banken an inländischen gesetzlichen Zahlungen-

mitteln. — 6 Als Guthaben auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank zu unterhalten. — 7 Durchschnittliche Guthaben der reservepflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 8 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände. — 9 Reserve-Soll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände. — 10 Die Freistellung der Institute mit überwiegend langfristigem Geschäft und der Bausparkassen wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1984 aufgehoben. — 11 Ab Februar 1992 einschl. „Deutsche Bundespost Postbank“ (ab 1. Januar 1995: Deutsche Postbank AG). — 12 Reserve-Soll in % der reservepflichtigen Verbindlichkeiten. — 13 Einschl. Bürgschaftsbanken mit geringfügigen Beträgen. — 14 Nur Kreditinstitute in der Rechtsform des Einzelkaufmanns oder der Personhandels-gesellschaft. — 15 Die Anrechenbarkeit der Kassenbestände wurde ab 1. August 1995 aufgehoben.

VI. Zinssätze

1. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank  
sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls \*)

% p.a.

Gültig ab	Diskontsatz 1)	Lombardsatz	Gültig ab	Diskontsatz 1)	Lombardsatz 2)	Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz 2)
1979 19. Jan.	3	4	1986 7. März	3 1/2	5 1/2	1992 17. Juli	8 3/4	9 3/4
30. März	4	5				15. Sept.	8 1/4	9 1/2
1. Juni	4	5 1/2	1987 23. Jan.	3	5	1993 5. Febr.	8	9
13. Juli	5	6	6. Nov.	3	4 1/2	19. März	7 1/2	9
1. Nov.	6	7	4. Dez.	2 1/2	4 1/2	23. April	7 1/4	8 1/2
1980 29. Febr.	7	8 1/2	1988 1. Juli	3	4 1/2	2. Juli	6 3/4	8 1/4
2. Mai	7 1/2	9 1/2	29. Juli	3	5	30. Juli	6 3/4	7 3/4
19. Sept.	7 1/2	3) 9	26. Aug.	3 1/2	5	10. Sept.	6 1/4	7 1/4
			16. Dez.	3 1/2	5 1/2	22. Okt.	5 3/4	6 3/4
1982 27. Aug.	7	8	1989 20. Jan.	4	6	1994 18. Febr.	5 1/4	6 3/4
22. Okt.	6	7	21. April	4 1/2	6 1/2	15. April	5	6 1/2
3. Dez.	5	6	30. Juni	5	7	13. Mai	4 1/2	6
1983 18. März	4	5	6. Okt.	6	8	1995 31. März	4	6
9. Sept.	4	5 1/2	1990 2. Nov.	6	8 1/2	25. Aug.	3 1/2	5 1/2
1984 29. Juni	4 1/2	5 1/2	1991 1. Febr.	6 1/2	9	15. Dez.	3	5
1985 1. Febr.	4 1/2	6	16. Aug.	7 1/2	9 1/4	1996 19. April	2 1/2	4 1/2
16. Aug.	4	5 1/2	20. Dez.	8	9 3/4			

\* Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls: 3 % p.a. über Lombardsatz; seit 1. Januar 1951 unverändert. — 1 Bis 31. Juli 1990 zugleich Zinssatz für Kassenkredite. — 2 Ab 1. August 1990 bis 31. Dezember 1993 zugleich Zinssatz für Kassenkredite; ab 1. Januar 1994 werden keine Kassenkre-

dite mehr gewährt. — 3 Lombardkredit zum Lombardsatz ist den Kreditinstituten vom 20. Februar 1981 bis einschl. 6. Mai 1982 grundsätzlich nicht zur Verfügung gestellt worden.

2. Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit Rückkaufsvereinbarung über Wertpapiere \*)

Gutschriftstag	Gebote der Kreditinstitute		Ankäufe der Bundesbank 1)					Laufzeit Tage
	Anzahl der Bieter	Betrag	Anzahl	Betrag	Mengtender		Schwerpunkt- satz 2)	
		Mio DM			Mio DM	Festsatz		
					% p.a.			
1997 19. März	643	290 637	643	71 961	3,00	—	—	14
26. März	672	311 654	672	84 018	3,00	—	—	14
2. April	562	273 351	562	69 041	3,00	—	—	15
9. April	652	290 693	652	82 004	3,00	—	—	14
17. April	603	264 052	603	59 966	3,00	—	—	12
23. April	690	320 605	690	82 427	3,00	—	—	14
29. April	581	266 422	581	61 034	3,00	—	—	15
7. Mai	573	285 218	573	85 874	3,00	—	—	14
14. Mai	551	238 412	551	60 580	3,00	—	—	13
21. Mai	611	287 304	611	84 059	3,00	—	—	14
27. Mai	562	242 122	562	62 248	3,00	—	—	15
4. Juni	534	270 079	534	82 120	3,00	—	—	14
11. Juni	523	213 569	523	63 023	3,00	—	—	14
18. Juni	568	238 225	568	81 014	3,00	—	—	14
25. Juni	553	253 095	553	69 624	3,00	—	—	14
2. Juli	527	254 470	527	78 904	3,00	—	—	14
9. Juli	524	245 638	524	71 008	3,00	—	—	14
16. Juli	559	265 053	559	77 946	3,00	—	—	14
23. Juli	591	270 072	591	72 133	3,00	—	—	14
30. Juli	555	278 697	555	79 446	3,00	—	—	14
6. Aug.	561	276 665	561	74 719	3,00	—	—	14
13. Aug.	573	285 127	573	79 850	3,00	—	—	14
20. Aug.	643	295 283	643	73 843	3,00	—	—	14
27. Aug.	674	313 749	674	80 655	3,00	—	—	14
3. Sept.	608	300 335	608	73 902	3,00	—	—	14
10. Sept.	618	300 616	618	80 882	3,00	—	—	14
17. Sept.	685	298 006	685	73 631	3,00	—	—	14
24. Sept.	686	295 968	686	80 529	3,00	—	—	14
1. Okt.	610	292 345	610	73 986	3,00	—	—	14
8. Okt.	654	300 198	654	82 878	3,00	—	—	14
15. Okt.	614	292 267	614	73 085	3,30	—	—	14
22. Okt.	721	316 612	721	82 031	3,30	—	—	14
29. Okt.	658	307 827	658	75 132	3,30	—	—	14
5. Nov.	676	314 796	676	79 983	3,30	—	—	15

\* Ankauf von lombardfähigen festverzinslichen Wertpapieren, ab 11. Juli 1983 auch von U-Schätzen; erster Abschluß am 21. Juni 1979. Ohne Schnellender; erster Abschluß am 28. November 1988. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen

durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Pensionsatz s. S. 44\*. — 2 Spanne der Sätze, zu denen das Schwergewicht der Zuteilungen erfolgte.

## VI. Zinssätze

noch: 2. Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit Rückkaufsvereinbarung über Wertpapiere \*)

Pensionssatz 3) % p.a.							
Zeit	Monatsdurchschnitt	Zeit	Monatsdurchschnitt	Zeit	Monatsdurchschnitt	Zeit	Monatsdurchschnitt
1990 Jan.	7,70	1992 Jan.	9,40	1994 Jan.	6,00	1996 Jan.	3,67
Febr.	7,76	Febr.	9,41	Febr.	6,00	Febr.	3,32
März	7,81	März	9,48	März	5,87	März	3,30
April	7,78	April	9,56	April	5,62	April	3,30
Mai	7,80	Mai	9,60	Mai	5,30	Mai	3,30
Juni	7,80	Juni	9,60	Juni	5,05	Juni	3,30
Juli	7,89	Juli	9,63	Juli	4,89	Juli	3,30
Aug.	7,94	Aug.	9,70	Aug.	4,85	Aug.	3,24
Sept.	7,96	Sept.	9,53	Sept.	4,85	Sept.	3,00
Okt.	8,00	Okt.	8,83	Okt.	4,85	Okt.	3,00
Nov.	8,00	Nov.	8,75	Nov.	4,85	Nov.	3,00
Dez.	8,51	Dez.	8,77	Dez.	4,85	Dez.	3,00
1991 Jan.	8,56	1993 Jan.	8,63	1995 Jan.	4,85	1997 Jan.	3,00
Febr.	8,50	Febr.	8,51	Febr.	4,85	Febr.	3,00
März	8,50	März	8,31	März	4,85	März	3,00
April	8,58	April	8,05	April	4,51	April	3,00
Mai	8,60	Mai	7,63	Mai	4,51	Mai	3,00
Juni	8,73	Juni	7,60	Juni	4,50	Juni	3,00
Juli	8,79	Juli	7,25	Juli	4,50	Juli	3,00
Aug.	8,93	Aug.	6,80	Aug.	4,42	Aug.	3,00
Sept.	9,00	Sept.	6,75	Sept.	4,14	Sept.	3,00
Okt.	9,00	Okt.	6,63	Okt.	4,04	Okt.	3,18
Nov.	9,05	Nov.	6,33	Nov.	3,99		
Dez.	9,29	Dez.	6,05	Dez.	3,87		

Anmerkungen \*,1 und 2 s. 43\*. — 3 Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher

bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

## 3. Sätze der Deutschen Bundesbank bei kurzfristigen Operationen am Geldmarkt \*)

% p.a.

Sonderlombarkredit 1)				Schatzwechselabgaben 2)					
gültig	Satz	gültig	Satz	gültig	Satz	Tage	gültig	Satz	Tage
1973 26. Nov. –		9. Okt. – 3. Dez.	11	1993 25. März – 2. Mai	7,5	3	22. April	5,3	3
		4. Dez. –		3. Mai – 9. Sept.	7,0	3	26. Aug.	4,5	3
1974 – 11. Jan.	13			10. Sept. – 21. Okt.	6,25	3			
14. März – 8. April	13	1982 – 21. Jan.	10,5	22. Okt. –			1996 26. April	3,1	3
28. Mai – 3. Juli	10	22. Jan. – 18. März	10						
		19. März – 6. Mai	9,5	1994 – 17. Febr.	5,75	3			
1981 25. Febr. – 26. Febr.	12			18. Febr. – 14. April	5,25	3			
3. März – 8. Okt.	12			15. April – 21. April	5,0	3			

\* Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit Rückkaufsvereinbarung über Wechsel vom 16. April 1973 bis 18. März 1982 s. Tab. VI.2. S. 43\*, zuletzt Monatsbericht, Januar 1997. — 1 Sonderlombarkredit

wurde erstmals am 26. November 1973 gewährt. — 2 Verkauf von nicht in die Marktregulierung der Bundesbank einbezogenen Schatzwechseln des Bundes. Erstmals am 13. August 1973 angeboten.

## 4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				FIBOR 2) 3)					FIBOR alter Art 2) 4)	
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld		Tagesgeld (O/N)	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld
	Monatsdurchschnitt	Niedrigst- und Höchstsätze	Monatsdurchschnitt	Niedrigst- und Höchstsätze	Monatsdurchschnitte						
1996 Okt.	3,08	2,97 – 4,50	3,10	3,05 – 3,17	3,13	3,10	3,12	3,14	3,25	3,20	3,19
Nov.	3,09	2,98 – 4,50	3,17	3,10 – 3,25	3,13	3,13	3,19	3,20	3,32	3,25	3,23
Dez.	3,11	2,90 – 4,75	3,21	3,05 – 3,25	3,15	3,27	3,23	3,24	3,29	3,25	3,29
1997 Jan.	3,12	3,00 – 4,30	3,09	3,05 – 3,15	3,16	3,13	3,14	3,15	3,22	3,15	3,17
Febr.	3,13	3,03 – 4,35	3,16	3,08 – 3,25	3,17	3,19	3,19	3,18	3,24	3,15	3,20
März	3,15	3,05 – 4,00	3,24	3,20 – 3,30	3,19	3,26	3,26	3,27	3,39	3,33	3,35
April	3,08	2,95 – 3,50	3,21	3,17 – 3,25	3,12	3,21	3,23	3,27	3,39	3,28	3,32
Mai	3,01	2,30 – 3,09	3,15	3,11 – 3,20	3,05	3,15	3,17	3,23	3,35	3,25	3,30
Juni	3,07	2,95 – 4,50	3,11	3,08 – 3,16	3,11	3,11	3,14	3,18	3,29	3,21	3,23
Juli	3,09	2,95 – 4,50	3,13	3,08 – 3,18	3,12	3,11	3,14	3,21	3,34	3,21	3,29
Aug.	3,16	3,05 – 4,50	3,24	3,13 – 3,31	3,19	3,18	3,26	3,40	3,59	3,34	3,47
Sept.	3,10	3,00 – 3,75	3,29	3,24 – 3,40	3,12	3,20	3,31	3,44	3,68	3,35	3,46
Okt.	3,40	3,04 – 4,50	3,55	3,35 – 3,68	3,44	3,41	3,58	3,73	4,03	3,67	3,78

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Frankfurt Interbank Offered Rate. — 3 Tagesgeld (Overnight): seit 1. Juli 1996 von Telerate ermittelter Satz; Termingelder: seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode

365/360 Tage berechneter Satz. — 4 Seit August 1985 von der Privatdiskont AG, ab Januar 1996 von Telerate nach der Zinsmethode 360/360 Tage berechneter Satz (ab Juli 1990 nur noch als Basis für auslaufende Geschäfte). — 5 Ultimogeld 4,25%-4,75%.



VI. Zinssätze

5. Soll- und Habenzinsen \*)  
Sollzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)	Kontokorrentkredite						Wechseldiskontkredite			
	unter 200 000 DM		von 200 000 DM bis unter 1 Mio DM		von 1 Mio DM bis unter 5 Mio DM		bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM			
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite		
1996 Dez.	10,08	8,00 – 11,75	9,30	7,06 – 11,50	7,76	6,00 – 10,50	4,70	3,00 – 6,75		
1997 Jan.	10,08	8,00 – 11,75	9,26	7,00 – 11,50	7,83	6,00 – 10,50	4,73	3,00 – 7,00		
Febr.	10,05	8,00 – 11,75	9,17	7,00 – 11,50	7,82	6,00 – 10,50	4,71	3,00 – 7,00		
März	10,03	7,75 – 11,75	9,16	7,00 – 11,25	7,73	6,00 – 10,25	4,72	3,05 – 6,75		
April	10,02	7,90 – 11,75	9,17	7,00 – 11,25	7,78	6,00 – 10,25	4,74	3,10 – 7,00		
Mai	10,06	8,00 – 11,75	9,12	7,00 – 11,25	7,76	6,00 – 10,50	4,73	3,00 – 6,85		
Juni	10,00	8,00 – 11,75	9,13	6,79 – 11,25	7,73	6,00 – 10,25	4,71	3,00 – 6,75		
Juli	9,97	7,90 – 11,75	9,06	7,00 – 11,25	7,70	6,00 – 10,50	4,72	3,05 – 7,00		
Aug.	9,97	7,75 – 11,75	9,06	7,00 – 11,25	7,69	6,00 – 10,25	4,71	3,00 – 7,00		
Sept.	9,95	7,75 – 11,75	9,12	7,00 – 11,25	7,75	6,00 – 10,50	4,70	3,00 – 7,00		
Okt.	9,96	7,75 – 11,75	9,12	7,00 – 11,25	7,73	6,00 – 10,50	4,71	3,00 – 7,00		

Erhebungs- zeitraum 1)	Dispositions-kredite (eingeräumte Überziehungskredite) an Privatkunden						Langfristige Festzinskredite an Unternehmen und Selbständige (ohne Kredite für den Wohnungsbau 5)					
	Ratenkredite von 10 000 DM bis 30 000 DM einschl. 2)						von 200 000 DM bis unter 1 Mio DM		von 1 Mio DM bis unter 10 Mio DM			
	Monatssatz 3)		jährliche Effektivverzinsung 4)		Effektivverzinsung							
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite				
1996 Dez.	11,29	10,25 – 12,25	0,43	0,37 – 0,50	11,28	9,73 – 13,05	6,74	5,68 – 8,57		6,51	5,50 – 7,91	
1997 Jan.	11,25	9,75 – 12,25	0,43	0,37 – 0,50	11,28	9,75 – 13,02	6,75	5,64 – 8,75		6,50	5,50 – 8,06	
Febr.	11,24	9,75 – 12,25	0,43	0,37 – 0,50	11,22	9,63 – 13,06	6,61	5,51 – 8,80		6,36	5,48 – 7,75	
März	11,22	9,75 – 12,25	0,43	0,37 – 0,50	11,12	9,53 – 12,97	6,64	5,64 – 8,75		6,34	5,48 – 7,80	
April	11,21	9,75 – 12,25	0,42	0,37 – 0,50	11,03	9,28 – 12,97	6,72	5,72 – 8,80		6,42	5,50 – 8,01	
Mai	11,21	9,75 – 12,25	0,42	0,36 – 0,50	10,93	9,13 – 12,95	6,65	5,64 – 8,75		6,44	5,55 – 8,50	
Juni	11,21	9,75 – 12,25	0,42	0,36 – 0,50	10,96	9,11 – 12,96	6,62	5,60 – 8,75		6,42	5,53 – 8,40	
Juli	11,21	9,75 – 12,25	0,42	0,36 – 0,50	11,00	9,16 – 12,97	6,54	5,59 – 8,55		6,36	5,30 – 7,95	
Aug.	11,22	9,75 – 12,25	0,42	0,36 – 0,50	10,97	9,16 – 12,95	6,62	5,67 – 8,55		6,39	5,50 – 8,04	
Sept.	11,22	9,75 – 12,25	0,42	0,36 – 0,50	11,00	9,16 – 12,95	6,65	5,68 – 8,50		6,42	5,41 – 8,00	
Okt.	11,22	9,75 – 12,25	0,42	0,36 – 0,50	10,94	9,20 – 12,95	6,73	5,78 – 8,70		6,46	5,54 – 8,00	

Erhebungs- zeitraum 1)	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke								
	zu Festzinsen (Effektivverzinsung) 6)						zu Gleitzinsen (Effektivverzinsung) 6)		
	auf 2 Jahre		auf 5 Jahre		auf 10 Jahre				
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	
1996 Dez.	5,29	4,59 – 6,04	6,01	5,75 – 6,70	7,09	6,81 – 7,65	6,36	5,28 – 7,77	
1997 Jan.	5,26	4,49 – 6,17	5,98	5,70 – 6,49	7,07	6,81 – 7,66	6,34	5,25 – 7,77	
Febr.	5,16	4,49 – 5,96	5,78	5,49 – 6,49	6,83	6,59 – 7,34	6,27	5,16 – 7,77	
März	5,20	4,65 – 5,91	5,80	5,38 – 6,38	6,84	6,48 – 7,39	6,22	5,12 – 7,77	
April	5,24	4,65 – 5,91	5,92	5,49 – 6,43	6,96	6,48 – 7,39	6,23	5,12 – 7,72	
Mai	5,21	4,59 – 5,91	5,88	5,54 – 6,43	6,90	6,49 – 7,42	6,20	5,12 – 7,61	
Juni	5,17	4,59 – 5,88	5,82	5,49 – 6,43	6,86	6,50 – 7,34	6,19	5,12 – 7,61	
Juli	5,12	4,59 – 5,75	5,72	5,43 – 6,37	6,75	6,54 – 7,29	6,16	5,01 – 7,61	
Aug.	5,31	4,76 – 5,89	5,84	5,46 – 6,28	6,76	6,42 – 7,23	6,18	5,07 – 7,61	
Sept.	5,35	4,86 – 5,91	5,88	5,49 – 6,38	6,77	6,49 – 7,18	6,17	5,01 – 7,55	
Okt.	5,55	4,99 – 6,17	5,96	5,54 – 6,45	6,72	6,42 – 7,15	6,22	5,12 – 7,61	

\* Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5% der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Jeweils die beiden mittleren Wochen der angegebenen Monate. — 2 Mit Laufzeit von 36 Monaten bis 60 Monate einschl. — 3 Zinssätze in % p.M. vom ursprünglich in Anspruch genommenen Kreditbetrag. Neben der Verzinsung wird von den meisten Kreditinstituten eine einmalige Bearbeitungsgebühr (im allgemeinen 2% der Darlehenssumme, zum Teil auch 3%) berechnet. — 4 Berechnet aus

den gemeldeten p.M.-Sätzen (s. Anm. 3) und den gemeldeten p.a.-Sätzen auf den jeweils geschuldeten Betrag sowie den zugehörigen Bearbeitungsgebühren unter Berücksichtigung der gemeldeten Laufzeiten. — 5 Unternehmenskredite (mit vereinbarter Laufzeit von 4 Jahren und darüber), für die eine Zinsbindungsfrist von mindestens 4 Jahren vereinbart worden ist. — 6 Die Angaben beziehen sich auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und nicht auf die Gesamtlaufzeit der Verträge. Bei Errechnung der Effektivverzinsung wird von einer jährlichen Grundtilgung von 1 % zuzüglich ersparter Zinsen ausgegangen unter Berücksichtigung der von den beteiligten Instituten jeweils vereinbarten Rückzahlungsmodalitäten (z. Zt. überwiegend monatliche Zahlung und Anrechnung).

VI. Zinssätze

noch: 5. Soll- und Habenzinsen \*)  
Habenzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)	Festgelder mit vereinbarter Laufzeit									
	von 1 Monat						von 3 Monaten			
	unter 100 000 DM		von 100 000 DM bis unter 1 Mio DM		von 1 Mio DM bis unter 5 Mio DM		von 100 000 DM bis unter 1 Mio DM			
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite
1996 Dez.	1,96	0,50 – 3,00	2,38	2,00 – 2,75	2,70	2,25 – 3,00	2,94	2,60 – 3,20	2,74	2,30 – 3,05
1997 Jan.	1,97	0,50 – 3,00	2,35	1,95 – 2,75	2,66	2,25 – 3,00	2,87	2,50 – 3,10	2,69	2,30 – 3,00
Febr.	1,96	0,50 – 3,00	2,31	1,88 – 2,65	2,60	2,25 – 2,90	2,81	2,50 – 3,05	2,67	2,25 – 3,00
März	1,97	0,50 – 3,00	2,34	1,93 – 2,75	2,64	2,25 – 3,00	2,90	2,50 – 3,15	2,71	2,30 – 3,00
April	1,96	0,50 – 3,00	2,34	1,95 – 2,75	2,65	2,25 – 3,00	2,88	2,50 – 3,10	2,72	2,35 – 3,00
Mai	1,98	0,50 – 3,00	2,34	2,00 – 2,75	2,65	2,25 – 3,00	2,88	2,50 – 3,10	2,71	2,25 – 3,00
Juni	1,95	0,50 – 3,00	2,32	2,00 – 2,70	2,63	2,25 – 2,90	2,85	2,50 – 3,05	2,70	2,30 – 3,00
Juli	1,94	0,50 – 3,00	2,33	2,00 – 2,70	2,63	2,25 – 2,90	2,85	2,50 – 3,05	2,69	2,30 – 3,00
Aug.	1,93	0,50 – 3,00	2,33	2,00 – 2,75	2,65	2,27 – 2,95	2,88	2,50 – 3,10	2,71	2,35 – 3,00
Sept.	1,94	0,50 – 3,00	2,33	2,00 – 2,75	2,66	2,25 – 2,95	2,88	2,50 – 3,10	2,73	2,30 – 3,00
Okt.	1,97	0,50 – 3,00	2,41	2,00 – 2,85	2,74	2,35 – 3,09	2,99	2,60 – 3,30	2,85	2,40 – 3,25

Erhebungs- zeitraum 1)	Spareinlagen									
	mit Mindest-/ Grundverzinsung 8)				mit höherer Verzinsung 9) (ohne Vereinbarung einer Vertragsdauer)					
	vierjährige Laufzeit		bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten					
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	unter 10 000 DM		von 10 000 DM bis unter 20 000 DM		von 20 000 DM bis unter 50 000 DM	
1996 Dez.	4,40	3,95 – 5,00	1,94	1,50 – 2,00	2,57	2,10 – 3,81	2,64	2,20 – 3,45	2,78	2,30 – 3,50
1997 Jan.	4,37	4,00 – 4,90	1,91	1,50 – 2,00	2,54	2,00 – 3,50	2,63	2,20 – 3,45	2,76	2,25 – 3,50
Febr.	4,22	3,80 – 4,75	1,86	1,50 – 2,00	2,49	2,00 – 3,50	2,59	2,14 – 3,25	2,73	2,25 – 3,35
März	4,21	3,90 – 4,60	1,79	1,50 – 2,00	2,44	2,00 – 3,25	2,58	2,13 – 3,25	2,71	2,25 – 3,25
April	4,27	3,95 – 4,60	1,75	1,50 – 2,00	2,44	2,00 – 3,25	2,58	2,14 – 3,25	2,72	2,25 – 3,25
Mai	4,24	3,85 – 4,70	1,72	1,50 – 2,00	2,42	1,95 – 3,25	2,57	2,13 – 3,25	2,70	2,25 – 3,25
Juni	4,21	3,75 – 4,50	1,70	1,50 – 2,00	2,43	1,90 – 3,10	2,57	2,05 – 3,25	2,71	2,25 – 3,25
Juli	4,16	3,75 – 4,50	1,67	1,50 – 2,00	2,40	1,88 – 3,00	2,56	2,00 – 3,25	2,70	2,20 – 3,25
Aug.	4,22	3,75 – 4,50	1,63	1,50 – 2,00	2,40	1,88 – 3,00	2,57	2,00 – 3,25	2,70	2,25 – 3,25
Sept.	4,25	3,75 – 4,60	1,63	1,50 – 2,00	2,41	1,88 – 3,00	2,55	2,00 – 3,25	2,69	2,20 – 3,25
Okt.	4,33	3,85 – 4,75	1,62	1,50 – 2,00	2,41	1,88 – 3,11	2,59	2,00 – 3,25	2,72	2,20 – 3,25

Erhebungs- zeitraum 1)	Spareinlagen mit höherer Verzinsung 9) und Vereinbarung einer Vertragsdauer von 20 000 DM bis unter 50 000 DM (Gesamtverzinsung) 10)									
	bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten und einer Vertragsdauer						bei vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten und einer Vertragsdauer			
	bis 1 Jahr einschl.		von über 1 Jahr bis 4 Jahre einschl.		von über 4 Jahren		bis 1 Jahr einschl.		von über 4 Jahren	
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite
1996 Dez.	2,91	2,50 – 3,25	3,77	2,75 – 4,93	4,81	3,25 – 6,22	2,99	2,65 – 3,50	4,69	3,50 – 5,24
1997 Jan.	2,89	2,50 – 3,25	3,70	2,55 – 4,76	4,84	3,25 – 6,31	2,99	2,70 – 3,50	4,71	3,10 – 5,29
Febr.	2,85	2,40 – 3,25	3,64	2,75 – 4,76	4,72	3,25 – 6,25	2,99	2,60 – 3,50	4,45	3,00 – 5,23
März	2,86	2,45 – 3,25	3,64	2,88 – 4,75	4,67	3,00 – 6,22	2,99	2,60 – 3,60	4,43	3,00 – 5,03
April	2,90	2,50 – 3,25	3,73	2,85 – 4,93	4,67	3,25 – 6,22	3,01	2,70 – 3,50	4,42	3,00 – 5,03
Mai	2,89	2,50 – 3,25	3,69	2,85 – 4,75	4,65	3,25 – 6,22	3,02	2,70 – 3,60	4,44	3,00 – 5,03
Juni	2,88	2,40 – 3,25	3,64	2,90 – 4,43	4,60	3,25 – 6,00	3,03	2,70 – 3,50	4,43	3,00 – 5,03
Juli	2,87	2,50 – 3,25	3,67	2,81 – 4,43	4,54	3,00 – 6,00	3,02	2,50 – 3,50	4,40	3,00 – 5,00
Aug.	2,90	2,50 – 3,25	3,68	2,81 – 4,50	4,53	3,00 – 5,81	3,05	2,70 – 3,50	4,38	3,00 – 5,00
Sept.	2,93	2,50 – 3,30	3,69	3,00 – 4,29	4,60	3,10 – 6,00	3,08	2,55 – 3,60	4,37	3,00 – 5,03
Okt.	3,01	2,50 – 3,55	3,76	3,00 – 4,43	4,61	3,10 – 6,00	3,13	2,60 – 3,75	4,40	3,00 – 5,15

Anmerkungen \*) 1 bis 6 s. S. 45\*. — 7 Es werden nur Zinssätze berücksichtigt, die über der jeweiligen Standardkondition der in die Erhebung einbezogenen Kreditinstitute liegen. — 8 Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung, aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt. — 9 Es wird ein

über der Mindest-/Grundverzinsung liegender Zinssatz und/oder eine Prämie bzw. ein Bonus gewährt. — 10 Verzinsung, die beim „Durchhalten“ der Sparpläne bzw. Erreichen der Sparziele gewährt wird.

VI. Zinssätze

6. Ausgewählte Notenbankzinsen im Ausland

Land/Zinssatz	Neuer Satz		Vorheriger Satz		Land/Zinssatz	Neuer Satz		Vorheriger Satz	
	% p.a.	gültig ab	% p.a.	gültig ab		% p.a.	gültig ab	% p.a.	gültig ab
1. EU-Mitgliedsländer					noch: EU-Mitgliedsländer				
Belgien-Luxemburg Diskontsatz	2 3/4	10.10.97	2 1/2	19. 4.96	Finnland Basiszins	4	27. 8.96	4 1/2	1. 2.96
Dänemark Diskontsatz	3 1/2	10.10.97	3 1/4	19. 4.96	Österreich Diskontsatz	2 1/2	19. 4.96	3	15.12.95
Frankreich Interventionssatz 1)	3,30	10.10.97	3,10	30. 1.97	Schweden Diskontsatz	2 1/2	3. 1.97	3 1/2	2.10.96
Griechenland Diskontsatz 2)	14 1/2	12. 5.97	15 1/2	17. 2.97	2. Schweiz Diskontsatz	1	27. 9.96	1 1/2	15.12.95
Großbritannien Repo-Satz 3)	7 1/4	7.11.97	7	7. 8.97	3. Außereuropäische Länder				
Irland, Rep. Satz für Notenbankkredit 4)	6 3/4	2. 5.97	6 1/4	19. 4.96	Japan Diskontsatz	1/2	8. 9.95	1	14. 4.95
Italien Diskontsatz	6 1/4	30. 6.97	6 3/4	22. 1.97	Kanada Diskontsatz 7)	3 3/4	1.10.97	3 1/2	26. 6.97
Niederlande Lombardsatz 5)	2 3/4	10.10.97	2 1/2	11. 3.97	Vereinigte Staaten Diskontsatz	5	31. 1.96	5 1/4	1. 2.95
Portugal Diskontsatz	5,50	18. 8.97	5,70	11. 7.97					
Spanien Satz für Notenbankkredit 6)	5	3.10.97	5 1/4	16. 5.97					

1 Satz, zu dem die Banque de France kurzfristige Papiere kauft. — 2 Da die Geschäftsbanken normalerweise nicht bei der Notenbank verschuldet sind, wird der Diskontsatz gegenwärtig nicht zur Steuerung des Zinsniveaus verwendet. — 3 Leitzins der Bank of England. — 4 Short Term Facility

rate: Satz, zu dem die Notenbank den Geschäftsbanken kurz befristeten Kredit gewährt. — 5 Satz, zu dem die Nederlandsche Bank (gegen Pfand) Zentralbankgeld zur Verfügung stellt. — 6 10-Tage-Pensionsatz der Notenbank. — 7 Obergrenze des Zinsbandes der Bank of Canada für Call-Geld.

7. Geldmarktsätze im Ausland

Monats- bzw. Wochendurchschnitte aus täglichen Angaben 1)  
% p.a.

Monat bzw. Woche	Amsterdam		Brüssel		London		New York		Paris	Zürich	Euro-Dollar-Markt 8)			Nachrichtlich: Swap-Sätze am freien Markt 9)	
	Täg-liches Geld	Drei-monats-geld (AIBOR)	Tages-geld 2)	Schatz-wechsel (3 Mo-nate) 3)	Tages-geld 4)	Schatz-wechsel (3 Mo-nate) Emissi-ons-satz 5)	Federal Funds 6)	Schatz-wechsel (3 Mo-nate) Emissi-ons-satz 5)	Tages-geld gesichert durch private Titel	Drei-monats-geld 7)	Tages-geld	Monats-geld	Drei-monats-geld	US-\$/DM	£/DM
1995 Okt.	3,79	3,94	4,07	4,13	6,53	6,57	5,76	5,30	6,29	1,53	5,72	5,75	5,83	- 1,80	- 2,61
Nov.	3,69	3,82	3,99	3,77	6,81	6,44	5,80	5,35	5,68	1,50	5,75	5,76	5,78	- 1,82	- 2,59
Dez.	3,56	3,66	3,87	3,72	6,62	6,20	5,60	5,16	5,04	1,28	5,69	5,77	5,66	- 1,79	- 2,51
1996 Jan.	3,32	3,28	3,67	3,39	6,33	6,08	5,56	5,02	4,52	1,13	5,54	5,50	5,44	- 1,91	- 2,74
Febr.	3,12	3,10	3,32	3,29	6,24	5,96	5,22	4,87	4,19	1,03	5,24	5,25	5,22	- 1,91	- 2,79
März	3,09	3,17	3,31	3,28	5,96	5,81	5,31	4,96	4,04	1,19	5,27	5,29	5,32	- 2,00	- 2,66
April	2,85	2,94	3,31	3,17	5,77	5,80	5,22	4,99	3,88	1,13	5,32	5,35	5,39	- 2,16	- 2,68
Mai	2,66	2,70	3,25	3,18	5,96	5,82	5,24	5,02	3,75	2,16	5,26	5,34	5,41	- 2,15	- 2,72
Juni	2,74	2,90	3,21	3,28	5,64	5,58	5,27	5,11	3,75	2,03	5,32	5,36	5,48	- 2,16	- 2,43
Juli	2,85	3,08	3,21	3,34	5,70	5,51	5,40	5,17	3,62	2,03	5,30	5,39	5,57	- 2,24	- 2,34
Aug.	2,83	3,01	3,15	3,14	5,70	5,54	5,22	5,09	3,54	1,56	5,22	5,33	5,45	- 2,20	- 2,43
Sept.	2,69	2,81	3,01	3,06	5,75	5,53	5,30	5,15	3,48	0,91	5,28	5,38	5,54	- 2,47	- 2,64
Okt.	2,77	2,89	3,01	3,05	5,74	5,55	5,24	5,01	3,37	1,22	5,25	5,32	5,45	- 2,37	- 2,79
Nov.	2,78	3,01	3,01	3,06	5,83	6,02	5,31	5,03	3,31	1,44	5,31	5,31	5,43	- 2,26	- 3,09
Dez.	2,88	3,08	3,02	3,04	5,93	6,08	5,29	4,87	3,29	1,34	5,63	5,50	5,46	- 2,27	- 3,09
1997 Jan.	2,68	3,03	3,02	3,05	5,94	6,01	5,25	5,05	3,28	1,09	5,30	5,40	5,51	- 2,39	- 3,19
Febr.	2,93	3,01	3,20	3,29	6,10	5,81	5,19	5,00	3,20	1,09	5,29	5,33	5,41	- 2,26	- 2,99
März	3,03	3,20	3,35	3,41	5,86	5,92	5,39	5,14	3,19	1,28	5,38	5,41	5,55	- 2,32	- 2,93
April	2,96	3,20	3,10	3,25	5,98	6,09	5,51	5,17	3,19	1,19	5,56	5,61	5,73	- 2,57	- 3,13
Mai	3,11	3,22	3,15	3,31	6,20	6,15	5,50	5,13	3,19	0,63	5,55	5,59	5,74	- 2,62	- 3,27
Juni	3,04	3,23	3,29	3,31	6,40	6,37	5,56	4,92	3,23	0,78	5,59	5,58	5,72	- 2,63	- 3,53
Juli	3,12	3,25	3,64	3,68	6,68	6,58	5,51	5,06	3,23	0,94	5,54	5,58	5,66	- 2,53	- 3,78
Aug.	3,19	3,42	3,40	3,64	6,88	6,84	5,54	5,13	3,23	0,81	5,54	5,54	5,65	- 2,40	- 3,87
Sept.	3,10	3,43	3,46	3,60	6,93	6,89	5,54	4,97	3,22	0,88	5,60	5,58	5,62	- 2,39	- 3,90
Okt. p)		3,58	3,82	3,76	6,91	6,94	5,50	4,96	3,36	1,31	5,53	5,58	5,68	- 2,15	- 3,67
Woche endend p)															
1997 Sept. 26.		3,42	3,53	3,57	6,93	6,90	5,45	4,90	3,22	0,88	5,55	5,58	5,59	- 2,37	- 3,91
Okt. 2.		3,44	3,69	3,60	6,92	6,95	5,58	4,93	3,22		5,73	5,58	5,65	- 2,34	- 3,84
10.		3,49	3,71	3,65	6,88	6,95	5,46	4,93	3,26		5,53	5,58	5,65	- 2,27	- 3,83
17.		3,64	4,01	3,89	6,88	6,94	5,45	4,98	3,42		5,50	5,58	5,68	- 2,11	- 3,61
24.		3,65	3,92	3,98	6,93	6,95	5,54	4,96	3,43		5,52	5,58	5,73	- 2,08	- 3,57
31.		3,63	3,75	3,76	6,94	6,90	5,51	4,97	3,43	1,31	5,57	5,58	5,69	- 2,07	- 3,62

1 Soweit nicht anders vermerkt. — 2 Sätze für overnight money am Interbankenmarkt. — 3 Tendensatz, Monatsendstand. — 4 Durchschnitt aus den in der Financial Times täglich notierten Sätzen für overnight money. — 5 Monate: Durchschnitt aus den bei den wöchentlichen Schatzwechsellauktionen (New York: montags, London: freitags) erzielten Emissionssätzen; Wochen: Durchschnitt aus den am Ausgabetag erzielten Emissionssätzen. — 6 Wochen-

durchschnitt: jeweils Donnerstag bis Mittwoch. — 7 Dreimonatsdepot bei Großbanken in Zürich; Monate: Durchschnitt der Ultimowerte. Wert in der vierten Woche jeweils Stichtag Ultimo. — 8 Die Sätze basieren auf Angaben vom Frankfurter und Luxemburger Bankplatz. — 9 Sätze für Kontrakte mit dreimonatiger Laufzeit.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien \*)

Mio DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere														
	Absatz = Erwerb insgesamt (Spalten 2 + 10 bzw. 11 + 15)	Absatz								Erwerb					
		inländische Rentenwerte 1)								ausländische Rentenwerte 3)	Inländer				Ausländer 7)
		zusammen	Bankschuldverschreibungen			Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand 2)	zusammen 4)	Kreditinstitute einschl. Bausparkassen 5)		Nichtbanken 6)	Offenmarktoperationen der Bundesbank 5)			
zu-	zu-														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1986	103 497	87 485	29 509	5 149	13 121	9 718	1 520	200	57 774	16 012	45 927	31 192	13 667	1 068	57 570
1987	112 285	88 190	28 448	-1 757	5 960	8 477	15 764	- 27	59 768	24 096	78 193	45 305	33 599	- 711	34 093
1988	88 425	35 100	-11 029	-5 168	65	- 2 911	- 3 011	- 100	46 228	53 325	86 656	36 838	49 417	402	1 769
1989	118 285	78 409	52 418	3 976	489	8 968	38 984	344	25 649	39 877	96 074	20 311	76 448	- 686	22 212
1990	244 827	220 340	136 799	-3 924	- 215	70 503	70 436	- 67	83 609	24 488	225 066	91 833	133 266	- 33	19 763
1991	231 965	219 346	131 670	4 753	21 407	59 224	46 290	667	87 011	12 619	173 099	45 095	127 310	694	58 866
1992	291 762	284 054	106 857	11 882	55 257	20 993	18 723	- 175	177 376	7 708	170 873	132 236	37 368	1 269	120 887
1993	395 110	382 571	151 812	20 056	112 573	- 6 264	25 449	200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	- 1 336	211 915
1994	303 339	276 058	117 185	18 617	54 329	- 8 270	52 507	- 65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	- 1 557	23 349
1995	227 157	203 029	162 538	15 310	89 183	3 891	54 155	- 350	40 839	24 128	141 279	49 193	94 406	- 2 320	85 876
1996	255 287	233 519	191 341	11 544	121 118	4 922	53 756	649	41 529	21 768	153 024	117 352	36 525	- 853	102 263
1997 Jan.	52 807	47 606	24 546	945	23 735	- 1 884	1 749	- 150	23 210	5 201	21 623	28 401	- 6 778	-	31 184
Febr.	33 486	27 527	22 486	2 327	12 204	3 034	4 920	179	4 862	5 959	24 807	22 042	2 765	-	8 679
März	29 475	27 623	29 252	1 354	11 171	6 183	10 544	10	- 1 640	1 852	28 726	30 104	- 1 378	-	749
April	31 574	24 538	9 960	- 157	8 383	- 2 225	3 958	136	14 442	7 036	27 458	8 068	19 390	-	4 116
Mai	24 228	18 036	13 091	1 665	6 601	1 851	2 972	1 003	3 943	6 192	22 670	11 526	11 144	-	1 558
Juni	40 173	26 837	15 319	1 705	15 117	- 217	- 1 286	-	11 518	13 336	25 666	15 482	10 184	-	14 507
Juli	40 088	20 435	24 974	1 658	16 100	1 496	5 721	-	- 4 539	19 653	24 933	27 930	- 2 997	-	15 155
Aug.	17 672	13 562	12 598	932	5 989	3 059	2 617	- 43	1 007	4 110	14 036	13 101	935	-	3 636
Sept.	18 459	11 927	13 696	123	5 644	2 393	5 536	-	- 1 769	6 532	1 800	- 2 660	4 460	-	16 659

Zeit	Aktien										Nachrichtlich: Saldo der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland (Kapitalexport: -, Kapitalimport: +)			
	Absatz = Erwerb insgesamt (Spalten 17 + 18 bzw. 19 + 22)	Absatz			Erwerb			Ausländer 12)	zusammen	Rentenwerte (Spalte 15 minus Spalte 10)	Aktien (Spalte 22 minus Spalte 18)			
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	zusammen 10)	Kreditinstitute 5) 11)	Nichtbanken 6)	Inländer							
												zusammen 10)	Kreditinstitute 5) 11)	Nichtbanken 6)
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25					
1986	32 371	16 394	15 977	17 197	5 022	12 175	15 172	+ 40 755	+ 41 558	- 803				
1987	15 845	11 889	3 956	16 436	2 153	14 283	- 592	+ 5 450	+ 9 997	- 4 547				
1988	21 390	7 528	13 862	18 438	1 177	17 261	2 953	- 62 467	- 51 557	- 10 910				
1989	35 510	19 365	16 145	10 234	4 913	5 321	25 278	- 8 533	- 17 664	+ 9 131				
1990	50 070	28 021	22 049	52 633	7 215	45 418	- 2 562	- 29 338	- 4 726	- 24 612				
1991	33 478	13 317	20 161	32 246	2 466	29 780	1 233	+ 27 318	+ 46 247	- 18 929				
1992	32 595	17 226	15 369	40 651	2 984	37 667	- 8 056	+ 89 756	+ 113 181	- 23 425				
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	8 484	+ 188 017	+ 199 376	- 11 359				
1994	55 145	29 160	25 985	54 490	1 622	52 868	655	- 29 261	- 3 931	- 25 330				
1995	46 735	23 600	23 135	48 157	11 945	36 212	- 1 422	+ 37 193	+ 61 750	- 24 557				
1996	68 791	34 212	34 579	48 479	12 627	35 852	20 312	+ 66 228	+ 80 495	- 14 267				
1997 Jan.	14 239	451	13 788	15 211	7 340	7 871	- 972	+ 11 223	+ 25 983	- 14 760				
Febr.	10 197	690	9 507	9 505	7 055	2 450	692	+ 6 095	+ 2 720	- 8 815				
März	9 878	2 239	7 639	10 620	8 020	2 600	- 742	- 9 484	- 1 103	- 8 381				
April	7 439	1 669	5 770	11 913	6 805	5 108	- 4 474	- 13 164	- 2 920	- 10 244				
Mai	2 168	1 428	740	- 641	- 700	59	2 809	- 2 565	- 4 634	+ 2 069				
Juni	7 680	1 188	6 492	- 6 221	- 12 339	6 118	13 901	+ 8 580	+ 1 171	+ 7 409				
Juli	5 069	1 423	3 646	- 9 426	1 156	- 10 582	14 495	+ 6 351	- 4 498	+ 10 849				
Aug.	3 542	2 732	810	1 172	- 850	2 022	2 370	+ 1 086	- 474	+ 1 560				
Sept.	5 766	2 023	3 743	- 2 609	- 9 444	6 835	8 375	+ 14 759	+ 10 127	+ 4 632				

\* Ohne Investmentzertifikate (siehe Tabelle VII. 6). — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschl. Bundesbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Rentenwerte durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Rentenwerte. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet, enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Rentenwerte (einschl. Geldmarktpapiere der Banken) durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für die letzten zwei Jahre sind vorläufig, kleinere Revisionen werden nicht besonders gekennzeichnet.

2. Absatz von festverzinslichen Wertpapieren \*)  
inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)					Industrie- obligationen 6)	Anleihen der öffent- lichen Hand 7)	Nachrichtlich: DM-Anleihen ausländischer Emittenten			
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe 2)	Öffentliche Pfandbriefe 3)	Schuldver- schreibungen von Spezialkre- ditinstituten 4)				Sonstige Bankschuld- verschrei- bungen 5)		
<b>Brutto-Absatz 8)</b>											
1986	257 125	175 068	19 097	79 993	21 434	54 549	650	81 408	37 577		
1987	245 370	149 971	18 187	67 578	18 560	45 644	340	95 060	25 087		
1988	208 952	130 448	19 699	62 460	12 707	35 584	30	78 475	40 346		
1989	253 262	183 904	23 678	61 500	25 217	73 509	300	69 058	33 591		
1990	428 698	286 709	14 923	70 701	89 755	111 326	–	141 990	35 168		
1991	442 089	292 092	19 478	91 489	80 738	100 386	707	149 288	32 832		
1992	572 767	318 522	33 633	134 363	49 195	101 333	–	254 244	57 282		
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309		
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465		
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719		
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370		
1997 April	64 644	47 102	4 813	21 493	2 629	18 168	137	17 405	8 187		
Mai	59 301	42 806	2 917	18 519	4 242	17 127	1 004	15 492	6 874		
Juni	64 267	49 369	4 749	26 877	2 686	15 057	–	14 898	8 548		
Juli	80 050	64 136	5 541	31 797	5 886	20 913	–	15 914	16 537		
Aug.	56 816	45 121	3 140	18 157	5 903	17 921	100	11 596	6 410		
Sept.	64 712	48 936	3 658	18 564	6 163	20 551	–	15 777	10 099		
<b>darunter Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 9)</b>											
1986	198 955	120 808	17 220	66 925	14 961	21 700	650	77 501	37 252		
1987	198 281	107 701	16 214	58 095	12 420	20 967	340	90 242	25 087		
1988	169 746	93 757	16 890	50 948	8 742	17 178	30	75 958	39 771		
1989	192 435	124 958	21 092	50 943	20 170	32 751	300	67 175	29 598		
1990	272 642	133 347	10 904	43 250	26 767	52 425	–	139 295	29 791		
1991	303 326	172 171	11 911	65 642	54 878	39 741	707	130 448	22 772		
1992	430 479	211 775	28 594	99 627	40 267	43 286	–	218 703	51 939		
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049		
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351		
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221		
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582		
1997 April	43 445	27 578	2 604	16 352	1 466	7 155	117	15 750	7 274		
Mai	39 060	23 050	2 110	11 918	2 987	6 034	1 004	15 007	5 411		
Juni	40 097	33 989	3 840	23 142	1 965	5 042	–	6 108	6 864		
Juli	55 888	41 098	4 435	25 820	4 502	6 340	–	14 791	15 353		
Aug.	38 185	26 676	2 634	13 450	4 799	5 793	100	11 410	5 330		
Sept.	32 619	25 149	3 005	10 401	4 859	6 885	–	7 470	6 469		
<b>Netto-Absatz 10)</b>											
1986	88 370	30 895	–	5 750	14 211	9 846	–	1 091	188	57 289	23 856
1987	92 960	30 346	–	1 472	6 846	8 803	–	16 171	56	62 667	8 769
1988	40 959	–	8 032	–	4 698	1 420	–	2 888	100	49 092	28 604
1989	80 594	52 813	–	3 780	929	9 155	–	38 947	254	27 530	22 843
1990	226 707	140 327	–	3 922	–	72	–	73 287	67	86 449	21 717
1991	227 822	139 396	–	4 729	–	22 290	–	65 985	558	87 868	18 583
1992	304 751	115 786	–	13 104	–	58 235	–	19 585	175	189 142	34 114
1993	403 212	159 982	–	22 496	–	122 917	–	13 156	180	243 049	43 701
1994	270 088	116 519	–	18 184	–	54 316	–	6 897	62	153 630	21 634
1995	205 482	173 797	–	18 260	–	96 125	–	3 072	354	32 039	61 020
1996	238 427	195 058	–	11 909	–	121 929	–	6 020	585	42 788	69 951
1997 April	24 571	10 380	–	109	–	8 692	–	2 093	137	14 054	3 387
Mai	19 202	13 579	–	1 316	–	6 806	–	1 949	1 004	4 619	5 012
Juni	28 174	17 251	–	1 901	–	16 580	–	202	–	10 923	6 209
Juli	23 054	27 758	–	2 320	–	17 824	–	1 881	–	4 704	11 781
Aug.	14 843	13 185	–	791	–	6 456	–	2 978	45	1 704	2 886
Sept.	12 500	13 001	–	148	–	5 047	–	2 506	–	501	7 162

\* Ab Juli 1990 einschl. Schuldverschreibungen ostdeutscher Emittenten. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Schiffspfandbriefe. — 3 Einschl. Kommunalanleihen, -obligationen, -schatzanweisungen, Landesbodenbriefe, Bodenkulturschuldverschreibungen, kommunalverbürgte Anleihen für Schiffbaufinanzierung und Schuldverschreibungen mit anderer Bezeichnung, wenn sie nach § 8, Abs. 2 des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten ausgegeben sind. — 4 Hierunter werden Inhaberschuldverschreibungen aller Art der nachstehenden Kreditinstitute erfaßt: AKA-Ausführungsgesellschaft mbH, Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, Berliner Industriebank AG (bis August 1994), Deutsche Ausgleichsbank (früher Lastenausgleichsbank), Deutsche Bau- und Bodenbank AG, Deutsche Genossenschaftsbank, Deutsche Kreditbank AG (bis Juni 1995), Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Deutsche Verkehrs-Bank AG, IKB Deutsche Industriebank AG, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank, Thüringer Aufbaubank und Staatsbank Berlin (im September

1994 von der Kreditanstalt für Wiederaufbau übernommen) sowie Bausparkassen. — 5 Diese Position enthält insbesondere Schuldverschreibungen von Girozentralen, deren Verkaufserlös vorwiegend zur Kreditgewährung an die gewerbliche Wirtschaft bestimmt ist. Außerdem sind hier „ungedekte“ Schuldverschreibungen von Hypothekenbanken, von Kreditinstituten begebene Inhaberschuldverschreibungen (einschl. Wandel- und Optionsschuldverschreibungen) und börsenfähige Sparschuldverschreibungen erfaßt. — 6 Schuldverschreibungen von privaten Wirtschaftsunternehmen, auch in Form von Wandel- und Optionsschuldverschreibungen. — 7 Einschl. Bundes-eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 8 Unter Bruttoabsatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere zu verstehen, nicht der Wiederverkauf zurückgeworbener Stücke. — 9 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 10 Bruttoabsatz minus Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.

## VII. Kapitalmarkt

### 3. Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren \*) inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrie- obligationen	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-Anleihen ausländischer Emittenten
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen			
1986	1 017 723	685 523	144 338	360 777	64 866	115 541	2 576	329 625	141 243
1987	1 110 682	715 870	142 866	367 622	74 748	130 633	2 520	392 292	150 011
1988	1 151 640	707 837	138 169	369 043	71 859	128 765	2 420	441 383	178 617
1989	1 232 236	760 650	141 948	369 973	81 015	167 714	2 672	468 914	201 460
1990	1 458 943	900 977	138 025	369 901	155 045	238 005	2 604	555 362	223 176
1991	1 686 765	1 040 374	142 757	392 190	221 031	284 396	3 161	643 230	241 760
1992	1 991 515	1 156 162	155 862	450 424	240 616	309 259	2 983	832 370	275 873
1993	2 394 728	1 316 142	178 357	573 341	227 463	336 981	3 163	1 075 422	319 575
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997 April	3 241 459	1 892 912	231 245	904 788	234 013	522 865	3 503	1 345 044	494 362
Mai	3 260 661	1 906 491	232 561	911 594	235 962	526 373	4 507	1 349 663	499 374
Juni	3 288 834	1 923 741	234 462	928 175	235 760	525 344	4 507	1 360 586	505 582
Juli	3 311 888	1 951 499	236 783	945 999	237 642	531 076	4 507	1 355 882	517 363
Aug.	3 326 732	1 964 684	237 573	952 454	240 619	534 037	4 462	1 357 586	520 249
Sept.	3 339 232	1 977 686	237 721	957 501	243 126	539 338	4 462	1 357 085	527 411

#### Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)

Stand Ende September 1997

Laufzeit in Jahren	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen	Industrie- obligationen	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-Anleihen ausländischer Emittenten
bis unter 2	926 549	609 914	66 446	261 563	72 363	209 542	580	316 054	122 637
2 bis unter 4	896 873	596 171	72 320	285 707	72 709	165 434	2 349	298 353	149 465
4 bis unter 6	747 849	437 686	55 001	246 269	52 705	83 711	721	309 443	121 909
6 bis unter 8	363 215	196 832	29 606	110 232	19 060	37 934	213	166 171	69 745
8 bis unter 10	262 398	115 701	12 103	48 498	22 518	32 581	389	146 309	36 517
10 bis unter 15	19 137	14 802	2 163	4 526	2 788	5 325	210	4 125	14 647
15 bis unter 20	83 923	3 313	65	602	425	2 221	-	80 610	4 359
20 und darüber	39 290	3 268	18	103	559	2 588	-	36 022	8 132

\* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. Erläuterungen zu den einzelnen Wertpapierarten sowie zum Gebietsstand siehe Tabelle VII. 2. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis

zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht-gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

### 4. Veränderung des Aktienumlaufs

Mio DM Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von									
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandel- schuldverschrei- bungen 1)	Ausgabe von Kapitalberich- tigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.ä.	Verschmelzung und Vermögens- übertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapital- herabsetzung und Auflösung			
1986	114 680	5 769	4 560	1 050	31	554	-	316	907	-	1 017	
1987	117 768	3 088	3 081	425	238	184	-	465	791	-	1 165	
1988	121 906	4 137	2 712	1 226	318	1 070	-	323	377	-	1 241	
1989	132 036	10 132	4 730	767	1 017	546	-	82	3 725	-	571	
1990	144 686	12 650	7 362	751	3 715	1 049	-	43	1 284	-	1 466	
1991	151 618	6 932	3 656	610	2 416	407	-	182	411	-	386	
1992	160 813	9 198	4 295	728	1 743	1 073	-	732	3 030	-	942	
1993	168 005	7 190	5 224	772	387	876	-	10	707	-	783	
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	-	447	5 086	-	1 367	
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	-	623	13 739	-	2 133	
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	-	3 056	833	-	2 432	
1997 Jan.	216 716	256	174	-	140	20	-	25	-	10	-	43
Febr.	216 975	258	225	331	-	272	-	86	-	42	-	442
März	217 459	484	456	20	1	36	-	8	-	1	-	37
April	217 758	300	393	23	6	33	-	8	-	12	-	159
Mai	215 877	-1 881	195	154	26	20	-	2 177	-	187	-	286
Juni	217 704	1 827	536	1 078	50	2	-	26	-	206	-	70
Juli	218 645	941	286	40	-	513	-	70	-	180	-	7
Aug.	219 602	957	350	237	-	453	-	58	-	11	-	14
Sept.	219 903	301	420	193	5	117	-	57	-	102	-	478

o Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch bedingte Zunahme des Umlaufs: 7771 Mio DM). — 1 Einschl. der Ausgabe von

Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Bestand durch Revision um 1902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes inländischer Wertpapiere

Zeit	Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere 1)									Indizes 2) 3)		
	insgesamt	darunter:						nachrichtlich: DM-Anleihen ausländischer Emitenten 5)	Renten	Aktien		
		Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen				Deutscher Renten-index (REX)	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)	
		zusammen	zusammen	mit Rest-laufzeit 9 bis 10 Jahre 4)	zusammen	mit Rest-laufzeit 9 bis 10 Jahre	Indu-strieobli-gationen					Tagesdurch-schnittskurs
%		%		%		%		%		%		
1990	8,9	8,8	8,8	8,7	9,0	8,9	9,0	9,2	93,50	145,00	1 398,23	
1991	8,7	8,6	8,6	8,5	8,9	8,6	8,9	9,2	96,35	148,16	1 577,98	
1992	8,1	8,0	8,0	7,8	8,3	8,1	8,7	8,8	101,54	134,92	1 545,05	
1993	6,4	6,3	6,3	6,5	6,5	6,8	6,9	6,8	109,36	191,13	2 266,68	
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,8	7,2	7,0	6,9	99,90	176,87	2 106,58	
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	109,18	181,47	2 253,88	
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	110,37	217,47	2 888,69	
1997 Jan.	5,1	5,1	5,1	5,8	5,0	6,0	5,2	5,4	110,73	229,12	3 035,15	
Febr.	4,9	4,9	4,9	5,6	4,8	5,8	5,0	5,1	111,70	243,73	3 259,64	
März	5,1	5,1	5,1	5,7	5,0	5,9	5,1	5,4	110,02	255,74	3 429,05	
April	5,1	5,2	5,2	5,9	5,1	6,1	5,2	5,5	110,35	256,62	3 438,07	
Mai	5,0	5,1	5,1	5,8	5,0	6,0	5,1	5,4	109,99	264,45	3 547,84	
Juni	5,0	5,0	5,0	5,7	4,9	5,9	5,0	5,4	110,96	279,16	3 785,77	
Juli	4,9	4,9	4,9	5,6	4,8	5,7	4,9	5,3	111,05	317,59	4 438,93	
Aug.	5,1	5,1	5,1	5,7	5,0	5,8	5,1	5,4	110,18	285,09	3 906,03	
Sept.	5,1	5,1	5,1	5,6	5,1	5,8	5,1	5,5	110,69	300,37	4 167,85	
Okt.	5,3	5,3	5,2	5,6	5,2	5,8	5,4	5,6	110,09	273,04	3 726,69	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.ä., Bankschuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Fremdwährungsanleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufs-

trägen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur an der DTB lieferbare Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. — 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten

Zeit	Mio DM																
	Absatz=Erwerb insgesamt (Spalten 2 + 8 bzw. 9 + 14)	Absatz von Zertifikaten							Erwerb						Nachrichtlich: Saldo der Transaktionen mit dem Ausland (Spalte 14 minus Spalte 8)		
		inländischer Fonds (Mittelaufkommen)							Inländer								
		zusammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	aus-ländischer Fonds 3)	zusammen	Kreditinstitute 1) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 2)		Aus-länder 4)				
1	2	3	Geldmarkt-fonds	Wert-papier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds				4	5	6	7		8	9	10	11
1990	25 788	26 857	7 904	-	8 032	- 128	18 952	- 1 069	25 766	4 296	- 362	21 470	- 707	22	1 091		
1991	50 064	37 492	13 738	-	11 599	2 144	23 754	12 572	49 890	8 594	- 5	41 296	12 577	174	- 12 398		
1992	81 514	20 474	-3 102	-	9 189	6 087	23 575	61 040	81 518	10 495	2 152	71 023	58 888	- 4	- 61 044		
1993	80 259	61 672	20 791	-	6 075	14 716	40 881	18 587	76 258	16 982	2 476	59 276	16 111	4 001	- 14 586		
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	- 689	116 094	22 770	5 052	- 17 029		
1995	55 105	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 034	55 948	12 172	188	43 776	846	- 843	- 1 877		
1996	84 062	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 952	86 414	19 924	1 685	66 490	3 267	- 2 352	- 7 304		
1997 Jan.	16 502	16 250	5 665	- 1 318	4 205	2 778	10 585	252	15 529	2 281	- 146	13 248	398	973	721		
Febr.	16 150	15 660	6 506	59	5 262	1 185	9 154	490	15 814	2 542	- 37	13 272	527	336	- 154		
März	11 592	10 237	2 615	- 863	2 744	733	7 623	1 355	11 758	2 691	216	9 067	1 139	- 166	- 1 521		
April	10 473	9 726	2 982	- 463	2 694	750	6 744	747	10 507	2 322	25	8 185	722	- 34	- 781		
Mai	6 786	5 308	2 281	- 503	2 513	271	3 028	1 478	6 325	1 226	54	5 099	1 424	461	- 1 017		
Juni	15 950	14 851	2 588	- 976	2 808	755	12 264	1 099	15 617	6 850	183	8 767	916	333	- 766		
Juli	13 645	12 019	3 509	633	2 593	283	8 511	1 626	13 758	2 632	- 51	11 126	1 677	- 113	- 1 739		
Aug.	13 506	10 034	511	500	- 19	29	9 524	3 472	13 620	1 971	171	11 649	3 301	- 114	- 3 586		
Sept.	11 118	8 394	2 221	- 128	2 437	- 88	6 173	2 724	14 049	4 302	9	9 747	2 715	- 2 931	- 5 655		

1 Buchwerte. — 2 Als Rest errechnet. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentzertifikate durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer In-

vestmentzertifikate durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig.

VII. Kapitalmarkt

7. Geldmittel und Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen \*)

Mio DM

Stand am Monatsende	Zahl der erfaßten Unternehmen	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	Einlagen bei Kreditinstituten (ohne laufende Guthaben) sowie Vermögensanlagen										
			Einlagen bei Kreditinstituten		Vermögensanlagen								andere Kapitalanlagen
			insgesamt	bei Kreditinstituten 1)	zusammen	Hypothesen-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	Namenschuldverreibungen, Schuld-scheinfor-derungen und Darlehen 2)	Wert-papiere 3)	Beteili-gungen 4)	Darlehen und Voraus-zahlungen auf Ver-sicherungs-scheine	Grund-stücke und grund-stücks-gleiche Rechte		
<b>Alle erfaßten Versicherungsunternehmen</b>													
1995 Dez.	654	5 597	1 116 717	11 073	1 105 644	119 242	504 810	343 139	70 372	10 433	55 716	1 932	
1996 März	660	4 484	1 164 540	20 847	1 143 693	120 195	525 698	356 755	73 116	10 392	55 654	1 883	
Juni	665	3 940	1 185 172	21 436	1 163 736	121 391	536 604	361 258	75 821	10 373	56 367	1 922	
Sept.	665	4 186	1 205 179	24 422	1 180 757	122 022	548 392	364 631	76 334	10 361	56 997	2 020	
Dez.	664	8 518	1 221 186	12 713	1 208 473	123 186	559 516	378 623	80 657	10 190	54 091	2 210	
1997 März	666	3 879	1 274 992	21 774	1 253 218	124 410	574 198	399 846	87 806	10 175	54 381	2 402	
Juni	664	4 760	1 295 695	21 228	1 274 467	124 346	583 115	410 949	88 661	10 172	54 903	2 321	
<b>Lebensversicherungsunternehmen</b>													
1995 Dez.	125	3 298	703 768	3 413	700 355	103 050	358 143	175 318	19 531	10 301	32 677	1 335	
1996 März	125	2 514	725 050	3 731	721 319	104 107	371 693	181 620	19 636	10 241	32 719	1 303	
Juni	127	2 188	738 314	4 460	733 854	105 272	379 395	184 236	20 196	10 222	33 228	1 305	
Sept.	126	2 549	752 730	8 089	744 641	105 956	387 683	185 496	20 211	10 245	33 614	1 436	
Dez.	126	5 634	768 003	4 274	763 729	107 158	395 774	195 106	22 924	10 080	31 100	1 587	
1997 März	125	1 847	791 263	5 377	785 886	108 022	403 878	207 988	23 161	10 065	31 125	1 647	
Juni	126	2 462	805 092	6 892	798 200	108 481	410 222	212 958	23 376	10 064	31 354	1 745	
<b>Pensions- und Sterbekassen</b>													
1995 Dez.	182	189	99 866	1 519	98 347	9 688	30 563	51 357	25	13	6 519	182	
1996 März	183	169	102 109	1 335	100 774	9 580	31 813	52 541	26	13	6 516	285	
Juni	183	198	103 509	3 738	99 771	9 512	32 676	50 677	26	13	6 582	285	
Sept.	183	177	104 604	2 366	102 238	9 463	33 193	52 590	48	13	6 646	285	
Dez.	182	215	107 038	1 197	105 841	9 432	34 273	55 198	41	12	6 534	351	
1997 März	183	216	109 590	1 670	107 920	9 294	35 480	55 923	41	12	6 721	449	
Juni	183	240	111 171	1 318	109 853	9 203	35 954	57 478	40	12	6 983	183	
<b>Krankenversicherungsunternehmen</b>													
1995 Dez.	51	195	71 596	490	71 106	1 959	43 158	20 467	1 874	-	3 635	13	
1996 März	52	297	74 494	469	74 025	1 996	44 962	21 484	1 984	-	3 591	8	
Juni	52	124	77 560	767	76 793	2 008	46 916	22 191	2 058	-	3 592	28	
Sept.	52	122	80 229	1 322	78 907	2 034	48 655	22 502	2 097	-	3 596	23	
Dez.	53	288	83 943	519	83 424	1 988	51 545	24 157	2 167	-	3 550	17	
1997 März	53	172	87 645	1 087	86 558	2 063	53 245	25 485	2 202	-	3 518	45	
Juni	53	158	90 315	930	89 385	2 096	54 859	26 642	2 207	-	3 548	33	
<b>Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen 5)</b>													
1995 Dez.	261	1 579	142 868	3 478	139 390	4 409	52 855	58 870	13 700	119	9 050	387	
1996 März	264	1 117	162 044	11 464	150 580	4 376	57 067	63 389	16 358	138	8 980	272	
Juni	266	1 136	162 531	8 818	153 713	4 462	57 883	64 181	17 605	138	9 155	289	
Sept.	268	872	161 419	7 527	153 892	4 431	58 744	63 019	18 023	103	9 323	249	
Dez.	266	1 931	158 789	4 050	154 739	4 471	58 824	63 316	18 634	98	9 156	240	
1997 März	269	1 244	173 303	9 096	164 207	4 898	62 297	68 501	18 979	98	9 200	234	
Juni	266	1 072	171 967	6 783	165 184	4 434	63 097	68 776	19 157	96	9 373	251	
<b>Rückversicherungsunternehmen</b>													
1995 Dez.	35	336	98 619	2 173	96 446	136	20 091	37 127	35 242	-	3 835	15	
1996 März	36	387	100 843	3 848	96 995	136	20 163	37 721	35 112	-	3 848	15	
Juni	37	294	103 258	3 653	99 605	137	19 734	39 973	35 936	-	3 810	15	
Sept.	36	466	106 197	5 118	101 079	138	20 117	41 024	35 955	-	3 818	27	
Dez.	37	450	103 413	2 673	100 740	137	19 100	40 846	36 891	-	3 751	15	
1997 März	36	400	113 191	4 544	108 647	133	19 298	41 949	43 423	-	3 817	27	
Juni	36	828	117 150	5 305	111 845	132	18 983	45 095	43 881	-	3 645	109	

\* Quelle: Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Ab Januar 1995 Zuordnung gemäß der neuen Rechnungslegungsverordnung (RechVersV). — 1 Einschl. Tagelgelder. — 2 Einschl. Ausleihungen an verbundene Unternehmen und an Un-

ternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie übriger Ausleihungen (u.a. sonstiger Schuldbuchforderungen die bis Ende 1994 unter „andere Kapitalanlagen“ erfaßt waren). — 3 Einschl. Anteile an Grundstücks-Sondervermögen die bis Ende 1994 unter „Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte“ erfaßt waren. — 4 Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. — 5 Einschl. Transportversicherungsunternehmen.



VIII. Öffentliche Finanzen

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte \*)

Mrd DM

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter Steuern 3)	insgesamt 4)	darunter: Personal-ausgaben	Laufen-der Sach-auf-wand	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-aus-gaben	Sach-investi-tionen	Finanz-ierungs-hilfen 5)							
1987	602,0	468,7	653,0	211,1	103,4	182,4	58,6	57,2	39,9	- 51,0	374,2	370,7	+ 3,5	933,7	981,3	- 47,6
1988	620,3	488,1	673,6	216,5	105,0	192,6	60,4	58,2	40,4	- 53,3	393,3	394,8	- 1,5	966,9	1 021,7	- 54,8
1989	678,6	535,5	700,8	222,8	110,5	202,6	61,2	62,2	41,1	- 22,2	413,7	400,5	+ 13,2	1 042,8	1 051,8	- 9,0
1990	703,1	549,7	749,4	236,1	118,5	214,9	64,7	66,7	47,9	- 46,3	442,7	426,5	+ 16,2	1 094,3	1 124,4	- 30,1
1991 7)	850,4	661,9	972,1	294,7	143,5	294,9	77,3	90,6	71,3	- 121,8	562,8	549,6	+ 13,1	1 343,5	1 452,1	- 108,7
1992	959,0	731,7	1 069,5	324,5	153,5	300,9	100,9	107,5	81,4	- 110,4	621,0	628,8	- 7,9	1 502,8	1 621,1	- 118,3
1993	989,0	749,1	1 121,0	339,2	156,9	336,2	102,3	103,5	82,4	- 132,0	673,0	670,2	+ 2,8	1 564,5	1 693,7	- 129,2
1994	1 058,0	786,2	1 164,1	358,8	159,1	347,4	114,2	99,7	82,2	- 106,1	706,0	704,9	+ 1,1	1 670,9	1 775,9	- 105,0
1995 ts)	1 088,5	814,2	1 201,5	369,5	160,0	360,5	129,0	96,5	82,0	- 113,0	745,0	755,5	- 10,5	1 740,5	1 864,0	- 123,5
1996 ts)	1 065,0	800,0	1 186,5	370,5	160,0	356,5	130,0	91,0	76,5	- 121,5	784,0	797,0	- 13,0	1 745,0	1 880,0	- 135,0
1995 2.Vj.	239,0	188,1	256,7	74,6	30,3	90,7	25,8	17,2	16,6	- 17,7	177,4	184,9	- 7,4	391,6	416,7	- 25,1
3.Vj.	249,6	200,4	274,6	78,1	32,5	91,3	32,5	21,1	19,6	- 25,0	178,7	185,5	- 6,9	406,6	438,4	- 31,9
4.Vj.	293,9	231,0	336,9	95,5	43,4	96,8	32,0	32,3	35,4	- 42,9	196,5	191,4	+ 5,1	469,8	507,7	- 37,9
1996 1.Vj.	236,0	191,6	260,2	74,1	30,5	92,6	36,9	12,8	14,3	- 24,2	187,2	193,7	- 6,5	395,3	426,0	- 30,7
2.Vj.	240,7	188,9	257,6	75,2	30,9	93,4	26,8	15,8	14,6	- 16,9	192,0	197,9	- 5,9	405,3	428,1	- 22,8
3.Vj.	240,2	193,3	270,3	77,4	33,1	87,9	31,8	20,4	19,8	- 30,0	192,7	199,3	- 6,6	408,5	445,1	- 36,6
4.Vj.	280,5	225,5	329,3	95,9	41,5	94,0	33,7	30,5	32,0	- 48,8	211,5	205,7	+ 5,9	468,2	511,2	- 42,9
1997 1.Vj.	231,9	187,1	263,9	75,3	30,9	94,6	37,5	11,9	15,1	- 32,0	197,1	199,5	- 2,3	399,7	434,0	- 34,4
2.Vj. p)	240,6	187,4	257,5	75,1	31,6	91,6	27,9	15,9	14,0	- 16,9	200,8	201,1	- 0,3	411,9	429,1	- 17,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — \* Die hier verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände, die kaufmännisch buchenden Krankenhäuser und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die Jahresergebnisse weichen

von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Die hier entsprechend der Haushaltsstatistik ausgewiesenen Steuereinnahmen können von den in Tab. VIII. 4 enthaltenen Angaben gemäß der Steuerstatistik abweichen. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. — 7 Ab 1991 einschl. öffentliche Haushalte in Ostdeutschland.

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden \*)

Mrd DM

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1987	243,6	271,5	244,4	263,9	.	.	176,7	179,2	.	.
1988	242,2	278,2	253,7	270,1	.	.	185,1	184,4	.	.
1989	277,9	292,9	275,1	282,7	.	.	196,0	194,3	.	.
1990	290,5	311,4	280,2	299,6	.	.	205,8	209,9	.	.
1991	354,1	406,1	312,5	330,8	67,4	77,9	222,9	228,9	50,2	48,2
1992	398,4	431,7	334,9	353,0	75,2	88,2	241,4	250,8	57,4	64,9
1993	401,6	462,5	342,7	369,0	79,4	95,5	252,7	261,6	63,1	67,5
1994	439,6	478,9	347,6	375,6	82,4	99,1	260,9	266,8	63,1	67,8
1995 ts)	439,0	489,5	354,5	390,0	92,5	105,5	258,0	271,0	69,5	70,5
1996 ts)	411,0	489,5	362,5	398,0	95,5	107,0	260,5	266,0	66,0	67,5
1995 2.Vj.	102,6	110,4	76,5	83,3	19,5	21,5	53,2	55,7	13,1	13,6
3.Vj.	111,0	125,5	78,2	89,7	23,8	23,9	55,3	57,9	14,3	14,6
4.Vj.	128,4	140,4	98,5	109,2	25,2	36,5	66,9	68,6	18,9	18,9
1996 1.Vj.	92,3	112,1	83,1	87,1	20,3	21,2	50,9	54,5	11,4	12,3
2.Vj.	99,0	115,4	80,3	86,0	21,3	22,9	54,6	54,7	13,5	13,2
3.Vj.	100,6	119,9	81,2	92,4	23,6	25,3	56,6	56,6	13,5	14,1
4.Vj.	119,2	142,2	97,3	111,1	27,9	35,3	65,4	65,8	16,5	17,9
1997 1.Vj.	86,8	116,5	80,6	87,8	23,3	21,3	49,5	53,0	10,9	11,2
2.Vj.	101,6	114,7	79,9	87,3	21,0	22,6	53,3	53,2	12,4	12,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — \* Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem direkt

dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten. Ab 1991 einschl. Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kaufmännisch buchenden Krankenhäuser und verschiedene Sonderrechnungen.

### VIII. Öffentliche Finanzen

#### 3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Mrd DM

Position	1988	1989	1990	1991 1)	1991 2) p)	1992 p)	1993 p)	1994 p)	1995 3) p)	1996 p)
Einnahmen	945,8	1 021,6	1 068,4	1 197,7	1 300,4	1 438,0	1 488,2	1 580,4	1 632,1	1 647,1
darunter:										
Steuern	512,5	560,1	573,2	653,3	689,2	754,7	772,9	811,5	838,7	820,9
Sozialabgaben	366,5	383,2	410,5	450,3	513,0	562,9	596,4	641,0	673,8	704,2
Ausgaben	991,1	1 018,9	1 118,1	1 287,4	1 395,0	1 525,2	1 600,0	1 666,7	1 754,7	1 771,4
davon:										
Staatsverbrauch	412,4	418,8	444,1	466,5	556,7	616,4	634,9	658,6	686,5	702,7
Zinsen	59,8	60,5	63,4	74,5	76,7	100,4	104,2	111,3	130,6	130,5
Laufende Übertragungen	440,3	456,4	521,7	620,3	621,7	665,3	720,6	764,8	803,4	816,1
Vermögensübertragungen	29,7	30,8	33,3	66,2	64,9	55,9	53,5	45,7	51,0	45,2
Bruttoinvestitionen	48,9	52,4	55,5	59,9	75,0	87,2	86,8	86,4	83,1	76,9
Finanzierungssaldo	- 45,2	+ 2,8	- 49,7	- 89,7	- 94,7	- 87,2	- 111,8	- 86,3	- 122,5	- 124,3
in % des Bruttoinlandsproduktes	- 2,2	+ 0,1	- 2,0	- 3,4	- 3,3	- 2,8	- 3,5	- 2,6	- 3,5	- 3,5
Nachrichtlich:										
Defizit der Treuhandanstalt			- 4,3	- 19,9	- 19,9	- 29,6	- 38,1	- 37,1		
Abgrenzung gemäß Maastricht- Vertrag										
in % des Bruttoinlandsproduktes 4)										
Finanzierungssaldo							- 3,2	- 2,4	- 3,3	- 3,4
Verschuldung							48,0	50,2	58,0	60,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1 Westdeutschland. — 2 Deutschland. — 3 Bereinigt um den Saldo fiktiver Vermögensübertragungen zwischen dem Staat und dem Unternehmenssektor vor allem im Zusammenhang mit der Auflösung der Treuhandanstalt. Unbereinigt betrug das Defizit 10,1% des

BIP. — 4 Der hier ausgewiesene Finanzierungssaldo weicht insbesondere wegen der Umsetzung der Krankenhäuser von den oben ausgewiesenen Werten ab; die Verschuldung weicht wegen einiger Umrechnungen von dem in den Tab. VIII. 7 und VIII. 8 ausgewiesenen Schuldenstand ab.

#### 4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Mio DM

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 5)		Saldo nicht verrechneter Steueranteile 6)	
	Insgesamt	zusammen 1)	Bund 2)	Länder		Europäische Union 4)	zusammen		
				zusammen	darunter neue Bundesländer 3)				
1992 7)	731 738	638 423	356 849	247 372	23 807	34 203	93 374	4 034	- 58
1993	749 119	653 015	360 250	256 131	27 542	36 634	95 809	5 863	+ 295
1994	786 162	688 785	386 145	261 947	32 052	40 692	97 116	7 677	+ 260
1995	814 191	719 332	390 807	288 520	...	40 005	94 498	8 460	+ 360
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	...	39 449	94 641	7 175	- 714
1997 2.Vj.	186 568	163 947	87 152	68 043	...	8 752	24 134	1 964	- 1 513
3.Vj. p)		170 156	88 581	70 624	...	10 950			
1997 Mai		49 897	26 447	20 381	...	3 069			
Juni		67 918	36 357	28 368	...	3 193			
Juli		52 934	27 758	21 937	...	3 240			
Aug.		50 032	25 642	20 468	...	3 922			
Sept. p)		67 189	35 181	28 219	...	3 789			

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Mineralölsteuereinkommen. — 3 Nach Berücksichtigung der Verteilung des Länderanteils am gesamtdeutschen Umsatzsteuereinkommen entsprechend der Einwohnerzahl auf die früheren und neuen Bundesländer. — 4 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnah-

menquelle, deren Bezugsgröße das Bruttosozialprodukt ist. — 5 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 6 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. — 7 Ab 1991 einschl. der Steuereinnahmen in den neuen Bundesländern.

VIII. Öffentliche Finanzen

5. Steuereinnahmen nach Arten

Mio DM

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern											Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den Einkommensteuern		
	Einkommensteuern 2)						Umsatzsteuern 5) 6)			Gewerbesteuerumlage 6) 7)	Reine Bundessteuern 8) 9)		Reine Ländersteuern 8)	EU-Zölle 9)
	Insgesamt 1)	zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Mehrwertsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
<b>Westdeutschland</b>														
1992		316 121	230 146	42 744	32 188	11 044	191 786	112 202	79 584	6 923		30 123	40 933	
1993		321 799	236 738	34 541	28 286	22 234	207 346	166 309	41 037	4 093		31 183	40 692	
1994		317 569	241 885	26 478	18 622	30 585	222 268	182 674	39 593	6 031		32 307	40 255	
1995		320 092	255 259	17 206	18 767	28 860	218 583	183 432	35 151	8 207		32 431	40 870	
1996		319 228	249 299	15 534	29 549	24 846	220 195	184 385	35 810	8 714		34 263	39 725	
1997 2.Vj.		71 839	57 869	- 201	7 920	6 251	54 391	44 350	10 041	2 145		7 425	8 650	
3.Vj. p)		75 947	60 410	2 136	6 432	6 968	55 103	44 984	10 119	2 193		7 668	9 382	
1997 Mai		18 645	18 704	- 2 843	1 313	1 471	18 888	15 610	3 278	511		2 404	2 379	
Juni		37 139	20 559	6 285	6 996	3 300	18 219	15 016	3 203	2		2 405	4 027	
Juli		20 527	21 942	- 3 739	- 1 014	3 337	18 106	14 660	3 446	1 663		2 768	2 731	
Aug.		18 405	19 944	- 2 521	- 1 423	2 405	19 174	16 029	3 145	528		2 474	2 614	
Sept. p)		37 014	18 524	8 396	8 868	1 226	17 823	14 296	3 527	1		2 425	4 038	
<b>Deutschland</b>														
1992	681 751	331 310	247 322	41 531	31 184	11 273	197 712	117 274	80 438	6 923	105 094	32 963	7 742	43 328
1993	697 988	341 785	257 987	33 234	27 830	22 734	216 306	174 492	41 814	4 181	93 757	34 720	7 240	44 973
1994	734 234	343 055	266 522	25 510	19 569	31 455	235 698	195 265	40 433	6 271	105 487	36 551	7 173	45 450
1995	765 374	344 554	282 701	13 997	18 136	29 721	234 622	198 496	36 126	8 412	134 066	36 602	7 117	46 042
1996	746 958	317 807	251 278	11 616	29 458	25 456	237 208	200 381	36 827	8 945	137 865	38 540	6 592	40 887
1997 2.Vj.	172 417	69 150	56 762	- 1 993	8 055	6 325	58 644	48 300	10 343	2 209	31 938	8 741	1 737	8 470
3.Vj. p)	179 430	74 091	59 941	379	6 595	7 176	59 427	49 066	10 361	2 234	33 069	8 841	1 767	9 274
1997 Mai	52 198	17 542	18 358	- 3 566	1 249	1 501	20 412	17 034	3 378	557	10 286	2 818	583	2 301
Juni	71 942	36 790	20 196	6 001	7 281	3 311	19 667	16 364	3 303	1	12 138	2 821	527	4 024
Juli	55 594	19 567	21 873	- 4 657	- 1 097	3 448	19 385	15 849	3 536	1 705	11 177	3 186	574	2 659
Aug.	52 601	17 595	19 855	- 3 247	- 1 472	2 458	20 753	17 531	3 222	570	10 243	2 835	605	2 568
Sept. p)	71 236	36 930	18 213	8 282	9 164	1 271	19 290	15 687	3 603	- 40	11 648	2 820	588	4 047

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. VIII. 4 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (abzüglich der Umlage), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Das Aufkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer wird ab 1980 im Verhältnis 42,5 : 42,5 : 15 auf Bund, Länder und Gemeinden, das Aufkommen aus Körperschaft- und Kapitalertragsteuer im Verhältnis 50 : 50 auf Bund und Länder verteilt. — 3 Ab 1996 nach Abzug des - teilweise nur für Gesamtdeutschland ausgewiesenen - Kindergeldes. — 4 Ab Februar 1993 einschl. der Erträge aus dem

steuerlichen Zinsabschlag, an denen die Gemeinden mit 12% partizipieren. — 5 Anteil des Bundes: 1985: 65,5%, 1986 bis 1992: 65%, 1993 und 1994 63%, 1995 56%, ab 1996 50,5%; Rest jeweils Anteil der Länder. Von den genannten Bundesanteilen geht außerdem der EU-Anteil ab. — 6 Seit 1991 werden außerdem die Umsatzsteuerverteilung sowie die Höhe und Verteilung der Gewerbesteuerumlage von der Finanzierung des Schuldendienstes für den Fonds „Deutsche Einheit“ beeinflusst. — 7 Bund und Länder je 50%. — 8 Aufgliederung s. Tab. VIII. 6. — 9 Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern sowie aus den der EU zustehenden Zöllen werden nur noch für Gesamtdeutschland erfaßt.

6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Mio DM

Zeit	Reine Bundessteuern						Reine Ländersteuern					Gemeindesteuern		
	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinabgaben	Versicherungssteuer	übrige Verkehrssteuern 1)	sonstige Bundessteuern 2)	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögenssteuer	Erb-schaftsteuer	Biersteuer	übrige Ländersteuern	Gewerbesteuer 3)	Grundsteuern	sonstige Gemeindesteuern 4)
1992 5)	55 166	19 253	5 545	8 094	292	16 744	13 317	6 750	3 030	1 625	8 241	44 848	10 783	1 281
1993	56 300	19 459	5 134	9 290	79	3 495	14 059	6 784	3 044	1 769	9 065	42 266	11 663	1 383
1994	63 847	20 264	4 889	11 400	76	5 011	14 169	6 627	3 479	1 795	10 482	44 086	12 664	1 445
1995	64 888	20 595	4 837	14 104	54	29 590	13 806	7 855	3 548	1 779	9 613	42 058	13 744	1 426
1996	68 251	20 698	5 085	14 348	-	29 484	13 743	9 035	4 054	1 718	9 990	45 880	14 642	1 463
1997 2.Vj.	16 256	5 262	1 118	2 585	-	6 716	3 890	444	842	436	3 129	11 756	4 231	372
3.Vj. p)	16 587	5 393	1 060	3 040	-	6 990	3 594	358	1 178	484	3 227			
1997 Mai	5 323	1 810	343	1 045	-	1 766	1 245	156	299	154	964			
Juni	6 011	1 752	383	657	-	3 336	1 222	135	261	149	1 054			
Juli	5 383	2 626	442	730	-	1 997	1 268	148	465	162	1 142			
Aug.	5 407	994	336	1 715	-	1 791	1 145	102	406	165	1 017			
Sept. p)	5 796	1 774	282	594	-	3 202	1 181	108	307	157	1 067			

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einnahmen aus den bis Ende 1990 bzw. 1991 erhobenen Kapitalverkehrssteuern. — 2 Übrige Verbrauchsteuern sowie die von Mitte 1991 bis Mitte 1992 und erneut ab Anfang 1995 erhobene Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer („Soli-

daritätszuschlag“). — 3 Nach Ertrag und Kapital. — 4 Einschl. steuerähnlicher Einnahmen. — 5 Ab Anfang 1991 einschl. der Steuereinnahmen in den neuen Bundesländern.

VIII. Öffentliche Finanzen

7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte \*)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 1)	Bundes- obliga- tionen 1)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 1)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 2)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen 3)	sonstige 2)	ver- einigungs- be- dingte 4)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 5)
<b>Öffentliche Haushalte</b>													
1992	1 345 224	4 542	36 186	109 733	153 825	35 415	362 230	539 235	7 021	18 132	1 451	77 269	188
1993	1 509 150	-	30 589	150 138	188 767	46 093	402 073	578 352	6 076	19 267	1 421	86 181	196
1994	1 662 150	-	20 506	169 181	181 737	59 334	465 408	646 855	5 329	25 127	1 391	87 098	184
1995	1 995 974	-	8 072	219 864	170 719	78 456	607 224	767 253	4 971	37 033	15 106	87 079	198
1996 Juni	2 027 444	-	8 661	206 499	163 213	89 995	641 909	783 327	4 784	35 398	6 011	87 445	203
Sept.	2 060 995	-	19 536	213 554	167 285	94 126	638 664	795 820	4 737	36 274	6 033	84 762	204
Dez.	2 129 344	-	27 609	217 668	176 164	96 391	631 696	839 501	4 168	36 157	9 960	89 826	203
1997 März	2 159 939	-	26 684	225 339	179 389	98 362	645 225	848 380	4 036	32 233	9 745	90 337	209
Juni p)	2 178 338	-	26 775	228 479	195 440	99 874	656 074	844 933	4 007	30 530	1 327	90 684	215
<b>Bund</b>													
1992	611 099	4 354	24 277	50 516	153 825	35 415	289 049	37 081	1 457	3 671	1 451	9 818	186
1993	685 283	-	23 276	60 565	188 767	46 093	325 201	26 129	730	3 211	1 421	9 698	194
1994	712 488	-	15 870	66 987	181 737	59 334	359 833	16 654	63	862	1 391	9 576	183
1995	756 834	-	8 072	52 354	170 719	78 456	402 307	26 572	23	8 111	1 360	8 684	176
1996 Juni	791 609	-	8 661	46 414	163 213	89 995	439 927	25 870	23	7 288	1 352	8 684	182
Sept.	807 946	-	19 216	49 867	167 285	94 126	438 132	21 800	13	7 288	1 352	8 684	183
Dez.	839 883	-	26 789	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	10	7 761	1 330	8 684	183
1997 März	873 430	-	25 593	63 074	179 389	98 362	450 699	40 002	10	6 106	1 322	8 684	190
Juni	887 218	-	25 685	69 067	195 440	99 874	462 589	21 884	10	2 468	1 322	8 684	196
<b>Westdeutsche Länder</b>													
1992	366 602	141	-	40 822	.	.	26 026	286 020	1 728	8 991	.	2 874	2
1993	393 577	-	-	62 585	.	.	22 450	293 845	1 733	10 399	.	2 563	2
1994	415 052	-	-	68 643	.	.	20 451	311 622	1 632	10 444	.	2 259	2
1995	442 536	-	-	72 001	.	.	19 151	339 084	1 333	10 965	.	-	2
1996 Juni	448 315	-	-	75 025	.	.	16 517	344 717	1 041	11 013	.	-	2
Sept.	461 639	-	320	78 066	.	.	15 128	355 721	1 040	11 362	.	-	2
Dez.	477 361	-	320	80 036	.	.	11 934	372 449	874	11 747	.	-	2
1997 März	481 538	-	591	81 155	.	.	9 453	377 956	788	11 594	.	-	2
Juni p)	491 539	-	591	78 963	.	.	7 838	391 940	770	11 436	.	-	2
<b>Ostdeutsche Länder</b>													
1992	22 528	48	-	9 740	.	.	-	12 465	-	275	.	.	.
1993	40 263	-	-	18 115	.	.	1 000	21 003	5	140	.	.	.
1994	55 650	-	-	19 350	.	.	1 000	35 065	5	230	.	.	.
1995	69 151	-	-	23 845	.	.	1 500	43 328	17	461	.	.	.
1996 Juni	70 111	-	-	24 285	.	.	1 500	43 831	129	366	.	.	.
Sept.	72 562	-	-	24 645	.	.	1 500	46 147	100	170	.	.	.
Dez.	80 985	-	500	25 320	.	.	1 500	53 483	-	182	.	.	.
1997 März	80 103	-	500	24 343	.	.	1 500	53 568	-	192	.	.	.
Juni p)	81 224	-	500	23 618	.	.	1 500	55 434	-	172	.	.	.
<b>Westdeutsche Gemeinden 6)</b>													
1992	140 132	.	.	-	.	.	150	134 618	3 516	1 848	.	.	.
1993	149 211	.	.	-	.	.	-	143 940	3 264	2 007	.	.	.
1994	155 663	.	.	-	.	.	1 000	149 745	3 186	2 632	.	.	.
1995	159 575	.	.	-	.	.	1 000	153 323	3 006	2 246	.	.	.
1996 Juni	161 950	.	.	-	.	.	1 280	155 420	3 000	2 250	.	.	.
Sept.	161 750	.	.	-	.	.	1 280	155 220	3 000	2 250	.	.	.
Dez.	161 395	.	.	200	.	.	1 280	154 989	2 746	2 180	.	.	.
1997 März	158 050	.	.	200	.	.	1 280	151 670	2 720	2 180	.	.	.
Juni p)	160 150	.	.	200	.	.	1 330	153 720	2 720	2 180	.	.	.

Anmerkungen s. Ende der Tabelle.

VIII. Öffentliche Finanzen

noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte \*)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 1)	Bundes- obliga- tionen 1)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 1)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 2)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen 3)	sonstige 2)	ver- einigungs- be- dingte 4)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 5)
<b>Ostdeutsche Gemeinden 6)</b>													
1992	14 462	.	.	—	.	.	—	14 031	313	118	.	.	.
1993	23 648	.	.	—	.	.	300	22 727	339	282	.	.	.
1994	32 465	.	.	125	.	.	400	31 046	371	523	.	.	.
1995	37 024	.	.	225	.	.	400	35 609	349	441	.	.	.
1996 Juni	37 400	.	.	225	.	.	400	35 975	350	450	.	.	.
Sept.	37 850	.	.	225	.	.	400	36 425	350	450	.	.	.
Dez.	39 218	.	.	225	.	.	400	38 163	309	121	.	.	.
1997 März	39 600	.	.	225	.	.	400	38 575	300	100	.	.	.
Juni p)	39 700	.	.	225	.	.	400	38 675	300	100	.	.	.
<b>Bundeseisenbahnvermögen</b>													
1994	71 173	.	.	5 208	.	.	29 467	29 232	65	7 200	.	.	.
1995	78 400	.	.	3 848	.	.	28 992	39 005	140	6 415	.	.	.
1996 Juni	76 842	.	.	1 849	.	.	28 898	40 082	138	5 875	.	.	.
Sept.	76 620	.	.	1 900	.	.	28 844	40 036	132	5 709	.	.	.
Dez.	77 785	.	.	1 882	.	.	28 749	41 537	130	5 489	.	.	.
1997 März	77 976	.	.	1 863	.	.	28 800	42 265	129	4 920	.	.	.
Juni	78 062	.	.	1 888	.	.	28 883	42 254	117	4 920	.	.	.
<b>Fonds „Deutsche Einheit“</b>													
1992	74 371	.	—	8 655	.	.	42 371	21 787	5	1 553	.	.	.
1993	87 676	.	1 876	8 873	.	.	43 804	31 566	5	1 552	.	.	.
1994	89 187	.	897	8 867	.	.	43 859	33 744	5	1 816	.	.	.
1995	87 146	.	—	8 891	.	.	44 398	31 925	5	1 927	.	.	.
1996 Juni	84 249	.	—	—	.	.	44 255	37 270	5	2 719	.	.	.
Sept.	84 488	.	—	—	.	.	44 181	37 230	5	3 072	.	.	.
Dez.	83 547	.	—	—	.	.	44 312	38 020	5	1 210	.	.	.
1997 März	82 739	.	—	—	.	.	44 294	37 380	5	1 060	.	.	.
Juni	81 870	.	—	—	.	.	44 330	36 740	5	795	.	.	.
<b>ERP-Sondervermögen</b>													
1992	24 283	.	.	.	.	.	4 633	19 650	.	—	.	.	.
1993	28 263	.	.	.	.	.	9 318	18 945	.	—	.	.	.
1994	28 043	.	.	.	.	.	10 298	17 745	.	—	.	.	.
1995	34 200	.	.	.	.	.	10 745	23 455	.	—	.	.	.
1996 Juni	33 621	.	.	.	.	.	10 791	22 830	.	—	.	.	.
Sept.	33 385	.	.	.	.	.	10 710	22 675	.	—	.	.	.
Dez.	34 135	.	.	.	.	.	10 750	23 385	.	—	.	.	.
1997 März	33 795	.	.	.	.	.	10 700	23 095	.	—	.	.	.
Juni	33 635	.	.	.	.	.	10 805	22 830	.	—	.	.	.
<b>Kreditabwicklungsfonds / Erblastentilgungsfonds 7)</b>													
1992	91 747	.	11 909	.	.	.	.	13 583	2	1 676	.	64 577	.
1993	101 230	.	5 437	.	.	.	.	20 197	—	1 676	.	73 921	.
1994	102 428	.	3 740	.	.	.	.	22 003	2	1 420	.	75 263	.
1995	328 888	.	—	8) 58 699	.	.	98 731	72 732	98	6 468	13 745	78 395	21
1996 Juni	320 633	.	—	8) 58 700	.	.	98 342	74 617	98	5 437	4 659	78 761	19
Sept.	321 924	.	—	8) 58 851	.	.	98 487	77 737	98	5 974	4 681	76 078	19
Dez.	331 918	.	—	8) 54 718	.	.	98 468	81 380	95	7 468	8 630	81 142	19
1997 März	329 557	.	—	8) 54 480	.	.	98 083	80 735	85	6 081	8 423	81 653	18
Juni	321 740	.	—	8) 54 519	.	.	98 370	78 285	85	8 459	5	82 001	17
<b>Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz / Entschädigungsfonds</b>													
1995	2 220	.	.	.	.	.	—	2 220	—	—	.	.	.
1996 Juni	2 715	.	.	.	.	.	1	2 714	—	—	.	.	.
Sept.	2 833	.	.	.	.	.	4	2 829	—	—	.	.	.
Dez.	3 117	.	.	.	.	.	9	3 108	—	—	.	.	.
1997 März	3 152	.	.	.	.	.	17	3 136	—	—	.	.	.
Juni	3 201	.	.	.	.	.	29	3 172	—	—	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — \* Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 2 Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 3 Einschl. Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. — 4 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 5 Hauptsächlich auf

fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 6 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. — 7 Anfang 1995 sind die Schulden des Kreditabwicklungsfonds und der Treuhänderanstalt auf den Erblastentilgungsfonds übergegangen. — 8 Einschl. Medium Term Notes.

VIII. Öffentliche Finanzen

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung \*)

Mio DM

Position	Stand Ende			Nettokreditaufnahme 1)						
	1995	1996	Juni 1997 p)	1996			1997			
				insgesamt	1.Hj.	1.Vj.	2.Vj.	1.Hj. p)	1.Vj.	2.Vj. p)
<b>Kreditnehmer</b>										
Bund	756 834	839 883	887 218	+ 83 049	+ 34 775	+ 18 854	+ 15 921	+ 47 335	+ 33 548	+ 13 787
Fonds „Deutsche Einheit“	87 146	83 547	81 870	- 3 599	- 2 897	- 975	- 1 922	- 1 677	- 808	- 868
ERP- Sondervermögen	34 200	34 135	33 635	- 65	- 579	- 61	- 518	- 500	- 340	- 160
Bundeseisenbahnvermögen	78 400	77 785	78 062	- 615	- 1 558	- 1 409	- 149	+ 277	+ 191	+ 86
Erblastentilgungsfonds	328 888	331 918	321 740	- 10 131	- 8 622	- 1 409	- 7 213	- 11 118	- 2 885	- 8 233
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz	2 220	3 108	3 172	+ 888	+ 494	+ 536	- 42	+ 64	+ 27	+ 37
Entschädigungsfonds	-	9	29	+ 9	+ 1	+ 0	+ 1	+ 20	+ 8	+ 12
Westdeutsche Länder	442 536	477 361	491 539	+ 34 826	+ 5 779	- 23	+ 5 802	+ 14 177	+ 4 176	+ 10 001
Ostdeutsche Länder	69 151	80 985	81 224	+ 11 834	+ 960	- 305	+ 1 266	+ 239	- 882	+ 1 121
Westdeutsche Gemeinden 2)	159 575	161 395	160 150	+ 5 500	+ 2 375	+ 1 825	+ 550	+ 2 470	+ 370	+ 2 100
Ostdeutsche Gemeinden 2)	37 024	39 218	39 700	+ 1 600	+ 376	+ 276	+ 100	+ 482	+ 382	+ 100
Insgesamt	1 995 974	2 129 344	2 178 338	+ 123 296	+ 31 104	+ 17 308	+ 13 796	+ 51 770	+ 33 786	+ 17 984
<b>Schuldarten</b>										
Unverzinsliche Schatzanweisungen 3)	8 072	27 609	26 775	+ 19 536	+ 588	+ 640	- 52	- 833	- 925	+ 91
Obligationen/Schatzanweisungen 4)	219 864	217 668	228 479	- 2 195	- 13 365	- 16 931	+ 3 566	+ 10 811	+ 7 671	+ 3 140
Bundeseobligationen 4)	170 719	176 164	195 440	+ 5 445	- 7 507	- 9 016	+ 1 510	+ 19 276	+ 3 225	+ 16 051
Bundesschatzbriefe	78 456	96 391	99 874	+ 17 935	+ 11 539	+ 6 533	+ 5 006	+ 3 483	+ 1 971	+ 1 512
Anleihen 4)	607 224	631 696	656 074	+ 24 472	+ 34 685	+ 25 342	+ 9 343	+ 24 377	+ 13 529	+ 10 849
Direktausleihungen der Kreditinstitute 5)	767 253	839 501	844 933	+ 75 336	+ 16 075	+ 14 029	+ 2 046	+ 9 147	+ 12 594	- 3 447
Darlehen von Sozialversicherungen	4 971	4 168	4 007	- 803	- 188	+ 71	- 259	- 162	- 132	- 30
Sonstige Darlehen 5)	36 954	36 078	30 451	- 876	- 1 635	- 795	- 840	- 5 626	- 3 924	- 1 702
Altschulden 6)	15 304	10 163	1 541	- 13 553	- 9 090	- 2 566	- 6 523	- 8 622	- 209	- 8 413
Ausgleichsforderungen	87 079	89 826	90 684	- 2 001	-	-	-	- 80	- 13	- 67
Investitionshilfeabgabe	79	79	79	- 0	- 0	+ 1	- 1	+ 0	+ 0	+ 0
Insgesamt	1 995 974	2 129 344	2 178 338	+ 123 296	+ 31 104	+ 17 308	+ 13 796	+ 51 770	+ 33 786	+ 17 984
<b>Gläubiger</b>										
<b>Bankensystem</b>										
Bundesbank	9 505	8 684	8 684	- 821	- 821	- 821	-	-	-	-
Kreditinstitute	1 051 700	1 133 500	1 161 400	+ 72 500	+ 34 000	+ 31 600	+ 2 400	+ 31 600	+ 42 900	- 11 300
<b>Inländische Nichtbanken</b>										
Sozialversicherungen 7)	5 000	4 200	4 000	- 800	- 200	+ 100	- 300	- 200	- 200	-
Sonstige 8)	366 170	365 260	349 954	- 1 683	- 12 775	- 10 771	- 2 004	- 16 230	- 27 214	+ 10 984
Ausland ts)	563 600	617 700	654 300	+ 54 100	+ 10 900	- 2 800	+ 13 700	+ 36 600	+ 18 300	+ 18 300
Insgesamt	1 995 974	2 129 344	2 178 338	+ 123 296	+ 31 104	+ 17 308	+ 13 796	+ 51 770	+ 33 786	+ 17 984

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — \* Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. — 3 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspa-

piere. — 4 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 5 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 6 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 7 Ohne von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes erworbene Anleihen der öffentlichen Haushalte. — 8 Als Differenz ermittelt.

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Mio DM									
	Insgesamt 1)	Bund 2)	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwicklungs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder 3)	Gemeinden 3) 4) 5)	Bundes- eisenbahn- vermögen	Erblasten- tilgungs- fonds	Ausgleichs- fonds Stein- kohleneinsatz
1993	594 345	29 903	33 123	21 873	18 945	322 097	168 404	-	-	-
1994	661 675	17 428	35 565	23 425	17 745	349 377	181 638	36 497	-	-
1995	790 631	31 807	33 857	-	23 455	387 309	187 125	45 560	79 297	2 220
Juni	804 256	25 903	39 994	-	22 830	397 017	189 551	46 095	80 151	2 714
Sept.	823 412	28 792	40 307	-	22 675	408 737	190 388	45 876	83 808	2 829
Dez.	853 533	33 817	39 235	-	23 385	428 292	189 599	47 155	88 942	3 108
1997 März	851 972	26 734	38 445	-	23 095	437 673	188 676	47 314	86 900	3 136
Juni p)	860 512	23 119	37 540	-	22 830	451 163	188 570	47 291	86 828	3 172

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Ab 1991 Gesamtdeutschland. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände und kommunaler Krankenhäuser. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

VIII. Öffentliche Finanzen

10. Verschuldung des Bundes

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)		Bundes- schatz- anwei- sungen 2)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2) 3)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden		
			zu- sammen	darunter Finanzie- rungs- schätze						Sozial- versiche- rungen 5)	sonstige 4) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 8)
1985 9)	392 356	-	9 282	3 525	15 473	71 955	25 921	92 600	147 001	2 254	17 317	-	10 552	1
1990	542 189	-	19 494	18 213	38 763	123 014	30 892	239 282	72 523	1 294	6 880	-	10 046	1
1991	586 493	-	19 932	18 649	47 861	133 663	34 696	278 734	52 654	1 616	5 737	1 481	9 934	186
1992	611 099	4 354	24 277	23 819	50 516	153 825	35 415	289 049	37 081	1 457	3 671	1 451	9 818	186
1993	685 283	-	23 276	22 904	60 565	188 767	46 093	325 201	26 129	730	3 211	1 421	9 698	194
1994	712 488	-	15 870	14 578	66 987	181 737	59 334	359 833	16 654	63	862	1 391	9 576	183
1995	756 834	-	8 072	7 681	52 354	170 719	78 456	402 307	26 572	23	8 111	1 360	8 684	176
1996	839 883	-	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	10	7 761	1 330	8 684	183
1996 Nov.	839 129	-	27 061	7 439	47 144	174 186	95 338	438 218	39 378	10	7 578	1 351	8 684	182
1996 Dez.	839 883	-	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	10	7 761	1 330	8 684	183
1997 Jan.	855 552	-	26 279	6 402	57 239	171 518	99 026	453 575	31 894	10	5 811	1 330	8 684	187
1997 Febr.	870 626	-	25 878	6 001	53 538	183 851	99 654	453 230	38 155	10	6 106	1 330	8 684	191
1997 März	873 430	-	25 593	5 717	63 074	179 389	98 362	450 699	40 002	10	6 106	1 322	8 684	190
1997 April	878 001	-	25 747	5 684	64 923	182 561	99 264	460 731	28 460	10	6 106	1 322	8 684	194
1997 Mai	889 224	-	25 685	5 622	60 382	192 393	99 104	460 900	34 445	10	6 106	1 322	8 684	193
1997 Juni	887 218	-	25 685	5 621	69 067	195 440	99 874	462 589	21 884	10	2 468	1 322	8 684	196
1997 Juli	898 945	-	24 743	5 570	70 331	185 864	100 100	468 463	36 759	10	2 468	1 322	8 684	202
1997 Aug.	901 822	-	24 700	5 509	65 431	193 068	100 350	467 356	38 235	10	2 468	1 322	8 684	199
1997 Sept.	902 329	-	24 573	5 383	73 556	187 862	99 633	465 014	39 012	10	2 468	1 322	8 684	197
1997 Okt. p)	904 458	-	25 250	5 185	74 988	176 192	99 880	472 277	43 192	10	2 468	1 321	8 684	197

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Ab Januar 1991 einschl. von der Bundesbahn übernommener Anleihen in Höhe von 12 622 Mio DM. — 4 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen; einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. —

7 Übernahme von NVA- und WG5-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten. — 8 Ablösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 9 Der Bund hat 1980 die Schulden des Lastenausgleichsfonds mitübernommen. Diese werden seither zusammen mit der eigentlichen Bundesschuld beim Bund nachgewiesen.

11. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts

Mrd DM

Zeit	Kassen- ein- nahmen 1)	Kassen- aus- gaben 1) 2)	Kassen- über- schuß (+) bzw. -defizit (-)	Finanzierung 3)					Kassen- über- schuß (+) bzw. -defizit (-) seit Beginn des Jahres
				Veränderung			Schwebende Verrechnungen	Einnahmen aus Münz- gutschriften	
				der Kassen- mittel 4)	der Buch- kredite der Bundesbank	der markt- mäßigen Verschuldung			
(a)	(b)	(c)	(d)	(e)					
1985	257,54	280,44	- 22,90	+ 0,74	- 1,77	+ 26,83	- 1,76	0,34	- 22,90
1990	332,99	368,85	- 35,86	+ 8,27	-	+ 51,65	- 8,82	1,31	- 35,86
1991	405,61	449,51	- 43,90	- 3,71	-	+ 30,20	+ 8,82	1,16	- 43,90
1992	438,22	475,09	- 36,88	- 11,55	+ 4,35	+ 20,25	-	0,72	- 36,88
1993	450,28	512,30	- 62,01	+ 12,95	- 4,35	+ 78,54	-	0,78	- 62,01
1994	463,72	497,55	- 33,83	- 6,12	-	+ 27,21	-	0,50	- 33,83
1995	501,56	549,77	- 48,20	- 3,49	-	+ 44,35	-	0,37	- 48,20
1996	532,67	609,26	- 76,60	+ 6,62	-	+ 83,05	-	0,17	- 76,60
1996 Nov.	40,24	55,61	- 15,37	- 5,99	-	+ 9,38	-	0,00	- 83,69
1996 Dez.	72,24	65,15	+ 7,10	+ 7,80	-	+ 0,75	-	0,05	- 76,60
1997 Jan.	40,76	64,32	- 23,57	- 7,90	-	+ 15,67	-	0,00	- 23,57
1997 Febr.	38,51	46,73	- 8,22	+ 6,88	-	+ 15,07	-	0,03	- 31,79
1997 März	50,80	58,12	- 7,31	- 4,51	-	+ 2,80	-	0,00	- 39,10
1997 April	43,09	44,72	- 1,62	+ 2,95	-	+ 4,57	-	0,00	- 40,73
1997 Mai	38,44	47,57	- 9,13	+ 2,09	-	+ 11,22	-	0,00	- 49,86
1997 Juni	53,24	53,80	- 0,56	- 2,57	-	- 2,01	-	0,00	- 50,42
1997 Juli	45,37	54,74	- 9,37	+ 2,36	-	+ 11,73	-	0,00	- 59,79
1997 Aug.	44,48	46,00	- 1,53	+ 1,38	-	+ 2,88	-	0,03	- 61,32
1997 Sept.	49,62	52,19	- 2,57	- 2,06	-	+ 0,51	-	0,00	- 63,88
1997 Okt. p)	43,17	49,06	- 5,90	- 3,77	-	+ 2,13	-	0,01	- 69,78

1 Bei den als Kasseneinnahmen und -ausgaben nachgewiesenen Kassentransaktionen handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf die bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes. Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen sie vor allem deshalb ab, weil diese Transaktionen nicht zum Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern zum Zeitpunkt des effektiven Zu- bzw. Abflusses

erfaßt werden und weil über die Konten des Bundes nicht im Bundeshaushalt verbuchte Transaktionen für die Europäischen Gemeinschaften abgewickelt werden. — 2 Einschl. geringer Beträge an Sondertransaktionen. — 3 Kassensaldo = Spalte (a) - (b) - (c) - (d) - (e). — 4 Einlagen bei der Bundesbank und im Geldmarkt.

VIII. Öffentliche Finanzen

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens  
der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Mio DM

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Dar- lehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	
		Beiträge 2)	Zahlun- gen des Bundes		Renten 3)	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
<b>Westdeutschland</b>													
1992	238 428	193 310	39 806	228 049	195 812	11 781	+ 10 379	49 812	38 319	10 055	1 307	131	5 839
1993	243 119	196 357	41 837	248 866	207 633	13 064	- 5 747	39 786	29 957	8 499	1 100	229	6 297
1994	267 265	215 758	48 108	266 443	220 744	14 375	+ 822	33 578	24 194	8 170	909	305	6 890
1995	276 302	225 324	47 979	279 226	230 222	15 923	- 2 924	21 756	16 801	3 948	746	262	7 800
1996 p) 8)	288 761	236 036	50 478	288 716	237 453	16 809	+ 45	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1996 4.Vj.	77 065	64 761	11 806	72 530	59 959	4 383	+ 4 535	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997 1.Vj.	73 714	59 130	13 931	72 950	60 823	4 414	+ 764	13 364	8 624	2 039	2 471	230	8 783
2.Vj.	74 776	60 480	13 824	71 725	60 759	4 411	+ 3 051	12 025	7 348	2 013	2 436	228	9 068
3.Vj.	74 848	64 643	13 603	74 844	62 267	4 518	+ 4	9 454	4 874	1 961	2 407	212	9 170
<b>Ostdeutschland</b>													
1992	42 324	32 553	9 463	46 918	40 017	2 515	- 4 594	.	.	.	.	.	.
1993	53 241	36 051	10 834	55 166	45 287	2 834	- 1 925	.	.	.	.	.	.
1994	63 001	40 904	13 783	65 811	53 136	3 376	- 2 810	.	.	.	.	.	.
1995	70 774	44 970	16 408	77 780	63 812	4 362	- 7 006	.	.	.	.	.	.
1996 p)	74 790	46 580	17 910	83 830	68 445	4 851	- 9 040	.	.	.	.	.	.
1996 4.Vj.	19 680	12 664	4 730	20 912	17 082	1 274	- 1 232	.	.	.	.	.	.
1997 1.Vj.	19 475	11 868	4 822	21 276	17 378	1 264	- 1 801	.	.	.	.	.	.
2.Vj.	18 187	12 085	4 907	21 194	17 313	1 283	- 3 007	.	.	.	.	.	.
3.Vj.	19 770	11 919	5 146	22 516	18 166	1 398	- 2 746	.	.	.	.	.	.

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger an die Krankenkassen nach

§ 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Ab 1995 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im wesentlichen der Schwankungsreserve. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. Ab 1992 gesamtdeutsche Werte. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens  
der Bundesanstalt für Arbeit

Mio DM

Zeit	Einnahmen			Ausgaben				Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuß bzw. Betriebs- mittel- darlehen des Bundes	Vermögen 6)			
	ins- gesamt 1)	darunter:		ins- gesamt	Arbeits- losen- unter- stützun- gen 3) 4)	Winter- bau- förderung	beruf- liche Förde- rung 4) 5)			insgesamt	Ein- lagen 7)	Wertpa- piere	Dar- lehen 8)
		Beiträge	Um- lagen 2)										
<b>Westdeutschland</b>													
1992	76 368	73 365	1 440	47 508	21 742	1 373	17 648	+ 28 860	-	72	0	68	5
1993	81 509	76 326	1 820	58 970	34 149	1 467	15 895	+ 22 540	-	65	-	62	3
1994	85 873	77 807	3 809	58 244	35 163	1 366	14 382	+ 27 629	-	57	-	54	3
1995	86 195	80 398	2 942	61 322	36 161	1 168	16 745	+ 24 873	-	52	-	50	2
1996	87 885	81 189	3 334	67 362	40 186	655	18 368	+ 20 523	-	45	-	43	2
1996 4.Vj.	24 755	22 473	1 363	18 248	10 515	12	5 046	+ 6 507	-	45	-	43	2
1997 1.Vj.	20 317	19 288	350	16 678	10 678	146	4 019	+ 3 639	-	45	-	43	2
2.Vj.	21 144	19 791	704	16 554	10 448	150	4 116	+ 4 589	-	45	-	43	2
3.Vj.	22 979	20 133	839	14 779	9 305	18	3 620	+ 8 200	-	.	.	.	.
<b>Ostdeutschland</b>													
1992	3 313	3 297	3	46 015	14 569	357	20 228	- 42 702	8 940	.	.	.	.
1993	3 600	3 569	8	50 566	13 856	452	20 996	- 46 966	24 419	.	.	.	.
1994	3 785	3 730	13	41 619	13 179	456	16 891	- 37 835	10 142	.	.	.	.
1995	4 016	3 956	15	35 781	13 094	418	17 696	- 31 765	6 887	.	.	.	.
1996	3 941	3 884	12	38 226	16 938	247	18 111	- 34 286	13 756	.	.	.	.
1996 4.Vj.	1 070	1 058	1	10 611	4 430	2	5 291	- 9 541	1 770	.	.	.	.
1997 1.Vj.	899	885	3	9 646	4 858	64	4 053	- 8 747	5 703	.	.	.	.
2.Vj.	897	880	3	10 021	5 170	59	4 082	- 9 124	4 993	.	.	.	.
3.Vj.	906	890	1	8 853	4 704	3	3 438	- 7 947	3 101	.	.	.	.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Konkursausfallgeld. — 3 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. — 4 Einschl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge. — 5 Berufliche Bil-

dung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation und Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. — 6 Ohne Verwaltungsvermögen. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 7 Einschl. Barmittel. — 8 Ohne Darlehen aus Haushaltsausgaben; einschl. Beteiligungen.



IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens  
Deutschland

Position	1993	1994	1995 p)	1996 p)	1.Hj. 1997 p)	1994	1995 p)	1996 p)	1.Hj. 1997 p)	1993	1994	1995 p)	1996 p)
	Mrd DM					Veränderung gegen Vorjahr in %				Anteil in %			
<b>in jeweiligen Preisen</b>													
<b>I. Entstehung des Inlandsprodukts</b>													
Land- und Forstwirtschaft 1)	36,5	36,1	35,9	37,5	5,7	- 1,2	- 0,6	4,6	1,4	1,2	1,1	1,0	1,1
Produzierendes Gewerbe	1 079,2	1 116,7	1 144,0	1 143,3	570,6	3,5	2,4	- 0,1	1,3	34,1	33,6	33,1	32,3
Handel und Verkehr 2)	454,1	478,4	487,8	491,7	248,6	5,3	2,0	0,8	2,6	14,4	14,4	14,1	13,9
Dienstleistungsunternehmen 3)	1 034,2	1 110,0	1 184,5	1 254,8	646,0	7,3	6,7	5,9	4,7	32,7	33,4	34,2	35,4
Unternehmen	2 604,0	2 741,1	2 852,0	2 927,3	1 471,0	5,3	4,0	2,6	3,0	82,3	82,4	82,4	82,7
Staat, private Haushalte u.ä. 4)	449,6	461,7	478,2	486,5	228,5	2,7	3,6	1,7	1,5	14,2	13,9	13,8	13,7
Bruttowertschöpfung desgl. bereinigt 5)	3 053,6	3 202,8	3 330,3	3 413,8	1 699,5	4,9	4,0	2,5	2,8	96,5	96,2	96,3	96,4
Bruttoinlandsprodukt	2 918,1	3 063,2	3 193,1	3 273,8	1 628,8	5,0	4,2	2,5	2,8	92,2	92,0	92,3	92,4
Bruttoinlandsprodukt	3 163,7	3 328,2	3 459,6	3 541,5	1 761,7	5,2	3,9	2,4	2,8	100	100	100	100
<b>II. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Privater Verbrauch	1 829,3	1 906,0	1 979,2	2 045,4	1 022,9	4,2	3,8	3,3	2,6	57,8	57,3	57,2	57,8
Staatsverbrauch	634,9	658,6	686,5	702,7	333,0	3,7	4,2	2,3	1,2	20,1	19,8	19,8	19,8
Ausrüstungen	261,5	258,1	262,3	267,9	129,4	- 1,3	1,6	2,1	3,7	8,3	7,8	7,6	7,6
Bauten	429,5	468,1	479,7	462,4	216,7	9,0	2,5	- 3,6	- 0,9	13,6	14,1	13,9	13,1
Vorratsinvestitionen	- 9,2	16,4	24,8	20,1	31,1	.	.	.	.	- 0,3	0,5	0,7	0,6
Inländische Verwendung	3 145,9	3 307,2	3 432,5	3 498,5	1 733,0	5,1	3,8	1,9	2,2	99,4	99,4	99,2	98,8
Außenbeitrag	17,8	21,0	27,1	43,0	28,7	.	.	.	.	0,6	0,6	0,8	1,2
Ausfuhr	697,6	757,0	818,0	857,1	459,4	8,5	8,1	4,8	10,2	22,0	22,7	23,6	24,2
Einfuhr	679,8	735,9	790,9	814,1	430,7	8,3	7,5	2,9	8,2	21,5	22,1	22,9	23,0
Bruttoinlandsprodukt	3 163,7	3 328,2	3 459,6	3 541,5	1 761,7	5,2	3,9	2,4	2,8	100	100	100	100
<b>III. Verteilung des Volkseinkommens</b>													
Einkommen aus unselbständiger Arbeit 6)	1 777,9	1 822,7	1 882,4	1 900,4	900,4	2,5	3,3	1,0	0,7	74,1	72,6	72,0	71,2
Einkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen	622,6	687,3	732,8	768,5	420,8	10,4	6,6	4,9	6,5	25,9	27,4	28,0	28,8
Volkseinkommen	2 400,5	2 510,0	2 615,2	2 668,9	1 321,2	4,6	4,2	2,1	2,5	100	100	100	100
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	3 168,8	3 320,2	3 443,2	3 513,5	1 748,2	4,8	3,7	2,0	2,4	.	.	.	.
<b>in Preisen von 1991</b>													
<b>IV. Entstehung des Inlandsprodukts</b>													
Land- und Forstwirtschaft 1)	45,6	43,8	44,9	45,5	9,2	- 3,8	2,4	1,3	1,4	1,6	1,5	1,5	1,5
Produzierendes Gewerbe	1 004,8	1 033,2	1 044,4	1 042,9	518,6	2,8	1,1	- 0,1	1,8	34,9	34,9	34,7	34,1
Handel und Verkehr 2)	426,0	432,9	441,9	450,2	226,9	1,6	2,1	1,9	2,7	14,8	14,6	14,7	14,7
Dienstleistungsunternehmen 3)	915,8	950,8	987,7	1 031,5	529,2	3,8	3,9	4,4	3,7	31,8	32,1	32,8	33,8
Unternehmen	2 392,2	2 460,7	2 518,9	2 570,1	1 283,9	2,9	2,4	2,0	2,7	83,0	83,1	83,6	84,1
Staat, private Haushalte u.ä. 4)	396,3	401,3	402,9	404,7	202,1	1,3	0,4	0,5	0,1	13,7	13,6	13,4	13,2
Bruttowertschöpfung desgl. bereinigt 5)	2 788,4	2 862,0	2 921,8	2 974,8	1 486,0	2,6	2,1	1,8	2,4	96,8	96,7	96,9	97,4
Bruttoinlandsprodukt	2 663,7	2 730,6	2 785,4	2 826,7	1 407,0	2,5	2,0	1,5	2,1	92,4	92,2	92,4	92,5
Bruttoinlandsprodukt	2 881,9	2 960,2	3 013,8	3 054,5	1 519,3	2,7	1,8	1,4	2,0	100	100	100	100
<b>V. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Privater Verbrauch	1 678,7	1 699,0	1 731,1	1 753,5	860,9	1,2	1,9	1,3	0,6	58,2	57,4	57,4	57,4
Staatsverbrauch	576,6	588,9	601,9	612,6	300,2	2,1	2,2	1,8	0,9	20,0	19,9	20,0	20,1
Ausrüstungen	253,5	251,0	255,0	260,0	125,5	- 1,0	1,6	1,9	3,6	8,8	8,5	8,5	8,5
Bauten	388,0	413,2	414,4	401,3	187,3	6,5	0,3	- 3,1	- 0,9	13,5	14,0	13,7	13,1
Vorratsinvestitionen	- 3,8	19,4	27,9	26,3	31,6	.	.	.	.	- 0,1	0,7	0,9	0,9
Inländische Verwendung	2 893,1	2 971,4	3 030,3	3 053,7	1 505,5	2,7	2,0	0,8	0,9	100,4	100,4	100,5	100,0
Außenbeitrag	- 11,2	- 11,2	- 16,5	0,8	13,9	.	.	.	.	- 0,4	- 0,4	- 0,5	0,0
Ausfuhr	688,7	742,8	789,2	824,4	439,2	7,9	6,2	4,5	9,6	23,9	25,1	26,2	27,0
Einfuhr	699,8	754,0	805,7	823,6	425,4	7,7	6,9	2,2	5,5	24,3	25,5	26,7	27,0
Bruttoinlandsprodukt	2 881,9	2 960,2	3 013,8	3 054,5	1 519,3	2,7	1,8	1,4	2,0	100	100	100	100

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1 Einschl. Fischerei. — 2 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 3 Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und sonstige Dienstleistungen. — 4 Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 5 Bruttowertschöpfung aller Wirtschafts-

bereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. — 6 Einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber (u.a. für die betriebliche Altersversorgung).











IX. Konjunkturlage

8. Einkommen der privaten Haushalte  
Deutschland

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Öffentliche Einkommensübertragungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Private Ersparnis 6)		Sparquote 7)
	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd DM	Veränderung gegen Vorjahr %	%
1991	1 354,7	.	942,5	.	415,3	.	1 357,8	.	1 892,2	.	261,9	.	13,8
1992	1 462,8	8,0	1 000,6	6,2	460,9	11,0	1 461,5	7,6	2 038,0	7,7	282,5	7,9	13,9
1993	1 488,3	1,7	1 017,4	1,7	495,8	7,6	1 513,2	3,5	2 101,2	3,1	272,0	- 3,7	12,9
1994	1 512,2	1,6	1 015,7	- 0,2	515,6	4,0	1 531,2	1,2	2 172,8	3,4	266,8	- 1,9	12,3
1995 p)	1 559,6	3,1	1 021,7	0,6	541,4	5,0	1 563,0	2,1	2 256,4	3,8	277,2	3,9	12,3
1996 p)	1 569,9	0,7	1 044,8	2,3	544,0	0,5	1 588,8	1,6	2 334,6	3,5	289,2	4,3	12,4
1996 1.Vj. p)	356,5	2,6	239,1	0,9	134,8	4,9	373,9	2,3	549,5	3,0	75,1	1,1	13,7
2.Vj. p)	373,1	3,7	241,5	0,5	132,0	4,8	373,5	2,0	549,4	4,8	58,4	2,0	10,6
3.Vj. p)	387,5	3,6	258,6	1,0	135,9	3,9	394,5	1,9	548,5	4,1	58,0	7,4	10,6
4.Vj. p)	442,6	2,6	282,5	0,0	138,7	6,5	421,2	2,1	609,0	3,5	85,8	5,5	14,1
1996 1.Vj. p)	363,6	2,0	246,7	3,2	136,5	1,3	383,3	2,5	572,9	4,3	80,9	7,8	14,1
2.Vj. p)	375,2	0,6	248,2	2,8	134,1	1,6	382,3	2,4	565,8	3,0	61,2	4,9	10,8
3.Vj. p)	389,4	0,5	264,6	2,3	135,5	- 0,3	400,1	1,4	566,9	3,4	58,5	0,9	10,3
4.Vj. p)	441,7	- 0,2	285,3	1,0	137,9	- 0,5	423,2	0,5	629,1	3,3	88,6	3,3	14,1
1997 1.Vj. p)	363,0	- 0,2	243,3	- 1,4	138,6	1,5	381,8	- 0,4	581,6	1,5	79,3	- 2,0	13,6
2.Vj. p)	374,7	- 0,2	243,7	- 1,8	133,5	- 0,5	377,2	- 1,3	580,5	2,6	59,9	- 2,2	10,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Geänderte Abgrenzung durch Umstellung bei der Buchung des Kindergeldes. — 2 Einschl. zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber (u. a. für die betriebliche Altersversorgung, aber ohne Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen); Inländerkonzept. — 3 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie der Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen. Ab Anfang 1996 einschl. des an abhängig Beschäftigte zu leistenden Kindergeldes. — 4 Sozialrenten, Unterstützungen und Beamtenpensionen (netto),

abzüglich Übertragungen der privaten Haushalte an den Staat. Ab Anfang 1996 ohne das an abhängig Beschäftigte geleistete Kindergeld, jedoch weiterhin einschl. des an Nichtsteuerpflichtige gezahlten Kindergeldes. — 5 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich öffentlicher Einkommensübertragungen. — 6 Masseneinkommen zuzüglich der Vermögenseinkünfte aller privaten Haushalte sowie der Privatentnahmen der Selbständigen, abzüglich Einkommensübertragungen an das Ausland. — 7 Einschl. der Ansprüche gegenüber betrieblichen Pensionsfonds. — 8 Ersparnis in % des Verfügbaren Einkommens.

9. Tarif- und Effektivverdienste  
Deutschland

Zeit	Gesamtwirtschaft						Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)					
	Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 2)		Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis		1991=100	% gegen Vorjahr	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis		1991=100	% gegen Vorjahr
	1991=100	% gegen Vorjahr	1991=100	% gegen Vorjahr			1991=100	% gegen Vorjahr	1991=100	% gegen Vorjahr		
1991 p)	100,0	.	100,0	.	100,0	.	100,0	.	100,0	.	100,0	.
1992 p)	111,8	11,8	110,9	10,9	110,5	10,5	112,5	12,5	111,4	11,4	113,9	13,9
1993 p)	120,2	7,5	118,2	6,5	115,5	4,6	123,2	9,5	119,6	7,3	118,9	4,4
1994 p)	124,3	3,4	121,6	2,9	118,3	2,4	128,4	4,2	123,3	3,1	123,8	4,1
1995 p)	130,0	4,6	126,8	4,3	122,4	3,5	136,0	5,9	129,8	5,3	128,5	3,8
1996 p)	133,4	2,6	129,8	2,3	125,1	2,1	141,3	3,9	133,7	3,0	132,3	3,0
1996 1.Vj. p)	121,9	3,6	118,5	3,1	116,2	3,5	128,0	4,5	121,2	3,2	123,1	4,0
2.Vj. p)	122,7	2,5	119,4	2,2	119,4	1,9	129,0	4,0	122,1	2,9	132,1	3,0
3.Vj. p)	137,7	2,8	134,1	2,4	123,7	1,9	150,6	4,7	142,5	3,5	128,9	3,3
4.Vj. p)	151,2	1,8	147,1	1,8	140,6	1,5	157,6	2,5	148,9	2,2	145,1	1,8
1997 1.Vj. p)	124,2	1,9	120,8	1,9	118,2	1,7	131,7	2,9	124,4	2,6	126,2	2,5
2.Vj. p)	124,5	1,4	121,1	1,4	121,4	1,7	132,0	2,3	124,6	2,1	135,5	2,6
3.Vj. p)	139,5	1,3	135,7	1,2	.	.	153,6	2,0	145,0	1,8	.	.
1996 Okt. p)	123,5	2,1	120,2	2,1	.	.	130,5	3,5	123,3	3,3	131,1	3,2
Nov. p)	206,5	1,7	200,9	1,7	.	.	211,9	2,2	200,1	1,9	169,2	- 0,1
Dez. p)	123,6	1,6	120,2	1,5	.	.	130,6	2,1	123,3	1,8	135,0	2,7
1997 Jan. p)	124,1	1,9	120,7	1,9	.	.	131,7	2,9	124,3	2,6	126,5	1,3
Febr. p)	124,1	1,9	120,7	1,9	.	.	131,7	2,8	124,3	2,5	125,2	2,8
März p)	124,3	1,9	120,9	1,9	.	.	131,8	2,9	124,4	2,6	126,8	3,3
April p)	124,4	1,6	121,0	1,7	.	.	132,0	2,5	124,6	2,2	130,5	2,8
Mai p)	124,5	1,4	121,1	1,3	.	.	132,0	2,3	124,6	2,1	135,2	1,2
Juni p)	124,6	1,3	121,1	1,2	.	.	132,0	2,2	124,6	1,9	140,7	3,5
Juli p)	169,1	1,5	164,5	1,4	.	.	196,8	2,6	185,8	2,3	134,1	1,7
Aug. p)	124,7	1,2	121,3	1,1	.	.	132,1	1,7	124,7	1,4	.	.
Sept. p)	124,8	1,2	121,4	1,1	.	.	132,1	1,6	124,7	1,3	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen nach oben korrigiert. — 2 Quelle: Statistisches Bundesamt. — 3 Produzierendes Gewerbe ohne Energieversorgung sowie ohne Ausbaugewerbe.

Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts nach alter und neuer Systematik der Wirtschaftszweige.







X. Außenwirtschaft

3. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen  
(Salden)

Mio DM

Zeit	Dienstleistungen								Erwerbseinkommen <sup>4)</sup>	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)	
	Insgesamt	Reiseverkehr	Transport <sup>1)</sup>	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen <sup>2)</sup>	Übrige Dienstleistungen				
							zusammen	darunter:			
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit <sup>3)</sup>			Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen
1992	- 36 135	- 39 458	+ 4 723	+ 1 587	- 3 800	+ 13 085	- 12 271	- 1 454	+ 750	+ 1 530	+ 26 257
1993	- 43 915	- 42 981	+ 4 913	+ 2 367	- 3 925	+ 9 933	- 14 222	- 1 752	- 162	+ 433	+ 21 073
1994	- 52 399	- 49 196	+ 4 975	+ 1 650	- 3 441	+ 8 615	- 15 002	- 1 680	- 1 247	- 46	+ 11 116
1995	- 52 946	- 48 960	+ 4 855	+ 2 675	- 4 033	+ 6 733	- 14 216	- 1 765	- 987	- 1 654	- 1 026
1996	- 52 327	- 50 039	+ 5 280	+ 2 767	- 3 813	+ 6 481	- 13 004	- 2 177	- 1 398	- 2 083	- 4 707
1996 1.Vj.	- 10 284	- 9 947	+ 1 061	+ 991	- 1 386	+ 1 785	- 2 789	- 537	- 677	+ 10	+ 2 521
2.Vj.	- 12 668	- 12 413	+ 1 415	+ 651	- 716	+ 1 703	- 3 308	- 571	- 318	- 674	+ 1 863
3.Vj.	- 18 333	- 18 145	+ 1 138	+ 448	- 959	+ 1 608	- 2 422	- 534	- 593	- 884	+ 6 463
4.Vj.	- 11 043	- 9 533	+ 1 667	+ 677	- 753	+ 1 386	- 4 486	- 535	+ 189	- 534	- 2 627
1997 1.Vj.	- 13 433	- 9 928	+ 1 227	+ 701	- 765	+ 1 656	- 6 326	- 490	- 956	- 50	- 5 018
2.Vj.	- 13 386	- 12 853	+ 1 789	+ 474	- 885	+ 1 855	- 3 765	- 721	- 568	- 667	- 175
3.Vj.	- 17 853	- 16 766	+ 1 993	+ 734	- 483	+ 1 816	- 5 148	- 579	- 410	- 809	- 2 989
1996 Nov.	- 3 194	- 2 479	+ 634	+ 170	- 187	+ 393	- 1 724	- 231	+ 58	- 196	- 1 213
Dez.	- 3 556	- 2 387	+ 380	+ 209	- 385	+ 539	- 1 912	- 173	- 126	- 174	+ 1 677
1997 Jan.	- 5 671	- 3 654	+ 348	+ 271	- 199	+ 607	- 3 044	- 223	- 242	+ 5	- 5 269
Febr.	- 4 139	- 2 950	+ 407	+ 218	- 238	+ 538	- 2 114	- 103	- 493	- 28	- 1 196
März	- 3 623	- 3 323	+ 473	+ 212	- 328	+ 511	- 1 168	- 164	- 221	- 26	+ 1 446
April	- 2 887	- 3 968	+ 455	+ 196	- 303	+ 592	+ 141	- 232	+ 154	- 239	+ 618
Mai	- 4 977	- 4 448	+ 749	+ 115	- 903	+ 682	- 1 772	- 196	- 95	- 202	- 2 923
Juni	- 5 522	- 4 437	+ 585	+ 163	- 278	+ 580	- 2 135	- 294	- 627	- 227	+ 2 130
Juli	- 5 529	- 5 426	+ 636	+ 483	- 39	+ 648	- 1 830	- 217	- 201	- 257	- 2 167
Aug.	- 6 051	- 6 164	+ 818	+ 184	- 300	+ 654	- 1 242	- 148	- 83	- 256	- 1 227
Sept.	- 6 273	- 5 176	+ 540	+ 66	- 143	+ 515	- 2 075	- 213	- 126	- 296	+ 405

1 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 2 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Warenlieferungen und Dienstleistungen. — 3 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 4 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

stige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 4 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

4. Laufende Übertragungen an das bzw. vom Ausland  
(Salden)

5. Vermögensübertragungen  
(Salden)

Mio DM

Zeit	Öffentlich <sup>1)</sup>					Privat <sup>1)</sup>		
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen <sup>2)</sup>		sonstige öffentliche laufende Übertragungen <sup>3)</sup>	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige private laufende Übertragungen
				darunter Europäische Gemeinschaften				
1992	- 54 108	- 39 240	- 28 208	- 25 298	- 11 032	- 14 868	- 6 825	- 8 043
1993	- 58 415	- 42 828	- 30 484	- 27 282	- 12 344	- 15 587	- 6 838	- 8 749
1994	- 62 716	- 46 351	- 34 789	- 31 698	- 11 561	- 16 365	- 7 500	- 8 865
1995	- 58 688	- 42 215	- 33 137	- 29 961	- 9 078	- 16 473	- 7 600	- 8 873
1996	- 54 870	- 37 647	- 30 383	- 27 503	- 7 264	- 17 223	- 7 401	- 9 822
1996 1.Vj.	- 11 267	- 6 998	- 4 649	- 3 510	- 2 349	- 4 269	- 1 850	- 2 419
2.Vj.	- 15 862	- 11 510	- 9 945	- 9 588	- 1 565	- 4 352	- 1 850	- 2 502
3.Vj.	- 12 607	- 8 378	- 6 866	- 5 951	- 1 512	- 4 229	- 1 850	- 2 379
4.Vj.	- 15 134	- 10 761	- 8 924	- 8 453	- 1 837	- 4 373	- 1 850	- 2 523
1997 1.Vj.	- 13 578	- 9 089	- 6 976	- 6 091	- 2 114	- 4 489	- 1 880	- 2 609
2.Vj.	- 12 920	- 8 779	- 7 213	- 6 806	- 1 566	- 4 141	- 1 880	- 2 261
3.Vj.	- 16 348	- 11 997	- 9 733	- 8 873	- 2 264	- 4 351	- 1 880	- 2 471
1996 Nov.	- 4 659	- 3 195	- 2 466	- 2 242	- 730	- 1 463	- 617	- 847
Dez.	- 5 443	- 3 969	- 3 483	- 3 262	- 486	- 1 474	- 617	- 857
1997 Jan.	- 4 081	- 2 443	- 1 546	- 1 034	- 897	- 1 638	- 627	- 1 012
Febr.	- 5 178	- 3 731	- 3 060	- 2 831	- 671	- 1 447	- 627	- 809
März	- 4 320	- 2 916	- 2 370	- 2 225	- 546	- 1 403	- 627	- 777
April	- 4 511	- 3 075	- 2 135	- 2 008	- 941	- 1 436	- 627	- 809
Mai	- 3 761	- 2 449	- 2 269	- 2 194	- 180	- 1 311	- 627	- 685
Juni	- 4 648	- 3 254	- 2 809	- 2 604	- 445	- 1 393	- 627	- 767
Juli	- 5 304	- 3 860	- 3 440	- 2 784	- 420	- 1 444	- 627	- 817
Aug.	- 5 572	- 4 050	- 2 932	- 2 823	- 1 118	- 1 522	- 627	- 895
Sept.	- 5 473	- 4 088	- 3 362	- 3 266	- 726	- 1 385	- 627	- 759

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EG-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlaß.

X. Außenwirtschaft

6. Kapitalverkehr mit dem Ausland

Mio DM

Position	1994	1995	1996	1996			1997			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	Juli	Aug.	Sept.
<b>I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)</b>	- 110 937	- 173 669	- 200 921	- 107 733	- 120 323	- 85 218	- 55 739	- 43 921	+ 8 671	- 20 489
1. Direktinvestitionen	- 27 757	- 55 163	- 41 824	- 13 730	- 15 531	- 6 236	- 14 615	- 7 438	- 2 438	- 4 739
Beteiligungskapital	- 24 294	- 45 845	- 31 341	- 9 583	- 11 675	- 3 723	- 11 663	- 6 095	- 2 765	- 2 803
Reinvestierte Gewinne 1)	± 0	- 3 000	- 3 000	- 859	- 750	- 750	- 1 250	-	-	- 1 250
übrige Anlagen 2)	- 3 463	- 6 318	- 7 483	- 3 288	- 3 106	- 1 763	- 1 702	- 1 344	+ 327	- 685
2. Wertpapieranlagen	- 87 239	- 31 044	- 57 179	- 13 907	- 43 717	- 46 489	- 48 912	- 28 591	- 8 123	- 12 197
Dividendenwerte 3)	- 11 987	+ 1 526	- 21 310	- 10 053	- 24 166	- 11 375	- 4 062	- 2 699	+ 463	- 1 827
Investmentzertifikate 4)	- 22 081	- 1 033	- 4 951	- 64	- 2 097	- 3 323	- 7 821	- 1 626	- 3 472	- 2 724
Festverzinsliche Wertpapiere 5) darunter	- 27 281	- 24 128	- 21 768	- 3 882	- 13 012	- 26 564	- 30 295	- 19 653	- 4 110	- 6 532
Fremdwährungsanleihen	- 21 675	- 17 110	- 14 289	- 2 269	- 11 874	- 23 398	- 25 500	- 16 975	- 4 472	- 4 053
Geldmarktpapiere	- 8 514	+ 729	- 4 891	- 3 192	- 2 390	- 1 022	- 3 931	- 1 680	- 639	- 1 612
Finanzderivate 6)	- 17 376	- 8 138	- 4 259	+ 3 283	- 2 053	- 4 204	- 2 803	- 2 934	- 365	+ 497
3. Kredite	+ 6 473	- 83 371	- 97 752	- 78 369	- 60 463	- 31 831	+ 8 992	- 7 338	+ 19 756	- 3 426
Kreditinstitute 7)	+ 30 397	- 76 794	- 60 023	- 55 451	- 13 267	- 37 093	- 5 485	- 2 756	+ 1 517	- 4 245
langfristig	- 21 526	- 20 502	- 15 420	- 9 396	- 4 136	- 10 437	- 15 087	- 3 420	- 9 495	- 2 172
kurzfristig	+ 51 924	- 56 292	- 44 603	- 46 056	- 9 132	- 26 656	+ 9 603	+ 664	+ 11 012	- 2 073
Unternehmen und Privatpersonen 7)	- 27 534	+ 3 916	- 36 446	- 16 738	- 45 480	+ 4 842	+ 15 925	- 2 809	+ 16 452	+ 2 282
langfristig	+ 265	- 3 285	- 5 752	- 3 045	+ 96	+ 372	+ 371	+ 248	+ 61	+ 62
kurzfristig 10)	- 27 799	+ 7 201	- 30 694	- 13 694	- 45 576	+ 4 470	+ 15 554	- 3 058	+ 16 391	+ 2 220
Öffentliche Stellen	+ 3 609	- 10 493	- 1 282	- 6 180	- 1 716	+ 420	- 1 448	- 1 773	+ 1 787	- 1 462
langfristig	- 5 086	- 3 382	- 2 013	- 995	- 1 393	+ 342	- 887	- 581	- 322	+ 16
kurzfristig	+ 8 695	- 7 111	+ 730	- 5 185	- 323	+ 77	- 561	- 1 192	+ 2 109	- 1 478
4. Sonstige Kapitalanlagen 8)	- 2 414	- 4 090	- 4 166	- 1 726	- 612	- 662	- 1 204	- 554	- 523	- 128
<b>II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)</b>	+ 175 579	+ 247 793	+ 221 812	+ 87 363	+ 135 351	+ 98 925	+ 35 922	+ 24 008	- 371	+ 12 285
1. Direktinvestitionen	+ 2 507	+ 17 231	- 4 863	- 2 474	+ 609	- 1 499	+ 5 015	+ 3 376	+ 679	+ 959
Beteiligungskapital	+ 6 214	+ 11 223	+ 2 986	+ 1 257	+ 1 576	+ 1 027	+ 3 388	+ 2 005	+ 899	+ 484
Reinvestierte Gewinne 1)	- 10 000	- 1 000	- 6 000	- 1 500	- 500	- 500	- 500	-	-	- 500
übrige Anlagen 2)	+ 6 293	+ 7 008	- 1 849	- 2 231	- 467	- 2 026	+ 2 127	+ 1 372	- 220	+ 975
2. Wertpapieranlagen	+ 46 901	+ 87 599	+ 135 320	+ 30 753	+ 43 745	+ 33 779	+ 52 835	+ 26 842	+ 4 094	+ 21 899
Dividendenwerte 3)	+ 1 259	- 1 718	+ 21 464	+ 5 839	- 1 284	+ 12 083	+ 24 865	+ 14 069	+ 2 370	+ 8 427
Investmentzertifikate	+ 5 052	- 843	- 2 354	- 1 775	+ 1 142	+ 760	- 3 158	- 113	- 114	- 2 931
Festverzinsliche Wertpapiere 5) darunter	+ 22 605	+ 86 085	+ 98 257	+ 28 531	+ 40 705	+ 18 858	+ 32 075	+ 13 342	+ 3 749	+ 14 983
Staats- und Gemeindeanleihen 9)	+ 4 119	+ 49 800	+ 40 932	+ 12 422	+ 18 849	+ 17 070	+ 18 485	+ 10 299	- 3 337	+ 11 523
Geldmarktpapiere	- 258	- 2 665	+ 18 171	+ 4 609	+ 3 718	+ 3 412	+ 1 841	+ 211	+ 262	+ 1 368
Optionsscheine	+ 18 242	+ 6 739	- 219	- 6 451	- 536	- 1 333	- 2 788	- 667	- 2 173	+ 52
3. Kredite	+ 125 348	+ 143 927	+ 91 465	+ 59 180	+ 91 085	+ 66 707	- 21 531	- 6 168	- 4 796	- 10 568
Kreditinstitute 7)	+ 111 357	+ 120 248	+ 55 691	+ 34 266	+ 91 602	+ 55 101	- 1 582	- 2 448	+ 9 973	- 9 107
langfristig	+ 37 470	+ 60 403	+ 39 246	+ 12 631	+ 17 486	+ 16 987	+ 9 182	+ 4 030	+ 3 978	+ 1 174
kurzfristig	+ 73 888	+ 59 845	+ 16 445	+ 21 635	+ 74 117	+ 38 114	- 10 764	- 6 478	+ 5 995	- 10 281
Unternehmen und Privatpersonen 7)	+ 10 749	+ 18 384	+ 30 282	+ 17 556	+ 9 787	+ 13 128	- 18 326	- 985	- 15 230	- 2 112
langfristig	- 1 998	+ 988	+ 1 992	+ 85	- 1 089	- 1 486	+ 333	+ 596	- 176	- 88
kurzfristig 10)	+ 12 748	+ 17 395	+ 28 290	+ 17 471	+ 10 876	+ 14 614	- 18 659	- 1 581	- 15 054	- 2 024
Öffentliche Stellen	+ 3 242	+ 5 295	+ 5 491	+ 7 358	- 10 304	- 1 522	- 1 623	- 2 735	+ 461	+ 651
langfristig	- 1 591	+ 2 298	+ 2 169	+ 3 393	- 3 987	- 910	- 2 513	- 2 558	- 246	+ 292
kurzfristig	+ 4 833	+ 2 996	+ 3 322	+ 3 964	- 6 317	- 612	+ 890	- 177	+ 708	+ 359
4. Sonstige Kapitalanlagen	+ 822	- 963	- 111	- 95	- 88	- 62	- 397	- 43	- 349	- 5
<b>III. Saldo aller statistisch erfaßten Kapitalbewegungen (Nettokapitalausfuhr: -)</b>	+ 64 642	+ 74 124	+ 20 891	- 20 370	+ 15 028	+ 13 707	- 19 817	- 19 913	+ 8 300	- 8 204

1 Geschätzt. — 2 Grundbesitz und langfristige Finanzkredite. — 3 Einschl. Genußscheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. Die Transaktionswerte

der Zahlungsbilanz im kurzfristigen Kreditverkehr können daher von den Bestandsveränderungen in den Tabellen X.8 und 9 abweichen. — 8 Insbesondere Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — 9 Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt. — 10 September 1997 noch ohne Finanzbeziehungen zu ausländischen Nichtbanken und ohne Handelskredite.

X. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank \*)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzögl. Spalte 8)
	Währungsreserven						Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 4)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 5)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte 2)	Forde- rungen an das EWI 3) netto 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1991	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	-	55 010
1992	143 959	141 351	13 688	85 845	8 199	33 619	2 608	26 506	26 506	-	117 453
1993	122 763	120 143	13 688	61 784	8 496	36 176	2 620	39 541	23 179	16 362	83 222
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	-	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	-	105 381
1996 Okt.	123 765	122 325	13 688	75 555	10 997	22 085	1 441	16 307	16 307	-	107 458
Nov.	124 706	123 265	13 688	76 529	10 964	22 085	1 441	15 956	15 956	-	108 750
Dez.	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	-	105 381
1997 Jan.	120 670	119 230	13 688	72 756	11 214	21 572	1 441	15 766	15 766	-	104 904
Febr.	119 949	118 758	13 688	72 335	11 163	21 572	1 191	16 211	16 211	-	103 738
März	119 148	117 957	13 688	71 658	11 039	21 572	1 191	15 429	15 429	-	103 718
April	118 867	117 676	13 688	71 658	11 001	21 330	1 191	15 459	15 459	-	103 408
Mai	119 672	118 482	13 688	72 455	11 008	21 330	1 191	15 630	15 630	-	104 043
Juni	119 105	117 915	13 688	71 946	10 951	21 330	1 191	15 918	15 918	-	103 188
Juli	116 642	115 451	13 688	69 372	11 028	21 363	1 191	16 020	16 020	-	100 621
Aug.	114 992	114 051	13 688	67 821	11 179	21 363	941	16 108	16 108	-	98 884
Sept.	114 457	113 517	13 688	67 287	11 179	21 363	941	16 203	16 203	-	98 254

Ergänzende Bestandsangaben zu „Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte“ sowie „Forderungen an das Europäische Währungsinstitut“

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte						Forderungen an das Europäische Währungsinstitut				
	Reserveposition im IWF			Sonderziehungsrechte			Forderungen an das Europäische Währungsinstitut				
	insgesamt	Ziehungs- rechte in der Reserve- tranche 6)	Kredite aufgrund besonderer Kreditverein- barungen 7)	insgesamt	zugeteilt	Mehr- oder Minder- bestand 8)	insgesamt	Guthaben in ECU 9)	Unter- schiede- betrag zwischen ECU-Wert und Buchwert der ein- gebrachten Reserven	sonstige Forde- rungen 10)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1991	8 314	5 408	-	2 906	2 626	280	17 329	29 129	-	11 800	-
1992	8 199	6 842	-	1 357	2 687	- 1 330	33 619	34 826	-	8 040	6 834
1993	8 496	6 833	-	1 663	2 876	- 1 213	36 176	43 663	-	11 787	4 300
1994	7 967	6 242	-	1 726	2 738	- 1 012	31 742	44 433	-	12 692	-
1995	10 337	7 469	-	2 869	2 580	289	28 798	38 406	-	9 607	-
1996	11 445	8 485	-	2 959	2 702	258	22 048	33 214	-	11 166	-
1996 Okt.	10 997	8 178	-	2 819	2 580	239	22 085	33 214	-	11 129	-
Nov.	10 964	8 114	-	2 850	2 580	270	22 085	33 214	-	11 129	-
Dez.	11 445	8 485	-	2 959	2 702	258	22 048	33 214	-	11 166	-
1997 Jan.	11 214	8 255	-	2 959	2 702	258	21 572	32 681	-	11 109	-
Febr.	11 163	8 212	-	2 951	2 702	250	21 572	32 681	-	11 109	-
März	11 039	8 088	-	2 951	2 702	250	21 572	32 681	-	11 109	-
April	11 001	8 049	-	2 951	2 702	250	21 330	34 242	-	12 911	-
Mai	11 008	8 049	-	2 959	2 702	257	21 330	34 242	-	12 911	-
Juni	10 951	7 992	-	2 959	2 702	257	21 330	34 242	-	12 911	-
Juli	11 028	8 075	-	2 952	2 702	250	21 363	34 554	-	13 191	-
Aug.	11 179	8 186	-	2 993	2 702	291	21 363	34 554	-	13 191	-
Sept.	11 179	8 186	-	2 993	2 702	291	21 363	34 554	-	13 191	-

\* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Aufgliederung s. untenstehende Tabelle. — 3 Europäisches Währungs-institut (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungs-politische Zusammenarbeit - EFWZ). — 4 Hauptsächlich Kredite an die Weltbank. — 5 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an

Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind. — 6 Setzt sich zusammen aus den Bareinzahlungen und den DM-Abrufen des IWF zur Finanzierung von DM-Verkäufen des Fonds (netto) an andere Länder. — 7 Einschl. sog. Witteveen-Fazilität. — 8 Mehr- oder Minderbestand gegenüber den zugeteilten Sonderziehungsrechten. — 9 Aus der vorläufigen Einbringung von Gold- und Dollarreserven sowie aus Übertragung von anderen Zentralbanken. — 10 Forderungen aus der sehr kurzfristigen Finanzierung sowie aus dem kurzfristigen Währungsbestand.







X. Außenwirtschaft

10. Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse \*)  
sowie Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)

Kassa-Mittelkurse in DM / Telegrafische Auszahlung

Zeit	Vereinigte Staaten 1 US-\$	Vereinigtes Königreich 1 £ 1)	Irland 1 Ir£ 1)	Kanada 1 kan\$	Niederlande 100 hfl	Schweiz 100 sfr	Belgien 100 bfrrs 1)	Frankreich 100 FF	Dänemark 100 dkr	Norwegen 100 nkr
1988	1,7584	3,124	2,675	1,4307	88,850	120,060	4,777	29,482	26,089	26,942
1989	1,8813	3,081	2,665	1,5889	88,648	115,042	4,772	29,473	25,717	27,230
1990	1,6161	2,877	2,673	1,3845	88,755	116,501	4,837	29,680	26,120	25,817
1991	1,6612	2,926	2,671	1,4501	88,742	115,740	4,857	29,409	25,932	25,580
1992	1,5595	2,753	2,656	1,2917	88,814	111,198	4,857	29,500	25,869	25,143
1993	1,6544	2,483	2,423	1,2823	89,017	111,949	4,785	29,189	25,508	23,303
1994	1,6218	2,4816	2,4254	1,1884	89,171	118,712	4,8530	29,238	25,513	22,982
1995	1,4338	2,2620	2,2980	1,0443	89,272	121,240	4,8604	28,718	25,570	22,614
1996	1,5037	2,3478	2,4070	1,1027	89,243	121,891	4,8592	29,406	25,945	23,292
1996 Mai	1,5334	2,3230	2,3971	1,1196	89,443	122,209	4,8649	29,551	25,907	23,311
Juni	1,5274	2,3553	2,4196	1,1183	89,268	121,512	4,8612	29,504	25,934	23,382
Juli	1,5050	2,3384	2,4127	1,0993	89,103	121,971	4,8545	29,531	25,935	23,321
Aug.	1,4828	2,2981	2,3888	1,0803	89,147	123,244	4,8534	29,289	25,868	23,120
Sept.	1,5058	2,3483	2,4254	1,0995	89,199	122,275	4,8565	29,369	25,962	23,319
Okt.	1,5283	2,4242	2,4589	1,1311	89,140	121,438	4,8549	29,574	26,084	23,567
Nov.	1,5117	2,5140	2,5168	1,1293	89,157	118,599	4,8529	29,550	26,038	23,785
Dez.	1,5515	2,5789	2,5750	1,1398	89,123	117,099	4,8518	29,591	26,126	23,981
1997 Jan.	1,6043	2,6630	2,6187	1,1884	89,055	115,322	4,8509	29,631	26,222	24,871
Febr.	1,6747	2,7230	2,6578	1,2361	89,027	115,230	4,8463	29,620	26,218	25,237
März	1,6969	2,7238	2,6535	1,2379	88,865	115,831	4,8470	29,643	26,216	24,923
April	1,7110	2,7873	2,6520	1,2271	88,924	117,043	4,8469	29,689	26,251	24,523
Mai	1,7033	2,7825	2,5801	1,2347	88,918	119,046	4,8450	29,657	26,259	24,092
Juni	1,7273	2,8398	2,6021	1,2476	88,882	119,758	4,8459	29,626	26,261	23,930
Juli	1,7919	2,9937	2,6795	1,3014	88,816	120,944	4,8444	29,640	26,257	24,070
Aug.	1,8424	2,9534	2,6747	1,3260	88,785	121,638	4,8430	29,670	26,250	24,145
Sept.	1,7906	2,8640	2,6490	1,2907	88,792	121,528	4,8444	29,747	26,264	24,446
Okt.	1,7567	2,8677	2,5812	1,2670	88,759	120,969	4,8479	29,810	26,263	24,822

Abstand des Geld- bzw. Briefkurses vom Mittelkurs in D-Mark

0,0040	0,0070	0,0070	0,0040	0,110	0,100	0,0100	2) 0,080	0,060	0,060	0,060
--------	--------	--------	--------	-------	-------	--------	----------	-------	-------	-------

ECU-Werte 5)

Zeit	Schweden	Italien	Österreich	Spanien	Portugal	Japan	Finnland	1 ECU = ... DM	1 ECU = ... US-\$
	100 skr	1 000 Lit	100 S	100 Ptas 1)	100 Esc 1)	100 ¥	100 Fmk		
1988	28,650	1,3495	14,222	1,508	1,219	1,3707	41,956	2,07440	1,18248
1989	29,169	1,3707	14,209	1,588	1,194	1,3658	43,836	2,07015	1,10175
1990	3) 27,289	1,3487	14,212	1,586	1,133	1,1183	4) 42,245	2,05209	1,27343
1991	27,421	1,3377	14,211	1,597	1,149	1,2346	41,087	2,05076	1,23916
1992	26,912	1,2720	14,211	1,529	1,157	1,2313	34,963	2,02031	1,29810
1993	21,248	1,0526	14,214	1,303	1,031	1,4945	28,915	1,93639	1,17100
1994	21,013	1,0056	14,214	1,2112	0,9774	1,5870	31,108	1,92452	1,18952
1995	20,116	0,8814	14,214	1,1499	0,9555	1,5293	32,832	1,87375	1,30801
1996	22,434	0,9751	14,214	1,1880	0,9754	1,3838	32,766	1,90954	1,26975
1996 Mai	22,548	0,9845	14,212	1,1983	0,9730	1,4425	32,226	1,91165	1,24668
Juni	22,868	0,9905	14,209	1,1857	0,9713	1,4033	32,722	1,91356	1,25292
Juli	22,651	0,9857	14,210	1,1841	0,9725	1,3767	32,800	1,91083	1,27064
Aug.	22,400	0,9777	14,211	1,1793	0,9741	1,3746	33,111	1,90229	1,28325
Sept.	22,686	0,9907	14,212	1,1864	0,9792	1,3710	33,175	1,91115	1,26907
Okt.	23,154	1,0023	14,214	1,1881	0,9897	1,3595	33,432	1,92291	1,25841
Nov.	22,815	0,9992	14,210	1,1880	0,9893	1,3466	33,209	1,93039	1,27690
Dez.	22,758	1,0153	14,211	1,1879	0,9911	1,3649	33,461	1,94008	1,25025
1997 Jan.	22,739	1,0238	14,214	1,1912	1,0004	1,3611	33,626	1,94959	1,21621
Febr.	22,629	1,0119	14,210	1,1806	0,9954	1,3630	33,649	1,95240	1,16576
März	22,160	1,0015	14,209	1,1789	0,9952	1,3846	33,466	1,95065	1,14976
April	22,278	1,0101	14,208	1,1846	0,9968	1,3627	33,352	1,95870	1,14501
Mai	22,199	1,0127	14,208	1,1849	0,9927	1,4359	33,156	1,95723	1,14934
Juni	22,296	1,0190	14,210	1,1836	0,9901	1,5115	33,371	1,96313	1,13663
Juli	22,936	1,0275	14,213	1,1856	0,9904	1,5563	33,743	1,97881	1,10491
Aug.	23,036	1,0237	14,211	1,1836	0,9868	1,5622	33,445	1,97449	1,07273
Sept.	23,218	1,0249	14,210	1,1854	0,9846	1,4821	33,404	1,96784	1,09992
Okt.	23,213	1,0211	14,208	1,1850	0,9818	1,4518	33,373	1,96767	1,12032

Abstand des Geld- bzw. Briefkurses vom Mittelkurs in D-Mark

2) 0,080	2) 0,0050		2) 0,005	2) 0,010		2) 0,100
0,060	0,0040	0,020	0,0040	0,0030	0,0015	0,080

ECU-Leitkurs  
(ab 25. November 1996)

1,92573 |

\* Errechnet aus den täglichen Notierungen. Angaben über Durchschnittskurse für frühere Jahre, über Tageskurse sowie über die Kursentwicklung des US-Dollars im Tagesverlauf siehe: Deutsche Bundesbank, Devisenkurstatistik. — 1 Ab 1994 Notierung mit vier Stellen hinter dem Komma. —

2 Bis Ende 1993. — 3 Vom 26. Januar bis 16. Februar 1990 Notierung ausgesetzt. — 4 Vom 30. Januar bis 5. März 1990 Notierung ausgesetzt. — 5 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission.



# Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, erscheinen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Presse und Information der Deutschen Bundesbank zu beziehen. Außerdem stellt die Bundesbank gegen Kostenerstattung monatlich ein Magnetband (SZM-Band) mit den veröffentlichten Zeitreihen zur Verfügung, das über die Abteilung Statistische Datenverarbeitung zu beziehen ist.

Bestellungen werden schriftlich unter der im Impressum angegebenen Postanschrift oder dem Telefaxanschluß erbeten.

## Geschäftsbericht

---

## Monatsbericht

---

Über die von 1980 bis 1996 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 1997 beigefügte Verzeichnis der Aufsätze.

November 1996

- Die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen seit Anfang der neunziger Jahre
- Ertragslage und Finanzungsverhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahre 1995

#### Dezember 1996

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 1996

#### Januar 1997

- Geldmengenstrategie 1997/98
- Die Aktie als Finanzierungs- und Anlageinstrument
- Wechselkurs und Außenhandel

#### Februar 1997

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 1996/97

#### März 1997

- Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung
- Geldpolitik und Zahlungsverkehr
- Die deutsche Zahlungsbilanz im Jahr 1996

#### April 1997

- Die Rolle der D-Mark als internationale Anlage- und Reservewährung
- Zur Problematik der Berechnung „struktureller“ Budgetdefizite
- Die Technische Zentralbank-Kooperation der Bundesbank mit Transformationsländern

#### Mai 1997

- Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1996
- Die längerfristige Entwicklung der Spareinlagen und ihre Implikationen für die Geldmengenpolitik
- Die Entwicklung der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland von Ende 1993 bis Ende 1995
- Zur Problematik internationaler Vergleiche von Direktinvestitionsströmen

#### Juni 1997

- Neubewertung der Gold- und Devisenreserven
- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 1997

#### Juli 1997

- Stripping von Bundesanleihen
- Die Bedeutung internationaler Einflüsse für die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt
- Ertragslage und Finanzungsverhältnisse ostdeutscher Unternehmen im Jahr 1995
- Asset-Backed Securities in Deutschland: Die Veräußerung und Verbriefung von Kreditforderungen durch deutsche Kreditinstitute

#### August 1997

- Überprüfung des Geldmengenziels
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 1996
- Entwicklung und Bestimmungsgründe grenzüberschreitender Direktinvestitionen
- Neuere Entwicklung der Steuereinnahmen

#### September 1997

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 1997

#### Oktober 1997

- Zinsbeschluß vom 9. Oktober 1997
- Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen seit Anfang der neunziger Jahre
- Zur Unternehmensrentabilität im internationalen Vergleich
- Der verbrieft Geldmarkt in Deutschland
- Schätzung von Zinsstrukturkurven

November 1997

- Die fiskalische Belastung zukünftiger Generationen – eine Analyse mit Hilfe des Generational Accounting
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse westdeutscher Unternehmen in Jahr 1996
- Finanzbedarf des Internationalen Währungsfonds in einem veränderten Umfeld

#### Statistische Beihefte zum Monatsbericht<sup>1)</sup>

---

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

#### Sonderveröffentlichungen

---

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere,  
Juli 1995

Die Geldpolitik der Bundesbank,  
Oktober 1995<sup>2)</sup>

Makro-ökonomisches  
Mehr-Länder-Modell, November 1996<sup>3)</sup>

Weltweite Organisationen und Gremien im  
Bereich von Währung und Wirtschaft,  
April 1997<sup>3)</sup>

Europäische Organisationen und Gremien im  
Bereich von Währung und Wirtschaft,  
Mai 1997<sup>3)</sup>

#### Statistische Sonderveröffentlichungen

---

- 1 Bankenstatistik Richtlinien,  
Dezember 1996<sup>4)</sup>
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik,  
Mai 1997<sup>5)</sup>  
(Die Unternehmensverzeichnisse sind gegen eine Schutzgebühr von derzeit 50 DM auch auf Diskette erhältlich.)
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen,  
Januar 1996<sup>3)</sup>
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen  
Finanzierungsrechnung für Westdeutschland  
1960 bis 1992, November 1994<sup>3)</sup>
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen  
Finanzierungsrechnung für Deutschland  
1990 bis 1996, Juni 1997
- 5 Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen  
1971 bis 1991, Oktober 1993<sup>1)</sup>
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen  
westdeutscher Unternehmen für 1990,  
März 1994<sup>1)</sup>
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis  
der Außenwirtschaftsverordnung,  
März 1994<sup>3)</sup>

---

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Sonderveröffentlichung ist in verschiedenen Auflagen auch in französischer, spanischer und russischer Sprache verfügbar.

3 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

4 Nur die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“ und „Auslandsstatus“ sind in englischer Sprache erhältlich.

5 Nur die Abschnitte „Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte sind in englischer Sprache erhältlich.

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990

9 Wertpapierdepots, August 1997<sup>6)</sup>

10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 1997<sup>7)</sup>

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, August 1997

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Mai 1996<sup>7)</sup>

13 Bilanzunwirksame Geschäfte deutscher Banken, Oktober 1997

### Bankrechtliche Regelungen

---

2 Gesetz über das Kreditwesen, Oktober 1996

3 Kreditpolitische Regelungen, April 1997

7 Evidenzzentrale für Millionenkredite, April 1996

### Veröffentlichungen zur WWU

---

Informationsbrief zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion<sup>6)</sup>

Nr. 1, September 1996

Nr. 2, Oktober 1996

Nr. 3, Januar 1997

Nr. 4, Februar 1997

Nr. 5, April 1997

Nr. 6, Mai 1997

Nr. 7, Juni 1997

Nr. 8, Juli 1997

Nr. 9, September 1997

Der Euro kommt. Wir sagen Ihnen was dahinter steckt. (Faltblatt)<sup>6)</sup>

---

<sup>6)</sup> Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

<sup>7)</sup> Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.